



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll der 86. Sitzung - endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 18. Februar 2016, 11.30 Uhr
Paul-Löbe-Haus (Saal 2 600)
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt

<i>Zeugenvernehmung</i>	<i>Seite</i>
- ORRn Doreen Delmdahl, BfV, Ln AG XKS (Beweisbeschluss Z-113)	4
- MR Stefan Sohm, BMVg, RL R I 3 (Beweisbeschluss Z-109)	87
- KAdm Hans-Christian Luther, BMVg, stv. AL SE (Beweisbeschluss Z-110)	125

* Hinweis:

Die Korrekturen und Ergänzungen des Zeugen Sohm (Anlage 1) und Herrn RD Björn Theis, BMVg, (Anlage 2) sind in das Protokoll eingearbeitet. Die Zeugen Delmdahl und Luther haben keine Korrekturwünsche.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Lindholz, Andrea Schipanski, Tankred Sensburg, Prof. Dr. Patrick Warken, Nina	Ostermann, Dr. Tim Wendt, Marian
SPD	Flisek, Christian Mittag, Susanne	
DIE LINKE.	Renner, Martina	Hahn, André
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian

Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Allers, Fried-Heye Bosnjak, Niko Bredow, Lippold von Feser, Dr. Andreas Fischer, Sebastian D. Glas, Dr. Vera Wodrich, Anja
SPD	Ahlefeldt, Johannes von Dähne, Dr. Harald Etzkorn, Irene Hanke, Christian Diego Heyer, Christian Schulze, Philipp Wassermann, Friedrich
DIE LINKE.	Halbroth, Anneke Martin, Stephan Scheele, Dr. Jürgen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Busold, Christian Kant, Martina Leopold, Nils



Nur zur dienstlichen Verwendung

Beauftragte von Mitgliedern der Bundesregierung

Bundeskanzleramt	Heinemann, Martin Jipp, Daniel Kämmerer, Marie Neist, Dennis Pabst, Daniel Pachabeyan, Maria Wolff, Philipp
Auswärtiges Amt	Berkemeier, Gunnar Lehmann, Uta
Bundesministerium des Innern	Akmann, Torsten Beyer-Pollock, Markus Bieker, Kai Thomas Blidschun, Jürgen Arthur Brandt, Dr. Karsten Darge, Dr. Tobias Gierth, Sonja Jurna, Tassilo Weiss, Jochen
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Krüger, Philipp-Lennart
Bundesministerium für Verteidigung	Henschen, Elmar Schmitz, Martina Theis, Björn Voigt, Björn
Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Kremer, Dr. Bernd

Beauftragte von Mitgliedern des Bundesrates

LV Hessen	Steinbach, Arvid
-----------	------------------



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 11.35 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne die 86. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode.

Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt. Die Öffentlichkeit und die Vertreter der Presse darf ich an dieser Stelle ganz herzlich begrüßen. Ich freue mich auch, dass Sie in diesem Ausschussraum so zahlreich vertreten sind.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir die Ihnen wohlbekannten Vorbemerkungen.

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme grundsätzlich nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Deutschen Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe den **einzigen Punkt der Tagesordnung** auf:

Zeugenvernehmung

- ORRn Doreen Delmdahl, BfV, Ln AG XKS (Beweisbeschluss Z-113)
- MR Stefan Sohm, BMVg, RL R I 3 (Beweisbeschluss Z-109)
- KAdm Hans-Christian Luther, BMVg, stv AL SE (Beweisbeschluss Z-110)
- RD T. B., BND, SGL T2AB (Beweisbeschluss Z-41/Z-58)

Der Beweisbeschluss Z-113 stammt vom 03.12.2015, der Beweisbeschluss Z-109 vom 15.10.2015, der Beweisbeschluss Z-110 ebenfalls vom 15.10.2015, der Beweisbeschluss Z-41 vom 25.09.2014 und der Beweisbeschluss Z-58 vom 16.10.2014. Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag - Bundestagsdrucksache 18/843 - durch Vernehmung der Zeugen Frau Doreen Delmdahl vom BfV, Herrn Stefan Sohm

vom BMVg, Herrn Hans-Christian Luther, BMVg, und Herrn T. B. vom BND.

Zunächst werden die Zeugen hintereinander öffentlich vernommen. Im Anschluss findet die nichtöffentliche Vernehmung statt. Herr T. B. wird ausschließlich nichtöffentlich vernommen.

Vernehmung der Zeugin Doreen Delmdahl

Als Erstes begrüßen darf ich unsere Zeugin Frau Delmdahl.

Ich stelle fest, dass die Zeugin ordnungsgemäß geladen ist. Frau Delmdahl, Sie haben die Ladung am 26. erhalten und den Erhalt bestätigt zumindest für den 2. Februar 2016. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme dieser Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls dann gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen, wenn das denn notwendig ist, am Protokoll. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. - Frau Delmdahl, Sie sind durch einen Rechtsbeistand begleitet. Wenn ich Sie bitten darf, sich vorzustellen uns ganz kurz.

RA Dr. Patrick Teubner: Ja. - Dr. Teubner ist mein Name, von der Kanzlei Krause & Kollegen in Berlin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. Schön, dass Sie heute bei uns sind.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Frau Delmdahl, vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeugin geladen worden. Als Zeugin sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder Geldstrafen bestraft werden.

Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuftem Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann, also die Sitzung dann in nichtöffentlicher oder eben Geheim oder Streng Geheim eingestuft weiterführen kann und Ihnen dann die Fragen stellen kann. - Gibt es hierzu Fragen Ihrerseits?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungs-

ausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben, wo Sie dann auch nicht durch Fragen der Ausschussmitglieder unterbrochen werden. Danach werde ich Sie zunächst befragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses dann die Gelegenheit, ihre Fragen zu stellen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, immer eine Fraktion nach der anderen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann darf ich Sie bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen. In Ihrem Fall genügt die Angabe Ihres Tarnnamens und der Anschrift Ihrer Dienststelle, über die wir Sie erreichen können.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja. - Mein Name ist Doreen Delmdahl, ich bin 39 Jahre alt, und die ladungsfähige Anschrift ist BfV, Berlin, Treptower Park.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann möchte ich Ihnen, wie ich es gerade ja auch schon gesagt habe, Gelegenheit geben, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Möchten Sie dieses? Dann können Sie dies jetzt.

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, darauf möchte ich verzichten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann würde ich mit einigen Fragen an Sie beginnen und würde zuerst ein bisschen mehr zur Person wissen wollen. Was haben Sie denn für eine Ausbildung? Wie ist das denn so losgegangen mit Ihnen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau. - Also, ich habe Jura studiert und habe mein zweites Staatsexamen; ich bin jetzt also Volljurist. Ich habe im Jahre 2008 dann beim BfV angefangen, erst in der Abteilung für Islamismus und dann relativ bald im Bereich - wo ich jetzt eben immer noch bin -



Nur zur dienstlichen Verwendung

des G 10, als sogenannte G-10-Juristin, hier in Berlin vor Ort.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zwischen Zweites-Staatsexamen-Prüfung und BfV, gab es da irgendwie noch Zwischenstationen, die für uns relevant sind?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, ich war noch von 2004, glaube ich, an im Statistischen Bundesamt und war, glaube ich, 2006/2007 abgeordnet ins BMI in Berlin, Abteilung Verfassung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und da sind Sie mit dem BfV in Kontakt gekommen -

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - und haben gesagt: Das ist ja auch spannend.

Zeugin Doreen Delmdahl: So ungefähr, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt frage ich mal ganz blöd: Juristin, Statistisches Bundesamt und Zahlen, das ist ja so wie Teufel und Wasser, nicht? Weihwasser wohlgermerkt. Und dann BMI - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, ja. Also, Iudex non calculat. Aber das war halt - - Ich habe mein zweites Staatsexamen im OLG-Bezirk Düsseldorf gemacht und - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die können rechnen; ich bin auch Nordrhein-Westfale. - Also, von daher: Dann sind Sie so über den Weg BMI zum BfV, -

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - weil die sagten: So jemanden können wir gebrauchen.

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau, bzw. ich wollte auch unbedingt in Berlin bleiben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aha, okay. - Und da haben Sie auch das BfV für in Kauf genommen.

Zeugin Doreen Delmdahl: So würde ich es jetzt nicht ausdrücken.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Und im BfV, sagten Sie, sind Sie dann in welchen Bereich gekommen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, erst in Abteilung 6, Islamismus.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hatten Sie damit schon auch von 2004 bis 2006 - -

(Die Zeugin schüttelt den Kopf)

- Gar nichts? Das war ganz was anderes?

Zeugin Doreen Delmdahl: Völlig was anderes, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, also Islamismus. - Wie lange haben Sie das gemacht?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich glaube, nur ein paar Monate, und dann bin ich in den Bereich G 10 gewechselt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, noch in dem Jahr 2008, als ich angefangen habe, bin ich dann in den Bereich von 3B hier am Standort Berlin - also, die G 10 bearbeiten - gewechselt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mhm. - Wie kommt das? Hat Sie Islamismus gar nicht so interessiert oder - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich hatte ja schon eine gewisse Präferenz, ein bisschen Jura wenigstens zu machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das war bei G 10 eher der Fall als bei Islamismus.

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau, ist bei G 10 eher der Fall. Es heißt hier: sogenannte G-10-Juristin. Also, man ist schon mit Rechtsfragen befasst, die allerdings in erster Linie das TKÜ-Thema betreffen. Man ist auch damit beschäftigt,



Nur zur dienstlichen Verwendung

die G-10-Anträge zu prüfen, die ja von der G 10-Kommission dann genehmigt werden, und im Rahmen der Auswertung dann ebenfalls zu prüfen, ob das kernbereichsschutzrelevant sein könnte und Ähnliches, und das war dann eher mein Fall.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sind das alles Juristen in dem Referat gewesen oder - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Die Referatsleiter im G-10-Bereich sind allesamt Juristen. Das muss so sein, weil halt dort G 10 bearbeitet wird, Vermerke, also Auswertungen gemacht werden aus der Telekommunikationsüberwachung, und die müssen immer erst juristisch überprüft werden, bevor sie aus dem G-10-Bereich rauskommen in den normalen - - also in das normale BfV, weil es noch mal eine extra Sicherung geben muss, weil ja schließlich G 10 der tiefste Eingriff ist in die menschliche Lebenssphäre.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und Sie sind Referatsleiterin geworden. Habe ich das richtig verstanden?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Im März 2008 war das, oder?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, das war dann so 2009, Ende 2009/Anfang 2010 ungefähr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wahrscheinlich erst mal stellvertretende Referatsleiterin oder so was -

Zeugin Doreen Delmdahl: Referentin; ja, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - ja, genau - und dann 2009 Referatsleiterin. - Dann waren Sie so als Referentin ein Dreivierteljahr in dem Referat, würden Sie sagen? Halbes Jahr?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, nein, also schon ab Mitte 2008 bis Ende 2009. Das sind schon anderthalb Jahre, nicht?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut; anderthalb Jahre. - Und dann Referatsleiterin geworden.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: War die Referatsleiterstelle besetzt, als Sie Referentin wurden, -

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - oder war die vakant?

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau, die war besetzt. Aber meine Vorgängerin ist dann in Elternschutz gegangen, und dann wurde neu ausgeschrieben, und dann war ich da.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie lange - - Ging das übergangslos, -

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - oder war da eine Vakanz?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, da war schon eine gewisse Vakanz. Da wird dann - - Mit der Wahrnehmung beauftragt war dann ein Kollege von mir, und ich werde dann - - So ist es ja immer: Wenn Referenten Referatsleiter werden, dann wird man auch erst mal mit der Wahrnehmung beauftragt, hat eine sechsmonatige Probezeit sozusagen, die man noch mal überstehen muss, und dann darf man endgültig die Referatsleitung übernehmen, in eigener Verantwortung sozusagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie ist die Beschreibung des Referats genau? Wie heißt dieses Referat?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, das heißt 3B6, und das ist also ein Referat, das in erster Linie mit Fremdsprachlern besetzt ist, die die Telekommunikationsüberwachungen auswerten, übersetzen, Vermerke schreiben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie das Mikro etwas näher an sich ranziehen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön; das ist lieb. - Und wenn Sie irgendwie Getränke brauchen - andere als da stehen -, sagen Sie immer Bescheid, oder wenn Sie eine Pause brauchen. Das hatte ich eben gar nicht erwähnt.

Jetzt muss ich noch mal fragen: 3G6 [sic!] ist ja jetzt ein schöner Name.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hat das nicht auch einen normalen Titel, also irgendwie „G-10-Referat“ oder „Referat zur Prüfung von G 10 und anderen Grundrechten, die in Betracht kommen“ oder irgendwie so was?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, die heißen alle eigentlich G-10-Auswertungsreferate. Also, es gibt die sowohl in Berlin als auch in Köln, und wir haben halt so Nummern- und Zahlenbezeichnungen, und 3B ist halt die Referatsgruppe, die sich mit G 10 ausschließlich beschäftigt. Da gibt es einen Grundsatzbereich, und dann gibt es halt die Bereiche mit den einzelnen Auswertern. In Berlin gibt es halt drei Referate zu diesem 3B, und in Köln gibt es dann die restlichen Referate.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also muss ich mir das so vorstellen: In dem Referat sitzen die Sachbearbeiter - das ist wahrscheinlich gehobener Dienst -, -

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - und die machen Auswertung, Auswertung, Auswertung, -

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - und der Referatsleiter ist ein Jurist, damit der guckt, dass auch alles grundrechtskonform läuft.

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau. Ich gucke über alles drüber, was aus dem Referat rausgeht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Und das muss ein Jurist sein, damit die Sachbearbeiter, die, sagen wir mal, die inhaltliche Auswertung machen, natürlich im positiven Arbeitseifer sind, auch noch mal von einem Juristen gegengecheckt werden, -

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - dass da nichts G 10 - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, üblicherweise - - Die werden natürlich alle - - Ihnen wird jedes Mal bei der Einstellung erklärt, was dürfen sie, was dürfen sie nicht. Aber es gibt natürlich so Zweifelsfragen, wo dann jemand, der nicht juristisch geprägt ist, auch Probleme hat, zu sagen: Ist das jetzt noch was, was ich verschriften kann, oder nicht? Es geht ja da nicht nur um den Kernbereichsschutz, sondern auch darum: Ist es der Hauptbetroffene, bzw. wer redet da am Telefon, und darf ich das dann verschriften, wenn zum Beispiel über den Hauptbetroffenen gesprochen wird? Wo ist da die Grenze? - Das sind so Dinge, wo man dann gegebenenfalls auch auf mich zukommt und sagt: Darf ich das jetzt so verschriften, oder darf ich es nicht?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Darf ich es so - - Wie war das Verb? Darf ich es so - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Verschriften.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Verschriften, okay. Ich habe es akustisch nur nicht genau - - Es hätte auch „verschicken“ sein können.

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, „verschriften“.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das hätte mich natürlich - - Okay, „verschriften“.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, „verschicken“ ist es schon, weil wir heutzutage in der Welt der Elektronik leben. Wir machen das dann elektronisch, das Versenden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wie viele dieser Auswertereferate gibt es dann?

Zeugin Doreen Delmdahl: Sechs.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sechs, okay. - Dann waren Sie im sechsten: 3G6 [sic!].

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, wenn man so zählen würde. Aber es gibt noch ein Grundsatzreferat, und das ist natürlich dann die Nummer eins. Und deswegen gibt es noch ein Referat nach mir.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: 7.

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau. - Es ist dann 8, weil dazwischen noch ein anderes Referat ist, aber - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich weiß. Wir haben die Erfahrung, dass Buchstaben und Zahlen schon mal anders benutzt werden als im normalen Leben.

Zeugin Doreen Delmdahl: Aber es gibt sechs Auswertereferate, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wie viele Sachbearbeiter gibt es dann pro Referat, die - -

(MR Torsten Akmann
(BMI) meldet sich zu Wort)

- Da kann ich mir vorstellen: Das macht Sorgen, die Frage, nicht? - Okay.

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau. Das ist auch sehr unterschiedlich, nicht?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist eine gute Antwort. - Und bei dem Arbeitsaufkommen, was würden Sie sagen, wie hoch ist der Anteil von Treffern, die Sie gegenchecken? Checken Sie - - Das ist ja - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Wie viel was? Bitte noch mal.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Würden Sie sagen, das, was die Sachbearbeitung erarbeitet, da checken Sie jeden Treffer gegen, da machen Sie Stichproben, oder warten Sie, dass - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, nein. Also, jede - - Also, die sind gehalten, Vermerke zu schreiben. In erster Linie sind das eher zusammenfassende Vermerke - anders als die Polizei, die eher Wortprotokolle schreibt -, und jeder einzelne Vermerk geht über meinen Tisch, bzw. manchmal kommen sie auch, bevor sie sich die Arbeit machen, das aufzuschreiben, zu mir, um mich zu fragen, ob das gemacht werden darf. Also, das ist wirklich jeder Vermerk.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, in der Regel kommen sie hinterher zu Ihnen und fragen, ob es gemacht werden durfte.

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, also - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeugin Doreen Delmdahl: Üblicherweise sollten sie es wissen; aber es kann ja sein, dass ich - - Alle Jubeljahre kommt es halt auch mal vor, dass ich einen Vermerk lese, wo ich sage: So kann man das jetzt nicht machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Können Sie mir mal so ein bisschen so einen Ablauf einer typischen TKÜ schildern, also jetzt nicht einen konkreten Fall, sondern mal so einen Ablauf, wie so was funktioniert?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie haben eine Zielperson; da können wir ja mal anfangen. Wie geht es dann weiter?

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau; also ich nicht, das BfV. Also, da gibt es ja verschiedene Fachabteilungen, und die haben Hinweise jedweder Art - da gibt es ja verschiedene Quellen, woher



Nur zur dienstlichen Verwendung

das kommen kann -, und die stellen einen sogenannten G-10-Antrag. Das ist aber sozusagen erst mal als Vorschlag. Der Vorschlag kommt zur - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da sind Sie noch gar nicht beteiligt dran, nicht?

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau, da sind wir noch gar nicht beteiligt dran; da ist nur die jeweilige Fachabteilung beteiligt. Und der Sachbearbeiter schreibt, der Referatsleiter guckt drüber - meist bis zum Abteilungsleiter -, und dann geht es zu uns. Dafür gibt es diesen Grundsatz - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann kommt erst mal der G-10-Antrag, oder? Mal langsamer.

Zeugin Doreen Delmdahl: Der Vorschlag, der G-10-Antragsvorschlag sozusagen, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeugin Doreen Delmdahl: - der kommt dann in den 3B-Bereich, in den G-10-Bereich also. Dort gibt es Sachbearbeiter, die erst mal die formellen Kriterien dann schön überarbeiten, aber auch schon gegebenenfalls rechtlich drübergucken und prüfen als Sachbearbeiter. Und dann geht das weiter zum G-10-Juristen. Der prüft, ob die Tatbestände vorliegen oder zumindest der Verdacht - der ist es in dem Fall ja bloß - vorliegt, ob die Tatsachen, die dort beschrieben sind und die dort auch bewiesen werden müssen mit entsprechenden Beweismitteln, auch stichhaltig begründet sind.

Insbesondere ist es in letzter Zeit so gewesen, dass wir dann auch gerade die Verhältnismäßigkeit noch mal stark nachprüfen müssen und auf Plausibilität prüfen müssen, ob wir auch alle anderen Möglichkeiten bereits ausgeschöpft haben. Wie gesagt, G 10 ist das letzte Mittel, Ultima Ratio. Erst müssten solche Dinge wie § 8 a, also die Verbindungsdaten zum Beispiel - - oder dass Quellen befragt werden und so. Also, alle anderen Mittel, alle anderen nachrichtendienstlichen Mittel, müssten eigentlich schon ausgeschöpft sein. Erst dann ist G 10 zulässig.

Das prüft man, und dann geht es über den G-10-Juristen, der sozusagen mitzeichnet, letztendlich an den Abteilungsleiter im G-10-Bereich und von dort aus dann ins BMI. Dort wiederum gibt es ja in der ÖS ein Referat. Die prüfen das ebenfalls wieder, und wenn die ihr Okay gegeben haben, geht es dann weiter an die G 10-Kommission, aber dann halt einmal pro Monat in eine Sitzung, wo dann über den Antrag befunden wird tatsächlich. Und erst danach, wenn dann die G 10-Kommission gesagt hat: „Ist in Ordnung“, wird das für drei Monate genehmigt. Es kann auch mal sein, dass die G 10-Kommission sagt: Das ist uns nicht begründet genug; bitte nur einen Monat und nachberichten. - Aber das passiert eigentlich ziemlich selten. Also, normalerweise drei Monate Überwachungszeitraum. Erst danach wird dann also der Provider informiert.

Dann wird geschaltet, also wird sozusagen die TKÜ begonnen. Dann haben wir drei Monate Zeit, also meine Auswerter in dem Fall und die Auswerter der anderen Referate, im Sinne des Sachverhaltes und im Sinne des Verdachtes, der dort steht, Tatsachen zu ermitteln. Die werden dann halt verschriftet an den Fachbereich gegeben, und der muss dann natürlich mit einem gewissen Vorlauf - - Also, drei Monate hat der nicht Zeit, bis er einen neuen Antrag schreiben kann, sondern normalerweise so zwei Monate, weil dann muss ja schon wieder erst mal die ganze Leiter wieder nach oben gegangen werden. Entweder verlängert man dann oder aber, je nachdem - - Wenn halt sich keine Anhaltspunkte ergeben haben, die diesen Verdacht irgendwie weiterhin begründen würden oder erhärten würden, dann wird die Maßnahme auch eingestellt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, wenn ich das jetzt richtig verstanden habe: Sie haben eine Zielperson, die zum Beispiel terrorismusverdächtig ist.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und dann dauert das zwei Monate, bis Sie eine TKÜ schalten können, im negativen Fall.

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein. Es gibt auch die Möglichkeit im G-10-Gesetz der Sofortanträge.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Im Eilverfahren.

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeugin Doreen Delmdahl: Da muss die G 10-Kommission im Nachhinein genehmigen, weil da haben wir dann nicht so viel Zeit, dieses normale formelle Verfahren zu machen, sondern da schaffen wir es schon innerhalb von einem Tag.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wie ist denn das Verhältnis von Normal- und Eilanträgen?

MR Torsten Akmann (BMI): Ich glaube, jetzt verlassen wir langsam den Untersuchungsgegenstand.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das kann ich nächstes Mal einführen. Das kann ich rauskriegen; das ist kein Problem. Also, von daher: Das kann ich auch beim nächsten Mal verraten. Es wäre ja schön, wenn wir es jetzt hier trotzdem klären könnten.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, auf jeden Fall ist - - Der Grundsatz sind Normalanträge; sagen wir es so.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. - Und die sind in überwiegender Mehrheit?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Und jetzt schaltet man die TKÜ, -

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - und jetzt sind Sie quasi als G-10-Juristin im Referat daran beteiligt und lassen sich dann was zeigen? Oder

sind Sie jetzt gar nicht mehr im Geschäft drin? Ist Ihr Hauptpart die Antragstellung über die G 10-Kommission, oder gucken Sie sich jetzt noch quasi das, was da rauskommt, an?

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau. - Also, jeden einzelnen Vermerk, der daraufhin - - Also, TKÜ wird geschaltet, die Sachbearbeiter bekommen ihre jeweilige Maßnahme zugewiesen, und dann hören sie, verschriften sie gegebenenfalls. Und alles, was verschriftet wird, was also an den eigentlichen - also, wir sind ja ein Dienstleiter in dem Sinne - Kunden sozusagen rausgeht, an die Fachabteilung, das läuft alles über meinen Tisch. Damit weiß ich aber im Endeffekt innerhalb der drei Monate auch: Bringt der Antrag was, oder bringt er nichts?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kann man ihn verlängern? Gibt es da einen Grund, ihn zu verlängern?

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau. Also, an sich macht es noch mal die Fachabteilung; aber ich kann da natürlich entsprechend mein Votum abgeben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und auf was - juristisch - schauen Sie dann genau im laufenden Geschäft?

Zeugin Doreen Delmdahl: Es ist ja ein Grund-sachverhalt, nicht? Also, weswegen? Sei es ein 129-er, also terroristische Organisation, Mitgliedschaft oder Unterstützung - - Das ist ja aktuell einer der meisten Fälle. Und da schaue ich dann halt: Hat das was mit dem Sachverhalt zu tun, was verschriftet wird? Begründet das, erhärtet das, gegebenenfalls natürlich - - Wir sind ja schließlich eher neutraler Beobachter. Wir können auch gegebenenfalls Dinge verschriften, die genau das Gegenteil beweisen, nämlich dass der Verdacht völlig haltlos ist.

Diese Dinge, darauf achte ich, dass es halt auch der Hauptbetroffene ist und nicht irgendwelche Leute, die das Telefon mit benutzen. Und der Kernbereichsschutz, der ja jetzt seit einiger Zeit auch im G-10-Gesetz steht - § 3 a und b -, also die Frage: „Betrifft es die innerste Privatsphäre des



Nur zur dienstlichen Verwendung

Betroffenen?“, aber auch: Sind zum Beispiel Rechtsanwälte am Telefon - dann dürfte man das nicht nehmen, es sei denn, die sind selber die Hauptbetroffenen -, oder sind es Abgeordnete?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie jetzt gerne näher ausführen.

(Heiterkeit - Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da frag mal nach!)

- Genau, das könnt ihr dann machen.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so!)

Vielleicht hat - - Na ja, ich sage jetzt nichts; gut.

Ich würde jetzt mal zu einem anderen Bereich kommen. Wie machen Sie das denn technisch? - Keine Sorge, liebe Bundesregierung. - Hören Sie da mit einem Kopfhörer hin, oder haben Sie Softwareunterstützung? - Ich komme zum Untersuchungsauftrag.

Zeugin Doreen Delmdahl: Hören. Also, in erster Linie hören, in zweiter Linie lesen heutzutage, nicht?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, wir haben ja - - Also, bis vor kurzem hatten wir noch - kann man ja sagen - eine analoge Anlage. Das war eine Katastrophe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So detailliert wollte ich es jetzt gar nicht wissen. Mir geht es darum: Nutzen Sie XKeyscore? Ich kann es auch direkt fragen.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ach so. - Im G-10-Bereich? Also meine Auswerter? Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Aber Sie kennen XKeyscore?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, deswegen bin ich ja auch hier. Also, dazu noch die - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich wollte Ihnen einen weichen Einstieg in diesen Tag geben.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, wunderschön. - Genau, also, ich kenne XKeyscore. Meine Auswerter bei 3B6 benutzen es nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Warum kennen Sie es denn dann?

Zeugin Doreen Delmdahl: Allerdings habe ich auch noch ein zweites Referat und noch zwei kommissarische Referate.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeugin Doreen Delmdahl: Und das eine Referat ist im 3A-Bereich. Also, die anderen Referate sind alle im 3A-Bereich - das eine Referat, was ich zusätzlich habe, ist ein Grundsatzreferat in dem neuen 3A; „Technische Aufklärung“ nennt sich das auch - und zwei weitere kommissarische Referate, und dort wird aktuell auch XKeyscore eingesetzt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich noch mal fragen: Ist das normal, dass man bei Ihnen so vier, fünf, sechs Referate leitet?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, nicht normal. Aber das Problem ist: Diese Gruppe ist im Aufbau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Welche jetzt?

Zeugin Doreen Delmdahl: Diese 3A-Gruppe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also die Gruppe, zu der die ganzen Referate gehören?

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeugin Doreen Delmdahl: Diese 3A-Gruppe ist im Aufbau; das stand ja auch häufiger schon in



Nur zur dienstlichen Verwendung

irgendwelchen Medien. Das ist also erst Aufbau-
stab, und seit ungefähr einem Jahr existiert dann
diese Gruppe. Und da muss man halt erst mal das
geeignete Personal finden. Gerade bei Referatslei-
tungen ist es so, dass Sie einen gewissen Vorlauf
halt brauchen eigentlich. Referenten sind das
eine, aber Referatsleitungen, die halt dann auch
die Führung des Personals übernehmen, die sind
halt ein bisschen langwieriger zu finden. Deswe-
gen habe ich aktuell ein paar mehr Referate.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. -
Macht mich ein bisschen betrübt, muss ich ganz
ehrlich sagen. So in anderen Bereichen - - Ich
weiß nicht. Gut, aber es ist halt wohl so. Da kön-
nen Sie ja nichts dazu.

Zeugin Doreen Delmdahl: Mhm.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und XKey-
score wird in einem der Referate eingesetzt. Habe
ich das richtig verstanden: in einem?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wie
lange schon?

Zeugin Doreen Delmdahl: Seit das Referat exis-
tiert. Vorher war es die sogenannte - deswegen
bin ich ja auch hier - Arbeitsgruppe XKeyscore.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, wenn
Sie das mal mit einem Jahr bezeichnen: Seit
wann wird XKeyscore da eingesetzt?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, testend einge-
setzt - - Das Referat existiert seit April letzten
Jahres.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und die AG
XKeyscore?

Zeugin Doreen Delmdahl: Die existiert schon län-
ger. Eingesetzt wurde sie so, glaube ich, im Sep-
tember/Okttober 2012.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aha. - Und
seit 2012 haben Sie zuerst eine Testversion
XKeyscore gehabt, richtig?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, es ist immer noch
die gleiche Version, die wir haben - im Test.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da sind Sie
ganz sicher? Die ganz gleiche Version? Kein Up-
date, keine Ergänzung?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aha, danke. -
Also, Sie haben seit 2012 eine erste Testversion
XKeyscore gehabt, richtig?

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wie
haben Sie die denn gekriegt?

Zeugin Doreen Delmdahl: Die habe ich tatsäch-
lich überreicht bekommen, also die Software,
durch den BND, weil - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da kam eine
Art IT-Supporter vorbei mit mehreren CD-ROMs
und hat gesagt: „Jetzt installieren wir das hier
mal auf einem Stand-alone-Rechner“, richtig?

Zeugin Doreen Delmdahl: So ähnlich. Also, ich
hatte ja erst einen BND-Mitarbeiter, und dann
hatte ich die Version von XKeyscore, und das
hat - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Noch mal;
Entschuldigung. Ich habe es akustisch nicht - -
Sie hatten erst einen BND-Mitarbeiter, und dann
hatten Sie die Version von XKeyscore?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und der hat
die so geboren.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, der BND-Mit-
arbeiter - - Ich brauchte den ja erst, bevor - - Denn
nur er kannte ja diese Software und - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber der hat
die dabeigehabt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein. Ja, der - - Nein, wir haben die, glaube ich - - Also, das weiß ich jetzt nicht, wie die genau zu uns kam. Auf elektronischem Wege kam die jedenfalls zu uns -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeugin Doreen Delmdahl: - mit einem entsprechenden - - Also, das eine ist die Software, das andere ist - - Es gibt noch einen Schlüssel, und ohne den Schlüssel funktioniert die Software nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach so. - Und der BND-Mitarbeiter, der dann abgeordnet war wahrscheinlich, -

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - der hat das mitgebracht, hat es erst bedient und gleichzeitig wahrscheinlich die Schulung vorgenommen, oder irgendwer anders. Ich will es nicht - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, genau. Der hat es bedient, und irgendwann später hat er auch andere da angelernt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Das hat der BND-Mitarbeiter gemacht, oder waren da auch noch Externe, die die Schulung vorgenommen haben, die amerikanisches Englisch sprachen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, bei uns auf dem Gelände: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also, Sie haben keinen gesehen; sagen wir es mal so.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich weiß, dass keiner da war.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie wissen, dass auf Ihrem Gelände nie ein Amerikaner war?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeugin Doreen Delmdahl: - also dass im Bereich, wo XKeyscore tatsächlich steht - - Und XKey-score steht nur im G-10-Bereich, und der G-10-Bereich ist noch mal extra gesichert. Deswegen weiß ich, dass da nie ein -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aha, das ist schön.

Zeugin Doreen Delmdahl: - Englisch oder Amerikanisch sprechender Mensch war.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und diesen Bereich haben Sie als Referats- - Eigentlich kann man ja fast sagen, Sie sind da so eine Art fast Gruppenleiterin - oder? -, wenn Sie die Referate - - Ja, nicht in der Funktion; klar. Aber wenn Sie doch als Referatsleiter so viele Referate unter sich haben, kommissarisch zumindest, dann gibt es formal - - Aber ist egal.

Okay, Sie wissen also, das hat nur der BND zu Ihnen gebracht und dann auch die Schulung übernommen. Wie viele Mitarbeiter - - Ja, ziehe ich zurück, die Frage; bringt mir jetzt auch gar nicht so viel. Was ich nur wissen will, ist: Wie eng können Sie Auskunft geben über den Einsatz von XKeyscore? Haben Sie das selbst mal bedient? Kennen Sie das? Können Sie das?

Zeugin Doreen Delmdahl: Bedienen kann ich es nicht. Das sind eher Leute, die IT-Fachkenntnisse haben müssen. Ich bin Jurist. Also, das ist - - Ich kenne es, ich habe es gesehen, ich habe gesehen, wie es bedient wird, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Sie kennen die Funktionalitäten auch?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ein bisschen, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ein bisschen, ja. - Kann man da was G-10-falsch-machen, jetzt aus juristischer Sicht?

Zeugin Doreen Delmdahl: G 10?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, also kann man da unter dem Blickwinkel von G 10 - - Kann ich da was falsch machen mit XKeyscore, wenn ich das irgendwie falsch bediene, dass man da als Jurist sagen muss: „Das durftest du doch nicht machen“? Was kann ich denn da - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein. Also, es ist ja so, dass damit nur G-10-Daten bearbeitet werden, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die sind alle relevant.

Zeugin Doreen Delmdahl: - das heißt die, die wir sowieso haben dürfen. Da kann man erst mal nichts falsch machen, wenn man die tatsächlich dann auch bearbeitet oder auswertet. Das Einzige, was man falsch machen kann - aber dafür ist es ja extra bei mir gewesen als G-10-Juristin, diese AG -: sollte etwas daraus verschriftet werden, genauso wie aus der alten, normalen TKÜ-Anlage, dass da genauso darauf geachtet wird, was ich vorhin schon gesagt hatte, also die bestimmten Kriterien erfüllt sein müssen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also mit anderen Worten: Wenn es die G-10-Anordnung gibt, dann gehen Sie natürlich auf G 10; deswegen haben Sie die G-10-Anordnung sich geholt. XKeyscore recherchiert dann in dem Kommunikationsstrang, wenn ich es mal so sage. Aus den Ergebnissen wird gegebenenfalls ein Vermerk erstellt. Den kriegen Sie noch mal zu sehen -

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - und prüfen, ob da alles, was drin ist, okay ist oder ob da zum Beispiel Kernbereich oder Dritte, nur der Pizzabote oder der Anwalt am besten noch - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann würden Sie sagen: „Oh, das geht ja nicht; habt ihr nicht dran gedacht: Kernbereich“ oder was weiß ich. So würde das ablaufen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeugin Doreen Delmdahl: Und dann würde das entsprechend nicht rausgehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Und gelöscht, oder was wird dann damit gemacht?

Zeugin Doreen Delmdahl: Kernbereichsschutz, wenn es um § 3 a geht, muss gelöscht werden; tatsächlich. Aber im Fall von XKeyscore ist es so, dass es sowieso nur Kopien sind, die in dieser Software laufen, weil die Originalkommunikation ist ja auf unserer TKÜ-Anlage schon, und da wird sie ja dann jeweils immer in XKeyscore eingespielt. Das heißt, gelöscht wird sowieso, und zwar gelöscht wird spätestens nach den G-10-Kriterien sechs Monate. Also, bis zu dem Zeitpunkt muss man wissen, ob man das noch brauchen kann für die weitere Bearbeitung oder aber nicht. Dann muss die Fachabteilung gegebenenfalls auch Argumentation liefern. Und ansonsten wird spätestens nach sechs Monaten alles gelöscht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann gibt es jetzt die AG XKeyscore nicht mehr. Das ist jetzt das Referat.

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, die ist sozusagen in die Linie übergegangen. Also, mit Schaffung erst dieses Aufbaustabes und dann dieser Referatsgruppe ist es dann in die Linie übergegangen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: 2013, hatten Sie gesagt. Oder was sagten Sie?

Zeugin Doreen Delmdahl: Letztes Jahr ist die Referatsgruppe entstanden, und ein Jahr vorher ist der Aufbaustab entstanden. Also, in 2014 müsste das gewesen sein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also 2012 AG XKeyscore, -

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - 2014 Aufbaustab.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Doreen Delmdahl: Aufbaustab dieser Referatsgruppe, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeugin Doreen Delmdahl: - und 2015 dann die Referatsgruppe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und Sie haben eine Testversion von XKeyscore gekriegt. Was heißt das: „Testversion“?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach so. Dann korrigieren Sie mich.

Zeugin Doreen Delmdahl: Wir haben eine Version von XKeyscore gekriegt -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ah, sorry.

Zeugin Doreen Delmdahl: - das sagen wir immer wieder -, und die testen wir. „Version“, weil - - Das weiß ich zum Beispiel auch nur aus den Medien, spätestens durch Herrn Snowden, dass XKeyscore ja auch eine Erfassungsvariante hat. Die brauchen wir nicht; die haben wir auch nicht. Wir brauchen ja - - Erfassung macht ja für uns die andere Anlage. Es geht bei uns ja um die reine Analyse.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also, Sie haben nur die Analysefunktion.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wer hat diese Version von XKeyscore so für Sie zu rechtgeschnitten? Wissen Sie das?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber diese Funktionen sind auch gar nicht dran. Da gibt es nichts zu klicken, dass Sie das machen könnten.

Zeugin Doreen Delmdahl: Da gibt es nichts, nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie können wahrscheinlich sowieso nichts erfassen, weil der Eingang fehlt. Aber - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, dieses System, so wie es jetzt aktuell da steht, ist ja auch ohne jegliche -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Außenanbindung.

Zeugin Doreen Delmdahl: - Verbindung nach außen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und diese für Sie passende Version ohne die Erfassungsfunktionalitäten, die war, als Sie dieses System kriegten, XKeyscore, so für Sie schon eingerichtet.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, sagen wir: Wir haben diese Version gekriegt mit nur der Analysefunktion. Aber man merkte, dass sie - dafür sind ja auch diese Tests da - für unsere Aufgabe nicht so zugeschnitten war, wie wir sie bräuchten -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt im Analyseteil.

Zeugin Doreen Delmdahl: - genau -, weil soweit man weiß aus den Nachrichten, ist ja die Erfassungsvariante auch eher für SIGINT, also für so Massendaten, gedacht und nicht für Inhaltsdatenanalyse, wie wir sie betreiben im G-10-Bereich. Wir brauchen ja Inhalte, um begründen zu können: Ist der Verdacht weiterhin gerechtfertigt oder nicht? Und dafür brauche ich weniger die Verbindungen oder irgendwas, sondern ich brauche ja Inhalte, und dafür war es nur begrenzt -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Tauglich.

Zeugin Doreen Delmdahl: - ausgelegt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Haben Sie dann versucht, irgendwie es zu verbessern? Gab es da so eine Art Arbeitsgruppe im Sinne von: „Das müssten wir vielleicht für uns verbessern, jenes“? Gab es da so eine Art Dialog, wie man XKeyscore für das BfV irgendwie in einem verbesserten Update einsetzen kann, oder haben Sie gesagt: „Geht nur begrenzt. Da, wo es geht, nutzen wir es; für den Rest müssen wir klassisch arbeiten“, oder wie?

Zeugin Doreen Delmdahl: Wir machen es ja sowieso; wir benutzen es ja parallel. Aber ich habe halt dem BND-Mitarbeiter erklärt, wie wir so arbeiten - der kannte das ja auch noch nicht -, und er hat dann geguckt: Was von dem Analysetool kann man denn für unseren Bereich überhaupt nutzen? Also, das ist dann - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und die Teile hat er dann auch nur freigeschaltet. Hat er das gemacht, oder wie ist das - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, freigeschaltet - - Also, die nutzen wir.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach so. - Und die anderen Funktionalitäten könnten Sie - - Aber da kein Eingang ist, geht es auch nicht, oder?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, nein. Also, wie gesagt, nur der reine Analyseteil.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeugin Doreen Delmdahl: Aber selbst da -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nutzen Sie nicht alles.

Zeugin Doreen Delmdahl: - nutzen wir nicht alles.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt haben Sie gesagt, das ist ein richtiges XKeyscore, eben nur fürs BfV passend, ohne Erfassungsteil, nur der Analyseteil, -

Zeugin Doreen Delmdahl: Also kein Text.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - und Sie testen das. Was heißt, Sie testen das? An Fake-Daten oder an - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, schon an Echt-daten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Warum kommt dieses Wort „testen“ dann irgendwie immer in der Diskussion vor? Eigentlich ist das doch: Wir setzen das ein und gucken, ob es taugt. Also, was heißt „testen“?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, es gibt ja die VSA, diese Verschlusssachenanordnung, und in der steht auch, bevor man ein Netz mit Daten füttert, die VS-V oder höher eingestuft sind, muss es eine technische Prüfung geben, muss das System sicher sein, gegebenenfalls auch unter Hinzuziehung des BSI. Deswegen haben wir jetzt aktuell nur eine Version - man könnte sagen: Stand-alone-System in dem Sinne -, und deswegen ist es nach wie vor ein - - Also, Test ist es, weil wir mussten ja erst mal gucken: Was kann das System? Das war ja - - Wie gesagt, wir nutzen es ja ganz anders wohl als - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: BND.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, oder die NSA. - Deswegen: Wir mussten auch gucken: Wie sieht das mit unseren G-10-Daten aus? Wie zeigt es das an? Was müsste man da gegebenenfalls verbessern, anpassen? Die Auswerter - - Wie gesagt, der BND-Mitarbeiter kannte sich ja damit aus. Aber es müssen ja auch Auswerter darauf angelernt werden, die sich gegebenenfalls auch noch erst mal lange damit beschäftigen müssen; deswegen nach wie vor eine Testphase. Das liegt daran, dass wir also gucken müssen: Was kann das System alles? Und zweitens sind es diese sicherheitstechnischen Aspekte, weshalb es immer noch ein Test ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Suchen Sie mit XKeyscore auch nach Namen? Geben Sie da Namen ein von Personen - also, sprich: G-10-Anordnung gegen Müller -, und dann geben Sie zum - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Doreen Delmdahl: Dann wissen wir ja schon, dass der Müller da drin sein müsste.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Deswegen wollte ich gerade sagen: Dann geben Sie auch noch Meier ein, ob in der Kommunikation von Müller Meier vorkommt? Also, werden da Namen eingestellt? Nach was - - XKeyscore sucht ja nach Begrifflichkeiten.

Zeugin Doreen Delmdahl: Nach Filterkriterien.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

(Christian Flisek (SPD):
Sensburg!)

Also, was machen Sie da? Ich sehe noch nicht so ganz den Sinn. Weil ich kann verstehen, wenn Sie mit einem Kopfhörer so ein Telefonat mitnehmen und dann - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, das Gleiche ist halt - - Also, Sie müssen sich vorstellen - - Ja, früher war es halt nur Kopfhörer und Telefonat, inzwischen sind es halt - - Wir überwachen ja jetzt auch Handys - ist ja nicht neu -, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, wir haben alle eins.

Zeugin Doreen Delmdahl: - und da gibt es ja inzwischen Smartphones. Wir überwachen auch DSL-Anschlüsse. Und auch da - - Also, das Internet ist ja jetzt - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auch ganz in aller Munde.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja. Ist nicht mehr ganz so Neuland, genau. Und da ist es halt so, dass tatsächlich meine G-10-Auswerter im 3B-Bereich Hilfe brauchen, weil sie dieser - man kann jetzt nicht sagen: Massen von Daten - - Aber es ist mehr, als man händisch am Tag bearbeiten könnte in einer normalen Arbeitsweise.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, verstehe. Und dafür wird dann dieses -

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - als Auswertungstool eingesetzt. Okay, gut. - Würden Sie sagen, dass XKeyscore eigentlich fast in jedem Fall, wo Sie eine G-10-Anordnung haben, auch eingesetzt wird, weil eben jeder heute mit einem Handy, E-Mail, sonstige Dienste kommuniziert?

Zeugin Doreen Delmdahl: Wird schon nicht, weil es ein Testsystem ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Das könnte dieser eine Rechner gar nicht leisten. Weil Sie müssen ihn ja erst mal befüttern, also quasi raussaugen, dann - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Erstens. Ja, er könnte es nicht leisten. Und zweitens. Es ist, wie gesagt, ein Test, und da würde ich dann sozusagen den Test umgehen, wenn ich dann nach und nach alle Daten drüberlaufen lasse.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also da - - Ich sehe auch technische Grenzen. Wie kriegen Sie denn die Daten in den Stand-alone-Rechner rein? Also, jetzt kein - - Aber es muss doch irgendwie mit einem Datenträger passieren wahrscheinlich, oder?

Zeugin Doreen Delmdahl: Mhm.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.

Zeugin Doreen Delmdahl: Beim einen raus, beim anderen rein, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Zeugin Doreen Delmdahl: - über die sogenannte Turnschuhschnittstelle.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ja. Das ist ja auch begrenzt wahrscheinlich. Alleine der Aufwand, wenn Sie das bei zig Personen, die G-10-Anordnung haben, machen würden, dann wären Sie nur noch am hin- und hertransferieren.

Zeugin Doreen Delmdahl: Rennen, ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und Sie haben wirklich nur den einen Rechner?

Zeugin Doreen Delmdahl: Einen Server, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und an dem hängen aber mehrere Rechner.

Zeugin Doreen Delmdahl: Da möchte ich jetzt öffentlich - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na ja, aber es ist natürlich ein Unterschied, ob ich einen Server habe mit 200 Rechnern oder 500 Rechnern oder ob ich einen Rechner habe - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, um Gottes willen! Also, nein. Wie gesagt, es ist ein Testsystem. Aber zu den genauen Gegebenheiten würde ich gerne in einer anderen Sitzung aussagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also in der eingestuft.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. Weil das natürlich schon ein Knackpunkt ist, wenn man immer von einer Testversion und ein - - nicht? Da klingt das so: Da steht so ein einsamer Rechner, und da rennt man mit einem USB-Stick mal hin - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, so ähnlich muss man sich das aber vorstellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ja. Aber wenn ich einen Server habe und habe dann ein ganzes - - nicht? Also, müssen wir gleich mal gucken. Okay. - Die Zusammenarbeit mit dem BND war nicht wegen des BND schwierig, sondern war schwierig, weil die Ansätze anscheinend andere waren; das haben Sie gerade angedeutet, das hat auch der Zeuge A. Sch. angedeutet. Wo lagen diese Schwierigkeiten darüber hinaus? Sie haben ja gesagt: andere Herangehensweise. Gab es da noch andere Probleme oder einfach der andere Ansatz, wie man auf Informationen zugeht? Also, irgendwann ist der Zeuge A. Sch. ja dann weggegangen und hat gesagt: So, so weit kommen wir

miteinander klar, jetzt geht er wieder zurück zum BND.

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau, nach zwei Jahren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was klemmte da so richtig? Also, warum hat man - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Wie gesagt: Also, wir machen eher eine inhaltliche Auswertung. Wir wollen wirklich Inhalte sehen, die Inhalte hören, einzeln. Und der BND hat ja eine SIGINT-Erfassung, das heißt, er hat ja ganz andere Daten. Aber den interessieren die Inhalte auch weniger, sondern der ist tatsächlich erst mal wahrscheinlich auf die Filterung angewiesen, um das ganze Unwichtige vom Wichtigen - - Wir haben ja schon sozusagen das Wichtige, wir haben ja schon die konkrete Person, und deswegen ist zwischen „Ich filtere mal die verschiedensten Verbindungsdaten“ und „Ich möchte mir bitte jetzt diese Kommunikation konkret anzeigen lassen und zum Beispiel abspielen lassen“ oder so - - Das ist ein Unterschied halt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gab es denn dann für diesen einen Server eine Dateianordnung eigentlich?

Zeugin Doreen Delmdahl: Es gibt eine, wo dieses System mit umfasst ist, und zwar das ist das von unserer TKÜ-Anlage. Da gibt es einen Passus abgestimmt mit dem BMI und BfDI, wo Poseidon mit erfasst ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist Poseidon was anderes als die alte AG XKeyscore, jetzt Referat, oder ist das das Gleiche und nur ein anderer Name?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ist nur ein anderer Name.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Und seit wann heißt das Ding Poseidon? Oder immer schon, schon als AG?

Zeugin Doreen Delmdahl: Schon als AG hatten wir es umbenannt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Noch andere Namen?

(Die Zeugin schüttelt den Kopf)

Warum hieß das auch Poseidon?

Zeugin Doreen Delmdahl: Wegen Perseus.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ah, nicht Athene.

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, also wegen Perseus. Perseus ist unsere TKÜ-Anlage.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ah, okay, alles klar. - Wenn ich es richtig verstehe, ist aber doch - - Wenn das ein Stand-alone-Server ist: Müsste man dafür nicht eine separate Dateianordnung haben?

Zeugin Doreen Delmdahl: Das wurde mit unserem Datenschützer erörtert genauso wie mit dem Grundsatzbereich von 3B: Nein, weil keine Datenhaltung stattfindet, sondern es ist ein reines Analysetool, wo die Daten nachher wieder entfernt werden. Die ganze Datenhaltung und dementsprechend auch die Notwendigkeit einer Dateianordnung ist bei der TKÜ-Anlage Perseus dann gegeben, sondern - - Weil ich nur rein für den Zeitpunkt der Analyse das in das System einpflege und danach wieder lösche, deswegen brauche ich keine Dateianordnung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Weil da keine kontinuierliche Datenhaltung -

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - aus Ihrer Sicht angelegt wird. Okay.

Zeugin Doreen Delmdahl: Es darf auch nicht; darauf achte ich schon.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Auf den Server kann man nur an welchem Standort

zugreifen? Nur in Köln oder nur in Berlin oder an beiden?

Zeugin Doreen Delmdahl: Deswegen war ich die AG-Leiterin, weil es in Berlin stattfand.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also, die Kölner können da nicht drauf zugreifen.

(Die Zeugin schüttelt den Kopf)

- Sicher?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Nutzen die Kölner irgendwie diese Daten? Wahrscheinlich doch - nicht? -, weil - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Die TKÜ-Anlage steht in Köln; da haben wir die Fernanbindung zu. Und sollten daraus Vermerke erwachsen, dann nutzen die Fachbereiche natürlich das, was verschriftet wurde aus dem Tool, was man - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Verstehe ich das jetzt richtig? Die TKÜ erfolgt in Köln, -

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - dann wandern die Daten nach Berlin, werden - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, über Fernanbindung TKÜ-Anlage; Fernanbindung ist das.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was heißt TKÜ-Anlage dann?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, die TKÜ-Anlage steht in Köln, und meine Auswerter sind fernangebunden.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gehören die zum Stand-alone-System?)

- Nein, nein, nein. Das eine hat mit dem anderen - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ja klar.

Zeugin Doreen Delmdahl: Die TKÜ-Anlage und XKeyscore haben nichts miteinander zu tun.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, der Auswerter kriegt direkt aus der TKÜ-Anlage in Köln die Daten auf seinen normalen Rechner in Berlin, -

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - dann schieb er sie auf den Stand-alone-Server, lässt sie - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, nein, nicht der Auswerter. Dazu gibt es natürlich auch ein Recht- und Rollenkonzept; auch das ist zum Beispiel Teil dessen, was die VSA bzw. das BSI möchte. Das heißt, der Export ist nur durch bestimmte Leute machbar, also der Export aus der TKÜ-Anlage. Den Import in das Stand-alone-System dürfen nur bestimmte Leute machen und auch nur an bestimmten Rechnern; auch das ist entsprechend gesichert. Das sind unsere Sicherheitsanforderungen im Haus.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Gibt es Auswerter in Köln, die, bevor die Vermerke erstellt werden, Ergebnisse nutzen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein. Aber es gibt in Köln auch keine. Also, G-10-Auswerter benutzen XKeyscore nicht; das sind andere Auswerter, die das System benutzen. Und, wie gesagt, es steht aktuell in Berlin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. Ich wäre so weit durch mit meinen Fragen. - Jetzt kämen wir zu den Fragen der Fraktionen. Da beginnt die Fraktion Die Linke, und ich denke, Frau Kollegin Renner hat schon ganz viele Fragen. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Frau Delmdahl, ich hoffe nicht, dass Sie meinen Namen schon kennen aus irgendeiner G-10-Anordnung in Ihrem Haus. Das würde wahrscheinlich mich jetzt hier in der Zeugenbefragung belasten; aber möglich ist alles. - Ich würde gerne noch mal bei XKeyscore

anfangen, aber dann auch ein bisschen allgemeiner werden. Haben Sie denn auch Metadaten zu den erfassten G-10-Daten mit XKeyscore verarbeitet?

Zeugin Doreen Delmdahl: Jede TKÜ-Anlage erfasst die - - Wenn man - - Also, ich bin jetzt nur Jurist. Also, ich verstehe unter Metadaten die Verbindungsdaten, also -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ich auch.

Zeugin Doreen Delmdahl: - wer mit wem um welche Uhrzeit wie lange usw. usf. Die werden natürlich in jeder - - Sonst bringt einem das ja nichts, wenn man nur das Gespräch hat und nicht weiß, wer mit wem telefoniert hat, und das nicht zuordnen kann.

Martina Renner (DIE LINKE): Dafür wird auch XKeyscore eingesetzt.

Zeugin Doreen Delmdahl: Auch diese Daten werden in XKeyscore - - weil die Gesamtdaten ja eingespielt werden aus den TKÜ-Anlagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Und sind das die Metadaten nur von der Person, zu der die G-10-Maßnahme beantragt wurde, oder auch die Metadaten zu den Kontaktpersonen dieser Person?

Zeugin Doreen Delmdahl: Zu dem gesamten - - zu dem Kommunikationsereignis.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Wir reden jetzt vom Internet.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist ja ein Ort, wo ich nicht nur einen habe, der anruft, und einen, der abnimmt. Wenn wir uns zum Beispiel in sozialen Netzwerken bewegen, in Gruppenchats oder Ähnliches, reden wir ja über viele Personen, die in Kontakt mit einer überwachten Person stehen können. Ist das richtig?

Zeugin Doreen Delmdahl: Wir überwachen nur den DSL-Anschluss von demjenigen, das heißt - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Also der, der in unserer Anordnung steht, das heißt also sein Rechner oder sein Smartphone - - Und dementsprechend nur das, was er auf seinem Rechner sieht, sehen auch wir.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber wenn ich mein Smartphone nutze und dort zum Beispiel in Messenger-Gruppen unterwegs bin, wenn ich dort soziale Netzwerke betreibe, wenn ich E-Mails verschicke an viele Empfänger, eine Telefonkonferenz schalte usw. - heute ist das ja, wie gesagt, nicht mehr eine Sache zwischen zwei Menschen, eine Kommunikation -, können das doch viele Kontaktpersonen sein, zu denen die Metadaten anfallen.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, aber - - In nicht-öffentlicher Sitzung könnte ich Ihnen etwas mehr zu dem Thema erzählen, was wir tatsächlich sehen. Das möchte ich jetzt nicht, weil das die Fähigkeiten offenlegt.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Werden denn auch die Daten von Kontaktpersonen der zweiten Ebene erfasst? - Nur die Kontaktperson der ersten Ebene.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, Sie spielen auf den BND an mit der fünften Ebene. Nein, nur erste Ebene.

Martina Renner (DIE LINKE): Nur die Kontaktperson der ersten Ebene.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, natürlich. Nur das ist von unserer G-10-Anordnung natürlich erfasst, nichts anderes. Nur die direkte Kommunikation des Hauptbetroffenen, nichts anderes.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei dem Hauptbetroffenen können ja auch die Anschlüsse von anderen Personen genutzt werden. Also zum Beispiel: Man wohnt in einer Familie, man arbeitet in einem Büro; auch diese werden erfasst.

Zeugin Doreen Delmdahl: Wenn Sie - - Also, es gibt Haupt- und Nebenbetroffene in einem G-10-Antrag.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeugin Doreen Delmdahl: Bei den Nebenbetroffenen - das ist ja auch das, was ich Herrn Professor Dr. Sensburg schon erklärt habe - ist es so, dass wird darauf achten müssen, dass nur Dinge ausgewertet werden, die auch den Hauptbetroffenen betreffen, also wenn zum Beispiel er noch bei seiner Mutter wohnt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich bin nicht bei der Auswertung, ich bin jetzt bei der Erfassung.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Es geht mir darum: Nebenpersonen werden erfasst. Werden zu den Nebenpersonen auch Kontaktpersonen erfasst?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Das heißt, der Kreis wird ja dann auch noch mal größer, wenn zu den Nebenpersonen auch Kontaktpersonen erfasst werden.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, zu den Nebenbetroffenen - - die wir ja nur schalten, weil wir konkrete Hinweise haben, dass der Hauptbetroffene die Telefonnummer nutzt.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, ich wollte mir erst mal sozusagen über die Größe oder den Datenumfang ein Bild machen, bei dem diese Software dann eingesetzt wird. - Diese Software ist ja nicht ursprünglich vom BND, auch wenn der BND sie Ihnen überbracht hat, -

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): - sondern eigentlich - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Aber wir haben nur den Kontakt zum BND, weil wir ein Inlandsnachrichtendienst sind. Genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie hatten keinen Kontakt zur NSA.

Zeugin Doreen Delmdahl: Doch.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ah.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ein Mal habe ich sie gesehen, -

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Und um was ging es da?

Zeugin Doreen Delmdahl: - zusammen mit dem BND natürlich, wie immer. Also, wir dürfen keinen direkten Kontakt zur NSA - - sondern immer geht es über den BND. Und über die Inhalte würde ich gerne in nichtöffentlicher Sitzung reden.

Martina Renner (DIE LINKE): Der BND ist also immer der Makler, der auftritt, wenn das BfV was zur NSA will.

Zeugin Doreen Delmdahl: Der BND ist immer Makler, wenn es um ausländische Nachrichtendienste geht, also um Auslandsnachrichtendienste.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch wenn es um die CIA geht.

Zeugin Doreen Delmdahl: Weiß ich jetzt nicht so genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatten Sie auch dahin Kontakt? - Nein? Ja?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. - Wissen Sie denn, ob diese Daten, die verarbeitet wurden, an andere weitergegeben wurden? Können Sie das ausschließen? Nicht die Meldungen, ich rede jetzt von den G-10-Daten.

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, die Daten kommen nicht raus bei uns; das kann ich ausschließen. Nur die Meldungen, also die Vermerke.

Martina Renner (DIE LINKE): Und neben den G-10-Daten haben Sie keine weiteren Daten dort verarbeitet?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren die Geräte und die Software BSI-zertifiziert? Müssten Sie als Juristin - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Die Hardware ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und die Software?

Zeugin Doreen Delmdahl: Da sind wir ja gerade dabei im Rahmen dieser VSA-Anforderung. Da muss das BSI ja eine technische Prüfung vornehmen. Also, weder der BND noch die NSA haben gesagt, ob das BSI-zertifiziert ist; aber ich gehe mal nicht davon aus. Aber das weiß ich nicht, also, das kann ich nicht sagen. Aber wir müssen im Rahmen unserer Anforderungen nach VSA - um ein System tatsächlich, was mit Geheimdaten arbeitet, in den Produktivbetrieb zu nehmen - vorher die BSI-Vorgaben erfüllen. Und das ist - - In der VSA steht eine technische Prüfung durch das BSI. Eine Abnahme in dem Sinne, glaube ich, ist in dem Falle aber - - also laut VSA ist nicht nötig in dem Fall.

Martina Renner (DIE LINKE): Der BND-Mitarbeiter, der abgeordnet war, hatte der Zugang zu diesem Stand-alone-Rechner?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, natürlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatte dieser Rechner ein Laufwerk, einen USB-Anschluss, eine Schnittstelle?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, der braucht ja einen Import. Irgendwie müssen ja die Daten reinkommen.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Konnte man den Import auch für Export nutzen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein. Also, wie gesagt, das sind alles so Dinge, die aus Sicherheitsgründen - - Das sind ja Hardwarespezifika, und die wurden uns schon vorher vorgegeben. Das heißt, nur an einer Stelle kann importiert werden, nur an einer Stelle kann exportiert werden, und in dem Falle kann es nicht exportiert werden, sondern es kann nur gelöscht werden, bei XKey-score.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn ich an einem Rechner importieren kann, wie stellen Sie sicher, dass nicht exportiert werden kann?

Zeugin Doreen Delmdahl: Da gibt es technische Regeln; aber fragen Sie mich nicht. Es ist jedenfalls technisch möglich, ich glaube, über Schnittstellen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer hat das denn kontrolliert?

Zeugin Doreen Delmdahl: Wir haben von unserer IT das natürlich zur Verfügung gestellt bekommen.

Martina Renner (DIE LINKE): Und diese Anforderungen sind schriftlich formuliert worden.

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau. Und unser - - Wir haben einen extra Bereich bei uns im Haus, IT-Sicherheit, und die kontrollieren das auch. Und die waren auch von Anfang an involviert.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es denn im BfV über den Einsatz von XKeyscore Diskussionen? Ich will es jetzt mal „Diskussionen“ nennen; wir finden in Dokumenten auch das Wort „Differenzen“.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, ich kann mich an nichts erinnern, seitdem ich dabei bin.

Martina Renner (DIE LINKE): Und davor? Ja, man erfährt ja auch etwas, wenn man neu dazu kommt, was vorher gelaufen ist.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, das könnte ich aber nur vom Hörensagen - - Aber da muss ich - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das ist auch hier möglich, klar. Alles Erfahrungswissen gehört hier auf den Tisch.

Zeugin Doreen Delmdahl: Dann muss ich sagen: Das weiß ich nicht, ehrlich gesagt.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, wissen Sie jetzt vom Hörensagen oder wissen Sie es nicht?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, ich sage: Wenn, dann wüsste ich es vom Hörensagen, weil ich - - Also, zu meiner Zeit war es nicht. Wenn es davor war, haben Sie ja gefragt, -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeugin Doreen Delmdahl: - dann kann ich es nur vom Hörensagen wissen. Aber auch da weiß ich nichts.

Martina Renner (DIE LINKE): Das lief also ganz rund - ja? -, auch mit dem BND?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja. Immerhin haben sie uns einen Mitarbeiter zur Verfügung gestellt.

Martina Renner (DIE LINKE): Und der war ausgelastet.

Zeugin Doreen Delmdahl: Er war gut beschäftigt, also, glaube ich.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist Ihnen denn so etwas mal zu Ohren gekommen, dass die NSA kein selbstloser Verein ist, sondern Software für Gegenleistung zur Verfügung stellt?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das müsste dann die letzte Frage sein.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeugin Doreen Delmdahl: Sie meinen die ToR?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeugin Doreen Delmdahl: Da möchte ich nur in nichtöffentlicher Sitzung drüber reden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Martina Renner (DIE LINKE): Warum?

Zeugin Doreen Delmdahl: Weil die nach wie vor Geheim eingestuft sind.

Martina Renner (DIE LINKE): Bitte?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Doreen Delmdahl: Weil die ToR nach wie vor Geheim eingestuft sind.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek beginnt.

Christian Flisek (SPD): Ja, danke. - So. Erst mal guten Tag, Frau Delmdahl!

Zeugin Doreen Delmdahl: Guten Tag!

Christian Flisek (SPD): Sie haben ja jetzt gerade auch auf die letzte Frage von der Kollegin Renner die Abkürzung ToR ins Spiel gebracht. Also, ich gehe davon aus, dass das für Terms of Reference steht, ja? Sie müssen jetzt auch gar nicht auf Inhalte dieser Vereinbarung hier in der öffentlichen Sitzung eingehen, aber wir können jetzt zumindest mal festhalten, dass Ihnen diese Vereinbarung bekannt ist -

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Christian Flisek (SPD): - und die auch existiert und damit sozusagen die gegenseitigen Pflichten regelt zwischen NSA und BfV in Bezug auf die Nutzung von XKeyscore, ganz allgemein gesprochen.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich würde jetzt nicht sagen „Rechte und Pflichten“. Aber ja: Ich kenne die Inhalte; muss ich ja kennen, ich bin ja schließlich die Leiterin von der AG und von daher - -

Christian Flisek (SPD): Gut. Sie müssen jetzt gar nicht bestätigen, was ich Ihnen sage; ich nehme darauf nur Bezug. Ich meine, die *Zeit* und *Zeit Online*, die haben ja mal ein Dokument, das auch „Terms of Reference“ in diesem Zusammenhang heißt, veröffentlicht, und darin wird zumindest in der Veröffentlichung gesagt, dass es eine Klausel gäbe, wo es heißt: „to the maximum extent possible, share all data relevant to NSA's mission“, also Sie, das BfV würde sich verpflichten, alle Informationen, die man jetzt mithilfe von XKeyscore, also alle Daten, die man mithilfe von XKeyscore gewinnen würde, soweit es irgendwie nur möglich ist - „the maximum extent“ - mit der

NSA zu teilen. Und das war ja so ein bisschen das, was jetzt so auch die Schlussfrage von der Kollegin Renner war, dass das ja - und das ist auch nichts Unbekanntes für unsere Ausschussarbeit - der Deal war: Man kriegt was, und man muss was liefern. Also der Deal war: Software und Know-how im Zweifel gegen Daten.

Zeugin Doreen Delmdahl: Zu den Inhalten von diesen ToR möchte ich mich bitte hier in dieser öffentlichen Sitzung nicht äußern. Ich kann dazu aber nur sagen, dass alle Vermerke, also alle Informationen, die wir gegebenenfalls aus G-10-Erkenntnissen gewonnen haben, auch immer nach den gesetzlichen Regelungen von den Fachabteilungen gegebenenfalls geteilt wurden, sei es, um einen Sachverhalt aufzuklären, sei es vielleicht auch, um Gefährdungshinweise weiterzugeben. Und da hat das Bundesverfassungsschutzgesetz und speziell noch das G-10-Gesetz bestimmte Voraussetzungen, unter denen überhaupt Daten weitergegeben werden dürfen. Auch das geht übrigens über die jeweiligen G-10-Juristen des Hauses.

Christian Flisek (SPD): Ja. Also, gut. Lassen wir das mal jetzt, was die einzelnen Inhalte dieser Terms of Reference betrifft. Aber Fakt ist - und das können Sie ja hier auch in öffentlicher Sitzung bestätigen, denke ich mal -: Die NSA hat ja für die Nutzung was verlangt - nicht? -, und das ist dieser Deal: Daten gegen Software.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich möchte das jetzt hier auch nicht bestätigen.

Christian Flisek (SPD): Na ja. Also, noch mal: -

Zeugin Doreen Delmdahl: Ist ein Inhalt.

Christian Flisek (SPD): - Wir sind natürlich hier nicht jetzt in einer Ebene unterwegs, auch in der öffentlichen Sitzung - - Also, Frau Renner hat es ja richtig gesagt: Die NSA ist ja keine Caritas, die notleidende Geheimdienste auf der Welt, die selber in der Lage sind, solche Dinge nicht zu stricken, mit Software versorgt.

RA Dr. Patrick Teubner: Ich bitte kurz um Verständnis, wenn ich auch was sagen darf: Diese



Nur zur dienstlichen Verwendung

Terms of Reference, die in die Öffentlichkeit offensichtlich da gelangt sind, die verlieren nicht dadurch ihre Geheimschutzeinstufung, dass sie jetzt in die Öffentlichkeit gelangt sind.

Christian Flisek (SPD): Ja, das ist uns bekannt, Herr Dr. Teubner, herzlichen Dank. Trotzdem - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielleicht auch da - - Da muss ich ganz kurz - - Herr Rechtsanwalt, Sie können Ihre Mandantin beraten, aber Sie haben kein eigenes Rederecht hier im Ausschuss. - Wenn Sie etwas wissen, Frau Zeugin, dann müssen Sie es erzählen, wenn Sie es nicht wissen, können Sie natürlich sagen: Ich weiß es nicht. - Sie sollen nicht spekulieren, nicht vermuten. Aber wenn Sie etwas tatsächlich wissen zum Sachverhalt, dann müssen Sie es sagen. Wenn es eingestufte Sachverhalte sind, dann können Sie sagen: „Das kann ich in entsprechender nichtöffentlicher oder eingestufter Sitzung sagen“, außer es wäre nicht Beweisgegenstand. Da können Sie sich natürlich von Ihrem Zeugenbeistand beraten lassen, ob das der Fall ist oder nicht, und auch die Bundesregierung gibt da sicherlich gerne Hilfe im Zweifel. Aber wenn Sie etwas wissen - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, ich möchte weder bestätigen noch dementieren, sondern bitte haben Sie Verständnis dafür, dass ich das gerne in der nichtöffentlichen Sitzung näher erörtern würde. Und zu Vermutungen möchte ich mich auch nicht hinreißen lassen, warum die NSA uns das gegeben hat.

Christian Flisek (SPD): Noch mal: Ich will keine Vermutung, ich will einfach nur die Bereiche. Und da ist es auch, sage ich mal, von der Einstufung her nicht sozusagen - - Ihrem Ermessen obliegt es nicht, was in eine öffentliche oder nicht-öffentliche Sitzung gehört; da müssen Sie sich noch mal, jetzt sage ich mal, notfalls mit der Bundesregierung abstimmen. Für mich war einfach in öffentlicher Sitzung die Frage, abstrakt: War das, was die NSA bekommen hat für diese Nutzung auch vom BfV - - waren das Daten?

Zeugin Doreen Delmdahl: Wie gesagt: Das kann ich jetzt nicht sagen. Ich weiß bloß, dass die Daten, die ich überhaupt nur freigegeben habe aus G 10, immer nach den gesetzlichen Regelungen nur geteilt werden.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Dann gehen wir da doch mal auf die Ebene, weil das ist ja dann denkbar abstrakt und sicherlich auch einer öffentlichen Erörterung zugänglich. Fragen wir mal ganz abstrakt: Welche Arten von Daten dürfen denn der NSA nach geltendem Recht überhaupt übermittelt werden?

Zeugin Doreen Delmdahl: Unabhängig, ob NSA - - Also mit anderen Nachrichtendiensten und mit anderen Sicherheitsbehörden, das beinhaltet §§ 19 und 20 Bundesverfassungsschutzgesetz - was man teilen darf und was nicht, bzw. wir sprechen dann in dem Fall von einer Übermittlung von Daten - und bei G 10, wie gesagt, noch die Sonderregelungen des G 10, wo tatsächlich nur Daten überhaupt übermittelt werden dürfen, die aufgrund bestimmter Verdachtsfälle erhoben wurden. Also, da sind bestimmte Straftatbestände benannt, und nur wenn diese - -

Christian Flisek (SPD): Das sind dann G-10-Maßnahmen, Daten aus G-10-Maßnahmen.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, genau.

Christian Flisek (SPD): Das ist der § 7 a, wahrscheinlich, G-10-Gesetz.

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, nein, das ist für BND. Der § 4 des G-10-Gesetzes.

Christian Flisek (SPD): Okay. Und erklären Sie uns doch auch mal abstrakt jetzt noch mal - Sie haben das ja gerade auf die Fragen des Vorsitzenden runtergebrochen -: Wie ist sozusagen einerseits dieser Rechtsrahmen in der Prüfung verpflichtend eingehalten worden, andererseits, sage ich mal, dann die Entscheidung gegeben worden, was man an Daten freigibt? Hat denn da - - Also, wer hat am Ende - - Ich frage noch mal von hinten: Wenn Daten übermittelt worden sind, wer hatte da noch mal die Letztentscheidung? Wer hat das gemacht?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, beantragen tut es immer der Fachbereich, also die, die diesen Sachverhalt bearbeiten. Es geht, wenn es um G-10-Daten geht, immer über den G-10-Juristen und gegebenenfalls auch manchmal über die Amtsleitung. Aber üblicherweise: Der G-10-Jurist entscheidet, die Abteilung, also der Fachbereich, inklusive Abteilungsleiter entscheiden, und dann wird das freigegeben.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Was sind Fälle, die im Zweifel bis zur Amtsleitung hochgegangen sind?

Zeugin Doreen Delmdahl: Da habe ich mich jetzt missverständlich ausgedrückt. Das sind Fälle - - Ich gehe jetzt allgemein nicht nur von der NSA aus, sondern von Übermittlungen im Allgemeinen. Es können ja auch Übermittlungen stattfinden zu Ermittlungsverfahren, zur Einleitung von Ermittlungsverfahren an die Polizei, und die Polizei möchte verständlicherweise in erster Linie offene Daten haben. Alles, was auf offen heruntergestuft werden soll oder aber was die G-10-Kennzeichnung - die ja bei jedem Vermerk drauf ist, der aus TKÜ kommt - verlieren soll, alles das geht über die Amtsleitung.

Christian Flisek (SPD): Wie sind Sie denn mit den Daten von US-Bürgern umgegangen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Üblicherweise überwachen wir deutsche Staatsbürger -

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeugin Doreen Delmdahl: - als Inlandsnachrichtendienst.

Christian Flisek (SPD): Okay, das heißt, das gab es gar nie bei Ihnen.

Zeugin Doreen Delmdahl: Zu den Inhalten von G-10-Maßnahmen möchte ich mich in einer öffentlichen Sitzung auch nicht äußern. Ich kann nur allgemein sagen: Wir sind ein Inlandsnachrichtendienst, und es geht dementsprechend um Sachverhalte, die im Inland spielen.

Christian Flisek (SPD): Aber da werden Sie uns in eingestufter Sitzung dann detailliert Auskunft geben können?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich werde es versuchen.

Christian Flisek (SPD): Sie haben vorhin gesagt: Die Analysevariante war im Prinzip das, was zum Einsatz kam; die Erfassungsvariante war nicht aktiv oder war gar nicht vorhanden, war gar nicht da.

Zeugin Doreen Delmdahl: Die haben wir gar nicht.

Christian Flisek (SPD): So. Jetzt mal ganz einfach gefragt: Jetzt haben Sie ja auch gesagt, dass das vielleicht gar nicht so geeignet war, dieses XKey-score, für Ihre Arbeit. Ist das völlig außer Frage gestellt, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz sich eine Lösung, die sozusagen für die eigenen Bedürfnisse passt, selber schustert?

Zeugin Doreen Delmdahl: Das ist natürlich unser Wunsch, aber dafür braucht man genug Personal, insbesondere IT-Personal. Also, es geht ja darum, dass in der heutigen Kommunikation insbesondere Decodierung - also, die Programme wechseln ja ständig, der Internetdienste - und aber auch die Dekryptierung eine Rolle spielen. Und das ist ein Thema, womit man dann wahrscheinlich schon einige, viele Mitarbeiter beschäftigen müsste, um das zu stemmen.

Christian Flisek (SPD): Und das macht man nicht, weil man die Ressourcen nicht hat?

Zeugin Doreen Delmdahl: Wir - -

(Die Zeugin wendet sich an
RR Dr. Karsten Brandt
(BMI))

RR Dr. Karsten Brandt (BMI): Es würde ja Rückschlüsse auf die konkrete Arbeitsweise zulassen, wenn wir jetzt eben hier gucken, wie das Bundesamt für Verfassungsschutz sich mit Dekryptie-



Nur zur dienstlichen Verwendung

rungsfragen beschäftigt und was die Personalressourcen dafür angeht. Wir bitten da um Verständnis.

Christian Flisek (SPD): Verständnis für was?

RR Dr. Karsten Brandt (BMI): Dass die Zeugin hier in diesem Rahmen jetzt nicht aussagt.

Christian Flisek (SPD): In öffentlicher Sitzung keine Angaben dazu macht, aber dann in nicht-öffentlicher. Okay. - Dann hätte ich noch mal eine andere Frage. Es ist die ganze Zeit von Testbetrieb die Rede. Gibt es eigentlich da mal Auswertungen, Testberichte? Ist da mal was zu Papier gebracht worden?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, es gibt zu dem Proof of Concept, diesem sechsmonatigen Bereich des Tests, einen Evaluierungsbericht.

Christian Flisek (SPD): Proof of Concept, haben wir das? - Gibt es einen Grund, warum wir das nicht den Akten haben? Weil es außerhalb des Untersuchungszeitraums ist?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Akmann kann dazu - -

MR Torsten Akmann (BMI): Das ist außerhalb des Untersuchungszeitraums, deswegen liegt es nicht vor.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann ist das denn genau? - MR Torsten Akmann (BMI) wendet sich an hinter ihm sitzende Mitarbeiter)

- April 2014.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?)

- April 2014.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, das passt ja gut!)

Christian Flisek (SPD): Wollte ich auch gerade sagen.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann genau? Wann genau?)

MR Torsten Akmann (BMI): Das müssten wir noch mal nachvollziehen. Das kann ich jetzt so ad hoc nicht sagen. Wir gucken das jetzt mal nach. Ich sage es - -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und der Inhalt dieses Prüfberichts liegt ja wohl voll im Untersuchungszeitraum!)

- Wir prüfen das mal nach. Ich gebe Ihnen da eine Nachricht. Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Herr Kollege Flisek macht weiter.

Christian Flisek (SPD): Ja, also, ich sage mal, da sage ich natürlich schon einmal unabhängig von der allgemeinen Diskussion, die wir gerade hier führen im Ausschuss, dass über einen Testzeitraum, der ganz wesentlich im Untersuchungszeitraum liegt, wir natürlich schon ein hohes Interesse dran haben, den verschriftlichten Testbericht, wenn er denn zufällig gerade - Punktlandung - hinter der Einsetzung des Untersuchungsausschuss liegt - ich unterstelle keine böse Absicht, sondern das ist halt eine Punktlandung - - dass wir den natürlich dann auch gerne eigentlich hätten, ja? Und das sollte man dann bei der Prüfung des Datums vielleicht dann mal gleich mitnehmen und in Erwägung ziehen, dass wir das bekommen.

Ich habe mal noch eine ganz andere Frage, Frau Delmdahl, auch wenn das vielleicht - - Ich meine, Sie haben ja eine ganze Reihe von Refera-



Nur zur dienstlichen Verwendung

ten da an der Hand, aber: Ihr Amt, Ihr Arbeitgeber ist ja auch für die Spionageabwehr zuständig.

Zeugin Doreen Delmdahl: Mhm.

Christian Flisek (SPD): So. Und ich habe ja immer die These, die total verschwörerisch eigentlich ist, dass der mit Abstand größte Teil der Tätigkeit anderer Dienste in Bezug auf Deutschland außerhalb jeglicher Kooperationen und damit außerhalb jeglicher Akten abläuft, die wir hier haben. So. Und da wäre es natürlich hochinteressant, so ein zentrales Tool - wenn man das schon in die Finger bekommt - auch mal unter dem Aspekt der Spionageabwehr sich anzuschauen. Wurde das mal in Ihrem Amt - - Ist Ihnen da bekannt, dass das mal auch nur erwogen wurde?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, Sie meinen jetzt nicht zur Auswertung eigener TKÜ- -

Christian Flisek (SPD): Nein, nein, ganz klar sich das mal angucken: Was bedeutet das eigentlich, wenn böse Mächte dieses mächtige Tool gegen Deutschland einsetzen? Also, offensichtlich - - Sie müssen ja zwei Dinge lernen: Erstens. Die NSA verfügt über das Ding. Zweitens. Sie stellt es anderen zur Verfügung. Wir müssen davon ausgehen, dass es vielleicht nicht nur Kooperationen mit BND und Bundesverfassungsschutz gibt. Das heißt, es gibt vielleicht noch Kooperationen mit vielen anderen Geheimdiensten weltweit, zwischen NSA und denen, wo das genauso getauscht wird und die das dann jeweils für ihre Interessen einsetzen. Also, unter dem Gesichtspunkt der Spionageabwehr sage ich -- Also, wenn ich Amtschef wäre, das Erste, was ich machen würde: Ich würde das auseinandernehmen und würde mal ein Szenario beschreiben lassen: Was bedeutet das eigentlich? - Ist Ihnen nicht bekannt?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein. Aber, wie gesagt, -

Christian Flisek (SPD): Man hat das auch jetzt nie irgendwie mal - -

Zeugin Doreen Delmdahl: - noch mal: Es ist ja nur ein Analysetool, was wir haben. Und aus

einem Analysetool kann man das auch schwer rausholen.

Christian Flisek (SPD): Na ja, also die Kolleginnen und Kollegen vom Bundesnachrichtendienst haben halt auch das Erfassungstool, nicht?

Zeugin Doreen Delmdahl: Hm?

Christian Flisek (SPD): Die Kolleginnen und Kollegen vom Bundesnachrichtendienst haben das auch in der erweiterten Variante. Und unter dem Aspekt - - Also, ich würde das hochinteressant finden. - Sie haben gesagt, Sie müssten eigentlich da auch die BSI-Vorgaben - wie hieß das - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Die VSA-Regelungen.

Christian Flisek (SPD): Ja, VSA. Da finden wir aber auch nichts in den Akten zu. Ist das nicht passiert, -

Zeugin Doreen Delmdahl: Die Verschlusssachenanordnung.

Christian Flisek (SPD): - oder ist das - - Also, Sie hatten jetzt gesagt: Wir müssten. - Ist das denn passiert?

Zeugin Doreen Delmdahl: Wir sind die ganze Zeit dabei. Also, es gibt aus der VSA heraus bei uns eine Regelung, dass ein sogenanntes Sicherheitskonzept erstellt werden muss, und das ist vergleichsweise umfangreich. Also, da geht es um Rollenretekonzepte: „Wer darf was?“, „Was wird mit den Daten gemacht?“, „Wo kommen die Daten her?“, „Wo gehen sie hin?“, etc. pp., und das sind Dinge, wo wir immer noch tatsächlich dabei sind. Das ist ein sehr formalistisches Konstrukt, was man entsprechend mit Technik hinterlegen muss natürlich auch.

Christian Flisek (SPD): Wann fing das denn an, diese - - Also, ich verstehe das jetzt so: Da gibt es jetzt mit dem BSI enge Kontakte, um genau da diese Zertifizierung, Prüfung hinzubekommen.

Zeugin Doreen Delmdahl: Eben diese Prüfung, genau.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Wann fing das an?

Zeugin Doreen Delmdahl: Wir haben das - - nicht ich konkret, sondern unser IT-Sicherheitsmanagement hat mit dem BSI in erster Linie Kontakt. Mit dem IT-Sicherheitsmanagement war schon vorher vereinbart worden, schon vor meiner Zeit, dass es diesen Testbetrieb gibt, dass dieser in dieser entsprechenden Form abgehalten wird ohne Außenwirkung etc. pp. und dass parallel dazu dann dieses Sicherheitskonzept erstellt wird, was jetzt immer noch erstellt wird. Wann IT-Sicherheit dabei das BSI eingebunden hat, weiß ich nicht. Ich weiß nur, dass es eingebunden ist.

Christian Flisek (SPD): Wurde vonseiten des Bundesamtes dieses Analysetool bisher in irgendeiner Form anderen noch mal zur Verfügung gestellt außerhalb des BfV?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein.

Christian Flisek (SPD): Sie sind Leiterin dieser AG.

Zeugin Doreen Delmdahl: Gewesen, ja.

Christian Flisek (SPD): Gewesen. Das ist ja ein Projekt dann wahrscheinlich, oder? Wie soll man sich das von der Organisation her vorstellen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Projektgruppe und Arbeitsgemeinschaft ist was anderes. Also, bei Projektgruppen wird man ja meist rausgenommen aus der eigentlichen Linie sozusagen, aus der Linienarbeit.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeugin Doreen Delmdahl: Das war ja in dem Fall nicht gewollt, sondern es war ja nur ein kleines Häuflein, und deswegen ist das als AG, als Arbeitsgemeinschaft, gegründet. Also, das war nicht - - Zu der Zeit, wo ich eingesetzt wurde, wurde mir auch gesagt, dass es eine AG ist, aber - - So kann ich - -

Christian Flisek (SPD): Und was war noch mal der konkrete Auftrag dieser AG? Haben Sie da

konkret einen Auftrag bekommen, als das eingesetzt wurde?

Zeugin Doreen Delmdahl: Testen, ob es für die Zwecke des BfV geeignet ist.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, darauf - - Also, das war beschränkt. Was hat man Ihnen da als Zwecke des BfV jetzt genannt? Weil es gibt ja viele Zwecke.

Zeugin Doreen Delmdahl: Na ja, in dem Fall - es ist ja ein Analysetool, und es sollte für G-10-Daten genutzt werden -, also: Ist es dafür geeignet, G-10-Daten auszuwerten?

Christian Flisek (SPD): Okay. - Sie haben vorhin auch gesagt, Sie testeten das Programm seit 2012. Wir hatten hier Zeugen, die hatten uns andere Daten genannt. Also, wir hatten einen Zeugen, den A. S., der sagte uns, man habe Mitte 2013 mit dem Test begonnen, -

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Christian Flisek (SPD): - und in den Akten steht es, sage ich mal, auch.

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, also die AG und - - Ich als Leiterin bin seit September 2012 ernannt. Dann gab es einen bestimmten Abstimmungsprozess. Und tatsächlich - ich habe ja auch gesagt: erst als der Mitarbeiter da war, war dann die Software da - war das, glaube ich, so April/Mai 2013, und die Tests begannen auch erst im September.

Christian Flisek (SPD): Aber da muss ich jetzt noch mal nachfragen: Was ist dann sozusagen der Anlass, eine AG im Jahr 2012 zu einem möglichen Einsatzszenario eines XKeyscore-Analysetools im BfV zu gründen, wenn man, ich sage mal, die ganzen Vereinbarungen und auch die Software erst 2013 kriegt? Was war da der Vorlauf? Hieß es: „Da sind wir in Verhandlungen“, oder was - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, es mussten ja Vorarbeiten geleistet werden. Wir mussten jetzt - - Soweit ich weiß, lag ja nur das grundsätzliche



Nur zur dienstlichen Verwendung

Einverständnis vor, das Tool abzugeben. Es wurde auch gesagt, ich kriege einen BND-Mitarbeiter; aber dann musste erst mal der BND-Mitarbeiter gefunden werden, dann mussten die Formalien der Abordnung gemacht werden, dann mussten wir von ihm in erster Linie wissen, wie die Hardware aussehen soll, auf der die Software läuft; die musste noch beschafft werden. In erster Linie waren das formelle - - bis so ein Ding anläuft.

Christian Flisek (SPD): Das haben Sie quasi zwischen 2012 und dann -

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau.

Christian Flisek (SPD): - bis 2013, als dann die Software tatsächlich bei Ihnen war, -

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau.

Christian Flisek (SPD): - gemacht.

Zeugin Doreen Delmdahl: Mhm. Erst war ja - -

Christian Flisek (SPD): Wie intensiv war das - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Neben der normalen Arbeit dann.

Christian Flisek (SPD): Ja, neben der normalen Arbeit, okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten jetzt gleich wechseln.

Christian Flisek (SPD): Ja. - Hatten Sie in der Zeit bereits Kontakt zur NSA über den BND-Makler?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Christian Flisek (SPD): Wie oft war das?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ein Mal.

Christian Flisek (SPD): Ein Mal. Also, das hat sich auf dieses insgesamt eine Mal beschränkt.

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau. Und, wie gesagt, da auch nur im Beisein des BNDs.

Christian Flisek (SPD): Und was war das für ein Kontakt? Ein persönlicher noch, oder war das ein - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich war in Bad Aibling.

Christian Flisek (SPD): Sie waren in Bad Aibling -

Zeugin Doreen Delmdahl: Mhm.

Christian Flisek (SPD): - und haben sich den Einsatz von XKeyscore dort angeschaut, -

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau.

Christian Flisek (SPD): - der ja dort umfassend ist, -

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Christian Flisek (SPD): - im Sinne von Erfassung.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, ich habe ihn mir angeschaut. Ich habe mir da von einem Mitarbeiter das Tool zeigen lassen, also an einem Rechner halt, inwieweit das erfasst, soweit also ein Jurist sehen kann - - Ich wollte halt nur wissen: Wie sieht das Ding aus? Wie benutzen sie das?

Christian Flisek (SPD): Letzte Frage: Warum hat man sich - also, weil ich eben, wie gesagt, diesen Zweck des BfV ja auch in dem Bereich der Spionageabwehr sehe - denn nicht das ganze Ding einfach mal geben lassen? Also, man hätte ja auch Erfassung - - Man hätte es ja mal auswerten können.

Zeugin Doreen Delmdahl: Meinen Sie jetzt vom BND, oder?

Christian Flisek (SPD): Nein, ja, von der NSA über den BND im Zweifel.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, wir haben uns doch das Analysetool geben lassen.

Christian Flisek (SPD): Ja, und das Erfassungstool hat man sich nicht geben lassen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, war nie die Frage.

Christian Flisek (SPD): Mhm. Ja. - Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Kommen wir zur nächsten Fraktion, zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz beginnt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. - Frau Delmdahl, guten Tag!

Zeugin Doreen Delmdahl: Tag!

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur weil Sie es vorhin so im Präsens bewusst gesagt haben: XKeyscore wurde zu keinem Zeitpunkt bei der Erfassung eingesetzt.

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zu keinem Zeitpunkt.

Zeugin Doreen Delmdahl: Zu keinem Zeitpunkt beim BfV.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Beim BfV. Wurde nie diskutiert, nie geplant, stand nicht zu Diskussion.

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht können Sie mir ganz kurz mal erklären, wo eigentlich der Unterschied zwischen einem Echtbetrieb und einem Probe-Wirkbetrieb liegt. Liegt es nur daran, dass man kein Sicherheitskonzept hat, und nennt man das dann einen Probe-Wirkbetrieb?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, dass ein Sicherheitskonzept erstellt werden muss, das ist ein Kriterium. Zweitens. Wie gesagt, wir mussten ja erst mal sehen, was dieses Tool tatsächlich kann und wie es für unsere Zwecke, also für die Analyse von Inhaltsdaten, eingesetzt werden kann. Dann muss auch die IT-Landschaft darum - -

muss ja auch gestaltet werden, um nachher dann mal irgendwann das als Netz- - also nicht als Stand-alone betreiben zu können.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich alles; das haben Sie ja eben schon erläutert.

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will nur sagen: Also, meiner Ansicht nach geht es ja darum, dass das irgendwie einen TÜV bekommt, ja?

Zeugin Doreen Delmdahl: So in der Art.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wenn ich jetzt mit einem Auto auf einer echten Straße, mit einem echten Auto, rumfahre und ich werde angehalten, es wird festgestellt, dass ich keinen TÜV habe, ist es dann okay, dass ich sage: „Ich fahre im Probe-Wirkbetrieb“?

(Heiterkeit)

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, also es ist tatsächlich - - Nein, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es sind doch echte Daten, die Sie verwenden.

Zeugin Doreen Delmdahl: Es sind wenige echte Daten, und es ist, wie gesagt, ein winzig kleiner Bereich, der damit arbeitet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Also, wenn es nicht mehr Probe-Wirkbetrieb wäre, wären es nicht mehr winzig kleine, bisschen Daten, sondern dann wollen Sie viele Daten damit bearbeiten.

Zeugin Doreen Delmdahl: Das heißt jetzt bloß, dass der Probe-Wirkbetrieb nicht dafür gedacht ist, die Daten, alle Daten im G 10 zu bearbeiten, weil dann würden wir ja das aushebeln. Also, es geht - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Alle Daten im G 10 zu bearbeiten“, wie meinen Sie das?

Zeugin Doreen Delmdahl: Na, die G-10-Daten, die wir auf der anderen Anlage haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Und da hätte ich jetzt mal eine Frage zu: Was für G-10-Daten erfassen Sie denn genau?

Zeugin Doreen Delmdahl: Kommunikationsdaten, also - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kommunikationsdaten individueller Teilnehmer?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, genau. Also die Sprache, den DSL-Anschluss mit entsprechenden - - auch das, was gesurft wird, E-Mails, SMS.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Inklusiv der Nebenbetroffenen. Das haben wir ja eben schon besprochen, nicht? Also, sagen wir mal, Sie ermitteln wegen Landesverrats gegen einen Blog, dann erfassen Sie auch sozusagen alle Leute, die denen eine E-Mail schreiben - oder auf deren Homepage gehen auch eigentlich?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein. Also, es geht ja um Kommunikation - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Akmann von der Bundesregierung meldet sich.

MR Torsten Akmann (BMI): Ja, also wir entfernen uns wirklich vom Untersuchungsgegenstand.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht darum, welche Daten gesammelt werden, Herr Akmann.

MR Torsten Akmann (BMI): Ja, aber Untersuchungsausschuss ist nicht die G 10-Kommission. Sorry, Herr Dr. von Notz. Das sind Dinge, die in der G 10-Kommission eine Rolle spielen, aber nicht hier.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, es geht darum, welche Daten gesammelt werden und was mit diesen Daten geschieht, Herr Akmann.

MR Torsten Akmann (BMI): Hier geht es um XKey- -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist interessant, dass Sie da so empfindlich sind; aber genau das ist eben die Frage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, ich habe die Frage so verstanden: Mit dem Tool X- -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hoffe, die Zeit ist angehalten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Natürlich, selbstverständlich, bei 2 Minuten 56. - Ich habe die Frage jetzt so verstanden: Mit dem Tool XKeyscore, richtig?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, er meint jetzt mit TKÜ.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Schade, weil dann wäre es mit Sicherheit untersuchungsgegenständlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ob diese Daten dann damit verarbeitet werden; aber erfassen, sagt ja Frau Delmdahl - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sowieso nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sowieso nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber bearbeiten mit dem Tool XKeyscore, oder?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann ist es ja untersuchungsgegenständlich.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, es ist tatsächlich so: nur die Kommunikation. Wenn man eine Internetseite betreibt, ist das ja keine Kommunikation des Hauptbetroffenen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also es geht wirklich um die reine Kommunikation: Was jemand spricht, was jemand schreibt, und das war es eigentlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Und kann es sein - ich frage Sie mal ganz direkt, weil ich so wenig Zeit habe, Frau Delmdahl -, dass der Probe-Wirkbetrieb, also die Aussage, dass es sich um einen Test handelt, dass das so eine Art Legende einfach ist, -

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - also dass man das in echt macht, aber das eine legendierte Art der Verwendung ist einfach?

Zeugin Doreen Delmdahl: Es ist keine legendierte Art; es ist tatsächlich ein Test. Und wir arbeiten daran, dass wir vom BSI diese technische Prüfung bekommen, um dann tatsächlich VSA-gerecht in den Wirkbetrieb überzugehen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann wollen Sie mehr Daten verarbeiten?

Zeugin Doreen Delmdahl: Dann können wir mehr Daten verarbeiten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Und Sie sagen: Der Test, der macht sich daran fest, dass Sie bisher ganz wenige Daten nur verarbeiten.

Zeugin Doreen Delmdahl: Das ist *ein* Teil davon.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wodurch kommt denn der Test zustande?

Zeugin Doreen Delmdahl: Dadurch, dass es noch kein Sicherheitskonzept gibt und dass - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber das ist so, als wenn ich sage: Ich habe keine TÜV-Plakette an meinem Auto, und deswegen fahre ich noch im Probe-Wirkbetrieb.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, aber in dem Fall würden wir Sie schon gar nicht auf die Straße fahren lassen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber Sie fahren ja auf der Straße.

(Heiterkeit)

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, es ist tatsächlich so: Wir verwenden Echtdateien. Aber das hat nur damit was zu tun, dass wir ja wissen wollen, inwieweit dieses Tool geeignet ist, gegebenenfalls auch Dinge aufzubereiten. Und da wir ja nicht genau wissen, was wir suchen - - Es geht ja darum: Kann - - Also, unsere TKÜ-Anlage kann bestimmte Dinge anzeigen, bestimmte halt nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Delmdahl, aber jetzt mal als Juristin: Die Grundrechtseingriffe, die Sie machen, die sind schon echt. Würden Sie das sagen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Natürlich, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeugin Doreen Delmdahl: - aber die sind auch durch die G 10-Kommission gerechtfertigt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber Sie haben kein Sicherheitskonzept für das System, was Sie fahren.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich habe eine TKÜ-Anlage, und das ist der eigentliche Grundrechtsein-



Nur zur dienstlichen Verwendung

griff der Erfassung, und auch da werden die Daten natürlich bearbeitet. Also, das Ding ist nicht ein reines Erfassungstool.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also wollen Sie XKeyscore dann zukünftig für die Erfassung auch einsetzen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, ich will nur sagen - - Nein, es ist nicht dafür geplant, sondern ich will nur sagen: Auf der TKÜ-Anlage wird ebenfalls bearbeitet und analysiert, auf der eigentlichen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Ich darf Ihnen vielleicht mal sagen, warum ich das für hochgradig unschlüssig halte, was Sie hier vortragen im Hinblick auf diesen Testbetrieb, und dass das alles - - die Daten nicht weitergegeben werden. Es gibt eine Akte, ist Geheim, Tagebuchnummer 21/14, und da ist eine VS-Kommunikation drin, NfD.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kannst du noch mal die genaue Tagebuchnummer - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tagebuchnummer 21/14, Anlage 14-02 [sic!], MAT A BfV-9/1 und da ab Blatt 10. Und das Interessante kommt dann - -

MR Torsten Akmann (BMI): Sie sagten, es sei Geheim, Herr Dr. von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

MR Torsten Akmann (BMI): Sie sagten gerade selbst, es sei Geheim.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die Seiten nicht!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Seiten nicht; die sind NfD, die darf ich Ihnen jetzt vorlesen, Herr Akmann. Achtung, es ist interessant! Da steht auf Seite 14 unter Punkt 3 erst mal der Punkt:

- Die initiale Softwareinstallation erfolgt mit Unterstützung von BND und NSA vor Ort (auch in Köln möglich). BND besorgt Lizenzschlüssel für xkeyscore von NSA. Die weitere Betreuung wird jedoch auf den Standort Berlin beschränkt sein.

Dazu die Frage: Gibt es XKeyscore auch in Köln? Das war mal im Gespräch.

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, also, zu dem Zeitpunkt war nur die Frage: Stellen wir das Ding in Köln hin, oder stellen wir es in Berlin hin?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie haben es in Berlin hingestellt.

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nächster Punkt:

- Der Kontakt zum BND soll über die IVBB-Adresse ...

- dann ist geschwärzt -

erfolgen. BfV soll im Rahmen eines erstens Kontakts den SPOC für die Einführung von xkeyscore im BfV benennen.

Sind Sie der SPoC?

(Heiterkeit)

Zeugin Doreen Delmdahl: Der Single Point of Contact?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich glaube, das war der BND-Mitarbeiter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja. Gut. - Dann der nächste Punkt:



Nur zur dienstlichen Verwendung

- NSA erwartet einen schnellen Einsatz mit Echtdateien und zeitnahe, erste Arbeitsergebnisse („want working results“). BND weist darauf hin, dass die Zeit für Testen und Ausprobieren

- in Klammern; das ist mein Liebling -

(„playdata“) bereits im Oktober in Bad Aibling abgeschlossen wurde. Darüber hinaus sei kein ernsthaftes Beschäftigen mit dem System zu erreichen, solange nur mit Testdaten erprobt würde („playdata vs. hunting instinct“).

Zeugin Doreen Delmdahl: Aha.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Letzter Spiegelstich:

- BND und NSA weisen darauf hin, dass die Schaffung der Möglichkeit zur Zusammenarbeit der drei Dienste schwierig war und dass die aktuell positiven Rahmenbedingungen evtl. verwirkt würden, falls die Gelegenheit nicht genutzt würde. Die NSA-Führung in Darmstadt geht fest davon aus, dass xkeyscore im BfV produktiv genutzt wird.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir würden Ihnen das Dokument jetzt auch mal vorlegen.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja. Ich kenne es nicht.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie und ihr Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und das kommt aus dem Juni/Juli 2012. Und da geht es eben offensichtlich um eine Zusammenfassung, wie das jetzt hier auf die Schiene gesetzt wird.

Und vielleicht darf ich dann auf Seite 16, um die Zeit zu überbrücken, noch zitieren. Da steht:

Hinweise auf den (ungewöhnlichen) Gesprächsverlauf: Die Tatsache, dass BND und NSA mit insgesamt sieben Vertretern angereist waren, deutet darauf hin, dass dort ein sehr hoher, interner Druck (von höherer Ebene) existiert. Die Ausführungen beider Behörden ließen mehrfach darauf schließen, dass der produktive Einsatz

- der produktive Einsatz -

von xkeyscore im BfV ab Mitte Oktober 2012 kein willkürlich definiertes und kein unverbindliches Ziel darstellt. Denn Ausführungen des BfV bezüglich Erprobung und Einsatz von Testdaten wurde entsprechen vehement entgegnet. Die Einladung zur Besprechung der rein technischen Randbedingungen ist im Nachgang möglicherweise als Vorwand zu deuten, um die (dortige) Bedeutung des Einsatzes von xkeyscore im BfV im persönlichen Gespräch zu unterstreichen.

Das ist das Setting 2012, bevor Sie starten, XKey-score im Probe-Wirkbetrieb einzusetzen.

Zeugin Doreen Delmdahl: Das war auch, bevor ich gestartet bin. Also, ich kenne dieses Schreiben nicht von dem Fall IT22; das ist mir nicht bekannt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nur: Das mag sein. Aber es ist ja wohl offenkundig, dass die NSA und der BND etwas dafür haben wollen, dass sie dem BfV dieses Tool aufnötigen.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, wir arbeiten natürlich mit dem BND zusammen, sind ja schließlich - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das habe ich ja nicht gefragt. Sondern die wollen was dafür haben, und jetzt ist die Frage, was im Sinne des do ut des - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Doreen Delmdahl: Wie gesagt: Zu der Frage kann ich nur antworten, dass nur G-10-Daten weitergegeben werden, wenn es den rechtlichen Voraussetzungen entspricht, und nicht, wenn irgendjemand gerne was hätte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das mag sein. - Dann darf ich Sie fragen: Sie haben ja vorhin auf §§ 18, 19 Bundesverfassungs-

Zeugin Doreen Delmdahl: §§ 19, 20.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - - §§19, 20 verwiesen. Das beinhaltet ja Dokumentationspflichten bezüglich der weitergegebenen Daten.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, ja, klar.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können wir diese Dokumentationen denn dann mal sehen, was da weitergegeben wurde?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, §§ 19, 20 prüfen die Fachbereiche, und die haben die Dokumentation. Und alles, was G 10 betrifft, das haben tatsächlich wir auch dokumentiert, also der G-10-Bereich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es denn Dinge, die nicht G 10 betreffen? Leiten Sie eventuell Routineverkehre weiter?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein. Also, es geht um keine Datenerfassung; aber die Fachbereiche können natürlich auch -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich noch mal ganz kurz nachfragen?

Zeugin Doreen Delmdahl: - andere nachrichtendienstliche Quellen haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, klar, Meldungen usw.

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber werden eventuell Nicht-G-10-Daten weitergeleitet vom BfV?

Zeugin Doreen Delmdahl: Es werden nicht - - Also, wenn Sie mit Daten meinen nur Dinge, die irgendwo erfasst werden: Nein. Aber zum Beispiel Quellenberichte oder Ähnliches können natürlich mit anderen geteilt werden - oder Observationsberichte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Aber sagt Ihnen der Begriff „Routineverkehre“ etwas?

Zeugin Doreen Delmdahl: „Routineverkehre“ sagt mir was, weil das der BND macht, wir nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Sie leiten keine Routineverkehre weiter.

Zeugin Doreen Delmdahl: Wir haben nicht mal welche.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

(Martina Renner (DIE LINKE): „Glotaic“, da reden wir auch noch drüber!)

- Zu „Glotaic“ kommen wir noch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann müssten wir zum Ende kommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich orientiere mich zum Ende hin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann musst du zügig - - Ich habe auch immer brav gestoppt, und wir sind trotzdem bei zwölf Minuten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. Das ist lieb. - Frau Delmdahl, gab es beim BfV im Hinblick darauf, was G-10-Verkehre sind, in den Jahren 2012/2013 eine Veränderung der rechtlichen Bewertung, -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Doreen Delmdahl: Was G-10-Verkehre sind? Nein. Es ist alles, was - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - was davon erfasst ist, was eventuell -

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - lassen Sie es mich verifizieren - personenbezogene Daten sind? Gab es da irgendwie zu irgendeinem Zeitpunkt eine rechtlich neue Bewertung, oder ist das seit Jahren immer gleich, wie das BfV da auf diese Frage draufkommt?

Zeugin Doreen Delmdahl: Seit ungefähr das G-10-Gesetz existiert, ist es immer gleich. Alles, was aufgrund einer G-10-Anordnung erfasst wird, ist G 10 - Punkt - und dementsprechend also alles, was darin erfasst wird: Kommunikation, Reden, Schreiben, Post, Briefe auch noch, wenn es auch nicht mehr so häufig gemacht wird - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verkehrsdaten.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, da gibt es gar keine rechtliche Bewertung. Alles, was durch aufgrund der Anordnung dann erfasst wird, ist immer G 10.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und andere Dinge erfasst das BfV nicht?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der CDU/CSU und Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, Frau Delmdahl, guten Tag auch von unserer Seite! - Zunächst vielleicht ganz allgemein: Es wird ja in den Medien ein sehr unterschiedliches Bild von XKeyscore gezeichnet, also angefangen von Herrn Snowden,

der das als, sage ich mal, allmächtiges Erfassungs- und Auswertungsinstrument sieht. Dann hört man wieder, dass eben beim BfV, wie Sie auch gesagt haben, die Software nur zur Analyse eingesetzt wird. Wahrscheinlich ist das unterschiedliche Bild, das da gezeichnet wird, darauf zurückzuführen, dass Sie eben keine Erfassung machen, sondern nur die Analyse. Also, das würde sich dann von dem unterscheiden, was zum Beispiel auch Herr Snowden so über die Möglichkeiten der Software gesagt hat. Ist das richtig?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt hatten Sie uns gesagt, Sie haben eine Version bekommen der Software XKeyscore, die Sie testen; Sie hätten nicht die Erfassungsvariante, nur die Analysevariante. Ich bin mir jetzt noch nicht ganz sicher oder verstehe es noch nicht ganz, was jetzt der Unterschied ist. Teilweise wird von Variante gesprochen, teilweise wird von Version gesprochen. Zum Beispiel der Zeuge A. Sch. sagte hier in seiner Vernehmung am 3. Dezember, er habe nicht den Eindruck, dass das BfV eine Variante der Software teste; zu seiner Zeit sei eine Version getestet worden, die exakt der Version, die beim BND verwendet wird, entspricht. - Die Bundesregierung hat aber auch zum Beispiel auf eine schriftliche Frage von Kollegin Renner geantwortet, dass eine Variante getestet werden soll. Vielleicht können Sie da noch ein bisschen Klarheit reinbringen.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich würde da jetzt keinen Unterschied machen zwischen Variante und Version. Also, ich kenne das, die Software, die die NSA hat, nicht; aber das einzige, was ich kenne, ist das, was wir haben. Und deswegen reden wir von Version, Variante oder - - Also, um klarzustellen: Es ist auf jeden Fall nicht das, was die NSA wohl im Einsatz hat.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. - Und wenn der Zeuge A. Sch. sagt, dass Sie aber die exakt gleiche Version haben, die der BND hat, dann ist das zutreffend, nur Sie verwenden sie anders.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, Sie haben ja - - Irgendjemand hat vorhin gesagt - - Ich kenne tatsächlich nicht die Funktionsweise und wie genau der BND die einsetzt, die Software XKeyscore. Das war auch nicht Teil meiner Aufgabe. Aber wenn Sie sagen, dass der damit auch erfasst, dann haben wir natürlich nicht die gleiche Version wie der BND.

Nina Warken (CDU/CSU): Es könnte aber nicht sein, dass es die genau gleiche Version ist, die erfassen kann, aber auch analysieren kann, Sie benutzen es aber nur zum Analysieren. Wissen Sie das?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein. Aber soweit mir gesagt wurde, kann diese Version nur analysieren und - - Nein, also da bin ich aber auch zu wenig ITler, um das zu wissen.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Und jedenfalls haben Sie die vom BND bekommen und wissen aber nicht, ob der BND die dann vorher - - oder gehen davon aus - so habe ich es verstanden -, dass der BND die vorher nicht irgendwie angepasst hat jetzt auf Ihre Bedürfnisse, -

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): - oder Sie haben die selber auch nicht angepasst, sondern Sie haben das verwendet, was Sie bekommen haben.

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau, genau. Und ich glaube auch nicht, dass der - - Weiß ich nicht; aber ich glaube es nicht, nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt haben Sie gesagt, Sie sind in der Testphase, haben das ja auch beschrieben mit dem Stand-alone-Rechner und der Auswahl von Daten, und Sie wollen eben testen: Was kann die Software? Werden die Sicherheitsaspekte erfüllt, die zu berücksichtigen sind? Und das prüft man jetzt immer noch.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt dauert das ja schon relativ lang. An was hakt es denn da jetzt konkret? Vielleicht können Sie da doch noch mal

genauer ausführen: Was muss man noch rausfinden? Muss man noch rausfinden, was die Software tatsächlich alles kann? Weiß man das schon? Gibt es noch Sicherheitsbedenken? Oder gibt es vielleicht - - Ich habe nach Studium der Akten jetzt auch den Eindruck gehabt, dass es im Haus bei Ihnen auch unterschiedliche Auffassungen gibt, ob die Software verwendet werden soll oder nicht. Hakt es vielleicht daran? Können Sie das vielleicht noch mal genauer ausführen? Weil es geht ja jetzt schon eine gewisse Zeit.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, es gibt natürlich immer widerstreitende Interessen, und in dem Fall ist natürlich die Sicherheit das, was an erster Stelle kommt. Natürlich möchten manche Leute das schneller einsetzen als andere; aber tatsächlich ist es so, dass dieses Sicherheitserfordernis, dieser sicherheitstechnische Aspekt eine besonders große Rolle spielt. Wir haben ja dieses Tool halt bekommen, und wir kennen den Quellcode nicht. Das heißt also, soweit ich - - Nicht? Also, es gibt immer einen Quellcode, das ist das, was sozusagen immer unter Betriebsgeheimnis fällt, also was auch bei Firmen immer das Wichtigste ist. Und solange wir nicht wissen, wie der Quellcode aussieht, also nicht wissen, was das Gerät vielleicht so alles machen könnte, müssen wir es halt absichern. Also, wir haben das geschenkt bekommen. Das heißt hier aber nicht, dass - - Nicht? Deswegen versuchen wir, das so weit wie möglich abzusichern, damit tatsächlich nichts irgendwann mal nach draußen gelangt. Also, es ist alles auf den späteren Wirkbetrieb ausgelegt, und dafür gibt es extrem hohe Anforderungen, die wir jetzt erarbeiten, damit tatsächlich beim Wirkbetrieb, also bei dem Produktivbetrieb dann, auch die Sicherheit der G-10-Daten gewährleistet ist.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, ich bin auch Juristin und verstehe auch vielleicht manche technischen Zusammenhänge nicht ganz. Jetzt hatten Sie ja vorhin beschrieben das mit dem Stand-alone-Rechner: nur Import, kein Export und nur Löschen.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Wie kann man das dann überhaupt genau testen, dass es dann später



Nur zur dienstlichen Verwendung

ausgeschlossen ist, dass G-10-Daten irgendwohin verschwinden können?

Zeugin Doreen Delmdahl: Indem man jetzt schon - - Wie gesagt, das ist das Zusammenwirken mit dem BSI, die dann sagen, wie die IT-Landschaft aussehen müsste, damit das dann nachher sicher ist. Und diese IT-Landschaft kann man ja theoretisch schon herstellen, sodass das BSI sagt: Ja, wenn du das und das und - - Genau.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, Sie arbeiten da jetzt ständig mit dem BSI zusammen -

Zeugin Doreen Delmdahl: Beziehungsweise unsere IT-Sicherheit.

Nina Warken (CDU/CSU): - die IT-Sicherheit - und bekommen dann von denen Vorgaben, melden dann wieder zurück: Das geht, das geht nicht.

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau. „Haben wir so.“ Oder: „Geht so nicht. Gibt es noch eine andere Variante?“

Nina Warken (CDU/CSU): Und das dauert eben noch an.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Gibt es einen Zeithorizont? Was sind denn die nächsten Schritte, die jetzt dann logischerweise kämen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, aus Erfahrung sage ich jetzt mal: Jeder Zeithorizont, den ich nenne, kann sich ins Gegenteil verkehren. Also, ich mache es besser nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Mhm. Aber aus Ihrer Sicht sind es überwiegend diese technischen Sicherheitsaspekte, die eben noch Hauptauschlag sind, dass es nicht weitergeht.

Zeugin Doreen Delmdahl: Das ist sozusagen der Hauptgrund, ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Der Wille, dass man es, ich sage mal, in den Wirkbetrieb überführt, ist schon noch da.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja; sonst würden wir ja jetzt nicht immer noch versuchen, alles zu erfüllen.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt hatte der Kollege von Notz, meine ich, Sie ja schon noch mal genauer gefragt, was denn genau dieser Test ist: Welche Daten sind es? Sind es echte Daten? Sind es nicht echte Daten? Und so weiter. - Ich habe es so verstanden, dass es eben dieses Stand-alone-System ist, dass Sie nur einen Teil von Daten, eine geringere Datenmenge haben. Aber verwenden Sie dann auch schon die Ergebnisse, die Sie da bekommen in der Testphase, oder wird das wirklich noch gar nicht verwendet?

Zeugin Doreen Delmdahl: Sollten sich Ergebnisse ergeben, die über die eigentliche TKÜ-Anlage hinausgehen, verwenden wir die, ja, aber dann halt wie auch alle anderen G-10-Vermerke in dem Fall.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir hatten vorhin schon mal das Thema Dateianordnung. Ich hatte Sie so verstanden: Sie haben was gesagt, es würde ja schon eine Dateianordnung für Perseus existieren, -

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): - und XKeyscore sei darin integriert, und dann haben Sie später gesagt, man bräuchte gar keine.

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau.

Nina Warken (CDU/CSU): Vielleicht können Sie das mit der Dateianordnung noch mal kurz erläutern.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, es gibt eine Dateianordnung zu unserer eigentlichen TKÜ-Anlage, und diese Dateianordnung wurde in einem Passus erweitert auf externe Systeme, unter anderem XKeyscore, weil, wie gesagt, an sich dieses



Nur zur dienstlichen Verwendung

XKS keine eigenen Daten speichert. Und deswegen: Ich gehe mal davon aus, dass das ausreicht mit diesem Passus in der Dateianordnung unserer TKÜ-Anlage, das zu erfassen.

Nina Warken (CDU/CSU): Und das wäre dann auch im Wirkbetrieb so?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, weil nach wie vor die TKÜ-Anlage der Teil ist, wo tatsächlich die Daten gespeichert werden und G-10-konform verwendet bzw. irgendwann vernichtet werden.

Nina Warken (CDU/CSU): Glauben Sie nach Ihrer Erfahrung, dass dann tatsächlich im Regelbetrieb der Einsatz der Software einen Mehrwert für das BfV hätte?

Zeugin Doreen Delmdahl: Er hat mit Sicherheit einen Mehrwert. Das ist allein der Funktionsweise geschuldet, zu der ich jetzt nicht so viel hier ausführen darf in der öffentlichen Sitzung.

Nina Warken (CDU/CSU): Der Zeuge A. Sch. hatte uns gesagt, dass der Mehrwert zum Beispiel darin liegen könnte, dass mittels XKeyscore eben mehr Protokolle decodiert und analysiert werden könnten als mit den bisherigen System Perseus. Können Sie das bestätigen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, unsere TKÜ-Anlage ist halt groß. Und es ist so, dass sich die Protokolle sich sehr schnell ändern, die Protokolle von - - also diese - - Und dafür braucht man diese sogenannten Decoder. Und das muss immer nachgehalten werden. Das ist bei unserer TKÜ-Anlage etwas aufwendig. Und bei diesem XKeyscore wäre es so, dass man die Decoder selber schnell schreiben könnte, und deswegen könnte der Mehrwert daraus geriert werden. Aber mehr will ich dazu - -

Nina Warken (CDU/CSU): Also, es würde Ihnen aber dann, allgemein gesagt, um mehr Analyse, mehr Decodierung gehen und nicht um mehr Erfassung.

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, nein, also um die inhaltliche Analyse dann. Erst wenn man es

lesen kann, kann man es ja auch tatsächlich analysieren; sonst ist es ein bisschen schwierig.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt hatte Ihnen der Kollege von Notz ja dieses eine Dokument aus der geheimen Akte, das nicht eingestufte Dokument, vorgelegt, wo, ich nenne es mal, Anforderungen der NSA ja beschrieben waren. Das war Ihnen ja nicht bekannt, hatten Sie gesagt. Sie haben auch nur von einem Kontakt mit der NSA gesprochen. Wenn man das jetzt aber so hört, müsste ja, nachdem die NSA davon ausgegangen war, dass das Ganze ja sehr schnell ging, das denen ja jetzt ein bisschen zu langsam gehen, wie Sie da testen und vorankommen. Gibt es da irgendeine Rückkopplung?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, gibt es nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Ihnen gegenüber nicht oder allgemein?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, mir gegenüber jedenfalls nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Der Herr Snowden hat ja zahlreiche Dokumente veröffentlicht. Es gibt viele Unterlagen, die auch die Funktionsweise von XKeyscore beschreiben, und man bekommt den Eindruck, dass das ein System ist oder ein Werkzeug, das von den Five-Eyes-Staaten in einer, sage ich mal, weltumspannenden Weise eingesetzt wird. Also, es wird behauptet, dass XKeyscore sich auf über 700 Servern an 150 Standorten weltweit befindet und benutzt wird und dass das alles von der NSA zentral bedien- und durchsuchbar sei. Und es gibt auch Vermutungen in der Presse, dass eben nicht nur die Five-Eyes-Nachrichtendienste, sondern auch die deutschen Dienste Zugriff auf dieses riesenweltumspannende Netzwerk an XKeyscore-Servern haben könnten. Herr Snowden hat das zum Beispiel auch in einem Interview mit dem NDR im Januar 2014 behauptet.

Jetzt habe ich es so verstanden, dass weder der BND noch das BfV Zugriff auf Datenbanken der NSA haben, obwohl sie ja die Software einsetzen. Also, wie kommt dann Herr Snowden darauf, dass man als deutscher Dienst da auch an diesem



Nur zur dienstlichen Verwendung

Netzwerk beteiligt ist, wenn man doch eigentlich gar keinen Zugriff hat?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, ich kann tatsächlich nur bestätigen: Wir haben keinen Zugriff darauf, und genauso wenig hat die NSA Zugriff auf unser System.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, Sie können ausschließen, dass das BfV Zugriff auf NSA-Datenbanken hat durch XKeyscore?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Und umgekehrt auch.

Zeugin Doreen Delmdahl: Geht ja nicht, nicht? Also, es ist ein abgeschirmtes System. Es telefoniert nicht nach außen, und es kommt von außen auch nichts rein. Und da sind auch keine Datenbanken drin, falls Sie das noch - -

Nina Warken (CDU/CSU): Genau. Sie hatten vorher gesagt, es gebe keinen Datenexport, nur einen -import. Da hätte ich auch noch mal eine Verständnisfrage: Wenn man die Aussage auch von A. Sch. noch mal erinnert: Er hat gesagt, es habe später dann noch ein Exportsystem gegeben, was es ermöglicht habe - ich zitiere -, „direkt Daten zu exportieren, vor Ort im G-10-Bereich“. Was meint er denn da?

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau. Damit meinte er das Problem, das wir am Anfang hatten: Wir hatten uns halt für Berlin als Standort entschieden. Wie schon erwähnt, die TKÜ-Anlage steht in Köln. Es gibt zwar einen Fernzugriff; aber es gab zu dem Zeitpunkt nur einen Export dort vor Ort in Köln. Und das System, in das importiert werden sollte, stand hier in Berlin. Und wir haben dann alles darangesetzt, um - - Weil es sind G-10-Daten, die darf man nicht einfach über Netze verschicken, sondern da gibt es besondere Sicherheitsregelungen. Und deswegen haben wir versucht, so schnell wie möglich auch eine Exportmöglichkeit am Standort Berlin aus der TKÜ-Anlage in Köln zu bekommen. Und das meinte er damit. Das haben wir dann irgendwann tatsächlich - hat allerdings einen Verzug gegeben - hingekriegt, ja, dass wir also dann konkret in Berlin

auch aus der TKÜ-Anlage exportieren und in XKeyscore importieren können. Damit war die sogenannte Turnschnittstelle nicht mehr ganz so weit, also nicht 600 Kilometer.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Also, dann betrifft es praktisch Export von Daten aus TKÜ in XKeyscore, -

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau.

Nina Warken (CDU/CSU): - aber es betrifft nicht -

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): - Export von XKeyscore irgendwo anders hin.

Zeugin Doreen Delmdahl: Es ist tatsächlich so - - Also, für die Zukunft, wenn dieses System in den Wirkbetrieb geht, soll es natürlich auch eine Exportschnittstelle geben, die dann natürlich auch entsprechend mit Rollen-Rechte-Konzept etc. gesichert ist, aber damit man in einer eher digitalen Welt jetzt nicht noch - so wie wir es aktuell machen - Vermerke ausdrückt und wieder ein-scant.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. Nachvollziehbar. - Ich würde an den Kollegen noch übergeben in der Runde.

Marian Wendt (CDU/CSU): Frau Vorsitzende gibt mir das Wort sicherlich. Genau. Gut. - Frau Delmdahl, schönen guten Tag! Zunächst würde ich noch festhalten, auch wenn Sie manchmal den Eindruck haben vielleicht: Was macht der NSA- Untersuchungsausschuss? - Wir sind sehr kritisch natürlich, das müssen wir sein; aber trotzdem vertrauen wir grundsätzlich auf die Arbeit Ihrer Behörde. Auch als Mitglied im Innenausschuss zum Thema Extremismus schätze ich Ihre gute Arbeit. Ich will nur, dass Sie das mitnehmen, nicht, dass Sie uns - - also, dass Sie uns als Partner verstehen und nicht als jemanden, der Sie nur aushorcht und der Ihnen zu kritisch gegenübersteht. Das ist wichtig, dass Sie vielleicht das mitnehmen, wenn Sie wieder zurückfahren, bzw. Sie bleiben ja hier, glaube ich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Doreen Delmdahl: Okay.

Marian Wendt (CDU/CSU): Ja.

(Zuruf der Abg. Martina
Renner (DIE LINKE))

- Wie bitte? - Meine Frage geht noch mal auf die Frage „Schulungen“. Sie haben ja das XKeyscore-System - - Die NSA hat es an den BND geliefert; Sie haben das vom BND an das BfV geliefert bekommen. Könnten Sie darauf noch mal eingehen, wie diese Schulung erfolgt ist? Es gibt ja hier ein Zitat, welches im *Spiegel* stand vom 22. Juli 2013, es sei „einfach zu bedienen“, wurde dort eine Quelle benannt. Also, ist auch zitiert im *Spiegel*; das hat nicht der *Spiegel* selbst sich ausgedacht, sondern es ist zitiert. - Könnten Sie vielleicht darüber etwas schlussfolgern, wie diese Schulungen ablaufen, also welche rechtlichen Schulungen stattfinden, technische Schulungen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, wie die Schulungen insbesondere unseres abgeordneten Mitarbeiters stattgefunden haben, dazu weiß ich nichts. Rechtlich bin ich es, die erzählt „Was darfst Du, und was darfst Du nicht?“ an den G-10-Maßnahmen. Und die Schulungen von ihm, ja, also - - Learning by Doing am System, nicht? Also, das ist auch gerade bei G-10-Maßnahmen nicht intuitiv.

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay. - Aber es gab immer nur den Kontakt zum BND.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, also, der Herr A Sch, -

(Vereinzelt Heiterkeit)

Marian Wendt (CDU/CSU): A. Sch. Geht auch.

Zeugin Doreen Delmdahl: - der hatte Kontakte zu seinen Kollegen in Bad Aibling, bei denen er ja auch geschult wurde. Wenn er dann also Probleme hat, weil irgendwas so nicht funktionierte, wie er es haben wollte, dann hat er sich entsprechend bei denen zurückgekoppelt. Es ist - - Mehr weiß ich nicht. Und am Anfang haben wir uns dann halt immer mit ihm zurückgekoppelt.

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay. Gut. - Aber einen direkten Kontakt zur NSA gab es nicht.

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, also, das würde dann wahrscheinlich vom BND wiederum - -

Marian Wendt (CDU/CSU): Sie haben ja auch einiges mitbekommen durch diese Kooperation, durch die Schulungen und später auch Zusammenarbeit, technische Fragestellungen, Learning by Doing - wie Sie eben beschrieben haben -, dass es ja auch eine Kooperation zwischen BND und NSA gab, und darauf würde mal dieser sozusagen kurze Fragenkomplex von mir abzielen; inwieweit Ihnen dort Zusammenarbeit bekannt ist, die Sie eventuell mitbekommen haben am Rande, oder Ähnliches.

Zeugin Doreen Delmdahl: Dazu weiß ich nichts; -

Marian Wendt (CDU/CSU): Dazu wissen Sie - -

Zeugin Doreen Delmdahl: - dazu sagt mir der BND auch nichts.

Marian Wendt (CDU/CSU): Ja, weil der Vorwurf natürlich immer lautet von einzelnen Mitgliedern des Ausschusses wie auch von Teilen der Presse, dass sozusagen durch die Hintertür geliefert wird oder entsprechende Informationen auch in die andere Richtung gehen. Und das wäre sozusagen die Frage, ob Ihnen dazu irgendwas bekannt ist, -

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein.

Marian Wendt (CDU/CSU): - Sie irgendwas mitbekommen haben, -

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein.

Marian Wendt (CDU/CSU): - Sie dazu Auskunft geben können.

Zeugin Doreen Delmdahl: Außer aus der Presse ebenfalls nicht.

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay. - Gut, ja, dann bin ich soweit mit den ergänzenden Fragen fertig und gebe zurück an den Vorsitzenden oder an die Nina.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Geben wir für die Runde mal ab.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur nächsten Fragerunde. Sie können noch, Frau Delmdahl?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Super. - Dann Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist schön. - Wann war denn das Bundesministerium des Innern über den Einsatz von Xkeyscore informiert? Ist ja die Rechts- und -

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): - Fachaufsicht für Sie.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich glaube, noch bevor wir die Tests begonnen haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie glauben.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich weiß, es war vorher; aber ich weiß nicht, wann genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren Sie an dieser Information an das BMI beteiligt?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie ist das BMI informiert worden?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, schriftlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Schriftlich.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich glaube, schriftlich, ja.

(Die Zeugin blättert in ihren Unterlagen)

Also, ich war mit Sicherheit beteiligt, weil ich bin ja - - weil nur ich ja wusste, wann was geliefert wird zum Thema XKS bzw. wann dann tatsächlich ein Testauftakt passieren sollte. Aber lassen Sie mich überlegen.

(Die Zeugin blättert in ihren Unterlagen)

Soweit ich weiß, war das BMI auch bei uns.

Martina Renner (DIE LINKE): Wann war das?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, im Sommer 2013.

Martina Renner (DIE LINKE): Ah. Was ist denn - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Aber wann genau - -

Martina Renner (DIE LINKE): Im Sommer 2013 nach oder vor den Snowden-Veröffentlichungen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Das weiß ich nicht mehr. Tut mir leid.

Martina Renner (DIE LINKE): Im Zusammenhang mit den Snowden-Veröffentlichungen.

Zeugin Doreen Delmdahl: Wie gesagt, ich weiß es nicht. Eingeladen sind sie wegen XKeyscore gewesen.

Martina Renner (DIE LINKE): Die haben sich eingeladen, oder Sie haben das BMI eingeladen.

Zeugin Doreen Delmdahl: Es könnten - - Das weiß ich jetzt nicht mehr; aber ich glaube, wir haben das BMI eingeladen.

Martina Renner (DIE LINKE): Bitte?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich glaube, wir haben das BMI eingeladen.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wer ist dann gekommen aus dem BMI, welche Abteilung, welches Referat?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, natürlich - - Uns beaufsichtigt ÖS.

Martina Renner (DIE LINKE): ÖS III 2. Jetzt reden wir wieder in Rätseln.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, ÖS III 2. Die haben sich jetzt auch - - weil jetzt so viele Umkontingentierungen stattgefunden haben - -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie hieß denn
der - -)

Martina Renner (DIE LINKE): Lass mal, lass mal, ich mache.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich glaube, dass das für G-10 - -

Martina Renner (DIE LINKE): ÖS III oder ÖS II. Ich würde Ihnen gerne ein Dokument vorlegen, NfD: MAT A BMI-1/10m_1.pdf, Blatt 287 ff. Das ist eine Vorlage des Referats ÖS III 2, Herr Scharf, für die Sitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums am 25. Juli 2013.

Zeugin Doreen Delmdahl: Mhm.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich muss das Ihnen gar nicht vorlegen; aber ich könnte Ihnen daraus vorlesen, wann wer im BMI Kenntnis hatte. Aber vorher würde ich Sie gerne fragen: Ab wann hatte denn ÖS III, die zuständige Rechts- und Fachaufsicht, Kenntnis zum Einsatz von XKeyscore?

Zeugin Doreen Delmdahl: Zum Ein- - also, auch im Sommer.

Martina Renner (DIE LINKE): Im Sommer 2013.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wie haben die Kenntnis bekommen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, wie ich sagte, ich glaube, wir haben sie informiert.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm. Dann lese ich das mal vor. Das ist die Seite 317, die Paginierung 288, „Nutzung des Programms ‚XKeyscore‘“ - es ist also hier das BMI gemeint -:

Wann haben Sie davon erfahren, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz das Programm „XKeyscore“ von der NSA erhalten hat?

Das BfV hat über entsprechende Planungen erstmals im

- es muss heißen: am -

16. April 2013 berichtet. Über den Erhalt von „XKeyscore“ hat das BfV am 22. Juli 2013 berichtet.

Hintergrundinformationen:

Über den Einsatz von XKeyscore im BfV hat ÖS III 2 aus den Presseberichten im „Spiegel“ und bei „Spiegel Online“ am 20. Juli 2013 erfahren.

Zeugin Doreen Delmdahl: War ja zu dem Zeitpunkt auch noch gar nicht im Einsatz, also im Test.

Martina Renner (DIE LINKE): Nur im Test?

Zeugin Doreen Delmdahl: Wie gesagt, also in dem Fall hat sich Herr Scharf vielleicht etwas missverständlich ausgedrückt. Es war ein Test. Und wenn Sie sagen, dass wir im April schon erstmals berichtet haben, dann war es wohl so.

Martina Renner (DIE LINKE): ÖS III hat aber dann Zeitung gelesen im Juli 2013 und gedacht: Davon wissen wir gar nichts. - Steht hier:

Über den Einsatz von „XKeyscore“ im BfV hat ÖS III 2 aus den Presseberichten ... erfahren.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, aber, wie gesagt, es war ja auch nicht im Einsatz. Also, im April -

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist jetzt Wortklauberei.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Doreen Delmdahl: - haben wir denen schon gesagt, dass es XKeyscore gibt, und wahrscheinlich auch, dass wir planen, es im BfV zu testen -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeugin Doreen Delmdahl: - und, wie gesagt, Einsatz, wie gesagt, eben nicht; aber in der Presse steht ja manchmal mehr, als tatsächlich dann bei uns abgelaufen war.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, das BMI weiß aus den Snowden-Dokumenten Bescheid.

Zeugin Doreen Delmdahl: Genauso wenig wie über XKeyscore, weil da ja noch viel mehr drinsteht als -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeugin Doreen Delmdahl: - unser XKeyscore.

Martina Renner (DIE LINKE): Das PKGr wurde durch das BfV unterrichtet am 16. April und am 22. Juli, steht hier drin, und das BMI hat dann aus den Zeitungen im Sommer lesen dürfen, was im BfV läuft.

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, wie gesagt, also, wenn Sie gesagt haben, im April und im Juli haben sie davon schon Kenntnis erhalten: -

Martina Renner (DIE LINKE): Das PKGr.

Zeugin Doreen Delmdahl: - Ich weiß nicht, inwieweit.

MR Torsten Akmann (BMI): Nein, das war, wie Sie - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja?

MR Torsten Akmann (BMI): Nein, Sie haben das eben schon richtig zitiert. Am 16.04. ist das BMI informiert worden vom BfV über XKeyscore, und dann ist daraufhin das PKGr unterrichtet worden, im April, also vor Snowden.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber ÖS III 2 erst dann durch die Presseberichte.

MR Torsten Akmann (BMI): ÖS III 2 ist das zuständige Referat; natürlich ist dann auch ÖS III 2 darüber informiert gewesen. Es war eine Information an Herrn Fritsche; das ergibt sich aus Ihren Unterlagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Es geht mir darum, dass das Referat, das für die Rechts- und Fachaufsicht ÖS III 2 zuständig ist, erst durch die Presseberichterstattung informiert wurde und anscheinend im BMI man es unterlassen hat, die Information, die man schon vorher hatte, dorthin weiterzugeben. So, darum ging es mir.

Zeugin Doreen Delmdahl: Kann ich jetzt - - Also, zu den Interna im BMI kann ich nichts sagen. Ich weiß auch nur, dass der G-10-Bereich ein anderes Aufsichtsreferat hat als ÖS III 2, nämlich ÖS II Punkt, Punkt, Punkt.

Martina Renner (DIE LINKE): Aha. - Dann wird dort eine weitere Frage beantwortet; die ist auch ganz interessant; die haben wir ja auch schon gestellt:

Leiten deutsche Nachrichtendienste Daten über „XKeyscore“ an NSA-Datenbanken weiter ...?

Die Antwort ist:

Das BfV leitet keine Daten über „XKeyscore“ an NSA-Datenbanken weiter.

Zeugin Doreen Delmdahl: Wir leiten ja auch nicht - -

Martina Renner (DIE LINKE): Mittlerweile können wir ja die Antworten der Bundesregierung lesen. Können wir die so lesen, dass das BfV jenseits von XKeyscore Daten an NSA-Datenbanken weiterleitet?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich nicht. Also, ich glaube es nicht. Aber ich auf jeden Fall nicht. Also, was soll an NSA-Datenbanken - - Ist mir unbekannt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Sie nicht. Auch sonst - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich nicht, XKeyscore nicht, G-10-Bereich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja, genau.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich kann nur über das reden, wovon ich Einsicht habe. Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen - - Doch, Sie können auch von dem reden, von dem Sie hören, auf Beratungen, auf Sitzungen, auf Treffen mit der NSA.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Muss sie!)

Müssen Sie auch hier.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich weiß es nicht. Also, nach meinem Wissensstand, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nach Ihrem Wissensstand leitete und leitet das BfV keine Daten an NSA-Datenbanken weiter.

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Leitet das BfV Daten an den BND weiter, die dann gegebenenfalls an die NSA weitergeleitet werden?

Zeugin Doreen Delmdahl: Auch da nur genauso wie an ameri- - nicht an Datenbanken, sondern auch nur da wie an alle anderen Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden im Rahmen der Übermittlung nach § 19 und § 4 G 10-Gesetz - - Also, auch da weiß ich - - ist ansonsten meiner Kenntnis - - nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Aus Ihrem Bereich, werden dort Daten an den BND weitergeleitet?

Zeugin Doreen Delmdahl: Unser Bereich leitet keine Daten weiter, weil unser Bereich auch

nicht der Fachbereich ist, sondern nur die Fachbereiche leiten oder übermitteln Inhalte von Vermerken weiter.

Martina Renner (DIE LINKE): Alle Fachbereiche?

Zeugin Doreen Delmdahl: Das entzieht sich auch meiner Kenntnis. Je nachdem, welche Inhalte bearbeitet werden, haben die natürlich verschiedene Ansprechpartner, sei es rechts/links oder Islamismus/Terrorismus oder Spionageabwehr, aber inwieweit wer mit dem BND da zusammenarbeitet, kann ich jetzt auch nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich würde Ihnen gerne ein Dokument aus den sogenannten Snowden-Leaks, also der Deutschland-Akte, vorhalten. Das ist MAT A Sek-4/1i, datiert vom 17. Januar 2013, ja ein ganz interessanter Zeitraum. „Betrifft: ... Geheimdienstliche Zusammenarbeit der NSA mit Deutschland ...“ Ich nehme jetzt hier die Übersetzung, ist für mich auch einfacher. Dort heißt es:

... BND befürwortet die sich abzeichnende Beziehung der NSA mit den deutschen Inlandsdiensten zur geheimdienstlichen Terrorabwehr und hat Schritte unternommen, den Ausbau seiner SIGINT-Entwicklung ... voranzutreiben, um innerhalb Deutschlands eine Schlüsselrolle in den Bereichen technische Beratung und technische Unterstützung einzunehmen. ... Um die Zusammenarbeit zu ermöglichen, nutzt ein in Berlin stationierter Analyst der NSA-Terrorabwehr einen Tag pro Woche ein im BfV zur Verfügung gestelltes Büro, um die Beziehung zu stärken und US-Belangen nachzukommen. Ebenso haben die Deutschen eine Kommunikationsachse geschaffen, die die Verbindungen zwischen NSA und BfV/BND und den zeitnahen Austausch von geheimdienstlichen Informationen verbessert hat.

Kennen Sie diesen NSA-Analysten, der in Berlin sitzt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich weiß nicht, ob es der ist, aber -

Martina Renner (DIE LINKE): Ach, es sind viele?

Zeugin Doreen Delmdahl: - wir hatten - - Jetzt nicht mehr. Also, wir hatten zu diesem Zeitpunkt ein extra abgeschottetes Büro, wo, ich glaube, es war ein NSA-Mitarbeiter, mit dem BND vor Ort war.

Martina Renner (DIE LINKE): Immer wenn der da war, war auch der BND da.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ansonsten nähere Infor- -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, hallo. „Mit dem BND vor Ort war“ meint: Der kam nur rein, wenn der BND mit dabei war.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, nach wie vor -

(RA Dr. Patrick Teubner:
Das ist nichtöffentlich!)

Inlandsnachrichtendienste, Auslandsnachrichtendienste - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja, mir sind die Unterschiede bekannt.

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie können davon ausgehen, dass mir das geläufig ist.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, ich wollte es nur mal - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten gleich wechseln.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, ich will jetzt kurz da noch bleiben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Doch.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. - Also, der hatte dort ein abgeschottetes Büro.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Frau Kollegin, ich gebe gerne noch zwei, drei Minuten, bis die Frage zu Ende - -

Martina Renner (DIE LINKE): War der auch alleine - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich gebe gerne noch zwei, drei Minuten, bis die Frage zu Ende ist; aber wenn ich sage: „Die Zeit ist abgelaufen“, dann gilt nicht: Nein. Das ist jetzt kein Wunschkonzert hier.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber das machen Sie bei anderen auch, und ich denke - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, ich gebe gerne noch eine Frage drauf, aber nicht einen ganzen Fragenkomplex.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, wir bleiben ja auch bei der Sache. - War dieser Kollege von der NSA auch alleine in seinem Büro, und hatte der Zugang zu anderen Büroräumen des BfV?

Zeugin Doreen Delmdahl: Das alles weiß ich nicht. Ich weiß bloß - -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie müssen das
Mikro - -)

Weil Sie ja gesagt haben, alles, was ich so mitbekommen habe, soll ich - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Frau Delmdahl, einmal das Mikro anstellen, bitte.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ach so, Entschuldigung. - Das weiß ich nicht. Sie sagten ja, ich soll alles sagen, was ich weiß. Das ist mir zur Kenntnis gelangt, dass dieser Mitarbeiter wohl da war mit dem BND; aber mehr weiß ich auch nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, Frau Delmdahl, ich möchte doch noch mal kurz auf die Terms of Reference zu sprechen kommen. Ich respektiere das voll und ganz, dass Sie hier nichts sagen können in der öffentlichen Sitzung - ich will auch nicht, dass Sie das bestätigen, dass es die so gibt oder nicht, oder was da in der Presse stand -; aber gleichwohl haben wir jetzt eben hier das Problem, dass in der Presse darüber geschrieben und darüber auch spekuliert wird. Und ich will Sie einfach nur ganz abstrakt fragen. Es wird da zitiert bzw. wenn da stehen würde, dass das BfV XKeyscore nur im Rahmen der geltenden deutschen Gesetze nutzen werde, wenn man das so als Obersatz nimmt, die Frage: Ist Ihnen irgendeine Nutzung bekannt, die gegen diese ausdrückliche - aber im Übrigen auch selbstverständliche - Verpflichtung verstoßen würde, deutsches Recht zu beachten?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, natürlich ist mir kein Verstoß bekannt; denn darüber muss ich ja wachen.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich würde dann vielleicht noch eine Frage stellen zu dem Sicherheitskonzept.

Zeugin Doreen Delmdahl: Mhm.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie haben Sie sich denn im Referat Gedanken gemacht bezüglich dieses Sicherheitskonzepts? Sie haben gesagt, Sie sind im Testbetrieb. Braucht es für einen Testbetrieb kein Sicherheitskonzept?

Zeugin Doreen Delmdahl: In dem Fall gab es eine Ausnahmegenehmigung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Von wem?

Zeugin Doreen Delmdahl: Der Amtsleitung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Das Sicherheitskonzept muss wer erstellen?

Zeugin Doreen Delmdahl: In erster Linie IT-Sicherheit mit unserer Hilfe, natürlich mit denen,

die das System bedienen und noch besser kennen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Muss das wem vorgelegt werden?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, auch das ist geregelt, dass das Sicherheitskonzept Teil der Prüfung sein muss, die nach VSA erfolgt zusammen mit der technischen Prüfung beim BSI, und am Ende muss der Geheimschutzbeauftragte der jeweiligen Behörde - in unserem Fall ist es die Amtsleitung - darüber befinden, ob die Voraussetzung der VSA eingehalten werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wann war diese Ausnahmegenehmigung durch die Amtsleitung? 2013?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, ja, die war noch vor dem Testbetrieb gegeben worden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Oder schon 2012?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also auf jeden Fall, bevor wir angefangen haben, zu testen, weil vorher darf man ja nicht; aber das beruhte auf einer Vorlage von der IT-Sicherheit, die sich ja damit schon von Anfang an beschäftigen musste. Und ich glaube aber, das war noch, kurz bevor ich - - ja, es muss so um - - ich glaube, es - - September 2012 oder so, glaube ich, war das, in der Ecke. Also, so um die Zeit, wo ich eingestiegen bin in die AG.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt habe ich es nicht gesehen, frage ich mal Richtung Bundesregierung: Ich habe das nicht in den Akten gesehen, diese Ausnahmegenehmigung, weil die ist garantiert im Untersuchungszeitraum.

MR Torsten Akmann (BMI): Ich kann so schnell nur sagen, dass es in den Akten drin ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist drin?

MR Torsten Akmann (BMI): Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, das kriegen wir dann recherchiert. Super, danke. - Ist diese Ausnahmegenehmigung befristet? Wissen Sie das?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die ist open end sozusagen, so lange, wie Testbetrieb läuft.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, so lange, bis ein Sicherheits- - Also, die Anforderung war halt, ein Sicherheitskonzept während des Testbetriebes zu erstellen, und wenn es fertig ist, erst dann kann über den Wirkbetrieb entschieden werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Das steht auch in der Ausnahmegenehmigung drin: Es soll ein Sicherheitskonzept - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, es ist - - Bei uns ist das üblich, dass man Entscheidungsvorlagen schreibt; also, die nennen sich dann so, wenn die Amtsleitung zustimmen muss. Und darin wird der Sachverhalt aufgegliedert; in dem Fall ist das von IT-Sicherheit gemacht worden. Und dann wird ein Vorschlag gemacht, wie weiter vorgegangen wird. Ich weiß jetzt den Wortlaut nicht, aber so, dass das halt in diesem Stand-alone-Betrieb sein sollte, dass das Sicherheitskonzept währenddessen gemacht werden soll; das stand dann da so drin, und dem hat die Amtsleitung zugestimmt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil ja eben so ein bisschen der Eindruck aufkam, man macht einen Testbetrieb, um das Sicherheitskonzept zu vermeiden, -

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - und nennt das auf ewig nur Testbetrieb, und deswegen macht man kein Sicherheitskonzept, sondern - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, wir sind sehr daran interessiert, irgendwann mal von dem Testbetrieb runterzukommen; aber, wie gesagt, unsere sicherheitstechnischen Anforderungen sind halt hoch und - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, deswegen wäre es ja schön, wenn Sie eingehalten werden und auch das Sicherheitskonzept da ist; deswegen frage ich ja auch so. Wann stellen Sie sich das denn vor? Das ist jetzt außerhalb des Untersuchungszeitraums; das ist mir schon klar. Aber es wäre sicherlich insgesamt für das Haus auch relativ gut, wenn Sie jetzt sagen: „Das stellen wir uns beizeiten vor“, und nicht: „Das läuft jetzt auch noch die nächsten 20 Jahre so ohne Sicherheitskonzept gut“.

Zeugin Doreen Delmdahl: Aber, wie gesagt, ich kann jetzt keinen Zeitraum nennen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich bin da ein gebranntes Kind. Aber wir wollen es eigentlich so schnell wie möglich und - - Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Aber das Thema Sicherheitskonzept war von Anfang an ein Thema, -

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - und nicht in dem Sinne: Wir schleifen jetzt den Testbetrieb, weil er so gut läuft, ohne Sicherheitskonzept.

Zeugin Doreen Delmdahl: Wir haben von Anfang an an dem Sicherheitskonzept gearbeitet; auch der Mitarbeiter des BNDs hat sich daran versucht. Also, das läuft schon sehr lange.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt müssen Sie ein bisschen spekulieren. Wenn das Sicherheitskonzept käme, würde dann alles grundlegend anders gemacht, als es jetzt läuft? Und, wenn ja, was denn? Was würden Sie denn dann anders machen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Zum Beispiel die Standorte miteinander verbinden, damit nicht nur wenige Leute, also - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, Sie würden mehr machen, also Sie würden nicht weniger machen. Ich hatte jetzt auf weniger getippt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, also, bei uns ist es ja so: Die TKÜ-Anlage ist über die Standorte verteilt. Das habe ich ja schon mal erklärt, nicht?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mhm.

Zeugin Doreen Delmdahl: Und die neue Referatsgruppe ist ebenfalls über die Standorte verteilt, um näher am Bedarfsträger zu sein. Das heißt aber sozusagen, ein Spiegelreferat des Referates, das hier aktuell den Testbetrieb macht, sitzt auch in Köln.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die würden dann angebunden gegebenenfalls.

Zeugin Doreen Delmdahl: Das wäre dann das Ziel.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. Ich habe dazu erst mal keine weiteren Fragen. Danke. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, danke. - Frau Delmdahl, was ist eigentlich konkret der Unterschied in dem, was Sie einsetzen und was rauskommt zwischen diesem Test- oder Probetrieb oder Probe-Wirkbetrieb und dem Normalbetrieb?

Zeugin Doreen Delmdahl: Allein wahrscheinlich schon die Art, wie wir -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie bitte?

Zeugin Doreen Delmdahl: - es einsetzen könnten und wie wir bearbeiten könnten; allein schon die Tatsache, was ich erklärt habe - - Dieser Testbetrieb erlaubt ja nicht mal eine Exportschnittstelle, und wir müssen ja ausdrucken. Und ich fände es schon schön, wenn es digital wäre.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wenn das jetzt in einen -

Zeugin Doreen Delmdahl: Wenn die Vermerke sozusagen digital - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Normalbetrieb käme, könnten Sie ausdrucken. Das ist das Tolle?

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein, ausdrucken können Sie jetzt!)

Zeugin Doreen Delmdahl: Ausdrucken müssen wir jetzt -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so.

Zeugin Doreen Delmdahl: - und wieder einscannen, und schön wäre es, wenn wir das dann irgendwann auch in digitaler Form - - Weil auch das BfV ist ja inzwischen digitalisiert; also, wir haben auch das papierlose Büro. Und dann wäre es halt schön, wenn diese Papierform wegfallen würde, die natürlich, weil das alles G-10-Sachen sind, noch zusätzlich Arbeit macht mit der Verwahrung, mit der Vernichtung. Das sind Zusatzaufgaben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber sonst, also bei den Daten, die Sie dort nutzen, bei der Menge oder bei der Aktualität der Daten gibt es keinen Unterschied.

Zeugin Doreen Delmdahl: Bei der Aktualität mit Sicherheit auch, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wieso?

Zeugin Doreen Delmdahl: - weil wir ja derzeit halt nur dieses Stand-alone-System haben, was natürlich kapazitär begrenzt ist, und damit können wir ja auch nicht gerade die aktuell- - Also, man bearbeitet, und dann kommen die Nächsten rein. Das heißt aber auch, die Aktualität ist gegebenenfalls nicht mehr so gegeben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das verleitet mich zu der Frage: Wie aktuell sind denn jetzt die Daten? Oder waren die in den letzten Jahren, -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, ich kann nur sagen, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - also in diesem Probebetrieb - -

Zeugin Doreen Delmdahl: - alles, was älter ist als sechs Monate, nicht mehr.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren die Daten einen Tag alt, eine Woche alt, Monate alt?

Zeugin Doreen Delmdahl: Das kann ich Ihnen jetzt nicht beantworten. Das Einzige, was ich Ihnen sagen kann: Sie waren nicht älter als sechs Monate.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht älter als sechs Monate, also zwischen einem Tag und sechs Monaten, oder wie?

Zeugin Doreen Delmdahl: Da irgendwo wird es sich bewegen, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dazwischen bewegt sich das.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, sechs Monate, weil das halt diese Frist ist, die G 10 regelt. Bis zu dem Zeitpunkt muss die Bearbeitung stattgefunden haben und erklärt worden sein: Ist es relevant oder nicht für die Aufklärung des Sachverhaltes?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Und wie kamen denn diese Daten, solange sie nicht über das Netz kamen - da haben Sie ja gesagt, das war ausgeschlossen -, überhaupt zu Ihnen dann von Köln nach Berlin?

Zeugin Doreen Delmdahl: Über einen VS-Kurier.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Über einen VS-Kurier. Wie sieht der aus?

(Vereinzelt Heiterkeit)

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, es ist tatsächlich so, dass es VS-Kuriere gibt. Soweit ich weiß, sind das tatsächlich Mitarbeiter des BNDs, die durch die Lande fahren und Sachen, die geheim sind - die sind halt auch entsprechend verpackt -, mitnehmen und an der anderen Stelle wieder abliefern. Bei uns waren es dann in dem Falle Festplatten, die verschlüsselt waren, bzw. ich glaube, manchmal haben wir es auch mit Eigenpersonal hinbekommen, dass wir die Leute von - - Da müssen - - Also, die VSA sieht vor, dass Geheimdaten nur mit zwei Mitarbeitern befördert werden dürfen durchgängig. Also, immer das Zweiaugenprinzip und deswegen - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vier Augen, meinen Sie.

(Heiterkeit)

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, Entschuldigung. Vier Augen, zwei Menschen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, normalerweise hat jeder dann zwei, also so - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, genau. - Ja, also so ungefähr. Tatsächlich wurde am Anfang eine Festplatte von A nach B transportiert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, da hat einer in Köln eine Festplatte in die Aktentasche oder in die Rocktasche gesteckt, und dann ist er damit nach Berlin gereist.

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie?

Zeugin Doreen Delmdahl: Das entzieht sich meiner Kenntnis. Dafür gibt es halt, wie gesagt, diese entsprechenden VS-Kuriere.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, mich interessiert daran jetzt gar nicht so sehr, ob der ein Auto oder ein Fahrrad



Nur zur dienstlichen Verwendung

oder die Eisenbahn benutzt hat oder ein Flugzeug, sondern wie lange das gedauert hat, weil daraus könnte man ja entnehmen, wie aktuell die Daten allenfalls sein konnten.

Zeugin Doreen Delmdahl: Das hat manchmal - - Ich glaube, das hängt je nach - - von dem Weg ab, den - - Es hat manchmal recht - - schon zwei, drei Wochen gedauert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zwei, drei Wochen war der unterwegs.

Zeugin Doreen Delmdahl: Mhm.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von Köln nach Berlin.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich wei- - Also, jedenfalls ist das jetzt der Zeitraum von dem Export - also zu dem Zeitpunkt, wo die Daten auf der Festplatte waren - bis zu dem Zeitpunkt, wo sie bei uns in Berlin angekommen sind. Wo die Zeit überall verschüttgegangen ist, kann ich ihnen jetzt nicht sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich nun überhaupt nicht mehr. Also, wenn der jetzt unterwegs ist und dann irgendwo übernachtet im Hotel, hat der dann diese geheimen Festplatten in der Tasche, oder wie? Unter dem Kopfkissen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Wie gesagt, ich kann Ihnen Näheres zu den VS-Kurieren nicht sagen; aber VS-Kuriere sind tatsächlich üblich beim BfV. Damit wird zum Beispiel auch das BMI teilweise beliefert -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, kann ja sein.

Zeugin Doreen Delmdahl: - oder der Deutsche Bundestag.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie meinen, eine Woche oder ein, zwei Wochen mindestens, kann aber eben auch Monate gedauert haben.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, Monate hat es bestimmt nicht gedauert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, doch, Sie haben vorhin gesagt: bis sechs Monate.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ach, Sie meinen die alten Daten?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wie alt die Daten waren.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ach so, ich habe jetzt - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder hat der die erst mal da liegen lassen? Also, lagen die erst mal in Köln, und dann hat er irgendwelche aufgenommen und auf die Festplatte gespielt so im Laufe der Zeit?

Zeugin Doreen Delmdahl: Wie gesagt, das entzieht sich leider meiner Kenntnis, also, weil ich habe ja dann dort den dortigen G-10-Bereich, der auf die Daten so lange aufgepasst hat. Ob der jetzt jeden Tag kommt oder jede Woche, das weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber Sie müssen doch, wenn Sie damit umgehen, jetzt an Ihrem PC - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Das waren wenige Male, deswegen also - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Ja, -

Zeugin Doreen Delmdahl: Wir haben ja jetzt inzwischen die - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - aber da müssen Sie doch wissen: Kommt der jeden Tag, oder sind die aktuell die Daten? - Und was daraus generiert wird, das geht ja, haben Sie gesagt, in die Auswertung, und da kommt dann ein Ergebnis raus, und das geht dann an die NSA oder wen auch immer weiter, ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Doreen Delmdahl: Das ist sehr verkürzt dargestellt. Also, wie gesagt, ich weiß es nicht, wo die Zeiten teilweise geblieben sind. Aber sie waren halt gegebenenfalls schon einige Wochen alt, aber, wie gesagt, noch keine Monate; das kann ich ausschließen. Ich weiß aktuell nicht, wie alt die jeweiligen Daten waren, die wir da eingespielt haben, die wir damals mit VS-Kurier überliefert bekamen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorhin gesagt: Wir sind sehr daran interessiert, dass wir irgendwann von dem Testbetrieb runterkommen können. - Das hört sich so an, als wenn das bis heute noch läuft.

Zeugin Doreen Delmdahl: Das - -

MR Torsten Akmann (BMI): Ob es heute läuft, Frau Delmdahl, ist nicht Untersuchungsgegenstand.

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeugin Doreen Delmdahl: Das ist leider nicht Untersuchungsgegenstand mehr.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Deswegen müssen wir ja erweitern!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber ich meine, Sie haben das vorhin gesagt. Die Kollegin hat Ihnen das auch schon vorgehalten: Testen Sie immer noch? - Oder: „Sie testen immer noch“, hat sie gesagt. Also, wie lange kann man denn so was oder darf man so was testen, bevor man - - Also, der Kollege von Notz hat Ihnen ja schon gesagt: Man kann damit ja auch viele andere Regeln, die nicht für den Testbetrieb vorgesehen sind, sondern für den laufenden Betrieb, für den normalen Betrieb dann nachher damit umgehen, indem man das einfach immer als Testbetrieb deklariert.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, wir machen den Test nicht, weil wir vermeiden wollen, in den Wirkbetrieb zu gehen, und wir wollen auch nicht irgendwelche Regelungen umgehen, sondern es ist tatsächlich so, dass es zum Großteil an sicherheitstechnischen Aspekten liegt, und wenn die geklärt sind - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann das auch sein, dass man das als Testbetrieb oder Probe-Wirkbetrieb benennt, damit ein Dritter, also beispielsweise das Ministerium oder auch Parlamentsgremium dann davon ausgeht: „Da nimmt man irgendwelche Daten, aber keine Echt Daten“ oder „Das hat eigentlich keine direkte Bedeutung, sondern da wird nur was ausprobiert“? So liest sich ja das oder hört sich das erst mal an.

Zeugin Doreen Delmdahl: Aber wir informieren regelmäßig das BMI; auch PKGr und G 10-Kommission wurden mehrfach informiert. Und wir haben auch nie verschwiegen, dass es sich dabei um Echt Daten handelt, mit denen wir da testen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie, wie viele Meldungen daraus generiert wurden? Also, ungefähr, jetzt nicht - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Das - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ging das in die Tausende?

(Die Zeugin blickt zu MR
Torsten Akmann (BMI))

Zeugin Doreen Delmdahl: In dem - - Das wäre eigentlich eingestuft, ja. Also, auf jeden Fall sind Ihre Daten schon zu hoch gegriffen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte? Mein - - Was ich gerade gesagt habe?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Also, Tausende waren es nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Doreen Delmdahl: Und zu mehr kann ich - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kommt ja immer drauf an auch, in welchem Zeitraum: Monat, am Tag oder im Jahr oder so.

Zeugin Doreen Delmdahl: Im Untersuchungszeitraum?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, im Untersuchungszeitraum; das wäre ja mindestens von Sommer 2013 bis - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Wie gesagt, also, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein Dreivierteljahr, also bis Anfang 2014.

Zeugin Doreen Delmdahl: - genauere Angaben kann ich jetzt in der Sitzung nicht machen, in der öffentlichen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, die können Sie dann in nicht-öffentlicher Sitzung machen.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Na logisch! Muss sie!)

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, da werde ich Ihnen jetzt wahrscheinlich keine konkrete Zahl nennen können.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Können Sie denn noch was über die Weiterleitung dieser Daten an die NSA - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Wie gesagt - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie so etwas geschehen ist? Hat dann dieser Kurier in der Aktentasche oder - - in der Aktentasche wieder -

Zeugin Doreen Delmdahl: Die NSA hat die Daten -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - eine Festplatte mitgenommen?

Zeugin Doreen Delmdahl: - vom Kurier auf keinen Fall gekriegt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeugin Doreen Delmdahl: Die NSA hat die Daten vom Kurier auf keinen Fall gekriegt; das war - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber jetzt das, was dann da rauskam, was die Auswertung bei Ihnen dann daraus gemacht hat.

Zeugin Doreen Delmdahl: Wie gesagt, das sind eigentlich Schrift- - Also, wir übermitteln in erster Linie Schriftstücke an andere Behörden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also keine Festplatten oder so was, sondern Schriftstücke, in denen gegebenenfalls einzelne Erkenntnisse stehen, die übermittelt werden, weil man Auskünfte haben möchte von diesen anderen Behörden oder aber weil man Warnungen gegebenenfalls weitergeben möchte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Das geht jetzt an die Auswertung, so haben Sie ja gesagt, oder auch direkt an andere Stellen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, nein, also, über die Auswertung. Das macht alles - - Also, wir sind nur ein reiner Dienstleister. Wir geben nur das, was wir sozusagen als relevant gefunden haben, an die Fachbereiche weiter, und der Rest ist in ihrem Bereich und in ihrem Ermessen, mit wem sie inwieweit zusammenarbeiten und welche Daten sie übermitteln wollen. Wie gesagt, das muss dann von der G-10-Stelle, wenn es um G-10-Daten geht, noch mal gegengezeichnet werden, weil es speziell noch den § 4 gibt, wo nur bestimmte Straftaten auch benannt sind, bei denen weiter übermittelt werden darf.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und ich habe jetzt eigentlich danach gefragt, wie das geht. Wie gehen diese Meldungen weiter?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich kenne nur die Schriftstücke, weil ich die zur Mitzeichnung kriege.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie wissen das auch nicht woandersher, wie die das weiter - - Machen die das elektronisch, über ein bestimmtes Netz, oder machen die das auch mit dem Papier?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, also, wie gesagt, wie die Fachabteilungen das dann an den jeweiligen Kommunikationspartner sozusagen kriegen, das weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Geht das denn über den BND, wenn es an die NSA geht, oder direkt an die NSA?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich weiß nicht, ob und gegebenenfalls wie das übermittelt wird, also ob tatsächlich Dinge an die NSA übermittelt werden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch das Geschäft; deshalb haben Sie es doch bekommen.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben wir ja vorhin auch hier gehört.

Zeugin Doreen Delmdahl: - na ja, oder GIS oder FBI - - Ich weiß es, wie gesagt, nicht; da bin ich jetzt überfragt. Das - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir auch an die nächste Fraktion weitergeben. - Es kommt jetzt die Fraktion der SPD dran, mit dem Kollegen Flisek.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Ja, also, ich sage mal, ein Großbereich der Fragen, die wir jetzt eigentlich noch haben,

gehen dann wirklich auch in die eingestufte Sitzung hinein.

Diese AG, die Sie da geführt haben, wo es ja darum ging, jetzt ein solches Analysetool von einem anderen Dienst auf die Möglichkeit eines Einsatzes im eigenen Haus zu prüfen, ist das was Einmaliges, oder gibt es da sozusagen auch andere AGs, die sozusagen andere Tools prüfen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich kann nur sagen, soweit ich - - Die ebenfalls in dem Einsetzungsbeschluss genannten Prism und Tempora kenne ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Kennen Sie denn, was unseren Untersuchungsgegenstand betrifft, andere - also jenseits von Prism und Tempora - Tools, die eventuell von Diensten der Five-Eyes-Staaten stammen und bei Ihnen getestet werden oder im Wirkbetrieb sind?

Zeugin Doreen Delmdahl: Dazu habe ich keine Kenntnis, nein.

Christian Flisek (SPD): Also haben Sie keinerlei Kenntnis?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, genau.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, nach Ihrem Kenntnisstand wäre sozusagen XKeyscore das Einzige.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Christian Flisek (SPD): Wie bewerten Sie denn jetzt die Nützlichkeit von diesem auf die Analyse beschränkten Einsatz bei Ihnen? Bringt das was, oder ist das irgendwie alles - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Wie gesagt, ich könnte Ihnen in der eingestuften Sitzung ein klein wenig was zur Funktionsweise und wie man dann entsprechend - aber nur in Teilen - - was denn gegebenenfalls ein Mehrwert für uns sein könnte. Aber allein schon daran, dass wir weiterhin diesen Test machen, sehen Sie ja schon, dass wir ein gewisses Interesse haben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Hat sich denn seit dem Sommer 2013, also seit den Snowden-Veröffentlichungen, in Ihrer Arbeit was verändert? Also, Sie haben ja gesagt: Die AG wurde 2012 eingesetzt; die Software kam dann erst 2013. - Hat sich da was geändert? Weil plötzlich war ja diese Software Teil einer umfassenden medialen Berichterstattung. Hat man da gesagt: „Na ja, lassen wir es mal lieber bleiben“ oder: „Jetzt erst recht Vollgas“?

Zeugin Doreen Delmdahl: Mit Sicherheit, wenn man nicht schon vorher wusste, dass man sensibel damit umgehen sollte, also weil man nicht genau weiß, was diese Software eigentlich alles beinhaltet, dann war das noch mal eine Verstärkung der Sensibilisierung. Ansonsten, wie gesagt: Der G-10-Bereich oder die Auswerter, die ich betreue, die haben keine direkten Kontakte zu anderen Nachrichtendiensten; das geht tatsächlich immer über die Fachbereiche, die ja die Kommunikation mit denen halten bzw. Übermittlungen austauschen und auch mit denen zusammenarbeiten, sei es im Bereich Terrorismus, insbesondere halt im Bereich Islamismus.

Da kann ich nur aus meiner allgemeinen Wahrnehmung sagen, dass sich mit Sicherheit die Zusammenarbeit mit anderen Nachrichtendiensten dadurch ein bisschen verschlechtert hat, weil es ist immer ungünstig, wenn die Arbeitsweise von Nachrichtendiensten nach außen dringt. Weil Nachrichtendienste leben ja davon, dass Teile ihrer Arbeitsweise nicht bekannt sind, um auch noch Nachrichten zu gerieren [sic!].

Christian Flisek (SPD): Was hat sich jetzt da geändert, die Zusammenarbeit mit wem?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, wie gesagt, ich selber arbeite - - Oder: Meine Auswerter und ich arbeiten nicht mit anderen Nachrichtendiensten zusammen; deswegen kann ich es so leider nicht sagen. Also, in meiner konkreten Arbeitsweise hat sich jetzt dadurch nichts verändert, weil wir schon immer - wie gesagt: letztes Mittel G 10 - mit diesen Daten extrem sensibel umgehen.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie unmittelbaren Kontakt zum Präsidenten gehabt in diesem Arbeitsbereich XKeyscore?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein.

Christian Flisek (SPD): Wem gegenüber haben Sie da berichtet?

Zeugin Doreen Delmdahl: Gegenüber meinen - in der Linienarbeit - direkten Vorgesetzten, also meinem Gruppenleiter, meinem Abteilungsleiter.

Christian Flisek (SPD): Und Ihnen sind nie unmittelbar in Ihrem Arbeitsbereich irgendwelche Fragen oder vielleicht auch Weisungen nahegebracht worden, die vielleicht direkt von der Leitung des Amtes kamen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also wenn, dann sind sie mit Sicherheit weitervermittelt worden. Also, ich empfangen meine Weisungen üblicherweise von meinem Gruppenleiter, gegebenenfalls noch von meinem Abteilungsleiter.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Wir haben dann in öffentlicher Sitzung zunächst einmal keine weiteren Fragen mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur nächsten Fragerunde. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Ich mache da weiter, wo wir vorhin leider aufhören mussten, bei diesem NSA-Analysten. Was hat der denn analysiert nach Ihrer Kenntnis?

(Vereinzelt Heiterkeit)

Zeugin Doreen Delmdahl: Wie gesagt, ich kenne ihn nicht; deswegen kann ich dazu keine - -

Martina Renner (DIE LINKE): Sie müssen ihn ja nicht kennen, -

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, aber -



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Intensive Datenanalyse!)

Martina Renner (DIE LINKE): - um über ihn etwas zu wissen.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, nein, ja. Ich kenne ihn nicht, und ich weiß auch nicht, was er gemacht hat; sagen wir es mal so.

Martina Renner (DIE LINKE): Kann man denn ohne Daten analysieren?

Zeugin Doreen Delmdahl: Das wäre eine Vermutung.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeugin Doreen Delmdahl: Keine Ahnung, ich weiß ja auch nicht, ob der Analyst tatsächlich bei uns zum Analysieren da war, also - -

Martina Renner (DIE LINKE): Wie hieß er denn? NSA-Analyst. Wie hat man den genannt?

Zeugin Doreen Delmdahl: Das kann ich in der öffentlichen Sitzung - - Ich weiß es nicht, aber in der öffentlichen Sitzung kann ich dazu - - NSA-Mitarbeiter?

Martina Renner (DIE LINKE): NSA-Mitarbeiter.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, also - -

MR Torsten Akmann (BMI): Verbindungsbeamter.

Martina Renner (DIE LINKE): Verbindungsbeamter, sagt Herr Akmann. Gut. Okay.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bob der Baumeister!)

Martina Renner (DIE LINKE): Ist der die ganze Zeit da gewesen? Also, gab es da Veränderungen im Sommer 2013?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich überlege gerade, ob ich darüber irgendwas weiß. Kann ich Ihnen jetzt nicht beantworten, ob das durch die Snowden-Veröffentlichungen irgendwie verändert wurde. Also, darauf wollen Sie ja hinaus. Das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Die NSA ist ein Inlandsgeheimdienst? Nein, nicht?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Das BfV ist ein Inlandsgeheimdienst.

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau. Und deswegen war ja wohl immer ein BND-Mitarbeiter dabei, und das ist das Einzige, was ich weiß.

Martina Renner (DIE LINKE): Der US-Auslandsgeheimdienst hat bei unserem Inlandsgeheimdienst einen Verbindungsbeamten.

(Die Zeugin nickt)

- Okay. - Ich würde gern ein weiteres Dokument aus dieser Deutschlandakte aus den Snowden-Dokumenten vorlegen. MAT A Sek-4/1a, das ist ganz kurz. Da ist auch einiges abgeschnitten.

Deutschland: Die Bereitstellung der XKEYSCORE-Software an das BfV ... verbessert dessen Möglichkeiten, die NSA ... bei unserer gemeinsamen Verfolgung von Terrorabwehr-Zielen zu unterstützen.

Inwieweit hat die Bereitstellung von XKeyscore an das BfV die Möglichkeiten der NSA verbessert?

Zeugin Doreen Delmdahl: Das kann ich jetzt nur mutmaßen: dass mit Sicherheit die NSA bzw. alle amerikanischen Nachrichtendienste daran interessiert sind, dass wir hier auf deutschem Boden die Sicherheit gut gewährleisten können, insbesondere wenn es um islamistischen Terrorismus geht. Und das hat ja damals der Fall gezeigt, als amerikanische Soldaten auf deutschem Boden erschossen wurden, dass es natürlich deren Interesse ist, dass wir rechtzeitig davon im Vorfeld -



Nur zur dienstlichen Verwendung

was wir ja auch machen sollten - Kenntnis erlangen und so was verhindern können. Also, dann ist es letztendlich auch im Interesse der NSA.

Martina Renner (DIE LINKE): Es geht dann noch weiter:

Der BND ... wird die technische Unterstützung für XKEYSCORE stellen, da das Programm auch ... einbezieht, die ein nichttechnischer Partner versehentlich gefährden könnte.

Es sind einige Sachen dort nicht lesbar. Der BND wurde einbezogen, weil nur er über die technische Expertise verfügte. Also, ist das BfV der nichttechnische Partner, der hier genannt wird? Würden Sie sich als nichttechnischen Partner in dieser Kooperation bezeichnen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Zumindest kannten wir die Software nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Also damit könnte das BfV gemeint sein, mit dem nichttechnischen Partner.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich weiß es nicht. Ich kenne das Stück nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir hatten ja schon mehrfach darauf abgestellt, dass, wenn es sich um Daten aus der G-10-Erfassung handelt, sie natürlich unter Grundrechtsschutz - - unterliegen, und wenn sie verarbeitet werden, ja auch Fragen eine Rolle spielen, inwieweit Betroffene darüber Auskunftsrechte haben oder gegebenenfalls auch Lösungsansprüche geltend machen können. Ist Ihnen im Zusammenhang mit der Datenverarbeitung bekannt geworden, dass Betroffene informiert wurden, dass ihre Daten verarbeitet wurden?

Zeugin Doreen Delmdahl: Es gibt im G-10-Gesetz die Notwendigkeit, nach einer G 10 - - nach einer Beschränkungsmaßnahme, nachdem sie beendet wurde, den Betroffenen und auch den Nebenbetroffenen zu informieren darüber, dass sie überwacht wurden. Das passiert tatsächlich immer. Manchmal endet es dann mit einer Klage, die

auch entweder gegen die Rechtmäßigkeit der Maßnahme oder gegen den Vollzug - das kann man ja beides machen - vonstattengeht.

Wir teilen denen aber tatsächlich nur mit, dass sie überwacht wurden, also dass ihre Kommunikation überwacht wurde. Wenn Sie jetzt darauf hinauswollen, dass wir jetzt gesagt haben, sie wurden mit XKeyscore überwacht - - Geht ja nicht, aber - -

Martina Renner (DIE LINKE): Darauf will ich nicht hinaus.

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau, aber - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ich will zum Anfang der heutigen Befragung zurück. - Wir hatten über die Vielzahl von Kontaktpersonen gesprochen dort, wenn man Internetüberwachung betreibt und auch wenn man die Nebenbetroffenen in die Überwachung einbezieht. Das heißt, es ist sichergestellt worden, dass Kontaktpersonen, Nebenbetroffene über die Maßnahme unterrichtet wurden.

Zeugin Doreen Delmdahl: Das ist Sache der G 10-Kommission. Ich weiß, dass das diskutiert wurde. Wir geben nur die Auskunft an die Hauptbetroffenen und an die Nebenbetroffenen, denen die Anschlüsse gehören, -

Martina Renner (DIE LINKE): Nicht an die Kontakt- -

Zeugin Doreen Delmdahl: - auf die sie zu gelassen sind, nicht an alle Kontaktpersonen, wie es zum Beispiel die Polizei macht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn Sie das Verhältnis Hauptbetroffene zu Kontaktpersonen bestimmen würden, welche Relation muss ich mir da vorstellen: 1 : 10, 1 : 100, 1 : 1 000?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, je nachdem, wie - - Also, Sie können ja sich selber einschätzen, wie viel Sie telefonieren und dementsprechend - - Manche telefonieren mehr, manche weniger. Manche -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Wir reden ja jetzt von Internet hier.

Zeugin Doreen Delmdahl: - surfen. Ja, das - - Da kann ich keine Einschätzung zu geben, ehrlich gesagt, weil tatsächlich ist es so, dass wir ja nur die Daten tatsächlich inhaltlich zur Kenntnis nehmen, die auch tatsächlich unseren Hauptbetroffenen und unseren Verdacht betreffen, und nicht alle anderen; die werden ja dann wieder gelöscht. Aber da kann ich Ihnen, ehrlich gesagt, keine Auskunft zu geben, ist eigentlich auch nicht Gegenstand - -

Martina Renner (DIE LINKE): Bei diesem Test - ich finde ja bis heute diesen Begriff unpassend - wurde nur ein Teil des G-10-Materials genommen. 1 Prozent des Gesamtmaterials, 3 Prozent des Gesamtmaterials, 15 Prozent des Gesamtmaterials?

Zeugin Doreen Delmdahl: Wenige G-10-Maßnahmen. Wenige, einzelne.

Martina Renner (DIE LINKE): Einzelne G-10-Maßnahmen. Und zu diesen gab es wie viele Datensätze? Über welche Speicherkapazität verfügte dieser Stand-alone-Rechner?

(Die Zeugin wendet sich an
MR Torsten Akmann
(BMD))

Zeugin Doreen Delmdahl: Dazu würde ich gerne in der nichtöffentlichen Sitzung aussagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie viele Mitarbeiter hatte die Arbeitsgruppe?

Zeugin Doreen Delmdahl: Auch das bitte - -

Martina Renner (DIE LINKE): Na, das können Sie uns sagen. Also, das haben wir - - Das sind übliche Informationen. Doch.

(Die Zeugin berät sich mit
MR Torsten Akmann
(BMD))

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, tatsächlich: Ich war die Leiterin; der BND-Mitarbeiter war dabei,

und am Proof of Concept nahmen noch - - Also, am Anfang war noch ein anderer Mitarbeiter dabei; der ist dann aber schnell - - der ist dann in einen anderen Bereich gewechselt. Damit war der wieder weg, und ich war allein mit dem BND-Mitarbeiter. Und dann kam noch jemand aus einem anderen Bereich zur Unterstützung, und damit war - - Mit diesen hauptamtlichen Kräften wurde der Proof of Concept durchgeführt. Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auch jetzt müssten wir - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Wurde - - Ich frage noch mal - - vorhin, weil es mir tatsächlich auch noch mal um diese Frage Export/Import ging, die Sie vorhin ja verneint haben, dass es technisch durch die IT-Abteilung gewährleistet war, dass man von diesem Rechner keine Daten ausleiten konnte. Die Kommunikationsdaten aus den G-10-Überwachungsmaßnahmen wurden via Festplatte geliefert.

Zeugin Doreen Delmdahl: Anfangs via Festplatte, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Die wurde über einen USB-Anschluss an das Gerät - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und dieser USB-Anschluss war technisch so konfiguriert, dass man dort -

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau.

Martina Renner (DIE LINKE): - nur lesen und nicht - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Da gibt es wohl technische Vorkehrungen; das nennt man irgendwie One Gateway oder - - also irgendein Gateway, wo man - - Geht nur in eine Richtung und nicht mehr in die andere.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay, das war noch eine Frage.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, herzlichen Dank. - Dann kommen wir zu den Fragen der Fraktion der CDU/CSU. Da hätte ich nur eine kleine Nachfrage. - Sie sagten eben, der Bereich Terrorismus hat sehr stark zugenommen. Ich gehe davon aus, dass Sie auch zum Beispiel diejenigen auf dem Schirm haben, die aus Deutschland in Regionen reisen und möglicherweise sich im terroristischen Kampf ausbilden lassen. Wenn die zurückreisen, reisen die ja möglicherweise nicht nur nach Deutschland, sondern vielleicht auch in andere Länder. Diese Erkenntnis würden Sie dann im Zweifel teilen mit dem BND.

Zeugin Doreen Delmdahl: Wenn wir zum Bei-

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn er ins Ausland reist.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, genau, wenn er ins Aus- - Wenn wir von der Ausreise erfahren und wir sie nicht verhindern können - das versuchen wir ja meist -, dann informieren wir auch, wenn wir wissen, wo er hinwollte, tatsächlich - also wir: das BfV, die Fachbereiche - andere Nachrichtendienste, die uns gegebenenfalls helfen könnten, oder um die halt zu informieren, dass ein gefährlicher Mensch da unterwegs ist, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn jemand aus Syrien nach Deutschland einreist, wäre doch wahrscheinlich der BND froh, wenn ausländische Nachrichtendienste uns unterrichten, und Sie wahrscheinlich auch, wenn Sie davon Erkenntnis erlangen, oder nicht?

Zeugin Doreen Delmdahl: Natürlich wären wir darüber froh, weil wir müssen ja wissen, was für Potenzial gegebenenfalls bei uns im Land ist. Aber es gibt auch Mittel, die wir beim BfV zur Verfügung haben, wie wir es selber feststellen können, zum Beispiel Grenzausschreibung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Klar. Aber so wäre doch umgekehrt wahrscheinlich auch die NSA erfreut, wenn ein Terrorverdächtiger nach Afghanistan reist und Sie wissen das, diese Information zu bekommen, oder finden Sie das total falsch?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich gehe mal davon aus, dass sie mit Sicherheit erfreut wären, wenn jemand in die USA einreist, also - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nach Afghanistan, wenn er vielleicht eine amerikanische Einrichtung dort in die Luft sprengen will - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, gut, aber amerikanische Einrichtungen sind -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Pech.

Zeugin Doreen Delmdahl: - auf der ganzen Welt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Klar.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also genauso wie wir Botschaften überall haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, Sie meinen, man sollte die NSA nicht unterrichten, wenn Sie Erkenntnisse haben.

Zeugin Doreen Delmdahl: Das ist jetzt meine persönliche Meinung. Ich selber bin ja nicht - - Ich unterrichte nicht, und ich treffe auch nicht die Entscheidungen, wer wie wann wo unterrichtet wird.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, ich frage mich ja nur, wenn der Verfassungsschutz Daten gewinnt hier in Deutschland von Gefährdern, die vielleicht auch im Ausland gefährlich sein können, ob wir dann unser Wissen behalten und sagen: „Ätschibätsch, Hauptsache, wir wissen es“, oder wir unsere Informationen teilen und ob das sinnvoll und nicht sinnvoll ist aus Ihrer Sicht. Weil wenn das nicht sinnvoll ist, dann müssen wir ja vielleicht was machen.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, mit Sicherheit ist es sinnvoll. Ich weiß aber nicht, inwieweit es passiert; denn das ist auch eine Abwägungsfrage, je nachdem, welchen Nachrichtendienst man vielleicht informiert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und werden Sie da irgendwie involviert als Verfassungsschutz -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, nur wenn es um - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - in diese Fragen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Wenn es tatsächlich - - Was?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In diese Fragen? Also, werden Sie da irgendwie einbezogen, oder ist das Sache des BND? Sie geben nur Informationen an den BND, und dann wissen Sie es nicht mehr. Oder werden Sie in die Frage, welcher dritte, gegebenenfalls ausländische Nachrichtendienst auch als Kunde Ihres Produkts infrage kommt, irgendwie einbezogen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, wir reden nicht nur mit dem BND; das weiß ich. Also, wir reden auch mit anderen Nachrichtendiensten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zum Beispiel dem MAD.

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, mit ausländischen Nachrichtendiensten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ah.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, so viele sind ja dann nicht mehr übrig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich frage nur, weil manchmal denkt man so erwartungsvoll und dann - - „ANDs habe ich gar nie gemeint“, heißt es dann. Nein, also, okay, Sie reden auch mit ANDs.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, ja. Es gibt mit Sicher- - Es gibt auch Übermittlungen an andere Nachrichtendienste im Rahmen der Zusammenarbeit, klar. Und umgekehrt kriegen wir auch Informationen von anderen Nachrichtendiensten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist das sinnvoll? Also, ist das ein Fehler im System, oder soll das so sein?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, ich halte es für sinnvoll, zumindest wenn uns dadurch Informationen gewahrt werden, die zur Verhinderung von zum Beispiel Terroranschlägen führen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich frage nur, weil hier eben so ein Riesenschreck war, als der Begriff NSA hier gefallen ist; deswegen frage ich noch mal nach, ob das eine ganz alltägliche Praxis bei Ihnen ist. Wenn die schlimm ist, müssen wir die abstellen; aber wenn die sinnvoll ist, dann ist sie halt sinnvoll, nicht?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, mit Sicherheit ist es sinnvoll, dass die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Nachrichtendiensten - - Und das sind nur zwischen einzelnen Ländern, sei es Europa, sei es auch weltweit - - Denn gerade der Terrorismus macht ja leider nicht mehr an den Landesgrenzen Halt. Also, von daher ist eine Zusammenarbeit - - Und soweit ich weiß, ist unser Amt da auch nach außen hin immer klar aufgetreten, dass es solche - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt unterbreche ich mal den Werbeblock.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, Entschuldigung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So weit, so gut; kaufe ich Ihnen ab. Das Ganze muss natürlich jetzt auch noch rechtmäßig passieren, nicht?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, natürlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Und da klemmt es aus meiner Sicht bisher auf jeden Fall beim Sicherheitskonzept bei Ihnen; da ist es ein bisschen schleppend. Kann das sein?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, das eine sind die Übermittlungen und die Zusammenarbeit; das andere ist, inwieweit XKS noch im Test ist, oder wie es - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, bei Ihnen heißt es XKS?

Zeugin Doreen Delmdahl: Hm?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bei Ihnen ist da die Abkürzung XKS?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, oder Poseidon. Ja, XKeyscore.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, ist ja interessant.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, das ist die Kurzform.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, klar. Nein, habe ich mir auch nachvollziehen können, nur jeder - - Okay.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, wie gesagt, es ist bei uns noch ein Test aus diesen verschiedenen Gründen, die ich schon lange angeführt habe. Aber das eine hat mit der Rechtmäßigkeit der Übermittlungen und der sowieso rechtmäßig erhobenen Daten, die ich ja sowieso schon haben durfte, eigentlich nichts zu tun meines Erachtens.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mit dem Sicherheitskonzept, wie gesagt, da hätte ich mir was anderes gewünscht nach so langer Zeit; aber ich kann natürlich - - Das sind so Formalien, da habe ich den Eindruck, dass man da immer etwas lax ist bei den Diensten, wenn es um das Handling von Daten und Datenbanken geht.

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, das sind wir über- - Also, das kann ich Ihnen sagen, da sind wir überhaupt nicht lax.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Warum hat das dann so lange gedauert mit dem Sicherheitskonzept? Dann müssen Sie es mir erklären.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich kann nicht mehr erklären als immer das Gleiche: Also, es liegt tatsächlich an diesen extrem hohen Anforderungen, die wir haben. Eben deswegen nehmen wir es nicht lax und nicht leicht. Und es gab diese Ausnahmegenehmigung halt in dem Fall, schon mal

den Test zu beginnen, während das Sicherheitskonzept erstellt wird. Man braucht sowieso für das Sicherheitskonzept -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Erfahrungen.

Zeugin Doreen Delmdahl: - Kenntnisse, wie das funktioniert; -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und man wollte ja auch erst das vom BND, -

Zeugin Doreen Delmdahl: - sonst kann man das ja nicht erstellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - glaube ich, sogar übernehmen. Da hieß es, das ging nicht, wenn ich das Schreiben richtig interpretiere, was jetzt dann als Abzeichnung der Amtsleitung gewertet wird. Das ist ja Ihre Vorlage, glaube ich, gewesen, wo dann erst die Frage ist: Kann man das vom BND übernehmen? - Und da heißt es: Nein, wir machen das hier anders. So einfach geht das nicht. - Das sind jetzt meine Worte.

Zeugin Doreen Delmdahl: Mhm.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, und der Knackpunkt ist doch, weswegen Sie sagen: „Das ist okay“, weil Sie es auf *einem* System fahren, Stand-alone, nicht im vernetzten Betrieb in Ihrem Haus, für einen ganz eingeschränkten - so interpretieren Sie das - Bereich, richtig? Und da sagen Sie: Dafür ist es okay. Und wenn wir das Sicherheitskonzept hätten, dann könnten wir das so richtig schön vernetzt, gegebenenfalls auch mit Anbindung von Köln, machen. Das können wir aber noch nicht, weil wir da eben nur in dem - - Wir könnten es ja auch beschränkten Betrieb nennen. - Interpretiere ich das so richtig?

Zeugin Doreen Delmdahl: Hm.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann müssen Sie es halt noch mal machen; ich bin dann halt nicht so schnell, tut mir leid.

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, also - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Geben Sie sich Mühe mit mir.

Zeugin Doreen Delmdahl: Wie gesagt: Also, ja, wir wollen es irgendwann in einer anderen Art und Weise anwenden, nämlich, wenn Sie es so nennen, vernetzt, also mit mehr Speicherkapazitäten, die erst mal die aufnehmen, weil G-10-Daten ja heutzutage durch die Internetüberwachung natürlich auch größer in ihrer Art geworden sind, also in ihrer Datenmenge - - und dass wir tatsächlich halt auch dieses andere Referat ranbringen können, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das in Köln jetzt, oder?

Zeugin Doreen Delmdahl: - dass wir aber auch andere Sicherheitsmechanismen haben, die wir dann erst in Kraft setzen, die zum Beispiel die Protokollierungen übernehmen und die irgendwelche Redundanzen - so untechnisch gesprochen - herstellen und die immer wieder sicherstellen, dass die Daten nicht verfälscht werden usw. usf.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber wenn ich die Frage eben vom Kollegen Ströbele richtig verstehe - - Und ich teile ja, wenn ich sie richtig verstehe, den Ansatz der Frage, dass wir wissen wollen: Was unterscheidet den echten Betrieb vom Testbetrieb? Können Sie - auch wenn Sie es schon mehrmals gemacht haben; bitte entschuldigen Sie - noch mal genau sagen, warum man mit einer Ausnahmegenehmigung, die die Amtsleitung auf Ihren Vorschlag hin akzeptiert hat, ein System mit echten Daten fährt, ohne dass man derzeit ein Sicherheitskonzept hat? Was rechtfertigt das noch mal? Wenn Sie mal so die fünf Knackpunkte nennen oder vier - oder überhaupt einen Knackpunkt.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, Daten sind rechtmäßig erhoben worden; das ist schon mal klar. Das System ist in seiner Art extrem - - Also, dieses Stand-alone-System ist extrem abgesichert gegen alle Möglichkeiten der Einflussnahme anderer, selbst unserer. Also, man geht ja immer beim BfV auch vom Innentäter aus; also, auch diese Situation ist da abgedeckt. Und ansonsten dürfen

Sie mich nicht nach den Erwägungen fragen, warum die Amtsleitung zugestimmt hat. Das war nicht meine Vorlage. Das war die Vorlage von IT-Sicherheit zu diesem - - Noch mal zur Klarstellung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeugin Doreen Delmdahl: Und da sind auch mit Sicherheit Dinge genannt, aber - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, das hört sich für mich so an, als würde man nicht viel anderes machen, wenn man im scharfen Betrieb wäre, nur dass man es nicht stand alone hätte, sondern eine größere Anbindung hätte.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mehr Unterschiede sehe ich jetzt noch nicht.

Zeugin Doreen Delmdahl: Doch, da sind technisch eine Menge Unterschiede. Aber die kann ich Ihnen irgendwie nicht rüberbringen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sagen Sie noch mal einen technischen Unterschied?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, da ist eine richtige IT-Landschaft dann da. Also - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was zeichnet eine IT-Landschaft - - Ich hatte ja gesagt, es sind mehrere angebunden. Was ist dann eine richtige IT-Landschaft? Zwei Server und mehr Computer dran?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ganz viele Sicherheits-Gadgets könnte man da - - Also, ganz viele Dinge - - Also, da - - Ich weiß, dass da noch eine Menge Hardware drum rumgebaut werden muss. Wie gesagt, eher aus sicherheitstechnischen Gründen. Aber - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. - Ich interpretiere das jetzt so: weil dann mehr auch angebunden ist. Weil sonst könnte man ja die Frage stellen: Warum gewährleisten Sie dieses große



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mehr an Sicherheit nicht jetzt schon? Der betroffene Grundrechtsträger, der hätte die vielleicht gerne, und der wird sich nicht damit zufriedengeben, dass man ihm sagt: Du bist ja noch im Testbetrieb; -

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, also da - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - da machen wir diese ganzen Gadgets, wie Sie es nennen, nicht.

Zeugin Doreen Delmdahl: Die Sicherheit ist tatsächlich in diesem Kleinbetrieb gegeben. Der Betrieb ist damals genehmigt worden für einen kleinen Raum in dem - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeugin Doreen Delmdahl: Und da ist es dadurch gegeben, dass nur bestimmte Leute darauf Zugriff haben, dass nur bestimmte Leute überhaupt bestimmte Dinge daran machen dürfen. Manche dürfen nur auswerten. Oder da gibt es eine Rolle, die sogenannte Administratorrolle - das ist ja immer so bei IT-Sachen -, und, wie gesagt, einer ist dann für den Import zuständig. Deswegen ist das jetzt schon sicher. Und das sind ja, wie gesagt - - Es sind - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil das so ein Kleinbetrieb ist, könnte man sagen.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich eruiere ja keine neuen Daten, sondern es sind tatsächlich die Daten, wo gegebenenfalls vielleicht ein, zwei Dinge anders dargestellt werden oder tatsächlich decodiert werden, was die andere Anlage nicht kann. Aber der Grundrechtseingriff - da das Ganze ja auch im G-10-Bereich geschieht und unter der Absicherung von G-10-Juristen - ist, sagen wir mal, der gleiche, und er ist genauso sensibel wie ohne XKeyscore.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, der Grundrechtseingriff ist quasi gerechtfertigt durch G-10-Anordnung etc.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und der Betrieb ist aus Ihrer - - also nicht Ihrer Person, sondern aus Sicht des Verfassungsschutzes sicher, weil im Kleinbetrieb - das ist also jetzt eine neue Bezeichnung hierfür - die Sicherheitsvorkehrungen ausreichend sind, aber im Großbetrieb, wenn es ihn denn geben würde, viele, viele Dinge gemacht werden müssten, die man erst dann bei Erstellung des Sicherheitskonzepts machen kann. So habe ich das gerade verstanden, was Sie gesagt haben.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, ich kann das nur wiederholen, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie können auch einfach sagen - -

Zeugin Doreen Delmdahl: - dass es hier alleine um eine Analyseart geht, eine Analyse, die auch auf der anderen TKÜ-Anlage tatsächlich gemacht wird, aber halt anders, und - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich glaube - - Also, ich habe eigentlich die Hoffnung, dass wir gar nicht weit auseinander sind und ich Sie eigentlich verstehe. Wir lassen es mal so stehen.

Okay, kommen wir jetzt zu den Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Ich knüpfe genau an diesem zähen Punkt an und versuche, es mal etwas zuzuspitzen. Frau Delmdahl, kann es sein, dass Sie das nicht im Normalbetrieb einsetzen, weil Sie diesem Programm nicht vertrauen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Wir wissen nicht, was das Programm tatsächlich tut, wenn wir es zum Beispiel ans Internet anbinden; das ist richtig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. - Ist das nicht hammerkurios? Das ist jetzt eine Wertungsfrage, klar.

(Heiterkeit)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Doreen Delmdahl: Deswegen versuchen wir ja, das abzusichern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, ich formuliere um: Finden Sie das nicht irgendwie sehr merkwürdig, dass Sie seit mehreren Jahren ein Programm einsetzen, von dem Sie nicht wissen, was passiert, wenn Sie es ans Internet anschließen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Na ja, solange wir nur die Funktionen - - Also, wir sehen es so: Solange es Funktionen gibt, die wir gewinnbringend einsetzen können sozusagen, und wir verhindern, dass er halt irgendwie ans Internet gelangt, solange kann man ja das auch benutzen. Also, man muss es halt nur - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Würde Sie als Bürgerin die Information beunruhigen, Frau Delmdahl, dass ich Ihnen sage, dass deutsche Geheimdienste diese Software nutzen und die Maschinen, auf denen das läuft, ans Internet angeschlossen sind?

Zeugin Doreen Delmdahl: Wenn es um deutsche Daten geht, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, mich auch. - Und das ist doch lustig, dass sozusagen der Makler Ihres Verhältnisses zur NSA, der Bundesnachrichtendienst, seit längerem XKS eben einsetzt und Sie als BfV offensichtlich bis zum heutigen Tag sozusagen dem Braten nicht trauen. Finden Sie das nicht irgendwie kurios, und gibt es da eine Arbeitsgruppe, wo man dieses Problem mal miteinander bespricht oder so?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, ich darf jetzt die Arbeit des BND nicht bewerten und möchte das auch nicht. Nein, es gibt keine Arbeitsgruppe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Ihnen ist es zu gefährlich, XKeyscore im Normalbetrieb einzusetzen.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also - - bzw. wir wollen es tatsächlich irgendwann im Wirkbetrieb einsetzen, aber mit so viel Sicherheitsaspekten,

dass, egal was gegebenenfalls die Software noch tun könnte, das abgefangen wird.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Also, ich verstehe das gut, und das ist ein guter Punkt für das BfV. Also, ich meine - - Jetzt mal im Ernst: Ich meine, im Hinblick auf den Grundrechtsschutz würde ich das einschränken, weil Sie arbeiten ja mit echten Daten; aber im Hinblick auf den Selbstschutz als Dienst ist das wahrscheinlich eine kluge Entscheidung. Und es ist erstaunlich, dass es überhaupt zu diesem Einsatz gekommen ist, offensichtlich ja auf verschärften Druck hin.

Es hat ja nach den Snowden-Veröffentlichungen im Bundesamt für Verfassungsschutz eine sogenannte eingerichtete „Sonderauswertung Technische Aufklärung durch US-amerikanische, britische und französische Nachrichtendienste mit Bezug zu Deutschland“ gegeben, kurz: SAW -

Zeugin Doreen Delmdahl: SAW, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - TAD.

Zeugin Doreen Delmdahl: Da war ich nicht dabei.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und haben die sich denn einmal XKeyscore oder das, was Sie da jetzt im Probe-Wirkbetrieb haben, mal angeguckt?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, ich selber war bei der SAW nicht Teil dieser Sonderauswertung. Die war in einer anderen Abteilung angesiedelt, logischerweise in - - Und auf jeden Fall haben wir denen Informationen zur Verfügung gestellt und mit denen geredet, weil die mussten ja - - Die SAW war dann sozusagen der SPoC, der Single Point of Contact, seit der Gründung, wenn es um diese Sachen gegebenenfalls mit der NSA, mit den Snowden-Dokumenten ging. Aber ob die tatsächlich jetzt bei uns vor Ort waren, weiß ich jetzt nicht. Aber ich glaube, die Sonderorganisation war auch in erster Linie in Köln angesiedelt, diese Sonderauswertung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das mag ja sein: in erster Linie in Köln. Aber da die sich eben mit XKeyscore befasst haben, ist die Frage, ob sie nicht doch auch mal in Berlin waren.

Zeugin Doreen Delmdahl: Da muss ich jetzt echt passen. Also, ich selber könnte mich nicht daran erinnern. Ich war manchmal auch im Urlaub; aber in meiner Zeit, glaube ich, nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als verantwortliche Juristin -

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und Leiterin der Referate X bis Y - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Habe ich auch Vertreter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mag sein; aber das ist ja eine wesentliche Frage.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, ich - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie glauben, Ihnen würde dann da nicht drüber berichtet werden, sondern Sie kommen halt wieder aus dem Urlaub, sind so entspannt, da wollen die Sie lieber nicht behelligen mit diesen Informationen.

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, das habe ich jetzt auch nicht gesagt. Aber ich - - Also, meiner Kenntnis nach - - Also, wir haben die vielfach mit Informationen - - weil die mussten ja auch erst mal Informationen kriegen. Wir haben denen mit Sicherheit mit Dokumenten auch ausgeholfen, die wir ihnen geschickt haben. Aber ich kann mich nicht erinnern, dass sie - - weil wir wollten natürlich -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Ergebnisse haben.

Zeugin Doreen Delmdahl: - die Kenntnis über diese Software auch restriktiv haben. Deswegen: Ich glaube nicht, dass - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wollten die Kenntnisse über die Software restriktiv haben?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was bedeutet das?

Zeugin Doreen Delmdahl: - nach wie vor. Also, es ist ja - - Weil es steht im G-10-Bereich, und im G-10-Bereich - - Das ist ein Sondersicherheitsbereich noch mal im Haus, wo sowieso die Leute nicht reinkommen, ohne von uns die Genehmigung zu bekommen. Und - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Delmdahl, ich stelle Ihnen die Frage noch mal schlicht mit der Möglichkeit, sie wahrheitsgetreu zu beantworten.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat die SAW das geprüft?

Zeugin Doreen Delmdahl: Die Software geprüft?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, das nicht, die Software bestimmt nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat die den Einsatz der Software geprüft?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, ich weiß nicht - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat die SAW das, was Sie da machen, überprüft?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ehrlich gesagt, da müssten Sie die SAW fragen. Ich weiß es nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, da muss ich nicht die SAW fragen. Also, das ist ja wohl jetzt ein bisschen merkwürdig.

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, also - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind da die Verantwortliche.

Zeugin Doreen Delmdahl: Und ich habe denen Dokumente zugeliefert. Ob die anhand der Dokumente was geprüft haben, weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah, Sie haben da etwas weitergeleitet, aber Sie haben keine Rückmeldung bekommen. Ihnen ist nicht bekannt, was das Ergebnis dieser Prüfung ist.

Zeugin Doreen Delmdahl: Mir ist nicht bekannt, ob es geprüft wurde und was - - Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was gab es denn für Anfragen? Was wollte man denn für Dokumente haben?

Zeugin Doreen Delmdahl: Alles, was ihnen Informationen zu XKeyscore liefert und was wir halt in dieser AG XKeyscore bisher gemacht haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das haben Sie dann geschickt? Akten, oder?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, elektronisch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Elektronisch. - Daten, Dateien.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, ja; also, elektronisch. Also, unsere Vermerke, Schreiben, genau so, wie Sie es auf dem Tisch liegen haben, so ungefähr, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeugin Doreen Delmdahl: - nur halt ungeschwärzt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Haben wir das?

MR Torsten Akmann (BMI): Also, die Unterlagen der TAD liegen Ihnen vor, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, die Ergebnisse dazu.

MR Torsten Akmann (BMI): Ich kann Ihnen nur sagen: Die Unterlagen der TAD, die im Zusammenhang stehen mit dem Untersuchungsausschuss, liegen Ihnen vor.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Ergebnisse scheinen - - Herr Akmann, wo wir gerade miteinander reden: Ist vielleicht das Ergebnis so katastrophal, dass man jetzt solche Erinnerungslücken auf einmal hier hat?

MR Torsten Akmann (BMI): Wer hat Erinnerungslücken? Also, ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, die Zeugin sagt, wenn, dann kann sie sich nicht daran erinnern.

MR Torsten Akmann (BMI): Die Zeugin kann nur das sagen, was sie weiß.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, ich weiß nicht, ob die - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bevor das jetzt aber ein Dreiergespräch wird, würde ich eher die Chance nutzen, die Zeugin weiter zu befragen. Ich habe die Zeit auch bis jetzt angehalten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Frau Zeugin, Ergebnisse, Rückkopplungen offizieller oder nicht offizieller Art im Hinblick auf SAW: Was ist da gekommen? Wann ist das denn überhaupt passiert?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Doreen Delmdahl: Also - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht gehen Sie ein Stück näher ans Mikro, damit - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Die SAW hatte mich, soweit ich weiß, in erster Linie immer dann gefragt, wenn irgendwelche Anfragen - dafür war sie auch zuständig - aus dem Bundestag oder aus dem BMI oder irgendwelche Sachstandsberichte oder Ähnliches gemacht werden mussten. Hier Einzelfälle kann ich Ihnen, ehrlich gesagt, nicht benennen. Aber so in diesem Zusammenhang. Also, die haben von mir die Infos gewollt, um selber dann Dinge schreiben zu können.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie mal nachgefragt, was mit diesen Infos geworden ist?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, üblicherweise, wenn es um Zulieferung geht für Beantwortung von Anfragen und Ähnliches, dann sind die wahrscheinlich am Ende in einer entsprechenden Antwort gelandet. Aber es gibt auch keine Notwendigkeit, dass, wenn die die Zuständigen sind, das an mich rückgekoppelt wird.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, außer, dass das natürlich ein interessanter Erkenntnisgewinn ist. Und an Erkenntnisgewinnen arbeiten Sie ja schon beruflich irgendwie.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, aber welcher Erkenntnisgewinn? Also, wie gesagt, mir ist nicht bekannt, dass die SAW die Prüfung der Rechtmäßigkeit oder des Einsatzes von XKeyscore gemacht hätte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern?

Zeugin Doreen Delmdahl: Die war da für die Aufarbeitung des in erster Linie - - Ich weiß nicht, wie der Gegenstand genau lautet; aber es ging, glaube ich, in erster Linie um die Frage, inwieweit Spionageaspekte da mitreingespielt haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, klar. Das ist ja der Grund, warum Sie die nicht im Echtbetrieb einsetzen. Das ist ja genau der Punkt. Also, das ist entscheidend für die Frage, ob Sie das irgendwann mal voll ausrollen können oder nicht. Deswegen kaufe ich Ihnen die Antwort, dass Sie an dem Ergebnis dieser Prüfung nicht interessiert sind und das für Sie keinerlei Erkenntniswert hat, nicht ab.

Zeugin Doreen Delmdahl: Wie gesagt, mir ist nicht bekannt, dass es - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deswegen gebe ich Ihnen jetzt noch mal die Möglichkeit, das anders zu beantworten.

Zeugin Doreen Delmdahl: Mir ist nicht bekannt, dass es eine Prüfung bei der SAW gegeben hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber eine Bewertung.

Zeugin Doreen Delmdahl: Auch das ist mir nicht bekannt. Ich habe nur zugeliefert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, jetzt müssten wir wieder abgeben, okay?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ich einen Punkt noch machen darf.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Delmdahl, nur, dass wir nicht aneinander vorbeireden: Ich finde das ja gut, dass Sie sozusagen kritisch sind und dass Sie XKeyscore nicht einsetzen. Und Sie haben da Bedenken, und Ihr Haus hat Bedenken, und da haben Sie anderen Diensten was voraus. Nur ist es natürlich eine interessante Frage im Hinblick auf die anderen Dienste, was das eigentlich aussagt, dass Sie da so penibel sind und versuchen, das Problem zu vermeiden, und andere fröhlich bei sogenannten Routineverfahren an der Glasfaser und am Satelliten diese Sachen einsetzen. Das ist sozusagen die Diskrepanz, über die ich mich wundere. Und ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie sozusagen das, was auch günstig ist für Ihr Haus,



Nur zur dienstlichen Verwendung

eben darstellen, nämlich warum man so skeptisch ist. Das, finde ich, ist interessanter Punkt. Und das tut allen hier im Ausschuss mal gut, wenn Leute skeptisch sind.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ist Juristen angeboren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Da habe ich auch solche und solche erlebt. Aber ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Jetzt kommen wir zur nächsten Fraktion, der Fraktion der SPD. - Herr Kollege Flisek von der SPD-Fraktion hat keine weiteren Fragen. - Dann kommen wir zur Fraktion Die Linke. Herr Kollege Hahn fängt an.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, ich will mal auch da gleich weitermachen. Was hat denn der BND eigentlich gesagt, als Sie mitgeteilt haben, dass Sie dessen Sicherheitssystem nicht übernehmen? Sie müssen ja irgendwelche - - Sie müssen denen ja gesagt - - oder diese entsprechende Konzeption - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Dieses Konzept - - Das habe nicht ich dem BND gesagt. Also, das Konzept haben wir ja eins zu eins der IT-Sicherheit, die sich ja damit befasst hauptamtlich, nach dem Motto: Hier, vielleicht könnt ihr das gebrauchen, vielleicht geht es dann dadurch schneller, das Sicherheitskonzept zu erstellen - - Welche Rückmeldungen da zum BND erfolgt sind und an wen, das weiß ich nicht. Ich habe dann nur irgendwann die Rückmeldung von unserer eigenen, also von unserer IT-Sicherheit bekommen, dass dieses Sicherheitskonzept ihnen so nicht genehm ist.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, woran liegt denn das? Was ist denn das Problem?

Zeugin Doreen Delmdahl: Weiß ich nicht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also, Sie reden jetzt über zwei Jahre Testbetrieb oder noch länger und haben laufend Beratungen, dass es nicht weitergeht, weil das Sicherheitskonzept noch

nicht steht. Da muss doch in den Gesprächen gesagt werden, woran es klemmt.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, ich weiß nicht, warum sie das Sicherheitskonzept des BND nicht genommen haben. Die wollten lieber ein eigenes erstellen. Warum, weiß ich, wie gesagt, nicht. Ich habe dann einfach gesagt: Okay, dann erstellen wir halt ein eigenes. - Und woran es klemmt, das habe ich ja jetzt hier mehrfach schon versucht zu erklären: dass es insbesondere an den sicherheitstechnischen Aspekten liegt. Aber, wie gesagt: Andere Sachen, warum das Sicherheitskonzept des BND so nicht übernommen wurde, davon weiß ich nichts.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann haben Sie wiederholt jetzt auf die Fragen vom Vorsitzenden von einem Kleinbetrieb gesprochen. Ich greif das jetzt mal - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, Testbetrieb.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein, nein. Sie haben „Kleinbetrieb“ gesagt, nicht nur einmal.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Deshalb frage ich da jetzt noch mal nach: Wie sieht denn künftig der Großbetrieb aus? Also, insbesondere - - Mich interessiert nicht, ob das da zehn Computer ringsrum sind und abgeschottete Leitungen oder irgendwas. Mich interessiert, was denn da reinkommt in das Gerät oder in die Technik. Kommt da was anderes rein, als jetzt reinkommt? Kommt da mehr rein, als jetzt reinkommt?

Also, für mich stellt sich das so dar im Moment: Sie haben ein großes Kohlekraftwerk - XKey-score - und schmeißen unten eine kleine Kohle rein, damit die da irgendwas macht in dem großen Kraftwerk. Ist ja alles völlig überdimensioniert. Und deshalb ist die Frage: Was soll im Großbetrieb passieren?

Zeugin Doreen Delmdahl: So ein paar kleine Aspekte könnte ich Ihnen erklären, aber nur in der nichtöffentlichen Sitzung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Kommen denn da noch andere Daten rein?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein. Wie gesagt, nur G-10-Daten. Nach wie vor nur G-10-Daten.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nach allem, was wir bisher von XKeyscore wissen - aus anderen Gremien darf ich ja jetzt hier nichts erzählen -, ist das dann völlig unterfordert, das System, mit den paar Daten, die Sie da reingeben. Was lohnt sich denn dann daran?

Zeugin Doreen Delmdahl: Wie gesagt, zu Mehrwert würde ich gegebenenfalls auch in nicht-öffentlicher Sitzung was sagen. Aber ob das System unterfordert ist oder nicht, dazu kann ich keine Auskunft geben. Also, IT macht, was es macht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also, es ist nicht beabsichtigt, dass da später Daten auch noch von anderen reingeleitet werden?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also zum Beispiel: Wenn Sie es denn sicher gemacht haben und der BND ist da so wackelig und Sie machen jetzt ein tolles Sicherheitskonzept, da würde sich doch anbieten, Sie nehmen die Daten vom BND da gleich rüber zur Kabelabfassung und lassen das da durchlaufen.

Zeugin Doreen Delmdahl: Wir dürfen SIGINT-Daten weder haben noch selber erfassen. Und dafür gibt es auch die Trennung. Nein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das ist ja auch richtig. Aber was der BfV und was der BND darf und was er trotzdem macht, da haben wir ja hier schon sehr viel erfahren. - Aber ich gebe mal an die Kollegin weiter.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich würde da gerne weiterfragen. Der Zeuge A. hat hier berichtet, dass es sogenannte Fingerprints gibt, also Fingerabdrücke, -

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau.

Martina Renner (DIE LINKE): - die mithilfe von XKeyscore erstellt werden können und die sehr hilfreich seien. In den Akten finden sich diese Begriffe auch. Können Sie uns erklären, was das ist?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, aber in einer nicht-öffentlichen Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Beziehen sich Fingerprints allein auf Personen oder auch auf Geräte?

Zeugin Doreen Delmdahl: Auch das. Also, wie Fingerprints funktionieren, könnte ich Ihnen dann in nichtöffentlicher Sitzung - -

Martina Renner (DIE LINKE): Kann ich die Fingerprints, die ich mithilfe von XKeyscore aus Kommunikationsdaten gewinne, in andere Datenverarbeitungssysteme einpflegen, zum Beispiel zur Analyse von sozialen Netzwerken?

Zeugin Doreen Delmdahl: Technisch: mir nicht bekannt. Inhaltlich beschäftige ich mich damit auch nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, wenn Daten aus der Analyse von G-10-Material gewonnen werden - hier in dem Falle Fingerprints -, und diese Fingerprints werden - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, nein. Noch mal - - So viel kann ich ja schon sagen: Fingerprints sind die Dinge, die wir erschaffen, um Daten zu analysieren. Das sind keine G-10-Daten, sondern es sind Dinge, um die Daten zu analysieren.

Martina Renner (DIE LINKE): Und diese werden auch bei XKeyscore eingesetzt?

Zeugin Doreen Delmdahl: Die Fingerprints werden - das hatten Sie ja schon gesagt - bei XKeyscore eingesetzt; ja. Näheres in nichtöffentlicher Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie sieht das BfV das eigentlich, wenn ich soziale Netzwerke analysiere? Ist das ein G-10-Eingriff?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, G-10-Sachen - das hatte ich ja schon mal erklärt - sind nur Kommunikation in dem Sinne, und mit sozialen Netzwerken bin ich nicht befasst.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, Sie sind Juristin. Und das ist ja eine total spannende Frage, ob Datenanalyse aus sozialen Netzwerken unter Kommunikationsgeheimnisschutz fällt.

Zeugin Doreen Delmdahl: Klar. Solange Sie derjenige sind, der kommuniziert, und wir Sie sozusagen „geschaltet“, wie wir immer sagen, haben, dann unterfallen auch diese natürlich der Kommunikation. Also, in sozialen Netzwerken machen Sie genau das gleiche wie überall anders. Sie reden bzw. Sie schreiben.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Zeugin Doreen Delmdahl: Kommunikation ist alles, was von Mensch zu Mensch - -

Martina Renner (DIE LINKE): Auch der Besuch, der Aufruf von Seiten, ist der geschützt?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, theoretisch ist es nicht Untersuchungsgegenstand.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das stimmt nicht! Darf ich das ganz kurz sagen?)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da müssen Sie die Kollegin Renner fragen.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich?)

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, klar.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt so nicht. Denn es geht darum, ob hier eben massenhaft Daten erfasst werden.

MR Torsten Akmann (BMI): Sie hat doch mehrfach erklärt, dass das nicht der Fall ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das hat sie nicht gesagt.

MR Torsten Akmann (BMI): Doch. G 10 ist Einzelfall.

Zeugin Doreen Delmdahl: G 10 ist Einzelfall; genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann hat sie es jetzt gesagt. Dann können wir jetzt weitermachen. - Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber wenn über Einzelfälle das Kommunikationsverhalten dann von Dritten miterfasst wird, dann könnten möglicherweise dort auch Massendaten anfallen; darum geht es uns ja.

(Nina Warken (CDU/CSU):
Dann darf man gar keine
G-10-Daten mehr machen!)

- Nein, dann muss man die G 10 zum Beispiel auf bestimmte Kommunikationsarten beschränken, und deswegen war jetzt die Nachfrage nach sozialen Netzwerken.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Teletext.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe noch eine Frage. Herr A. S. hat hier noch was gesagt, wozu ich auch noch eine Frage habe. Er hat gesagt - - Das ist im Protokoll 77, Seite 42. - Also, noch mal vorweg: Die Daten, die im BfV mit XKeyscore analysiert wurden, wurden zuerst per Kurier von Köln nach Berlin transportiert und später mit einem sogenannten Exportserver hin- und hergeschickt. Und dazu hat er gesagt - Zitat -:

Das wurde dann später tatsächlich durch so einen Exportrechner abgelöst, der aber tatsächlich eigentlich auch nicht dafür gedacht ist, riesige Datenmengen zu exportieren oder so. Der war in dem Ursprungssystem auch nur für kleine Datenmengen gedacht.

Was meint er denn mit „Ursprungssystem“?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, unser TKÜ-System hat natürlich eine Exportschnittstelle, weil es gibt ja immer - - Wie gesagt, die Übermittlung, die wir zum Beispiel machen, da geht es zum Beispiel darum, dass wir auch dem GBA oder den Polizeien Erkenntnisse aus unseren Maßnahmen übermitteln, und dafür war das eigentlich gedacht. Denn in einem Gerichtsverfahren ist es so, dass vielfach gerne die Richter das Original der Kommunikation hätten, weil sonst könnte sich ja ein Verteidiger darauf berufen, das ist falsch übersetzt oder falscher Zungenschlag oder Ähnliches. Deswegen ist da dieser Export gedacht gewesen, damit man nur einzelne Kommunikationsereignisse rauszieht und diese dann entsprechend den Ermittlungsbehörden zum Beispiel übersendet.

Jetzt ist es so gewesen: Für XKS nimmt man die sogenannten Rohdaten, also die noch nicht dekodierten Daten, und nicht die Einzelereignisse. Und das ist halt mehr als ein Einzelereignis, was da - - Und deswegen - - Dafür war es tatsächlich so, als man die TKÜ-Anlage gebaut hat, nicht gedacht, weil man daran noch gar nicht - - Zum Zeitpunkt der Konzipierung war das Internet sogar noch neu; das war 2004, 2005 irgendwann.

Martina Renner (DIE LINKE): Über was für ein Volumen an Datentransfer reden wir da?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, wie gesagt: nach wie vor einzelne G-10-Maßnahmen. Aber das ist natürlich auch individuell abhängig, je nachdem, wie viel Sie zum Beispiel kommunizieren. Oder manche haben Flatrates, und dementsprechend läuft der Computer auch, wenn man nicht dran sitzt, die ganze Zeit. Smartphones daten sich ja auch immer mal wieder up, ziehen aktuelle Software. Das sind ja alles Tätigkeiten, die sozusagen erfasst werden. Und deswegen ist das gerade beim Internet - - Früher bei der reinen Telefonie war das natürlich weniger. Heutzutage redet man - früher war es auch teurer - wegen der ganzen Flatrates auch mehr.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben noch eine Fundstelle in einer BND-Unterlage, MAT A BND-1-9i, Seite 245 ff. (?) Da geht es um die Vorbereitung zu einem Gespräch zwischen Präsident

BND und Präsident BfV am 13. November 2013. Und da heißt es:

Herr S...

- wir nehmen an, Herr Sch. -

wird im BfV aufgrund interner Differenzen derzeit nicht ausgelastet. BND/TA hat im Rahmen SSCD Verwendung für Herrn S... und prüft die Beendigung der Abordnung nach Ablauf eines Jahres ... entgegen der ursprünglich vereinbarten zweijährigen Abordnung.

Diese internen Differenzen sind jetzt die - was Sie eben gegenüber Herrn Notz formuliert haben -, dass man Sorge hatte, dass die eingesetzte Technik vielleicht doch kompromittiert ist und irgendwas macht, was man nicht kontrollieren kann. Oder was waren die internen Differenzen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich hatte ja schon gesagt, mit wie vielen Mitarbeitern ich gearbeitet habe am Anfang in der AG. Da war immer gedacht, dass jemand - - Also, wir hatten ja einzelne G-10-Maßnahmen; die haben ja bestimmte Inhalte. Und dann ist es sehr sinnvoll, dass der Sachbearbeiter der Fachabteilung mal dabei ist, um zu sehen: Ist dieses Ergebnis nutzbar? Ist es mehr als das, was ich bisher über die TKÜ-Anlage erfahren habe?

Das Problem war, dass gerade zu der Zeit eine große Auslastung im BfV war und dementsprechend der BND-Mitarbeiter und der andere Mitarbeiter, die den Proof of Concept durchgeführt haben, in erster Linie es selber machen mussten und immer nur mit mir konferiert haben. Es lief sozusagen etwas schleppend an.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist unter „Herr A. S. ist nicht ausgelastet“ gemeint?

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau, genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Und warum muss man dann, nur weil er nicht ausgelastet ist, ihn wieder abziehen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Doreen Delmdahl: Das ist eine Frage, die Ihnen mit Sicherheit eher der BND beantworten kann. Ich weiß nicht, ob sie da eine wichtigere Arbeit hatten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir wechseln. - Okay. Kommen wir zur Fraktion der CDU/CSU. - Derzeit keine Fragen im öffentlichen Teil. Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich muss Ihnen leider noch zwei, drei kleine Fragen stellen. Also, ich Sorge mich um den NSA-Mann, der da in einem abgeschotteten Raum bei Ihnen saß;

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und jetzt ist er weg!)

das hatten Sie ja vorhin gesagt. Der war hier in Berlin beim Bundesamt für Verfassungsschutz, der Raum, nicht?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und war der weit von Ihnen weg? Ich will jetzt nicht, dass Sie da einen Lageplan sagen, hier verraten, sondern: War das weit von Ihnen weg, also jetzt von Ihrer Stelle oder von der Stelle, wo dann die Festplatten angeliefert wurden?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, er hatte nie und keinerlei Zugang zum G-10-Bereich, zu XKey-score, zu den Festplatten oder zu meinen Mitarbeitern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich meine jetzt räumlich. Mussten die da immer vorbeigehen? War das bei Ihnen im selben Stock?

Zeugin Doreen Delmdahl: Sie kennen ja das Gelände, nicht?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeugin Doreen Delmdahl: Sie kennen ja das Gelände. Es war jedenfalls nicht in dem Gebäude, in dem wir sitzen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war in einem anderen Gebäude. - Und da sitzt der arme Mann jetzt in einem abgeschotteten Raum mit einem BND-Mitarbeiter - so habe ich das verstanden -, weil er ja nie alleine da ist, sagten Sie.

Zeugin Doreen Delmdahl: Das Wichtige ist - genau -: Es war immer ein BND-Mitarbeiter dabei, weil sich die NSA bei uns nicht direkt bewegen durfte bzw. wir nicht direkt mit denen reden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War dieser BND-Mitarbeiter der gleiche, der da abgeordnet war zu Ihnen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war noch ein anderer BND-Mitarbeiter.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, wir haben ja auch mit den deutschen Nachrichtendiensten immer Verbindungsbeamte, so wie - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, okay.

Zeugin Doreen Delmdahl: Der BND und wir, wir müssen ja zusammenarbeiten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was haben die beiden Herren - - Ich vermute, es sind Herren, weil bisher immer die männliche Form - - Was haben die denn da nun gemacht, in diesem abgeschotteten Raum?

Zeugin Doreen Delmdahl: Keine Ahnung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie nicht.

Zeugin Doreen Delmdahl: Gespräche geführt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeugin Doreen Delmdahl: Gespräche geführt?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut. Verstehen Sie: So ganz abwegig ist die Frage nicht. Sie testen - testen! - da so eine neue Software von der NSA, die auch der BND benutzt, die über den BND zu Ihnen gekommen ist - - und immer testen, weil Sie ja noch nicht wissen, wie sicher das ist und so. Und dann sitzen im selben oder im Nachbargebäude die NSA oder ein NSA-Mann und ein BND-Mitarbeiter. Wurde da niemals mit dem - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, soweit ich weiß, saß der nicht immer da.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Oder hin und wieder. - Und wurde mit dem dann nicht kommuniziert über die Probleme, Sicherheitsprobleme oder Ähnliches?

(Die Zeugin schüttelt den Kopf)

Weil so viele Apparate oder Software von der NSA werden Sie ja nicht gehabt haben.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, was der NSA-Mitarbeiter und der BND-Mitarbeiter genau gemacht haben, weiß ich nicht. Aber ich vermute und gehe davon aus, dass sie keine IT zur Verfügung hatten.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Da wurden nur die Sticks ausgetauscht!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine IT? Was machen die denn dann da?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, aus Sicherheitsgründen. Also, unsere Sicherheit ist sehr darauf bedacht, dass an unsere Gerätschaften sozusagen nur BfV-Mitarbeiter oder besonders überprüfte Leute kommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren die da immer nur auf einer Stippvisite, oder hielten die sich da Tage auch auf?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, ich habe diesen - - Ich weiß nicht, wie das abgelaufen ist. Wie das vereinbart wurde insbesondere, weiß ich nicht. Und ob das einmal wöchentlich passierte oder wie häufig der da war, das weiß ich alles nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und der war immer für diesen NSA-Mitarbeiter reserviert, dieser abgeschottete Raum?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich weiß nicht, ob auch noch andere Besucher den benutzt haben oder so. Ich weiß bloß: Dieser NSA-Mitarbeiter hatte zu keinem Zeitpunkt - - Ich habe dem auch keine Sticks übergeben. Der hatte zu keinem Zeitpunkt zur Technik von XKeyscore Zugang oder zu den Ergebnissen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie den mal getroffen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, ein Mal.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein Mal?

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hier in Berlin?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil ich meine, Sie hätten vorhin schon erzählt, Sie hätten auch einen NSA-Mitarbeiter getroffen in Bad Aibling.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, stimmt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, da haben Sie zwei getroffen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, Entschuldigung. Dann war es tatsächlich zweimal: ein Mal in Bad Aibling und den Verbindungsbeamten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder war das derselbe?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Also, es war ein anderer.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja. - Bei dem Verbindungsbeamten, da ging es bloß, glaube ich - - die ToR abzustimmen, dass ich die jetzt geschickt habe, und er sollte dann entsprechend die Rückmeldung geben, dass das jetzt versandt wurde über den BND.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie? Das habe ich jetzt nicht verstanden. Sie haben mit ihm geredet darüber, dass er irgendeine Rückmeldung geben soll?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja. Verbindungsbeamte sind eigentlich so Briefkästen letztendlich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was sind die?

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Briefkästen! - Heiterkeit)

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, das ist ja der Job eines Verbindungsbeamten, dass er Informationen entgegennimmt -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeugin Doreen Delmdahl: - und an die entsprechende Stelle weiterleitet und umgekehrt von der entsprechenden Stelle wieder zurück die Antwort leitet.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und jetzt haben Sie ja gesagt - haben wir ja mehrfach hier erörtert -, irgendwie haben

Sie das mit der Sicherheit nicht ausreichend hingekriegt. Und haben Sie darüber mal mit ihm geredet?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht haben die Amerikaner da noch irgendwie einen Tipp.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, es geht ja darum, dass wir nicht wissen, was in dem Quellcode vorhanden ist und inwieweit das gegebenenfalls irgendwelche Daten nach außen bringen will. Also, das frage ich den Erbauer nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein? Aha. - Und war da der BND-Mitarbeiter dabei, als Sie mit dem gesprochen haben?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, natürlich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - „Ja, natürlich“? Vielleicht geht der auch mal alleine da hin.

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Okay.

Zeugin Doreen Delmdahl: Das ist sehr restriktiv gehandhabt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Wissen Sie noch - - Kannten Sie den BND-Mitarbeiter näher?

(Die Zeugin schüttelt den Kopf)

Oder können Sie sagen, wer das war? Der war so ungefähr der Begleiter oder der Aufpasser oder - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, einmal gesehen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der sollte auf den NSA-Mann aufpassen, ja?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Doreen Delmdahl: Er war männlich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, okay. Aha.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das vermuten Sie!)

Also, da sind Sie nicht näher informiert worden, entnehme ich dem, was Sie bisher gesagt haben, -

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - was sie da eigentlich treiben.

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein. Da war ich nicht involviert drin, nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Das war die eine Frage. Jetzt kommt die zweite: Diese Festplatten, die dieser Turnschuhmann da immer gebracht hat - - Sie haben vorhin mal davon geredet. Oder waren das - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Turnschuhschnittstelle, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - - der immer 14 Tage oder drei Wochen mit dem unterwegs war und dann von Köln das nach Berlin gebracht hatte. Was war denn eigentlich auf diesen Festplatten drauf? Waren da nur G-10-Verkehre drauf, also nur das, was in Köln aufgefangen worden ist, also nur G 10 oder auch alle möglichen anderen Daten, zum Beispiel Metadaten?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein, nein. Also, Metadaten gehören zu den G-10-Daten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, wie gesagt: Nur die reine Kommunikation bringt einen ja nicht weiter, wenn man nicht weiß, wer mit wem geredet hat. Natürlich waren da auch die - - Man sagt da irgendwie HE-2- und HE-3-Daten (?) dazu. HE-2 (?) sind die Verbindungsdaten, HE-3-Daten

(?) sind die reine Kommunikation oder das Schriftstück. Und natürlich war beides da drauf, aber nur von G-10-Verkehren und noch mal extra verschlüsselt für den unwahrscheinlichen Fall.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die waren dann noch mal verschlüsselt; ja. - Und das, was Sie dann weitergegeben haben an Ihre Auswertung und woraus dann Meldungen generiert worden sind für die NSA unter anderem: Was war da Gegenstand? Wurden da auch die Metadaten alle mit ausgewertet? Oder was haben Sie da weitergegeben?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, natürlich werden die automatisch mit ausgewertet, weil ich ja sonst - - Der Fachabteilung bringt es nichts, wenn ich sage: Ich habe hier - was weiß ich - eine E-Mail abgefangen, aber ich weiß nicht, von wem an wen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, klar.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, das bringt nicht viel. Deswegen sind dann natürlich auch die dazugehörigen Metadaten zu der jeweiligen Kommunikation mitverschrieben worden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir gleich wechseln, okay?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Abschließend vielleicht: An Ihre Auswertung gingen dann auch die gesamten Daten, die Sie bekommen haben, und Sie haben gesagt: „Das und das haben wir da gefunden“, oder haben die nur einen ausgewählten Teil bekommen von dem, was auf der Festplatte war?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, das, was auf der Festplatte war, wurde eingespielt in XKeyscore und wurde dann ausgewertet von den Auswertern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das habe ich verstanden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und jetzt, was weitergegeben worden ist.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ach so. An die Fachbereiche?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeugin Doreen Delmdahl: An die Fachbereiche wurden nur einzelne papierene Vermerke weitergeleitet.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur in Papierform?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja. Also, wir haben sie in Papierform ausgedruckt, dann wurden sie eingescannt, weil wir ja schon in der elektronischen Akte leben, und dann wurden sie eingescannt, dann weitergeschickt. Also, nicht die dazugehörigen Daten. Also, die tatsächlichen Daten wurden nicht mit weitergeschickt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen zur Fraktion der CDU/CSU. Da hätte ich noch eine Frage. Und zwar komme ich noch mal zu dem Sicherheitskonzept, vor dem Hintergrund, weil ich den Eindruck habe, das Thema Sicherheitskonzept hängt auch sehr stark mit den Risiken zusammen, die die Software XKeyscore möglicherweise birgt. Der Aufwand, den Sie betreiben oder betrieben haben, um das in einem begrenzten Umfang im Testbetrieb laufen zu lassen, hängt ja doch augenscheinlich damit zusammen, dass Sie es eben nicht in einem größeren Verbund oder gar am Netz betreiben wollten, die Software, wenn ich es richtig verstanden habe, -

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - weil Sie eben den Quellcode nicht kennen und nicht wissen, was - Sie schreiben ja teilweise von Software - diese Software macht; das kann ich gut nachvollziehen. Das wäre doch sicherlich im Rahmen eines Sicherheitskonzepts auch berücksichtigt worden, wie es Auswirkung auf Hardware oder gar das Hinaussenden von Daten hat, richtig?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Haben Sie mal mit dem BND gesprochen, wie die das bewerten?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber Sie haben ja nicht das Sicherheitskonzept des BND einfach übernommen, richtig?

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau. - Unsere Sicherheit hat das nicht übernommen. Nein, ich habe - - In dem Falle ist ja so, dass der BND ja auch vielfach gar keine G-10-Geheimdaten da mitverarbeitet, sondern deren Daten sind ja niedriger eingestuft. Von daher weiß ich genau, dass wir eigentlich in Sachen Geheimdaten erstens die höheren Anforderungen stellen und zweitens tatsächlich vielleicht auch mehr Expertise haben als der BND. Weil die SIGINT-Daten sind tatsächlich nicht Geheim eingestuft.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: SIGINT-Daten sind nicht Geheim eingestuft.

Zeugin Doreen Delmdahl: Soweit ich weiß, nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann ist ja gut. Dann können wir die ja hier einsehen.

Zeugin Doreen Delmdahl: Jedenfalls nicht Geheim eingestuft.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist ja schön. - Wissen Sie, was für ein Sicherheitskonzept der BND hatte? Haben Sie das - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich habe es nicht gelesen. Also, ich weiß nicht, was die für ein Konzept haben. Ich weiß nur, dass die uns eins geschickt haben - das war mehrere Seiten lang -, und ich habe es eins zu eins weitergeschickt. Ich habe es nicht durchgelesen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Weil Sie gesagt haben: Können wir ja eh so nicht gebrauchen.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, insbesondere, weil das ist dann extrem techniklastig und - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Weil in dieser Entscheidungsvorlage, wo es um den Testbetrieb geht an die Amtsleitung, da steht auf der, wenn ich es richtig sehe, zweiten Seite:

Gemäß der Information durch Abteilung 6 hat der BND für XKey-score bisher kein Sicherheitskonzept erstellt, bietet aber an, den Entwurf eines Sicherheitskonzepts für den geplanten prototypischen Einsatz von XKeyscore im BfV, orientiert an den Vorgaben nach IT-Grundschutz, zur Verfügung zu stellen. (?)

Das ist VS. Also, von daher - -

Zeugin Doreen Delmdahl: Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt frage ich mich: Wie hat man da kommuniziert?

Zeugin Doreen Delmdahl: Stimmt. - Also, der BND hat das ja, wie gesagt, für uns gemacht in dem Fall, hat uns da was geliefert. Das hat er in - - Also, ich kenne es nur in Papierform. Aber wie er das Sicherheitskonzept erstellt hat - - Wahrscheinlich - - Also, er kennt ja die Software, und er erkennt die VSA, also in Teilen. Also, die VSA gilt ja für den BND genauso. Die haben halt weniger Geheimdaten; aber ich gehe davon aus, dass sie es danach erstellt haben. Ich weiß es nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn jetzt die Risiken hier an der Stelle aus Ihrer Sicht da gewesen sind, dass möglicherweise Daten rausgehen: Wie wollten Sie denn gewährleisten später, dass das nicht stattfindet? Also, ich verstehe Sie total, wenn Sie sagen: Das machen wir in einem Testbetrieb. - Ich halte das aus meiner Sicht auch für so nachvollziehbar; ich nenne das jetzt mal „abgeschotteter Bereich“; das ist jetzt mein Begriff. Also, ich kann das mittragen. Aber wie war denn die Hoffnung, diese Hürde zu überwinden? Man wollte ja doch wahrscheinlich - so entnehme ich das hier den Dokumenten - irgendwann in einen richtigen Betrieb gehen - „Wirkbetrieb“ oder wie man es immer nennen mag.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja. Da waren - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Sorgen, die berechtigt waren, wie wollte man die aus der Welt schaffen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, indem man gegebenenfalls - - Also, es ist nach - - Ich glaube, es ist - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie verstehen meine Frage?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, ja. - Also, ich hatte in erster Linie daran gedacht, dass wir das tatsächlich dann also nie ans Internet anbinden, bzw. wenn denn mir das BSI sagt, dass es irgendwelche Sicherheitstechniken gibt, die das auf jeden Fall vermeiden, dass, selbst wenn was reinkommt aus dem Internet, was rausgeht ins Internet oder Ähnliches, man so dieses Sicherheitsrisiko gehandelt hätte. Aber dafür war ich zu wenig IT-Fachmann. Ich habe halt darauf vertraut, dass dann IT-Sicherheit und BSI mir sagen, wie es geht. Und wenn es nicht geht, dann geht es halt nicht. Dann halt ohne Internet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und Sie haben nicht mal gefragt, ob der BND, der das ja nutzt, der ein eigenes Sicherheitskonzept hat, diese Hürden vielleicht auf irgendeinem Weg gemeistert hat? Das wäre interessant gewesen. Dann hätte man ja sagen können: Die machen es ja



Nur zur dienstlichen Verwendung

schon irgendwie. - Hätte man ja abkupfern können, mit anderen Worten.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, wie gesagt: Das Einzige, was ich weiß, ist, dass es bei denen keine G-10-Geheimdaten sind, und damit ist das Sicherheitskonzept auch ein ganz anderes.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe ja noch die Hoffnung, dass die das trotzdem klug gemacht haben, dass da nicht alles raushuscht.

Zeugin Doreen Delmdahl: Na, wenn Sie sagen, dass es eine Erfassungsvariante beim BND gibt, dann muss es ja irgendwo tatsächlich an irgendwas nach draußen hängen.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das ist ja logisch, ja!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Klar. Man könnte ja vielleicht denken, dass die dazwischen irgendwas haben, was das trennt. - Also, Sie haben sich damit nie beschäftigt, -

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - dass man mal gesagt hat: „Mensch, gucken wir doch mal, ob der BND das irgendwie klug löst, und das nutzen wir dann, diesen Gedanken, für unseren Auswertungsteil, wenn wir später das mal im Wirkbetrieb haben wollen“? So weit sind Sie nie gekommen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, wie gesagt: Das Einzige, was ich weiß, ist, dass die halt keine Geheimdaten haben, und damit sind die Anforderungen, selbst wenn irgendwas nach außen hin angebunden ist, anders. Also, ich weiß nicht, ob die dann eine Variante hätten, wie sie uns weiterhelfen würden; aber das hatte ich nicht eruiert, nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das führt jetzt nicht zu weniger Sorgen, dass Sie sagen, diese Daten sind nicht so geheim beim BND. Wie

gesagt, ich hatte noch Hoffnung, dass da irgendwie ein Gedanke schon so weit ist. Aber wenn das nicht ist, kann man nichts machen.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, sie sind nicht Geheim eingestuft wie unsere G-10-Daten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Angekommen. - Gut, ich wäre durch soweit mit den Fragen. Dann kommen wir zur Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe noch zwei. - Wie viele Rechnerarbeitsplätze gab es denn, an denen mit XKeyscore gearbeitet wurde?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, zu der genauen Art, wie der Testbetrieb lief, würde ich gerne - nochmals - in der nichtöffentlichen Sitzung - - Also, ich habe gesagt, wie viele Mitarbeiter dabei waren. Aber zu den genauen Konfigurationen würde ich gerne nur in der nichtöffentlichen Sitzung Auskunft geben.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist, glaube ich, kein - wie soll man so sagen? - Kernbereich operativen Handelns, wie viele Rechner dort stehen.

MR Torsten Akmann (BMI): Da können schon Rückschlüsse gezogen werden.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. Jetzt ist es beim BfV schon geheim, wie viele Rechner dort sind. - Gab es nur einen Platz oder mehrere? Vielleicht können wir es mal so machen.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich hatte mehrere Mitarbeiter. Also, einen Platz muss es wohl gegeben haben auf jeden Fall.

Martina Renner (DIE LINKE): Und es gab auch mehrere Arbeitsplätze. Und für jeden einzelnen Arbeitsplatz galten diese Vorschriften: „kein Export von Daten“, nicht nur für das Hauptgerät, auch für jeden einzelnen Arbeitsplatz?

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau. - Also, die Vorschriften sind sowohl beim sogenannten Server als auch bei den sogenannten Clients - also, das



Nur zur dienstlichen Verwendung

ist ja immer, wenn Sie so einen Rechner dran haben, ein Client - natürlich dieselben.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Das wollte ich nur noch mal wissen. Wir haben ja entsprechende Informationen, an wie vielen Plätzen damit gearbeitet wurde.

Was ich nicht so ganz verstehe - ich meine, so ganz unfähig ist das BfV ja nicht -: Man will diese Software selbst? Wollte man sie wirklich selbst, oder hat man sie angetragen bekommen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, wie der Vorlauf war, -

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie nicht.

Zeugin Doreen Delmdahl: - kann ich aus eigener Anschauung nicht sagen. Also, ich kenne auch nur die Dokumente, die Ihnen vorliegen: dass es im Rahmen verschiedener Zusammenkünfte zur Sprache kam. Aber wer wen - -

Martina Renner (DIE LINKE): Und wenn man dann feststellt, man hat da Bedenken, und man hat keinen Quellcode, man kann wahrscheinlich nie diese Software im Echtbetrieb laufen lassen: Warum, wenn sie irgendwas kann, was wertig ist, entwickelt man nicht selbst eine Software?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, wie gesagt - das habe ich schon gesagt -: An sich ist es eine komplexe Sache, wofür man viele Mitarbeiter braucht.

Martina Renner (DIE LINKE): Man kann aber auch einen Auftrag nach draußen geben, oder? Also, da kann man ja dann genauso wenige oder viele Bedenken haben wie etwas, was einem vom Makler irgendwie von der NSA untergeschaufelt wird.

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, da das ja die Arbeitsweise und Arbeitsfähigkeit des BfV betrifft, würden wir mit Sicherheit sehr restriktiv vorgehen, um irgendjemanden zu beauftragen. Weil das sind ja die ureigensten Interessen des BfV. Mehr kann ich dazu nicht - - Also, ich kenne die Hintergründe - -

Martina Renner (DIE LINKE): Also, es war nie eine Überlegung, zu sagen: „Das kann schon ein paar Sachen, die sind gar nicht so schlecht“ - decodieren oder was auch immer -, „aber nach drei Jahren können wir sicher davon ausgehen, wir werden es nicht laufen lassen auf Perseus“? Warum hat man dann nicht den nächsten Schritt unternommen, zu sagen: „Dann machen wir es halt selbst“? Warum hält man daran fest? Ist man da irgendwie dran gebunden? Muss man das machen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein. - Also, soweit ich weiß, sind da ganz viele Entwickler mit beschäftigt, und das könnten wir aktuell nicht aufbringen; das wäre unmöglich. Deswegen nutzen wir es halt in der Weise, wie wir glauben, dass es sicher nutzbar ist und für uns trotzdem noch einen Mehrwert ergibt. Aber solche IT-Programme - dafür gibt es ja diese riesigen IT-Firmen auch - brauchen einfach Zeit, Geld, und Manpower.

Martina Renner (DIE LINKE): Gibt es denn neben XKeyscore noch andere Software, die Sie vom BND übernommen haben, zu deren Herkunft Sie gegebenenfalls nichts wissen? Also, wir haben ja vorhin gefragt: Läuft weiter über NSA Software? Haben Sie verneint. Aber wir wissen ja jetzt auch, dass XKeyscore ja nur vermittelt gekommen ist. Die Frage ist: Überlässt der BND Software ans BfV?

Zeugin Doreen Delmdahl: Mir hat er keine andere Software - - Und ich kenne auch keine andere Software, die vom BND überlassen wurde.

Martina Renner (DIE LINKE): Ansonsten?

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Ich habe dann erst mal keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Ich glaube, die Fraktionen der SPD und CDU/CSU im öffentlichen Teil auch nicht. - Dann wären wir bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich wollte nur vorab klarstellen, eben wegen der Fragen des Vorsitzenden: Die Akte, die Sie zitiert haben, da steht auf Seite 263, VS-Vertraulich, der Satz - nur damit das sozusagen nicht falsch in Erinnerung bleibt -, Absatz 2: „Gemäß Informationen - -

MR Torsten Akmann (BMI): Herr von Notz, das ist doch VS-Vertraulich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

MR Torsten Akmann (BMI): Sie sagten gerade, das ist VS-Vertraulich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat es doch eben zitiert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe ihn ja nicht voll umfänglich vorgelesen, sondern nur den Part - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. Und ich werde jetzt den Part vorlesen, der das beweist. - Ich sage es so, Herr Akmann, und nachher können wir es in der nichtöffentlichen Sitzung dann noch mal genau zitieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das, was eben dargestellt wurde, dass der BND ein Sicherheitskonzept hat, ist falsch. Im September 2012 hatte der BND kein Sicherheitskonzept.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, da steht - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Deswegen habe ich es ja extra gesagt: für das BfV - wenn ich das richtig verstehe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Dann steht das hier anders.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Es hatte noch keines, hat aber einen Entwurf gemacht!)

- Ja. Hat einen Entwurf gemacht.

MR Torsten Akmann (BMI): Ich rege aber an, dass - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich hätte es ja gerne ganz vorgelesen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Akmann, wenn Sie so ehrgeizig - - Eben nur, weil Sie so verwundert - -

MR Torsten Akmann (BMI): Ich rege ja nur an, dass das in einer nichtöffentlichen Sitzung geklärt wird.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das haben Sie aber dem Vorsitzenden eben - -

(Nina Warken (CDU/CSU):
Sagst du noch mal die Seite?)

Als es zu Ihren Gunsten ging, haben Sie das nicht eingewendet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich hatte es ja ganz präzise vorgelesen. Dann steht es da ja - -

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht ganz! - Nina Warken (CDU/CSU): Seite?)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 263.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Rechts irgendwo. Ich habe es jetzt auch nicht mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zweiter Absatz, Seite 263, rechts.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sonst kann man es ihr doch vorlegen; dann kann man fragen, ob es so zu verstehen ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Mir geht es jetzt nicht darum, die Zeugin dazu zu befragen; die ist letztlich nicht dafür verantwortlich, was der BND für Sicherheitskonzepte hat. Mir geht es darum, klarzustellen, dass der BND das eingesetzt hat und selbst kein Sicherheitskonzept hatte. Das ist einfach eine andere Frage. Wir werden das nichtöffentlich diskutieren.

Frau Delmdahl - um sozusagen Ihre Zeit nicht zu verschwenden -, warum hat denn der BND XKeyscore - - Also, wir reden jetzt die ganze Zeit darüber. Was kann denn XKeyscore?

Zeugin Doreen Delmdahl: Würde ich Ihnen auch gerne so ein bisschen noch näher erläutern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber?

Zeugin Doreen Delmdahl: In der nichtöffentlichen Sitzung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ich Ihnen sage, dass XKeyscore Daten lesen kann, die Sie sonst nicht lesen können, geht das in die richtige Richtung?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nichtöffentlich. - Da sage ich Ihnen auch, was es kann und was es alles nicht kann.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Das ist ja sozusagen auch für die Öffentlichkeit von Interesse; sonst könnten wir uns das hier alles sparen.

Zeugin Doreen Delmdahl: Es ist ein Analysetool; das ist klar.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist ein Analysetool. Ja, das stimmt wohl. - Sie haben eben gesagt, dass der BND XKeyscore nicht bei G 10 einsetzt.

Zeugin Doreen Delmdahl: Bitte?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben eben gesagt, dass der BND, der Bundesnachrichtendienst, XKeyscore nicht bei G 10 einsetzt. Wissen Sie das, oder haben Sie das vermutet?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, ich weiß es nicht. Ich hatte es jetzt vermutet, weil das Hauptaufkommen des BND nicht in der G-10-Erfassung liegt nach meiner Erkenntnis.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das würde man sich wünschen, aber ich sage Ihnen: Die Aussage stimmt meiner Ansicht nach nicht.

Zeugin Doreen Delmdahl: Okay.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wir haben Schaubilder, die das Gegenteil nahelegen. - Also, wenn XKeyscore sozusagen - und das ist ja der interessante Punkt und das, was vielleicht auch heikel - Daten lesen kann, die Sie sonst nicht lesen können, dann geht es ja nicht um Telefonnummern, sondern es geht, wenn Sie einen DSL-Anschluss erfassen, um alles Mögliche, was die Leute tun. Und jetzt haben Sie eben so viel Wert darauf gelegt, dass G-10-geschützte Kommunikation nur von Mensch zu Mensch stattfindet; so ist Ihre Definition.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist denn mit den Dingen, die ich im Netz tue, die nicht von Mensch zu Mensch, sondern von Mensch zu Maschine, von Mensch zu Internetseite, stattfinden: die Seite, die ich aufrufe, den Begriff, den ich google,

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Passwörter!)

die Passwörter, die ich eingebe, das WLAN, in dem ich bin? Ist das G-10-geschützt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Doreen Delmdahl: Im Fall unserer Erfassung ja. Ja, ist es, klar.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie das denn lesen, händisch?

Zeugin Doreen Delmdahl: Darf ich zu der Frage, was wir tatsächlich können und was wir nicht können als BfV, in der nichtöffentlichen Sitzung Auskunft geben?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ungern, weil die Frage, warum Sie XKey-score einsetzen, nur logisch nachvollziehbar wird, wenn Sie erklären, was XKeyscore kann.

Zeugin Doreen Delmdahl: Es muss wohl mehr können, als wir ohne XKeyscore können.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Deswegen frage ich, was Sie können. Können Sie, wenn jemand bei Facebook eingehackt ist, anhand der Daten, die Sie von dem DSL-Anschluss abziehen, mit Ihrer händischen Sortiermethode sehen, dass er bei Facebook eingehackt ist?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ich kann Ihnen dazu was sagen, aber nur in der nichtöffentlichen Sitzung. Dann kann ich Ihnen auch klar erklären, wie weit unsere Möglichkeiten gehen und wie weit eben nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Noch mal eine andere Frage. Sie haben das vorhin so gesagt: die Daten von Nebenbetroffenen bei G-10-Maßnahmen. - Also jemand, gegen den eine G-10-Maßnahme läuft, in Wuppertal, Dschihadist oder so, der telefoniert mit jemandem in Afghanistan. Derjenige in Afghanistan ist Nebenbetroffener. Ist das so?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern?

Zeugin Doreen Delmdahl: Nebenbetroffene sind nach dem G-10-Gesetz nur diejenigen, wo wir

nachweisen können, dass die auf sie zugelassenen Kommunikationsmittel vom Hauptbetroffenen benutzt werden; das heißt, wenn zum Beispiel der Mann das Handy seiner Ehefrau, sagen wir einfach mal, benutzt, das auf sie zugelassen ist. Für uns geht es darum: Wer ist bei der BNetz-Agentur für das Kommunikationsmittel zugelassen? Wer hat den DSL-Anschluss beantragt?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe.

Zeugin Doreen Delmdahl: Nebenbetroffene sind dann immer die, auf die das Ding läuft. Wir brauchen auch grundsätzlich ein Beweismittel dafür -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das nachzuweisen, -

Zeugin Doreen Delmdahl: - genau -, dass der Hauptbetroffene das benutzt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dass der 17-jährige Dschihadist sozusagen über den WLAN-Port seiner Eltern surft oder so? Als Beispiel.

Zeugin Doreen Delmdahl: Genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber trotzdem sammeln Sie ja jetzt Daten der Kommunikationsteilnehmer, die von der G-10-Maßnahme indirekt betroffen sind, ein.

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, klar.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt haben wir jemanden, der ist kein Grundrechtsträger.

Zeugin Doreen Delmdahl: Wer ist denn kein Grundrechtsträger?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das frage ich mich. Gut, dass Sie es endlich mal ansprechen. Das fragt man sich seit zweieinhalb Jahren hier. Also Österreicher beispielsweise sind keine Grundrechtsträger, haben wir gelernt, so wenig wie Afghanen. Dann gibt es Deutsche, die haben eine Funktion, die sind



Nur zur dienstlichen Verwendung

dann auch keine Grundrechtsträger. Das ist aber zum Glück nicht Ihr Dienst, der das so sieht, sondern das ist ein anderer.

Trotzdem die Frage, um zu verstehen, warum der BND so darauf drängt, dass Sie - das ist ja alles, was ich verstehen will - XKeyscore einsetzen. Das verstehe ich nämlich bisher gar nicht so richtig. Warum wollen die denn unbedingt, dass Sie das einsetzen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also die NSA oder der BND?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Beide ja irgendwie, also der Makler und der Endkunde. Oder wie nennen Sie das?

Zeugin Doreen Delmdahl: Also, was der BND für Argumente bzw. für Interessen hat, weiß ich nicht; haben sie mir nicht gesagt. Auch bei der NSA ist es so - war meine Vermutung, wie gesagt -, dass sie natürlich auch davon profitieren, wenn wir hier ihre Botschaften und Ramstein und Ähnliches schützen mit unseren eigenen Erkenntnissen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also nur einen indirekten Mehrwert? Die wollen, dass der deutsche Inlandsgeheimdienst gut ausgestattet ist?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja. Wenn sie ihre Bürger hier vor Ort schützen wollen, sind sie natürlich daran interessiert, dass wir das hier auch gut hinkriegen, weil hier dürfen sie ja selber nicht tätig sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber trotzdem trauen Sie dem Braten nicht ganz. Diese ganze Selbstlosigkeit oder so, da ist das BfV so ein bisschen skeptisch und denkt: Vielleicht ist es doch ein großes trojanisches Pferd, das wir hier in unser Haus geschoben kriegen?

Zeugin Doreen Delmdahl: Wir gehen zumindest auf Nummer sicher.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Seit Jahren?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Trotzdem jetzt meine Frage, meine Ausgangsfrage, weil mich das einfach vom Handling her interessiert: Sie haben jemanden, für den haben Sie eine G-10-Maßnahme - gar nicht irgendwie nebenbetroffen, sondern hauptbetroffen -; dieser Mensch telefoniert mit jemandem im Ausland, mit einem Afghanen zum Beispiel oder einem Österreicher. Die Daten dieses Kommunikationspartners, sind die G-10-geschützt oder nicht?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, natürlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So natürlich ist das nicht; sagen Sie das nicht.

Zeugin Doreen Delmdahl: Die sind, weil sie - - Also alles, was innerhalb von G 10 erfasst ist, ist auch dann vom G 10 geschützt in dem Falle.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist die Telefonnummer, alles, die Metadaten, das ist alles G-10-geschützt, und so würden Sie das auch rechtlich interpretieren?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja. Tatsächlich ist es aber so, dass wir von den Kommunikationspartnern längst nicht so viele Metadaten kriegen wie vom eigentlich - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, klar. Aber es fallen trotzdem Informationen an. Aber die unterstehen bei Ihnen auch dem G-10-Schutz, weil das so ist?

Zeugin Doreen Delmdahl: Ja, weil alles, was G-10-erfasst ist, ist G 10.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sehe ich rechtlich ganz genauso, aber es wird eben anders gehandhabt in Partnerdiensten, die bei Ihnen in Zimmern ohne IT sitzen



Nur zur dienstlichen Verwendung

müssen. - Gut, ich habe auch erst mal keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann schaue ich zur Fraktion Die Linke. - Auch keine weiteren Fragen mehr. - Dann sehe ich in der Runde, dass es keine weiteren Fragen mehr gibt, die im öffentlichen Teil behandelt werden können.

Dann sollten wir jetzt einen Beschluss fassen für den sich aus meiner Sicht zwingend anschließenden nichtöffentlichen Teil, weil einige Fragen eben doch nur im nichtöffentlichen bzw. eingestuftem Teil beantwortet werden können.

Ich schlage daher folgenden Beschluss vor:

Für die weitere Vernehmung der Zeugin Delmdahl am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Bevor wir aber zu der nichtöffentlichen bzw. eingestuften Vernehmung von Ihnen, Frau Delmdahl, kommen, haben Sie erst mal Pause, können sich ein bisschen erholen. Ganz herzlichen Dank, Frau Delmdahl, insoweit. Wir sehen uns wahrscheinlich heute Abend noch einmal wieder. Danke schön.

Wir machen nun mit der öffentlichen Sitzung weiter, und zwar mit den Zeugen Sohm und Luther. Wir beginnen mit dem Zeugen Sohm. Ich bitte darum, ihn in den Sitzungssaal zu geleiten. Wir machen, würde ich sagen, etwa zehn Minuten Pause. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von
15.36 bis 15.56 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses wird fortgesetzt.

Vernehmung des Zeugen Stefan Sohm

Ich darf unseren nächsten Zeugen begrüßen, Herrn Sohm. Herzlichen Dank, dass Sie zu uns gekommen sind. Ich stelle fest, Sie sind ordnungsgemäß geladen worden. Sie haben den Erhalt unserer Ladung am 9. Februar 2016 bestätigt. Herzlichen Dank, dass Sie bei uns sind und uns Rede und Antwort stehen.

Ich habe Sie darauf aufmerksam zu machen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme dieser Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufzeichnung wird danach dann auch gelöscht.

Sie haben die Möglichkeit, im Protokoll, das Ihnen übersandt wird, innerhalb von 14 Tagen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen, wenn dies aus Ihrer Sicht notwendig ist, und es dann an uns zurückzuschicken. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Stefan Sohm: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. - Vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zu belehren, Herr Sohm. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafen bestraft werden.

Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würden, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuftem Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann, also die Sitzung in nichtöffentlicher oder eingestufte Sitzung fortführen kann, um Ihnen dann die entsprechenden Fragen zu stellen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Stefan Sohm: Keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie die Gelegenheit, gemäß § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes im Zusammenhang vorzutragen, also ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben, in dem Sie den Sachverhalt und den Grund Ihrer Befragung im Zusammenhang schildern können, ohne dass Sie unterbrochen werden. Danach werde ich Sie befragen. Im Anschluss haben die Mitglieder dieses Ausschusses Gelegenheit, ihre Fragen zu stellen. Dies geschieht nach der Stärke der jeweiligen Fraktion, eine Fraktion nach der anderen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Stefan Sohm: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wunderbar. - Dann darf ich Sie nun bitten, zu Beginn Ihrer Ausführungen sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stefan Sohm: Vielen Dank. - Mein Name ist Stefan Sohm, bin 52 Jahre alt, bin Ministerialrat im Bundesministerium der Verteidigung und dort Referatsleiter des Referates für Völkerrecht und Rechtsgrundlagen der Auslandseinsätze. Meine ladungsfähige Anschrift wäre dementsprechend auch das Bundesministerium der Verteidigung, Stauffenbergstraße 18 in Berlin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wenn Sie es möchten, würde ich Ihnen jetzt die Gelegenheit für ein sogenanntes Eingangsstatement geben, also nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes im Zusammenhang zu Ihrer Vernehmung vorzutragen. Wünschen Sie dies?

Zeuge Stefan Sohm: Nein. Ich kann darauf verzichten, weil ich denke, ich kann Ihrem Auskunftsinteresse am besten dadurch entsprechen, dass ich auf Ihre konkreten Fragen eingehe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das freut mich sehr. - Dann würde ich mit einigen Fragen beginnen. Können Sie ganz kurz etwas zu Ihrer Ausbildung sagen? Ich gehe davon aus, Sie sind Volljurist, haben Jura studiert. Wann haben Sie Examen, zweites Staatsexamen gemacht?

Zeuge Stefan Sohm: Mein zweites Staatsexamen habe ich 1989 gemacht, war dann anschließend noch zwei Jahre wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Konstanz im Bereich Staats- und Verwaltungsrecht und bin seit 1991 im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung tätig, zunächst als Rechtsberater einer Panzerdivision, war dann anschließend drei Jahre Rechtsdozent für Völkerrecht, dann¹ Zentrum Innere Führung in Koblenz und Strausberg und bin seit 1995 in verschiedenen Verwendungen im Bundesministerium der Verteidigung tätig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wann waren Sie in Koblenz?

Zeuge Stefan Sohm: Von 1993 bis 94.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und dann in der letzten Verwendung seit wann?

Zeuge Stefan Sohm: In der jetzigen Verwendung seit Januar 2013 als Referatsleiter Völkerrecht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was haben Sie für Aufgaben als Referatsleiter Völkerrecht?

Zeuge Stefan Sohm: Ich betreue das gesamte Völkerrecht, soweit es für die Bundeswehr und das Bundesministerium der Verteidigung von Relevanz ist, mit Ausnahme bestimmter völkerrechtlicher und stationierungsrechtlicher Verträge, und bin auch zuständig in meinem Referat mit zusammen fünf Referentinnen und Referenten für den Bereich Rechtsgrundlagen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Das heißt dann auf der einen Seite Grundlagenarbeit in völkerrechtlichen Fragen, Erstellung von Dienstvorschriften, von grundlegenden Papieren, Abstimmungen mit anderen Ressorts, Kontakt halten zu wissenschaftlichen Einrichtungen bei aktuellen völkerrechtlichen Diskussionen und als eher operatives Geschäft schwerpunktmäßig die Mitarbeit an einsatzvorbereitenden Entscheidungen, an Bundestagsmandaten für Auslandseinsätze, aber auch an entsprechenden militärischen Dokumenten, Mitwirkung an Rules of Engagement, Taschenkarten für Einsätze, Fragen militärischer Gewaltanwendung, militärischer Befugnisse in Auslandseinsätzen. - Eine relativ große Bandbreite.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie viele Mitarbeiter haben Sie in Ihrem Referat?

Zeuge Stefan Sohm: Ich habe fünf Referenten neben mir - im Moment nicht alle besetzt - und einen Stabsfeldwebel, der sich um das Geschäftszimmer kümmert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Referenten sind wahrscheinlich alle Volljuristen?

Zeuge Stefan Sohm: Ja, durchgehend.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann kommen wir mal zum Kern - - Oder noch eine

1) Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

andere Frage: Wenn Sie Völkerrecht machen, sagt Ihnen die Weltraumtheorie etwas?

Zeuge Stefan Sohm: Nicht unmittelbar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mittelbar denn?

Zeuge Stefan Sohm: Nein, im Moment nicht. Sagt mir im Moment nichts. Kann im Moment keinen Zusammenhang -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mir hat es auch lange nichts gesagt.

Zeuge Stefan Sohm: - herstellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hätte ja sein können, dass Ihnen das etwas sagt, gerade bei der Bundeswehr, die auch viel im Ausland ist. Hätte ja sein können, dass Ihnen das auch ein Begriff ist.

Zeuge Stefan Sohm: Tut mir leid.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ihnen sagt aber die Airbase in Ramstein etwas?

Zeuge Stefan Sohm: Ist mir ein Begriff, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist Ihnen ein Begriff. - Gab es da irgendetwas zu prüfen in Ihrer Funktion schon ab Anfang 2013 möglicherweise bezüglich Kommunikationswegen über die Airbase in Ramstein?

Zeuge Stefan Sohm: Ab 2013 - das kann man sagen; das war ja auch so im Untersuchungsauftrag dargestellt - bekam ja das Thema mit Drohneinsätzen und der möglichen Nutzung deutscher Einrichtungen oder in Deutschland gelegener Einrichtungen eine gewisse Konjunktur, insbesondere durch parlamentarische Anfragen, seien es Kleine Anfragen, seien es schriftliche Anfragen. Dabei stellten sich zum Teil natürlich auch rechtliche Fragen, es wurde nach rechtlichen Kategorien gefragt, und zwangsläufig hatte natürlich das Bundesministerium der Verteidigung an solchen Fragen mitgewirkt und damit natürlich auch mein Referat, und wir waren an solchen

Fragen beteiligt. Somit kam dann natürlich ein gewisser Bezug dazu auf.

Zweiter Punkt waren dann gewisse gerichtliche Verfahren, die auch unter Bezugnahme auf diese Airbase Ramstein geführt wurden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also VG Köln?

Zeuge Stefan Sohm: Zum Beispiel.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Darauf will ich noch gar nicht zu sprechen kommen. - Was war da inhaltlich Fragegegenstand? Sie können das auch relativ abstrakt sagen, wenn es nicht anders geht.

Zeuge Stefan Sohm: Also, soweit ich diese Fragen kenne, waren es eben Fragen, die eher eigentlich auf tatsächliche Erkenntnisse abzielten, als Abgeordnete Interesse hatten, wie diese Airbase möglicherweise einbezogen ist in amerikanische Einsätze. Dann kamen eben zum Teil auch rechtliche Argumente dazu oder rechtliche Fragestellungen, wie das juristisch bewertet wird.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich glaube, der Hintergrund war ja, wenn ich es richtig verstehe - aber Sie können das gern ergänzen und erweitern -, dass die Airbase genutzt wird als sogenannte Relaisstation, dass also die Drohnen, die in Einsatzländern fliegen, gesteuert werden aus Amerika, aber man aufgrund der Erdkrümmung, sage ich jetzt mal laienhaft als Jurist, eine Relaisstation braucht, und das ist die Airbase. Sprich also, mittelbar von deutschem Boden - so die Spekulation, Hypothese - werden Drohnen in Einsatzländern gesteuert, die möglicherweise auch Menschen töten. Hätte man die Relaisstation nicht, wäre alles gut. - Wie ist das juristisch zu bewerten? Was haben Sie da gemacht?

Zeuge Stefan Sohm: Also zunächst mal - Sie sagten selber: Unterstellungen, Hypothesen -: Das waren Hypothesen. Das sind Hypothesen, die sind im Raum. Eine abschließende Erkenntnis habe ich dazu nicht. Wir konnten rechtlich maximal unter der Voraussetzung bewerten: selbst



Nur zur dienstlichen Verwendung

wenn es so wäre. - Wir haben keine abschließenden Kenntnisse - ich jedenfalls nicht -, inwieweit sich dort eine Relaisstation befindet und inwieweit die genutzt wird.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber sagen wir mal so: Die Bewertung, ob das gut, schlecht, böse, sinnvoll ist, ist ja eine andere.

Zeuge Stefan Sohm: Das ist eine andere.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber ob auf deutschem Boden eine amerikanische Relaisstation ist, das würde ich schon gern wissen; man muss es ja nicht jedem sagen. Aber dass man es gerne weiß - -

Zeuge Stefan Sohm: Ich persönlich kann es jedenfalls nicht bestätigen. Ich kann es genauso wenig ausschließen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also das wüsste ich schon gerne. Ich würde es dann nicht twittern, aber - - Okay. - Aber Sie wissen es nicht; von daher haben Sie sich rein hypothetisch damit beschäftigt, mehr nicht.

Zeuge Stefan Sohm: Wir haben uns damit hypothetisch beschäftigt, genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und zu welchem Ergebnis sind Sie gekommen, wenn das so wäre, völkerrechtlich?

Zeuge Stefan Sohm: Das kommt jetzt ganz darauf an, auf die Frage, über die man sich unterhält. Das ist eine allgemeine Fragestellung. Wir können jedenfalls - - Allein daraus, wenn es das theoretisch gäbe, folgt daraus nicht zwangsläufig ein Völkerrechtsverstoß.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Stefan Sohm: Die Frage wäre ja dann zunächst mal: Wäre der Drohneneinsatz selber, wenn er dann über Ramstein gesteuert würde oder diese Einrichtung in Ramstein zwingend erforderlich wäre, dann automatisch völkerrechtswidrig? Das wäre die erste Vorfrage, die man stel-

len müsste, um dann in einer zweiten Fragestellung darauf einzugehen, welche rechtlichen Konsequenzen denn möglicherweise diese Relaisstation hätte. Und ein zweiter Punkt - - Also gut, Sie wollten noch nicht auf die Gerichtsverfahren eingehen, weil da käme ein ganz anderer Aspekt noch über rechtliche Aspekte mit rein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In dieser Differenziertheit, haben Sie damals irgendwie auch eine Vorlage gemacht für das Ministerium? Das, was ich Sie jetzt frage, gibt es das alles schriftlich?

Zeuge Stefan Sohm: Es gibt da eine ganze Reihe an parlamentarischen Anfragen dazu, die natürlich dann zum Teil auch von der Leitung des BMVg oder auch von anderen Häusern der Bundesregierung, die zum Teil dann federführend waren für die Beantwortung dieser Anfragen, gebilligt wurden. Wir haben an solchen Anfragen natürlich mitgewirkt und dabei interne Beiträge geschrieben, Mitzeichnungsbemerkungen, wie man das zum Teil im ministeriellen Sprachgebrauch nennt. Das ist natürlich erfolgt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und zu welchem Ergebnis kamen Sie - bei der Unterstellung, dass das eine Relaisstation ist und die Kommunikation darüber stattfindet? War das völkerrechtswidrig?

Zeuge Stefan Sohm: Das für sich allein wäre niemals völkerrechtswidrig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und der Einsatz der Drohne zur gezielten Tötung einer Person?

Zeuge Stefan Sohm: Also, man kann sich zumindest Fallkonstellationen vorstellen, in denen ein Einsatz von Drohnen auch zur gezielten Tötung völkerrechtskonform sein kann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist oft so üblich im Krieg, dass Personen gezielt getötet werden; das ist das Unschöne am Krieg. Man kann sich aber auch vorstellen, dass es nicht völkerrechtskonform war?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stefan Sohm: Es gibt bei fast jedem Waffensystem eine Einsatzmöglichkeit, die es völkerrechtswidrig macht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Deswegen ist das sehr schwer konkret zu beurteilen, weil die ganze Bandbreite möglich ist.

Zeuge Stefan Sohm: Man kann immer nur einen konkreten Einzelfall beurteilen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und die gab es. Jetzt sind wir bei den VG-Fällen. Wie war das denn da? Waren Sie bei den Verhandlungen dabei, 27. Mai 2015 VG Köln?

Zeuge Stefan Sohm: Da war ich dabei. Das war ein Prozess, da muss ich was dazu sagen. Das war ja eine Klage von jemenitischen Staatsangehörigen gegen die Bundesrepublik Deutschland, die das Ziel hatten, der Bundesrepublik gewisse Verpflichtungen aufzuerlegen gegenüber den Amerikanern, was die Nutzung von Ramstein anlangt. Das heißt, hier war die rechtliche Frage natürlich auch von vorneherein eine etwas andere als die abstrakte Klärung der Rechtmäßigkeit von Drohnenangriffen oder auch ihre ethische oder moralische Bewertung, sondern es ging um die juristische Bewertung: Haben jemenitische Staatsbürger in dieser konkreten Situation einen Anspruch gegen die Bundesregierung, dass sie in irgendeiner Weise gegenüber den USA tätig wird? - Darauf hat sich unsere juristische Arbeit bezogen und unsere juristische Bewertung. Da kamen wir zu dem Ergebnis, dass auf der Grundlage des bei uns vorhandenen Sachwissens ein solcher Anspruch jedenfalls nicht besteht. Entsprechend habe ich auch an der Erarbeitung des Schriftsatzes mitgewirkt, das so dargestellt. Dem hat ja dann im Ergebnis auch das Verwaltungsgericht Köln entsprochen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich habe noch zwei Fragen. Wenn die Drohne, eine amerikanische oder eine deutsche, dort jemanden gezielt tötet, welches Recht ist denn dann anzuwenden?

Zeuge Stefan Sohm: Also da kann ich nur eine typische Juristenantwort geben: Es kommt darauf

an. - Meinen Sie jetzt den Fall Jemen konkret, oder?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz abstrakt.

Zeuge Stefan Sohm: Also gut. Man kann zumindest zwei Dinge unterscheiden. Wobei, ich sehe mich jetzt nicht so ganz als Gutachter hier, sondern schon eher als Zeugen; das heißt, ich versuche, die Frage jetzt eher so zu beantworten, dass ich über tatsächlich erfolgte juristische Bewertungen bei uns berichte, also eher zeugenmäßig denn als Sachverständiger.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich nähere mich so langsam an.

Zeuge Stefan Sohm: Also gut. Es kommt darauf an. Wir haben zum einen natürlich immer die Frage - das ist die Grundentscheidung wahrscheinlich bei einem militärischen Tätigwerden -: Sind wir tätig im Bereich eines bewaffneten Konfliktes oder außerhalb eines bewaffneten Konfliktes? Man kann vielleicht die juristische Unterscheidung zwischen diesen beiden Bereichen, wenn ich es mal grob vereinfacht darstellen will, ganz abstrakt so formulieren: In einem bewaffneten Konflikt ist grundsätzlich jedes militärische Handeln, das der Erfüllung militärischer Zielsetzungen dient, zulässig, sofern es nicht ausdrücklich durch konkrete Regelungen des Humanitären Völkerrechts untersagt ist. Umgekehrt ist es natürlich in Bereichen außerhalb bewaffneter Konflikte, wo wir jetzt nach nationalem Sprachgebrauch eher von polizeirechtlichen Kategorien ausgehen - im internationalen Bereich spricht man dann von sogenannten Law-Enforcement-Operationen, die also außerhalb des Rechts des bewaffneten Konfliktes liegen -, dann eigentlich die unterschiedliche Kategorie, dass wir eher sagen: Hoheitliche Eingriffe, insbesondere Grundrechtsbeeinträchtigungen, sind dann zulässig, wenn dafür eine besondere Ermächtigungsgrundlage besteht.

Das heißt, in beiden Kategorien haben wir einen völlig anderen Prüfungsansatz. Im einen Fall prüfen wir: Gibt es ein spezifisches Verbot in Bezug auf eine bestimmte militärische Operation oder



Nur zur dienstlichen Verwendung

eine bestimmte militärische Handlung? Im anderen Fall würde man eher den Prüfschritt so vollziehen, dass man sagt: Gibt es dafür eine bestimmte rechtliche Ermächtigung? Und das trifft natürlich auch auf den Fall eines Drohneneinsatzes zu.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Würden Sie sagen: Da spielt auch nationales Recht eine Rolle? Oder sind wir dann ganz im Völkerrecht, im Kriegsvölkerrecht?

Zeuge Stefan Sohm: Also, ich gehe grundsätzlich davon aus, dass die Bundesrepublik Deutschland das bestehende Humanitäre Völkerrecht ratifiziert hat; steht ja bei uns jedenfalls in den entscheidenden Abkommen im Bundesgesetzblatt. Bisher hat nie jemand bestritten², dass die Ratifikation dieser völkerrechtlichen Abkommen verfassungswidrig gewesen wäre. Dann hätten wir unter Umständen eine nationalrechtliche Problematik, weil dann diese Abkommen gegen höherrangiges Recht verstoßen würden. Ist mir aber bislang nicht bekannt, dass das jemals vertreten wurde; wird auch von uns nicht so vertreten. Damit sind wir natürlich im Bereich Humanitäres Völkerrecht schon relativ deckungsgleich mit nationalem Recht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Richtig. Ich meinte jetzt - -

Zeuge Stefan Sohm: Das hängt natürlich wieder im konkreten Fall davon ab: Sind wir selber Beteiligte, oder wie kann man so was abdecken?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Könnte sich zum Beispiel ein Afghane auf deutsche Grundrechte oder auf Menschenrechte berufen?

Zeuge Stefan Sohm: In welchem Zusammenhang? Gegenüber deutschen Staats- -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Drohnenangriff.

Zeuge Stefan Sohm: Die Frage ist ja: Drohnen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist eine deutsche Drohne in meinem fiktiven Beispiel.

Zeuge Stefan Sohm: Also, wenn deutsche Staatsgewalt tätig wird, ist diese natürlich grundsätzlich grundrechtsgebunden, wobei man natürlich davon ausgehen kann, dass diese Grundrechtsbindung auch wieder Einschränkungen unterliegt, unter anderem auch denen, die aus dem Rahmen des Völkerrechts kommen. Weil sonst könnte sich auch in einem klassischen Verteidigungseinsatz der Bundeswehr jeder gegnerische Soldat auf Grundrechte berufen, was sicher vielleicht auch in gewissem Maße möglich ist, aber auch auf der anderen Seite sicher nicht legitime Verteidigungshandlungen deutscher Streitkräfte infrage stellt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auch das Völkerrecht stellt in dem Falle eine Einschränkungsmöglichkeit der Grundrechte dar.

Zeuge Stefan Sohm: Wenn man es so formulieren möchte. Da ist die Frage, wenn man das rechtsdogmatisch im Detail ausdekliniert, aber man wird das im Ergebnis so sagen können.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Würde das auch gelten, wenn zum Beispiel der Bundesnachrichtendienst - ZNBw haben wir ja nicht mehr - als der Dienst, der Force Protection macht, im Einsatzland tätig wird? Ist das dann quasi eine Art Annex, werden die dann - - Als Kombattanten werden die ja nicht tätig. Also, wie muss ich mir das vorstellen? Wenn jetzt der Bundesnachrichtendienst in Afghanistan Force Protection macht und da - -

Zeuge Stefan Sohm: Ich muss zugeben, dass mir nicht bekannt wäre, dass der Bundesnachrichtendienst in Afghanistan Force Protection macht. Force Protection als militärfachlicher Begriff ist eine ureigenste Aufgabe der Streitkräfte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Und die Erkenntnisse, die der Bundesnachrichtendienst vielleicht aus Afghanistan gewinnt, wenn

2) Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

ein Konvoi von A nach B fährt - das, dachte ich, macht bisher der Bundesnachrichtendienst - ,

Zeuge Stefan Sohm: Das könnte sein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - und dann diese Erkenntnis an die Bundeswehr weiterleitet und sagt, hohe Gefährdungsstufe - -

Zeuge Stefan Sohm: Da stellt sich schon die Frage: Liegt darin überhaupt ein Grundrechtsingriff, und wenn ja, in welches Grundrecht?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Man könnte zum Beispiel an das Recht auf informationelle Selbstbestimmung denken, wenn so Handyverkehre abgehört werden.

Zeuge Stefan Sohm: Gut, da stellt sich natürlich die Frage, inwieweit dieses Grundrecht nicht ohnehin schon, wenn es im Ausland in Bezug auf ausländische Staatsangehörige überhaupt betroffen ist - - oder inwieweit es verfassungsimmanente Einschränkungen unterliegt. Das wäre jetzt aber auch eine Fragestellung, die jetzt in meinen Bereich bisher so nicht reinfällt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Hätte ja sein können, dass Sie das in Ihrem Bereich mal stärker beleuchtet haben als andere Institutionen. - Gut, ich wäre damit schon mit meinen Fragen fertig. - Frau Kollegin Renner von der Fraktion Die Linke kommt jetzt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich bin jetzt ganz überrascht, dass es bei dem Zeugen der Koalition so fix geht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist ein guter Zeuge.

Martina Renner (DIE LINKE): Willkommen, Herr Sohm! Ich will etwas grundsätzlicher beginnen und nicht gleich bei Drohne und Ramstein enden. Wir untersuchen hier ja die Zusammenarbeit deutscher Stellen mit Geheimdiensten der Five Eyes. Wie sieht das denn für Ihren Bereich

aus? Gibt es dort auch Abkommen, die die Zusammenarbeit des Verteidigungsministeriums mit zum Beispiel der NSA regeln?

Zeuge Stefan Sohm: Ist mir persönlich nicht bekannt, weil ich in dem Bereich mit geheimdienstlicher Kooperation nicht arbeite. Ich kann das auch wieder nicht absolut ausschließen; aber mir sind sie nicht bekannt oder wäre das nicht bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist Ihnen denn bekannt, dass Daten weitergegeben werden?

Zeuge Stefan Sohm: Das kommt natürlich darauf an, in welchem Zusammenhang. Wir sind zum Teil in internationalen Einsätzen auch unter Beteiligung der USA, da gibt es natürlich Datenaustausch im Rahmen von spezifischen mandatierten Einsätzen.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sind ja Jurist; deswegen habe ich schon bewusst die Frage an Sie gerichtet. Wissen Sie etwas, wie dieser Datenaustausch geregelt ist?

Zeuge Stefan Sohm: Nicht im Detail. Da gibt es gewisse Abkommen, die mir jetzt aber im Moment nicht so geläufig sind, dass ich sie im Detail hier beschreiben könnte. In der Regel gibt es einen Grundsatz dabei, dass wir sagen: Diese Daten, die weitergegeben werden - das gilt für fast alle Einsätze -, werden immer unter der Bedingung weitergegeben, dass sie dem Einsatzzweck, der ja gemeinsam im Rahmen einer internationalen militärischen Operation festgelegt ist, entsprechen - das ist immer so die Vorgabe für Datenweitergaben im internationalen militärischen Bereich - und auch in der Regel dafür verwendet werden.

Martina Renner (DIE LINKE): Für den Bereich des Targeting, wie sieht es da mit der Datenweitergabe aus? Was wissen Sie darüber?

Zeuge Stefan Sohm: Durch³ die Frage, was Sie unter Targeting verstehen - - Der Begriff ist natürlich immer ein bisschen ein Reizbegriff, weil er

3) Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

sehr schnell verknüpft wird mit dem Begriff des Targeting Killing. Damit hat er eigentlich gar nicht so viel zu tun. Der Begriff Targeting ist eigentlich ein militärfachlicher Begriff, der ein Verfahren beschreibt, in dem bei militärischen Operationen bestimmte Ziele, Objekte - das müssen nicht Menschen sein, ganz und gar nicht - identifiziert werden, um dann daraus abzuleiten, wie gegebenenfalls militärisch auf sie eingewirkt wird. Das nennt man im abstrakten Sinne Targeting. Targeting kann durchaus auch bedeuten, dass man sagt, man nimmt gewisse Ziele von einer militärischen Wirkung bewusst aus. Das hat also nicht zwangsweise was mit Datenweitergabe zu tun. Es ist auch kein juristisches Verfahren, sondern ein durchaus militärisches, in dem aber sehr viele juristische Argumente oder Elemente mit enthalten sind, weil es natürlich darum geht, auch festzulegen, ob bei einer bestimmten Zielauswahl dann die Grundsätze des Humanitären Völkerrechts eingehalten werden oder nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Jetzt mal zum Satz von Targeting Killing. Welche Quellen, Datenbanken werden denn dort genutzt, automatisiert oder immer nur einzelfallbezogen? Wie muss ich mir das vorstellen?

Zeuge Stefan Sohm: Das ist vermutlich beides. Das weiß ich aber nicht im Detail. Es gibt Datenbanken, die zum Teil für multinationale Einsätze gemeinsam angelegt wurden, soweit mir das bekannt ist. Sicher gibt es auch nationale Datenbanken. Ob das jetzt alles elektronische sind oder ob sich das zum Teil noch in Karteikarten bewegt oder in schriftlichen Dokumenten, das kann theoretisch sicher alles sein. Aber abschließend ist mir das nicht bekannt, weil ich mit diesen Datenweitergaben unmittelbar nicht betraut bin.

Martina Renner (DIE LINKE): Vielleicht ja mittelbar schon mal mit der Problematik betraut worden, dass es einen Zeitpunkt gab, zu dem wenigstens vonseiten des Bundesnachrichtendienstes Daten nur noch verfälscht weitergegeben wurden - - Gibt es so was für den Geschäftsbereich in Ihrem Haus auch?

Zeuge Stefan Sohm: Wäre mir nicht bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist Ihnen die Praxis des BND bekannt, dass man die Daten fälscht?

Zeuge Stefan Sohm: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie jetzt davon gelesen im Zuge der Vorbereitungen?

Zeuge Stefan Sohm: Zur Fälschung von Daten, muss ich sagen, habe ich auch in der Vorbereitung auf diesen Ausschuss nichts gelesen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie haben Sie sich insgesamt vorbereitet?

Zeuge Stefan Sohm: Auf diesen Ausschuss?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, auf die heutige Zeugenvernehmung.

Zeuge Stefan Sohm: Ich habe mir die Unterlagen, die im Rahmen der Anforderungen durch den Ausschuss an das BMVg gerichtet wurden, noch mal angeschaut, die von meinem Referat weitergegeben wurden; wir hatten ja einiges zusammenzustellen aufgrund der Beweisbeschlüsse. Das war es im Grunde. Dann hatte ich eine interne Vorbereitung bekommen über die formalen Abläufe, die jeder Zeuge bekommt, der für das BMVg hier aussagt, wo mir meine Aussagegenehmigung ausgehändigt wurde und die formalen Verfahrenshinweise hier dargestellt wurden.

Martina Renner (DIE LINKE): Was war Ihr Eindruck, zu welchen Gegenständen Sie heute hier Auskunft geben sollen?

Zeuge Stefan Sohm: Darüber habe ich mir durchaus länger Gedanken gemacht, auch weil der Beweisbeschluss oder der Einsetzungsbeschluss des Untersuchungsausschusses ja relativ breit ist. Ich kann mir eigentlich nur erklären, dass es sich auf die Punkte bezog, wo auch aus meinem Referat - und damit vielleicht auch mein Name erschien - Akten an den Untersuchungsausschuss weitergegeben wurden. Da ist natürlich sicher eines dieser Themen die Frage des Drohneneinsatzes, der sich ja so auch, in Teilen jedenfalls, in Ihrem Untersuchungsauftrag widerspiegelt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Nun bin ich wirklich eine militärpolitische Laiin. Können Sie mir mal die Abgrenzung vom Militärischen Nachrichtenwesen zum MAD erklären?

Zeuge Stefan Sohm: Ja. Das ist relativ einfach. Der Militärische Abschirmdienst ist, wenn ich das hier so als Quasi-Sachverständiger sagen darf, obwohl ich auch für den MAD rein formal nicht zuständig bin - -

Martina Renner (DIE LINKE): Da ich auch nicht genau weiß, warum Sie hier sind, versuche ich es jetzt mal.

Zeuge Stefan Sohm: Man kann das relativ einfach sagen: Der MAD ist eigentlich nichts anderes als der Verfassungsschutz der Bundeswehr. Der hat eine klare gesetzliche Grundlage, ist eingestuft als geheimer Nachrichtendienst. Deswegen unterliegt er auch der speziellen Kontrolle durch das PKGr und hat eigentlich den Auftrag, sicherheitsgefährdende Bestrebungen gegen die Bundeswehr abzuwehren, insbesondere dann - und das macht seine beschränkte Zuständigkeit aus -, wenn sie von Angehörigen der Bundeswehr ausgeht⁴. Dann gibt es noch ein paar engere, gesetzlich klar definierte Befugnisse des MAD bei Auslandseinsätzen. Das ist die Aufgabe des MAD.

Das Militärische Nachrichtenwesen ist ja eine klassisch militärische Aufgabe. Es stellt auch keinen eigenen geheimen Nachrichtendienst dar, sondern da geht es einfach um Informationssammlungen weitgehend ohne oder im Grunde ohne nachrichtendienstliche Methoden.

Martina Renner (DIE LINKE): Wo wäre jetzt zum Beispiel eine Schnittstelle zur NSA, wenn es eine gäbe?

Zeuge Stefan Sohm: Kann ich nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie nicht?

Zeuge Stefan Sohm: Weiß ich nichts von.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch nicht zur DIA?

Zeuge Stefan Sohm: Dazu kenne ich auch die Strukturen und die Aufgaben der NSA insgesamt zu wenig. Ich weiß nicht, wie breit deren Aufgabenfeld ist, wo die möglicherweise Schnittstellen haben könnten.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie hatten auch nie in Ihrer dienstlichen Laufbahn Kontakt zu Geheimdiensten der Five Eyes?

Zeuge Stefan Sohm: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Zum Bundesnachrichtendienst?

Zeuge Stefan Sohm: Bedingt. Ich war mal eine Zeit lang während meiner Referentenzeit von 1997 bis 2000 im Büro des Staatssekretärs Dr. Wichert. Dort war ich als Referent eingesetzt unter anderem für militärische Sicherheit, für Militärisches Nachrichtenwesen und auch als Referent zuständig für MAD-Fragen. Damit hatte ich da gewisse Beziehungen. Ich war eine Zeit lang persönlicher Referent des Leiters der Personalabteilung im Verteidigungsministerium. Da hatte ich insoweit Beziehungen zum BND, da wir ja Personal beim BND haben. Da ging es aber um Personalangelegenheiten deutscher Soldaten.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Ich würde dann noch an Herrn Dr. Hahn weitergeben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Für eine Nachfrage passt das zeitlich noch.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Eine Nachfrage ist schwierig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die acht Minuten wären rum. Da müssen Sie das wohl in der nächsten Runde machen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann warte ich.

4) Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, alles klar. Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur nächsten Fraktion, der Fraktion der SPD.

Christian Flisek (SPD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Sohm, wir reden ja einerseits über Ramstein, wir beschäftigen uns aber auch mit der Rolle, die zum Beispiel die Einrichtung AFRICOM in Stuttgart hatte. AFRICOM ist Ihnen bekannt?

Zeuge Stefan Sohm: Ist mir zumindest ein Begriff.

Christian Flisek (SPD): Wir hatten am 28. Januar 2016 hier einen Zeugen aus dem Auswärtigen Amt. Der hat uns damals berichtet, wie das dort zustande kam, dass es eben eine Bitte auch der US-Regierung um Zustimmung zur Einrichtung dieser Einrichtung gegeben habe. Können Sie uns irgendwas sagen, wie damals diese Einrichtung im Bundesministerium der Verteidigung eingeschätzt wurde?

Zeuge Stefan Sohm: Das muss auch zu einer Zeit gewesen sein, wo ich jedenfalls nie damit betraut war. Hinweise über die Einrichtung von AFRICOM, auch das, was Sie jetzt in Ihrer Frage zitieren, sind Dinge, die ich zum Teil aus anderen Dokumenten noch mal gelesen habe - als da mal parlamentarische Anfragen liefen, da wurde das ja noch mal dargestellt, vor allem vom Auswärtigen Amt -; aber da habe ich keine unmittelbaren eigenen Erkenntnisse.

Christian Flisek (SPD): Gut, Sie können uns ja über alle Ihre Erkenntnisse hier berichten, nicht nur über das, was Sie in Ihren jeweiligen eigenen Zuständigkeiten jeweils wahrgenommen haben, sondern auch im Kontext von Vorgängen aus Zeiten, bevor Sie selber sozusagen zuständig waren. Was ist Ihr Eindruck, wie wurde das damals eingeschätzt im Bundesministerium?

Zeuge Stefan Sohm: Wie es im Bundesministerium für Verteidigung eingeschätzt wurde, weiß ich überhaupt nicht. Es gab lediglich mal eine parlamentarische Anfrage, an der ich in einem anderen Zusammenhang beteiligt war, wo auch die Frage gestellt wurde, warum AFRICOM in

Stuttgart eingerichtet wurde. Da gab es eine Antwort, die damals, glaube ich, auch vom Auswärtigen Amt gegeben wurde, dass es da gewisse Diskussionen gab. Es gab auch ein paar Unterstellungen, was da an Diskussionen lief, die zum Teil dann auch wieder zurückgewiesen wurden. Aber das hatte ich eben gelesen im Zusammenhang mit einer Frage, wo ich ganz andere Themenbereiche zu bearbeiten hatte.

Christian Flisek (SPD): Aber das war dann in dem Hause, also im Bundesministerium der Verteidigung, eher eine positive Einschätzung, dass das dort eingerichtet wurde.

Zeuge Stefan Sohm: Davon gehe ich aus, aber - -

Christian Flisek (SPD): Okay. - Jetzt mal rückblickend gesprochen: Sind Ihnen irgendwelche Anhaltspunkte bekannt, wo man sagen würde, die damalige Zustimmung zur Richtung, das müsste man sozusagen heute etwas kritischer sehen?

Zeuge Stefan Sohm: Ist mir nichts dazu bekannt.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie Anhaltspunkte dafür, was dort gemacht wird? Waren Sie jemals da?

Zeuge Stefan Sohm: Nein.

Christian Flisek (SPD): Nie da. - Kennen Sie Leute, die dort arbeiten?

Zeuge Stefan Sohm: Nein.

Christian Flisek (SPD): Nein. - Hat das in Ihrer Arbeit, in Ihrer Beurteilung jemals eine Rolle gespielt?

Zeuge Stefan Sohm: Im Grundsatz nicht, nein.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie auch darüber hinaus keine Wahrnehmung?

Zeuge Stefan Sohm: Nein, habe ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Dann setze ich jetzt noch mal allgemeiner an. Ich bin zwar auch Jurist, aber



Nur zur dienstlichen Verwendung

der Bereich, sage ich mal, das ist für mich Neuland. Wenn die USA in Ramstein oder in Stuttgart so eine Einrichtung betreiben - nehmen wir jetzt mal Stuttgart, AFRICOM -, da kommt was Neues hin, wie läuft das ab, können die das völlig eigenmächtig machen? Jetzt mal abstrakt juristisch: Was muss da von unserer Seite vorliegen? Worauf beschränkt sich das, was wir sozusagen da an Mitwirkungsmöglichkeiten haben? Oder haben die aufgrund irgendwelcher völkerrechtlichen Bindungen, die wir eingegangen sind, freie Hand dort? Wie muss man sich das vorstellen?

Zeuge Stefan Sohm: Da kann ich nur so antworten wie auf die Frage nach dem MAD. Für den speziellen Bereich des Stationierungsrechts, um den es hier dann gehen würde, bin ich gar nicht zuständig. Aber natürlich haben die Amerikaner mit uns einen Aufenthaltsvertrag, aufgrund dessen sie in Deutschland Truppen stationieren können. Es gibt dann die Art und Weise der Stationierung, also die bestehenden Rechte und Pflichten, wie das abläuft; die sind im NATO-Truppenstatut und in einem speziellen Zusatzabkommen geregelt. In dem Rahmen können sie natürlich eigenständige Dienststellen und Strukturen errichten, die dann nicht, soweit ich weiß, durch gesonderte völkerrechtliche Verträge nochmals gesondert rechtlich verankert werden.

Christian Flisek (SPD): So, und wie ist das jetzt: Wenn ich beispielsweise in so einer Einrichtung dann als US-Administration oder Zuständiger in der US-Administration entscheide, die sollen dort völlig neue Aufgaben übernehmen - das nehmen wir jetzt mal an -, die sollen beispielsweise irgendeine Funktion wahrnehmen im Bereich der Steuerung beispielsweise von Drohnen, müsste ich das der Bundesregierung mitteilen, dass so eine neue Aufgabe dort wahrgenommen wird, oder kann ich das einfach machen?

Zeuge Stefan Sohm: Wie weit das genau mitzuteilen ist, kann ich nicht sagen. Also, es gibt sicher Absprachen, wenn so was eingerichtet wird. Die werden dann in erster Linie zwischen der amerikanischen Seite und dem Auswärtigen Amt

ablaufen, die ja auch in der Bundesregierung federführend sind für die Stationierung ausländischer Truppen. Wie weit die dort in Details eingehen, kann ich Ihnen im Moment aus der Praxis nicht schildern, weil ich da keine Kenntnisse habe.

Was rechtlich klar ist und was natürlich dann für Sie auch eine gewisse Bedeutung hat: Sämtliche Stationierungsstreitkräfte sind natürlich nach den entsprechenden von mir genannten Abkommen an deutsches Recht gebunden und auch daran gebunden, dass sie sich an rechtliche Grundlagen der Bundesrepublik Deutschland halten. Das kann man abstrakt so sicher sagen.

Christian Flisek (SPD): In ihren gesamten Tätigkeiten, also als Privatleute, wenn sie hier stationiert sind, als auch in ihrer militärischen Ausübung?

Zeuge Stefan Sohm: Auch. Stationierungskräfte sind grundsätzlich - das ist im NATO-Truppenstatut in einer gewissen Weise formuliert; ich habe die Formulierung nicht wortgetreu im Kopf - - aber sie sind zumindest an das Recht des Aufenthaltsstaates und auch an den Geist des Vertrages gebunden, der natürlich von einer kooperativen Art und Weise ausgeht.

Christian Flisek (SPD): Umgekehrt gefragt: Was hätte denn der Aufenthaltsstaat, sprich Deutschland, für Möglichkeiten, wenn man Mutmaßungen hätte, dass vielleicht bestimmte Dinge nicht so kooperativ eingehalten werden, wie man sich das vorgestellt hat? Kann man da reingehen? Kann man Untersuchungen machen?

Zeuge Stefan Sohm: Das wäre dann weniger eine rechtliche Frage, sondern eher eine diplomatisch-politische, wenn man dann auf der Ebene mit den Vereinigten Staaten darüber kommuniziert.

Christian Flisek (SPD): Das ist eine politische Frage, also rechtlich gibt es da - -

5) Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stefan Sohm: Zumindest nichts konkret Geregelteres.

Christian Flisek (SPD): Ist so was schon mal vorgekommen?

Zeuge Stefan Sohm: Ist mir jedenfalls nicht bekannt. Was mir bekannt ist, ist, dass es natürlich Absprachen gibt oder Gespräche und Kontakte mit der amerikanischen Stelle. Das wurde auch, glaube ich, in mehreren parlamentarischen Anfragen so dargestellt.

Christian Flisek (SPD): Ich sage mal, zum Beispiel eine parlamentarische Anfrage kann ja ein Grund sein, dass man das sozusagen zum Anlass nimmt. Aber Sie sagen, nach Ihrem Kenntnisstand läuft das dann eher auf der politisch-diplomatischen Ebene, als dass man dann irgendwelche Rechte, beispielsweise Untersuchungsrechte, in Augenschein nahm oder sonst irgendwas bemühen würde, die man im Zweifel gar nicht hat.

Zeuge Stefan Sohm: Das würde meinem Eindruck entsprechen, ja.

Christian Flisek (SPD): Jetzt mal unterstellt, man wird da vielleicht auch manchmal hinter die Fichte geführt, dann ist man ja - das wäre jetzt mein Eindruck - sozusagen als Gaststaat relativ ausgeliefert: Man lässt die schalten und walten, man fragt diplomatisch nach, kriegt vielleicht eine diplomatische Antwort, die verpackt man dann irgendwie. Also substanziell, Prüfungsrechte oder irgendwie so was hat man da nicht, da läuft man eher gegen die Wand.

Zeuge Stefan Sohm: Das ist jetzt natürlich auch eine sehr hypothetische Frage, die mir schwerfällt zu beantworten. Das müssten dann diejenigen beantworten, die diese diplomatischen Kontakte führen.

Christian Flisek (SPD): Halten Sie die Frage für hypothetisch?

Zeuge Stefan Sohm: Sie war ja hypothetisch. Ich habe jedenfalls keine Erkenntnisse, dass es so ist. Nur dann wäre sie nicht hypothetisch.

Christian Flisek (SPD): Ja, und genau das ist ja sozusagen auch das, was wir hier gerade tun; wir wollen ja ein wenig abklopfen. Ich meine, Sie sind ja nicht der erste Zeuge - das ist ja auch kein Vorwurf gegen Sie; nicht falsch verstehen -, der sagt, dass wir eben darüber keine Erkenntnisse haben und sich - - Ich meine, unsere Aufgabe ist es natürlich, ein wenig abzuklopfen: Was ist hinter dieser Aussage, man hat darüber keine Erkenntnisse, an Substanz? Basiert das sozusagen auf dem Prinzip: „Wir fragen mal freundlich an und sagen: „Leute, sagt uns was dazu, schreibt uns zwei Sätze“, und die kriegt man dann auch auf dem diplomatischen Wege und reicht die dann weiter? Oder ist da sozusagen substanziell wirklich irgendeine Prüfung oder eine Untersuchung hinter, sodass man dann sagen kann: „Wir haben tatsächlich keine Erkenntnisse und Anhaltspunkte nach dem, was wir unternommen haben“?

Zeuge Stefan Sohm: Da ich diese Kontakte und diese Gespräche nicht aus eigenem Erleben kenne, daran auch nicht beteiligt war, kann ich das so nicht beantworten, wie tief das ging.

Christian Flisek (SPD): Wer wäre denn da derjenige, der so was - -

Zeuge Stefan Sohm: Nach meinem Kenntnisstand, was ja auch in parlamentarischen Anfragen geantwortet wurde, gab es diese Gespräche zum Teil bis auf höchster Ebene, zum Teil auf Ministerebene. Es gab Zusagen des US-Präsidenten. Aber es gab auch weitere Kontakte, die nach meiner Kenntnis in erster Linie durch das auswärtige Amt mit der amerikanischen Seite laufen.

Christian Flisek (SPD): Zum Thema Ramstein hatten Sie ja schon Stellung genommen. Ich frage jetzt da auch noch mal nach, auch wenn es vielleicht eine Wiederholung zum Teil ist, ob Ihnen so Anhaltspunkte dahin gehend vorliegen, dass Ramstein eventuell auch eine zentrale Relaisstation bei der Steuerung von Drohnen sein könnte?

Zeuge Stefan Sohm: Also konkrete Anhaltspunkte habe ich darüber nicht. Es ist aber bekannt, dass diese Behauptung im Raum steht. Das Verwaltungsgericht Köln hat sie ja in der bereits



Nur zur dienstlichen Verwendung

zitierten Entscheidung einfach mal unterstellt und darauf dann seine Entscheidung getroffen. Aber Anhaltspunkte aus persönlichen Erkenntnissen habe ich dafür nicht.

Christian Flisek (SPD): Bei dem Verfahren in Köln, da waren Sie die ganze Zeit dabei, oder?

Zeuge Stefan Sohm: Ja. Das war eine mündliche Verhandlung, an einem Tag. Da war ich durchgehend dabei.

Christian Flisek (SPD): Ja, okay. Das schriftliche Verfahren und eine mündliche Verhandlung.

Zeuge Stefan Sohm: Ich muss dazu sagen, wir haben im Verteidigungsministerium in der Rechtsabteilung eine gewisse Aufteilung, haben ein spezielles Prozessführungsreferat, die sämtliche Verwaltungsprozesse führen, und die greifen dann je nachdem, wenn es spezielle Rechtsgebiete betrifft, auf die entsprechenden Fachreferate zurück. Ich war da eben aus völkerrechtlicher oder verfassungsrechtlicher Sicht mit beteiligt, habe an dem Schriftsatz mitgewirkt. So gesehen war es sogar eher eine Ausnahme, dass ich dann auch in der Prozessführung vor Ort an dem Verhandlungstermin dabei war. Das hing aber mit Personalproblemen zusammen im zuständigen Prozessführungsreferat, dass ich das mit übernommen habe. Aber ich war die ganze Zeit dabei bei der mündlichen Verhandlung.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Ich frage jetzt mal so: Als diese Klage zugestellt wurde und dann plötzlich auf den Schreibtisch kam, das war eher eine Ausnahme, das war etwas, was nicht jeden Tag passiert, oder?

Zeuge Stefan Sohm: Ja, kann man so durchaus sagen.

Christian Flisek (SPD): Wie hat man denn da die amerikanische Seite eingebunden in der Prozessvorbereitung und in der Prozessführung? Hat man das als Bundesrepublik Deutschland alleine gemacht, dieses Verfahren, oder hat man sich darum bemüht, die in irgendeiner Weise, vielleicht sogar mit einer konkreten Funktion im Prozess beizu-

Zeuge Stefan Sohm: Unmittelbar in den Prozess hat man die nicht eingebunden. So ein Schriftsatz, der natürlich, wie Sie sagen, auch etwas außergewöhnlich ist, auch eine relativ große politische Bedeutung hat, wird natürlich nicht vom Bundesministerium der Verteidigung allein erstellt. So ein Schriftsatz wird natürlich abgestimmt mit anderen betroffenen Ressorts, natürlich in erster Linie auch mit dem Auswärtigen Amt, auch mit anderen Ressorts, vor allem mit dem Justizministerium. In dem Zusammenhang wurde natürlich wieder auf diesen Punkt der Kontakte mit den Vereinigten Staaten hingewiesen vonseiten des Auswärtigen Amtes. Ob im Zusammenhang konkret dieses Prozesses es noch spezifische Kontakte, insbesondere des AA mit der amerikanischen Seite, gab, weiß ich nicht. Aber ich weiß eines, ohne dass ich dafür Dokumente habe: dass natürlich in allgemeinen völkerrechtlichen Gesprächen mit der amerikanischen Seite auch auf diesen Prozess mal hingewiesen wurde.

Christian Flisek (SPD): Aber Sie selber haben jetzt in Ihrer Prozessführung keinerlei Kontakte unmittelbar zur amerikanischen Seite gehabt oder hätten die eingebunden, sei es, dass man Fragen gestellt hätte oder sonst irgendwelche Informationen - - Was ist denn der aktuelle Stand dieses Verfahrens? Das Urteil ist ja noch nicht rechtskräftig.

Zeuge Stefan Sohm: Nein, nicht rechtskräftig. Es ist Berufung eingelegt worden; die ist im Moment anhängig beim Oberverwaltungsgericht Münster. Wir haben eine Berufungsabweisungsschrift erstellt und warten jetzt auf den weiteren Fortgang. Ich denke, es wird irgendwann mal in nicht allzu ferner Zukunft eine neue mündliche Verhandlung terminiert.

Christian Flisek (SPD): Also, man hat jetzt auch schon in der Sache geschrieben in der zweiten Instanz.

Zeuge Stefan Sohm: Ja.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Können Sie uns vielleicht noch mal hier in der Kürze, weil Sie da



Nur zur dienstlichen Verwendung

wirklich jetzt derjenige sind, der in der ersten Linie steht, kurz die Argumentationslinie des Bundesministeriums der Verteidigung darstellen?

Zeuge Stefan Sohm: Ganz grob kann ich das, bitte aber auch ein bisschen um Verständnis - wir sind ja in einem schwebenden Verfahren -, dass ich hier zu gewissen prozesstaktischen Fragen, wie wir uns da aufstellen, vielleicht dann nicht in der öffentlichen Sitzung Stellung nehmen möchte. Man muss dazu sagen: Es geht ja in dem Verfahren wirklich juristisch um die Frage eines Anspruchs von jemenitischen Staatsbürgern gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, es geht nicht um abstrakte Bewertungen der Rechtmäßigkeit einzelner Drohnenangriffe. Es geht auch nicht um einen konkreten Drohnenvorfall in der Vergangenheit, weil die klagen ja nicht auf Feststellung, dass irgendein bestimmter Drohneneinsatz rechtswidrig gewesen wäre oder nicht, oder auf einen Schadenersatz wegen eines vergangenen Drohnenangriffs, sondern sie klagen in die Zukunft auf ein Tätigwerden der Bundesrepublik Deutschland. Nur um die Frage dieses Anspruchs geht es.

Da geht es einmal um die Frage: Inwieweit bestehen solche Ansprüche? Die können rein theoretisch nur aus grundrechtlichen Schutzpflichten abzuleiten sein. Da ist die Argumentation der Bundesregierung oder von uns in diesem Verfahren, dass unter der Konstellation, die hier vorliegt, jedenfalls solche Ansprüche nicht gegeben sind, weil zum einen bei grundrechtlichen Schutzpflichten die Bundesregierung einen relativ großen Handlungsspielraum hat, wie sie darauf eingeht, weil das eine derartige Verengung wäre auch von außenpolitischem Gestaltungsspielraum und man sich auch die Frage stellen kann: Die Drohnenangriffe finden in Jemen statt gegenüber jemenitischen Staatsangehörigen, und wenn sie dann stattfinden, mit Zustimmung möglicherweise der jemenitischen Regierung durch eine dann dritte Regierung, die Vereinigten Staaten, da ist die Bundesrepublik mit Sicherheit der falsche Betroffene, bei dem man so was verwaltprozessual klären könnte. Das ist ganz grob die Argumentation.

Christian Flisek (SPD): Gut. Das ist die Argumentation Ihres Hauses. In der ersten Instanz sind Sie - weil wir hier in der öffentlichen Sitzung sind; ich gehe davon aus, dass jetzt nicht jeder das Urteil auch gelesen hat - damit durchgedrungen?

Zeuge Stefan Sohm: Ja.

Christian Flisek (SPD): Gut. Dann haben wir auf der einen Seite die Schutzpflichten. Ich meine, eine andere Baustelle sozusagen, juristisch, sind ja auch noch eventuell Sorgfaltspflichten, die dahingehend bestehen könnten, dass die Bundesregierung verpflichtet sein könnte, gegenüber den US-Streitkräften gezielt hinzuwirken, dass man dort von völkerrechtswidrigen gezielten Tötungen aus Deutschland absieht. Wie schätzen Sie das denn ein?

Zeuge Stefan Sohm: Wir gehen ja zunächst mal davon aus, dass - - haben zumindest keine Erkenntnis, muss ich sagen, dass gezielt völkerrechtswidrige Tötungen vonseiten der US-Seite dort stattfinden. Es könnten ja auch völkerrechtskonforme Tötungen sein. Es gab mal einen Berichterstatter des VN-Menschenrechtsausschusses im Jahre 2013, der, gerade was Drohneneinsätze im Jemen anbelangt, festgestellt hat, dass die große Masse der erfolgten Tötungen durch Drohnen völkerrechtskonform sei.

Christian Flisek (SPD): Ich kann das juristisch nachvollziehen, dass man sagt, da bewegt man sich ein Stück weit auch in einem Minenfeld als Beklagter, und muss natürlich schauen, dass man da juristisch seine Position in einer Weise wahrt. Ich sag mal, wir beurteilen das natürlich auch politisch hier. Würden Sie sagen, das ist völlig überzogen, wenn ich das zusammenfasse unter dem Slogan „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß“?

Zeuge Stefan Sohm: Das wäre sicher etwas überzogen, aber das ist jetzt eine persönliche Wertung, für die ich - - die mir eigentlich auch gar nicht unbedingt zusteht. Aber entscheidend ist, was halt juristisch geht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Gut. Wir haben jetzt in dieser Runde keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Sie wurden vorhin schon gefragt, ob Sie mit Targeting Lists etwas anfangen können. Da haben Sie gesagt: So nicht, so allgemein. - Ist Ihnen denn bekannt, dass es in Afghanistan Listen gibt von Einzelpersonen, geführt von den US-Streitkräften, auf die aber alle möglichen - - auch andere Länder, verbündete Länder, Informationen geben, die mit der Überschrift entweder „Killing“ oder „Capture or Killing“ versehen sind und die dann abgearbeitet werden nach den Personen, die dann da draufstehen?

Zeuge Stefan Sohm: Dazu würde ich zwei Vorbe-merkungen gern machen. Es ist mir nicht ganz ersichtlich, wie weit diese Fragestellung noch vom Untersuchungsauftrag gedeckt ist. - Das wäre der erste Punkt.

Wenn man hierauf näher eingeht - also damit wäre es vielleicht schon weg -, dann müsste man natürlich auch mal die Frage stellen. Darüber kann in öffentlicher Sitzung mit Sicherheit nichts gesagt werden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Stefan Sohm: Darüber könnte ich auch in öffentlicher Sitzung nur sehr, sehr eingeschränkt etwas sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe jetzt erst mal gefragt, ob Ihnen solche Listen bekannt sind, dass solche Listen geführt werden.

Zeuge Stefan Sohm: Das scheint mir im Moment nicht mehr vom Ausschussauftrag gedeckt zu

sein. Das erfasst auch nicht meine Aussagegenehmigung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch. Die werden dann abgearbeitet - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eine Wortmeldung.

RD Björn Theis (BMVg): Danke, Herr Vorsitzender. - Das Themengebiet Targeting, Eyes of Targeting⁶, NATO-Targeting, worauf Sie ansprechen, ist nach unserer Auffassung nicht Teil des Untersuchungsauftrages, ist auch aus der Exegese des Untersuchungsauftrages nicht ersichtlich. Zu dem Themengebiet ist vom BMVg hinlänglich, auch im Laufe des letzten Jahres, vor dem Verteidigungsausschuss und anderen parlamentarischen Kontrollgremien Stellung genommen worden. Auch dort, auch aufseiten des Verteidigungsausschusses, dem als einzigen Ausschuss eigentlich auch das Untersuchungsausschussrecht gegenüber uns und unserem Geschäftsbereich zusteht, sind dort keine weiteren Fragen gestellt worden oder Ansichten geäußert worden, dass es in diesem Untersuchungsauftrag ist. Der Zeuge hat vorhin auf die Frage von Frau Renner, weil Targeting teilweise ja auch als Schnittmenge manchmal in den Akten auftaucht, Sachen gesagt und auch geäußert; aber selber ist dieses Themengebiet nicht drin. Daher hat der Zeuge das Recht, keine Aussage zu geben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, diese Auffassung trifft nicht zu. Wir haben hier einen Zeugen gehört, wenn ich mich erinnere, den ganzen Tag, Herrn Brandon Bryant, der uns hier minutiös geschildert hat, wie er seine Aufgaben als US-Soldat, Mitglied der dortigen Luftwaffe, abarbeitet. Wenn ich mich jetzt erinnere: 1 600 Fälle oder so was. Dann wird man doch fragen dürfen, ob der Bundeswehr das bekannt ist oder der Bundeswehr und ihrem juristischen Mitarbeiter.

Vorhin hat der Vorsitzende, glaube ich, danach gefragt, welche Legitimationen für Einsätze da sind. Das waren sogar ganz juristische Fragen. Ich

6) Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 2.



Nur zur dienstlichen Verwendung

verstehe nicht, wieso - - Es geht ja hier erst mal darum, ob Drohneneinsätze - ich komme gleich drauf -, ob welche stattfinden, ob das bekannt ist, zweitens, dass da Menschen getötet werden, und drittens, dass da Deutschland insofern, dass es mindestens den Stützpunkt Ramstein unterhält, beteiligt ist in irgendeiner Form. Auf die Frage komme ich dann gleich noch. Aber wieso die Frage nicht zulässig sein soll, das erschließt sich mir nicht. Ich meine, wir können auch dazu ja einen Erweiterungsantrag stellen.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das ist einfach albern!)

RD Björn Theis (BMVg): Herr Abgeordneter Ströbele, ich verweise noch mal darauf: Das ISAF/NATO-Targeting ist mit Blick auf den Untersuchungsauftrag, die Entstehungsgeschichte des Untersuchungsauftrages, auch die parlamentarischen Debatten zu der Einsetzung des Untersuchungsausschusses, nie Thema gewesen, auch nicht damit verbunden worden und ist nach unserer Auffassung auch nicht Teil des Untersuchungsauftrages.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Der Drohnenkrieg schon, und der hängt ja mit der Liste zusammen!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber - -

RD Björn Theis (BMVg): In Ziffer I.14 ist sehr genau geregelt worden, was der Untersuchungsausschuss damals auch untersuchen wollte zu dem Themengebiet. Wir sehen es nicht drin.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Drohneneinsätze.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ohne jetzt ewig auf diesem Punkt zu bleiben: Vielleicht kriegt man es hin, wenn man die Frage so formuliert, dass sie genau unter 14 passt. Ich glaube, das ist jetzt - - Es geht nicht um den Kern NATO-Targeting, wenn ich das richtig sehe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ob es überhaupt in Afghanistan unter Mitwirkung auch der - - Das ist gar nicht strittig. Also, ich weiß gar nicht, warum hier da plötzlich gemauert wird. Das ist auch keine geheime Geschichte. Ich kann Ihnen auch Anfragen raussuchen, wo Fragen dazu von mir beantwortet worden sind, von der Bundesregierung - ich habe die jetzt nicht hier, aber bringe gerne das nächste Mal mit; dann müssen wir den Zeugen noch mal hören -, dass es solche Listen gibt und dass die dann abgearbeitet werden und dass auch Informationen für diese Listen auch aus Deutschland geliefert werden.

Jetzt frage ich den Zeugen, ob er das weiß, ob er das bestätigen kann.

Zeuge Stefan Sohm: Ich habe das Problem, dass ich es nicht in der Aussagegenehmigung habe, die ausdrücklich darauf bezogen ist, was Untersuchungsgegenstand dieses Ausschusses ist. Und solange ich das nicht abschließend geklärt habe, kann ich dazu keine Aussage machen; zumal ich auch darauf hinweise: Wenn man in dieses Thema tiefer einsteigen würde, wäre das wahrscheinlich auch nur in eingestufte Sitzung möglich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wieso das denn? - Ja, das haben Sie ja schon erwähnt, also in der Ziffer 14 oder Nummer 14 steht das ja drin:

Haben US-amerikanische Stellen auf deutschem Staatsgebiet oder von diesem ausgehend Telekommunikationsüberwachungen, Festnahmen oder gezielte Tötungen durch Kampfdrohneneinsätze durchgeführt oder veranlasst?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Frage ist zulässig.

Zeuge Stefan Sohm: Die kann ich ganz einfach damit beantworten, dass ich das nicht weiß - was ich auch schon mehrmals gesagt habe.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wer weiß es denn?)

Ob die das von deutschem Land oder über deutschen Boden veranlasst haben, ist mir unbekannt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist Ihnen unbekannt. - In einer anderen Antwort der Bundesregierung auf eine Frage der Kollegin Brantner vom 28.11.2013 wird zu dieser Frage grundsätzlich auch Stellung genommen. Ich kann Ihnen die Frage sagen. Ich weiß nicht, ob Sie daran beteiligt waren; die ist allerdings vom Auswärtigen Amt beantwortet worden. Aber wir wissen - haben Sie ja auch schon erwähnt -, dass Sie bei der Beantwortung solcher Fragen auch beteiligt werden. Also, das ergibt sich auch aus den Akten. Da geht es zum Beispiel um die Frage - auch um die gleiche Frage -, und da wird geantwortet:

Der Bundesregierung liegen keine eigenen gesicherten Erkenntnisse zu von US-Streitkräften in der Bundesrepublik ... geplanten oder durchgeführten Einsätzen vor.

Ist das richtig?

Zeuge Stefan Sohm: Mir liegen jedenfalls keine anderen vor. Deswegen kann ich durchaus nachvollziehen, dass andere das auch so beantwortet haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr Zeuge, jetzt werden solche Behauptungen aufgestellt, in Medien ziemlich breit, Fernsehen, großen Zeitungen, und dann gibt es eine parlamentarische Anfrage dazu. Ist das nicht Anlass, da mal nachzufragen? So weit ist Ramstein nicht weg. Ich war da gerade im Oktober und habe mir das mal angesehen, habe diese Fragen da auch gestellt. Fragen Sie da nicht oder das Bundesverteidigungsministerium nach: „Sagt mal: Macht ihr so was?“?

Zeuge Stefan Sohm: Es mag sein, dass das gemacht wird. Aber ich persönlich als Zeuge habe darüber keine Kenntnisse, und ich bin auch nicht derjenige, der es zu tun hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber Sie haben auch keinen Anlass, sich dann kündigt zu machen bei den US-amerikanischen Freunden?

Zeuge Stefan Sohm: Ich habe in meiner konkreten Aufgabe dafür bisher keinen Anlass gesehen; zumal es ja wohl solche Absprachen auch gibt oder Stellen in der Bundesrepublik Deutschland, die sich da kündigt machen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Ist Ihnen bekannt, dass der Oberkommandierende der NATO in Europa, SACEUR, und Oberkommandierende der US-Truppen in Europa, General Breedlove, gegenüber der Staatsanwältin [sic!], Staatssekretärin Haber vom Bundesinnenministerium bestätigte, dass vom US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein bewaffnete Drohneneinsätze weder geflogen noch befehligt werden?

Haben Sie sich darum mal gekümmert?

Zeuge Stefan Sohm: Ich kenne diese Äußerungen. Ich war aber nie bei einem Gespräch zwischen General Breedlove und der Staatssekretärin zugegen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen dabei aufgefallen - das ist dieselbe Formel, die übrigens auch der US-Präsident immer wieder benutzt, wenn er danach gefragt wird, unter anderem auch von der Bundeskanzlerin -, dass da immer gesagt wird, dass vom US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein bewaffnete Drohneneinsätze weder geflogen noch befehligt werden.

Nun ist die Behauptung gar nicht, dass „geflogen“ oder „befehligt werden“, sondern dass über Ramstein - der Vorsitzende hat Ihnen das ja schon vorgehalten, wie das funktionieren soll - von den USA erteilte Befehle weitergeleitet und die Flugkörper, also die Drohnen, dann auf ihrer Flugbahn dirigiert werden und dann auch der Abschuss über Ramstein erfolgt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sind Sie dieser Frage mal nachgegangen, und haben Sie das - - Da werden immer Fragen beantwortet, die so gar nicht gestellt worden sind.

Zeuge Stefan Sohm: Ich kenne diese These, aber ich kann sie weder verifizieren noch falsifizieren.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten auch nie Anlass, der Sache nachzugehen?

Zeuge Stefan Sohm: Nein, ich habe dafür keinen Anlass.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meine, es ist ein ungeheuerlicher Vorwurf, oder?

Zeuge Stefan Sohm: Das weiß ich nicht, ob das ein ungeheuerlicher - - Das ist eine Bewertung, der ich mich jetzt enthalte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Herr Sohm, Sie haben vorhin auf die Frage des Vorsitzenden, wie Sie das insgesamt bewerten, gesagt: Das könnte mal so, mal so sein, in einer kriegerischen Auseinandersetzung könnte das so sein.

Nun soll es hier sich um Drohneneinsätze nicht in Afghanistan handeln, auch nicht in Pakistan, sondern beispielsweise in Somalia, dass die - - Können Sie sagen, wie ein solcher Drohneneinsatz von Ihnen als Jurist, als in militärischen Dingen bewandeter Jurist, bewertet wird?

Zeuge Stefan Sohm: Also, ich kann - - Ein Jurist kann eigentlich immer nur einen konkreten Drohneneinsatz -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, sage ich ja: konkret.

Zeuge Stefan Sohm: - in einer konkreten Situation bewerten. Deswegen kann ich jetzt noch nicht mal abstrakt sagen, wie das in Somalia zu bewerten wäre. Das hängt davon ab, wie man jetzt die Lage in Somalia bewertet, ob dies einen bewaffneten Konflikt darstellt, ob das dann von einer der Konfliktparteien passiert. Dazu kann

ich jetzt keine abstrakte Bewertung machen. Nur der Hinweis „findet in Somalia statt“ setzt mich nicht in die Lage, hier eine juristische Bewertung abzugeben; zumal das auch wirklich langsam in den Bereich einer gutachterlichen oder Sachverständigenbefragung einmünden würde. So sehe ich hier meine Rolle, offen gesagt, nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind die USA Ihrer Kenntnis nach mit Somalia in einem bewaffneten Konflikt?

Zeuge Stefan Sohm: Ist mir nicht bekannt, kann ich weder bejahen noch verneinen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, also - -

Zeuge Stefan Sohm: Vielleicht ein Hinweis darauf: Es ist auch die Frage, mit wem sie vielleicht sonst in einem bewaffneten Konflikt sein könnten. Es muss nicht unbedingt mit Somalia sein. Es gibt nicht nur internationale bewaffnete Konflikte, sondern auch nicht internationale bewaffnete Konflikte. Aber auch das ist jetzt eine gutachterliche Fragestellung, die Sie mir hier stellen, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Zeuge Stefan Sohm: - für die ich nicht hier bin, muss ich ganz offen sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das ist keine gutachterliche Frage, sondern eine Frage nach Fakten. Sie können sagen: Sie haben sich da nie drum gekümmert, Sie haben da keinerlei Wissen zu. Aber Sie können nicht sagen: Das ist eine gutachtliche Frage. - Ich kann die Frage auch zu Jemen stellen.

Zeuge Stefan Sohm: Wie lautet die Frage?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist ein Drohneneinsatz zur Tötung einer Person, der mit der Tötung einer Person - übrigens eines US-Bürgers - endet im Jemen, ist das



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihrer Meinung nach durch das Völkerrecht gedeckt, weil es sich um einen bewaffneten Konflikt der USA mit Jemen handelt?

Zeuge Stefan Sohm: Mir ist im Moment kein Drohneneinsatz der USA im Jemen bekannt, der einen US-Bürger getötet hat.

(Zuruf)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Stefan Sohm: Ich kenne im Moment keinen Drohneneinsatz der USA im Jemen, durch den ein US-Bürger getötet worden sein soll.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da haben Sie sich auch nie drum gekümmert?

Zeuge Stefan Sohm: Nein. Habe ich auch keine Kenntnisse dazu.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt müssten wir wieder wechseln. Dann kommen wir zur nächsten Fraktion, der Fraktion der CDU/CSU. Der Kollege Dr. Ostermann.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Herr Sohm, wir hatten eben schon das Thema, dass die Bundesregierung stets betont hat, dass sie keine über die Medienberichte hinausgehenden Kenntnisse habe über eine Beteiligung der US-Streitkräfte in Ramstein an Drohneneinsätzen. Das hat ja Herr Ströbele gerade schon mal gefragt.

Ich möchte Sie bitten, nochmals zu schildern, welche Schritte nach Ihrer Kenntnis die Bundesregierung und insbesondere das BMVg unternommen hat, um von den USA Aufklärung über die Rolle Ramsteins zu erhalten. Was ist Ihnen dazu bekannt?

Zeuge Stefan Sohm: Da muss ich sagen, da ist mir relativ wenig zu bekannt. Ich kenne eigentlich keine konkreten Schritte, ich kenne nur Ergebnisse, die dann aber dadurch bei mir aufschlugen, dass ich an entsprechenden parlamentarischen Anfragen beteiligt war, wo gesagt

wurde: Es gab Gespräche insbesondere - gar nicht so sehr mit dem BMVg, sondern eher zwischen dem Auswärtigen Amt und zuständigen amerikanischen Stelle bis hin zu spezifischen Fragen, wo dann entsprechende Antworten abstrakt gegeben wurden, die ich aber nicht konkret kenne. Also konkrete Schritte kann ich Ihnen hier nicht nennen.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Federführend war das Auswärtige Amt.

Zeuge Stefan Sohm: So war das jedenfalls nach meiner Kenntnisnahme. Inwieweit Stellen im BMVg dabei beteiligt waren, weiß ich nicht. Das Völkerrechtsreferat jedenfalls, für das ich in dem Zeitraum verantwortlich war, war nicht daran beteiligt.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ihnen wird jetzt gleich ein Dokument vorgelegt. Es handelt sich um eine E-Mail aus dem Referat FüSK, was wohl für „Führung Streitkräfte“ steht, I 1. Die ist vom 26. März 2013. Für das Protokoll: MAT A BMVg-3-2e.pdf, Blatt 114.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Der Verfasser der Mail zitiert eine Stellungnahme des von Ihnen geleiteten Referats und schließt sich ihr ausdrücklich an. Ihr Referat hatte darauf hingewiesen - ich zitiere jetzt die Mail -:

„dass ein Nichtvorliegen von Erkenntnissen bei der BReg über mögliche militärische Operationen von US-Streitkräften oder NATO-Stellen, die von deutschem Boden ausgehen, zumindest hinterfragbar erscheint und auch die Frage aufwerfen könnte, ob die BReg sich nicht veranlasst sehen müsste, entsprechende Erkenntnisse zu haben. Dies gilt insbesondere für NATO-Einrichtungen, an denen DEU selbst mit mil. Führungspersonal beteiligt ist (z. B. CAOC, Kalkar, etc.); es wird empfohlen, ggf. Kdo Lw einzubinden.“

FüSK I 1 empfiehlt daher AA,



Nur zur dienstlichen Verwendung

- also Auswärtiges Amt –

zu prüfen, ob eine Terminverlängerung zielführend erscheint, und bietet an, ggf. die erforderliche Abfrage hinsichtlich der in DEU stationierten NATO-Einrichtungen durchführen zu lassen.

Das ist das Ende des Zitats. - Ist Ihnen dieser Vorgang bekannt?

Zeuge Stefan Sohm: Ja. - Das war in der Tat eine E-Mail - - Also, nun ist ja hier die E-Mail von einem anderen Referat, das aber eine E-Mail zitiert, die von meinem Referat geschrieben wurde. Die ist mir auch bekannt. Das war, wenn ich - - Da ist auch der Bezug drin, sogar eine Anfrage des Abgeordneten Ströbele, für die aber, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, das Auswärtige Amt federführend in der Beantwortung war.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Mhm.

Zeuge Stefan Sohm: Und bei uns lief das durch als Referat, so im Rahmen dieses üblichen ministeriellen Mitzeichnungsvorgangs, und dabei haben wir diesen Kommentar eingefügt.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): „Zumindest hinterfragbar“ - so ist es zitiert worden. Worauf gründeten sich diese Bedenken oder diese - -

Zeuge Stefan Sohm: Das gründete sich darauf - - Das war im März 2013. Ich muss dazusagen: Das war, wenn ich es richtig in Erinnerung habe - ich hatte damals das Referat dann zweieinhalb Monate übernommen -, das erste Mal, dass ich in meiner beruflichen Tätigkeit mit diesem Problem, mögliche Steuerung von Drohneneinsätzen über Deutschland oder Einbeziehung in Deutschland stationierter Stellen, konfrontiert war.

Ich hatte bis dato mit diesem Thema fachlich, auch juristisch keinerlei Berührungspunkte. Es gab damals wohl eine Antwort, die sich auf Nichtkenntnis berief, und da hatte ich zusammen mit Referenten dann beschlossen, diesen Kommentar mal abzugeben. Der ist ja auch sogar außerhalb der fachlichen Zuständigkeit. Also, es

war nicht als juristische Stellungnahme zu werten, sondern nur mal als allgemeine Anregung.

Ich wusste zu diesem Zeitpunkt nicht - was dann in späteren Anfragen ja auch dann durch das AA deutlich gemacht wurde -, dass es in Bezug auf diese Vorgänge schon intensivere und vertrauensvollere Dialoge zwischen deutscher und amerikanischer Seite gab. Hätte ich das gewusst, wäre die E-Mail vielleicht dann so auch nicht geschrieben worden.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Stefan Sohm: Aber damals war mir das nicht bekannt, und da hielt ich es durchaus für angebracht, das mal anzuregen.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): In der Stellungnahme Ihres Referats - die Mail liegt uns übrigens nicht vor, also, wir haben jetzt nur die Mail, in der zitiert wird -

Zeuge Stefan Sohm: Mhm.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): - wird ja empfohlen, das Kommando Luftwaffe einzubinden. Wissen Sie, ob das erfolgt ist?

Zeuge Stefan Sohm: Ich weiß nicht, was daraufhin erfolgt ist. Ich weiß auch nicht, wie das weiterging. Ich habe da keine Rückmeldung mehr bekommen, weil das waren relativ - - Wenn ich das richtig sehe, war das ein recht komplizierter Vorgang. Die Anfrage lag eigentlich beim Auswärtigen Amt in der Federführung. Die haben das BMVg beteiligt. Dann läuft das in der ministeriellen Bürokratie so ab, dass dann im Verteidigungsministerium seinerseits wieder eine federführende Stelle beauftragt wird, die dann die Mitarbeit an das AA zu koordinieren hat. Das muss hier wohl dieses Referat FüSK I 1 gewesen sein. Und die fassen dann sämtliche Teilelemente von unterschiedlichen BMVg-Stellen zusammen und leiten das dann - wahrscheinlich hier über das Parlament- und Kabinetttreferat, wenn ich das sehe - an das Auswärtige Amt weiter. Ich weiß auch nicht, ob dieser Kommentar jemals wirklich weitergeleitet wurde.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ein anderer Aspekt, der allerdings auch schon angesprochen worden ist. Die US-Streitkräfte haben ja gegenüber der Bundesregierung immer wieder versichert, dass von Deutschland aus Drohneneinsätze weder geflogen noch befehligt werden. Es gibt ja Äußerungen von Obama, aber auch von US-Außenminister Kerry, dass das geltende Recht eingehalten wird, dass Deutschland kein Ausgangspunkt für Drohnenangriffe zur Terrorbekämpfung sei.

Liegen nach Ihrer Erkenntnis irgendwelche Anhaltspunkte dafür vor, dass diese Aussagen der US-Seite unzutreffend sind?

Zeuge Stefan Sohm: Überhaupt nicht. Ich habe keine Anhaltspunkte dafür.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie haben ja auch nie nachgesehen! - Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die haben ja auch gesagt, sie machen keine Massenüberwachung!)

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Kommen wir noch mal auf Herrn Bryant zurück, der von Herrn Ströbele schon erwähnt worden ist, der frühere US-Drohnenpilot, der gesagt hat, ohne Deutschland sei der US-Drohnenkrieg nicht möglich, da alle Daten über Ramstein fließen.

Da stellt sich die Frage, ob das zu den Aussagen der Bundesregierung im Widerspruch steht oder nicht. Wie sehen Sie das? Also, die Aussage der Bundesregierung ist ja: Wir haben über die Medienkenntnisse hinaus keine Anhaltspunkte dafür. Bryant sagt, ohne Deutschland sei das nicht möglich, dass - - also stellt in Zweifel, ob das wirklich so ist, dass nicht aus Deutschland befehligt oder geflogen wird.

Gibt es Gründe für Sie, daran zu zweifeln? Sehen Sie da einen Widerspruch zwischen diesen beiden Aussagen? Oder kann es wirklich sein, dass man davon keine Kenntnis hat?

Zeuge Stefan Sohm: Ich gehe davon aus, dass keine weiteren Kenntnisse da sind als die, die bereits öffentlich mitgeteilt wurden. Die Aussage von Herrn Bryant kann ich jetzt nicht bewerten. Ich weiß auch nicht, auf was er die stützt.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eigene Wahrnehmung!)

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Vermutlich.

Zeuge Stefan Sohm: Da hat er mir was voraus.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Wir haben schon angesprochen einige parlamentarische Anfragen. Eine kam von der Kollegin Dağdelen von den Linken. Zu den Pflichten der USA und Deutschlands im Zusammenhang mit der Nutzung von Ramstein hat Staatssekretär Ralf Brauksiepe für das Verteidigungsministerium am 22. April 2015 ausgeführt - ich zitiere -:

Die Air Base Ramstein und die sich darauf befindliche Satelliten-Relaisstation wird von den USA ohne die Mitwirkung oder Einbeziehung der Bundesregierung betrieben und genutzt. Selbst wenn sie dabei eine entscheidende Rolle beim Datentransfer zu Drohnen der USA oder zu deren Steuerung einnehmen sollte, folgt daraus keineswegs zwingend ein Rechtsbruch oder eine Straftat ...

Unter rechtlichen Gesichtspunkten kann nur ein konkreter Drohneneinsatz bei Kenntnis aller maßgeblichen Tatsachen bewertet werden.

Zitat Ende. - Sie haben eben schon angedeutet, dass das auch Ihre rechtliche Einschätzung ist. Habe ich das so richtig verstanden?

Zeuge Stefan Sohm: Ist korrekt.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Bitte beschreiben Sie nochmals die Verpflichtung, der die USA bei der Nutzung von Ramstein nach dem NATO-



Nur zur dienstlichen Verwendung

Truppenstatut oder dem Stationierungsabkommen unterliegen, und vor allem, welche Überprüfungsmöglichkeiten es denn gebe für deutsche Behörden. Sie haben ja eben betont, es gibt, gäbe - so habe ich Sie verstanden - juristische Möglichkeiten. Ob man die dann aus diplomatischen Gründen nutzen sollte oder nicht, das sollte diplomatisch entschieden werden. Aber welche juristischen Möglichkeiten gäbe es denn?

Zeuge Stefan Sohm: Also, mir ist - - Ich bin jetzt erstens - das muss ich dazusagen - wiederum nicht der Zuständige für das NATO-Truppenstatut. Das läuft in einem ganz anderen Bereich. Da wäre auch wiederum federführend das Auswärtige Amt zuständig, auch im BMVg ein anderes Referat.

Was ich sagen kann, ist natürlich, dass das NATO-Truppenstatut eine Verpflichtung beinhaltet, grundsätzlich rechtstreu und im Geiste dieses Abkommens zu handeln. Das wäre dann eine Verpflichtung, die natürlich auch die Vereinigten Staaten haben. Damit würde klar sein, dass, sagen wir mal, das deutsche Staatsgebiet nicht missbraucht wird für irgendwelche Völkerrechtsverstöße.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Auf Treu und Glauben!)

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ich möchte noch mal zurückkommen auf das Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Köln, die Klage der jemenitischen Staatsangehörigen. Das haben wir ja eben schon miteinander erörtert.

Mich würde interessieren, auf welche Erkenntnisquellen, insbesondere hinsichtlich der Art und Weise der Nutzung von US-Militärliegenschaften in Deutschland, Sie sich bei der Erstellung der Schriftsätze, die aus dem BMVg kamen, stützen konnten.

Zeuge Stefan Sohm: Da braucht man eigentlich keine - - Noch mal; ich muss noch mal das Verfahren erläutern: Es ging ja in diesem Verfahren

ausschließlich um die Frage, ob diese jemenitischen Staatsbürger einen Anspruch gegen die Bundesrepublik Deutschland haben.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Stefan Sohm: Und die juristische Bewertung nach unserer Auffassung, dass dieser Anspruch nicht besteht, die konnten wir aufgrund der Erkenntnisse begründen, die wir haben; jedenfalls mussten wir keine weiteren Sachverhaltsausforschungen machen, weil wir selbst - so ähnlich wie ja auch die zitierte Antwort von Staatssekretär Brauksiepe - - Selbst wenn Ramstein wirklich eine Relaisstation gewesen wäre oder wäre, würde daraus kein Anspruch jemenitischer Staatsbürger gegen die Bundesrepublik Deutschland erfolgen. Und das war eigentlich dann für uns ausreichend für eine juristische Bewertung. Ähnlich hat ja dann auch das Verwaltungsgericht Köln das mit einer solchen juristischen Verwahrunterstellung? dieser Behauptungen entschieden.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ja. - Das heißt, Sie haben ja gerade gesagt, keine weiteren Ausforschungen haben Sie angestellt. Sie haben auch keine Anfragen gestartet, zum Beispiel bei den Verbindungsoffizieren im BMVg, die es ja gibt vonseiten der US-Streitkräfte, -

Zeuge Stefan Sohm: Nein.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): - oder bei deutschen Verbindungsoffizieren in Ramstein oder bei AFRICOM?

Zeuge Stefan Sohm: Nein.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Weder noch?

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum eigentlich nicht? Trauten Sie sich nicht?)

- Sie sind ja gleich noch mal dran, Herr Ströbele. - Zu der völkerrechtlichen Beurteilung von

7) Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Drohneneinsätzen möchte ich noch mal zu sprechen oder möchte ich noch mal darauf zurückkommen. Brandon Bryant ist eben schon erwähnt worden. Er hat ja gesagt, dass die Relaisstation der US-Armee in Ramstein für Drohneneinsätze der Amerikaner in aller Welt unverzichtbar sei, eben weil die Steuerungssignale für die jeweiligen Einsätze aus den USA über Ramstein an die Drohnen in den jeweiligen Einsatzgebieten übertragen werden.

Sie haben sich eben schon dazu geäußert, wie Sie den weltweiten Einsatz von US-Drohnen in Kriegsgebieten aus völkerrechtlicher Sicht bewerten, dass es immer auf den Einzelfall ankommt. So habe ich Sie verstanden.

Gab es, was die behauptete Einbindung der US-Airbase Ramstein angeht oder der dortigen Relaisstation in Ihrem Hause jemals eine Überprüfung, was die Vereinbarkeit mit Völkerrecht oder dem NATO-Truppenstatut angeht? Sie haben ja gesagt, Sie wissen es nicht, was es mit der Relaisstation auf sich hat. Aber gab es eine Überprüfung, bei der man unterstellt hat, dass es die Relaisstation gibt und dass ihr diese Bedeutung zukommt, wie Bryant es behauptet hat?

Zeuge Stefan Sohm: Das eine beantwortet sich ja gerade aus der von Ihnen zitierten Frage von Parlamentarischem Staatssekretär Brauksiepe, wo er selber sagt: Selbst wenn man unterstellt, sie wäre eine solche Relaisstation, wäre damit nicht automatisch ein Völkerrechtsverstoß verbunden. - Und derartige Bewertungen gab es natürlich unter dem Gesichtspunkt, gerade auch bei der Vorbereitung dieser Antwort, die Sie zitiert hatten.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Das ist ja recht allgemein gehalten: wäre nicht automatisch oder - es ist, glaube ich, so formuliert - „nicht zwingend“ ein Völkerrechtsverstoß verbunden, ein Rechtsverstoß verbunden oder eine Straftat. Ist das denn auch konkret geprüft worden?

Zeuge Stefan Sohm: Nein, das wäre ja nur konkret prüfbar gewesen oder wäre nur konkret prüfbar, wenn man den konkreten einzelnen Drohnenangriff für sich bewerten würde.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann prüfen Sie doch mal!)

Und darüber haben wir natürlich keine Erkenntnisse, wann wo welche Drohne in welchem Zusammenhang eingesetzt wird. Nur so etwas ließe sich juristisch im Einzelfall abklären. Das hat nicht stattgefunden nach meiner Kenntnis.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Eine weitere Frage zu den Verpflichtungen, die vielleicht die Bundesregierung oder die deutsche Justiz treffen würden. Was meinen Sie denn, ob es in dem Fall eine Verpflichtung gebe, aus dem Völkerrecht zum Beispiel oder aus dem Völkerstrafgesetzbuch, den in der Presse erhobenen Vorwürfen, dass es völkerrechtswidrige Einsätze gegeben hat, nachzugehen. Gibt es da eine Verpflichtung für die Bundesregierung oder aber für die Justiz, diesen Vorwürfen nachzugehen?

Zeuge Stefan Sohm: Ich bin kein Vertreter des Generalbundesanwalts und auch nicht des Justizministeriums. Aber abstrakt gibt es natürlich - -

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Aber Völkerrechtler.

Zeuge Stefan Sohm: Wenn schwere Völkerrechtsverstöße oder Verstöße gegen das Völkerstrafgesetzbuch im Raum stehen, hat natürlich die Generalbundesanwaltschaft eine Ermittlungspflicht. Der kommt sie, soweit ich weiß, auch nach. Es gab ja auch Fälle, wo sie Ermittlungsverfahren eingeleitet hat. Es gab auch, soweit mir bekannt ist, die Einstellung eines Ermittlungsverfahrens wegen der rechtlichen Bewertung, dass das kein Völkerrechtsverstoß gewesen sei, in einem konkreten Fall. Und soweit mir bekannt ist, gibt es auch vonseiten des Generalbundesanwaltes ein allgemeines Beobachtungsverfahren, wo aber im Moment keine konkreten Ermittlungen laufen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber da bin ich natürlich nur - mehr oder weniger - Zeuge vom Hörensagen oder durch mir bekannt gewordene Unterlagen hier⁸ aus unmittelbarer Zuständigkeit.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Treffen denn auch die Bundesregierung aus Ihrer Sicht völkerrechtliche Pflichten, hier tätig zu werden, falls es solche Vorwürfe gibt, die einigermaßen konkret sind?

Zeuge Stefan Sohm: Wenn es konkrete Vorwürfe gäbe, könnte natürlich das für die Bundesrepublik Deutschland eine völkerrechtliche Verantwortlichkeit begründen. Aber dafür muss es natürlich Anhaltspunkte geben.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): „Völkerrechtliche Verantwortlichkeit“ bedeutet was?

Zeuge Stefan Sohm: Also, so spricht man im Völkerrecht, wenn ein Staat möglicherweise einen Völkerrechtsverstoß begeht. Dann hat er dafür eine gewisse völkerrechtliche Verantwortlichkeit - so nennt man das -, weil Strafbarkeit von Staaten im Sinne des Strafrechts gibt es ja nicht. Deswegen spricht man da von völkerrechtlicher Verantwortlichkeit. Aber dafür müssen natürlich Anhaltspunkte vorhanden sein, die ich im Moment nicht sehe.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Es muss hinreichend konkret sein. - Eine Frage zu dem Verbindungskommando, das die Bundeswehr unterhält zu den Kommandobehörden EUCOM und AFRI-COM in Stuttgart. Haben Sie dazu irgendwelche Kenntnisse, zu diesen Verbindungskommandos?

Zeuge Stefan Sohm: Nein, überhaupt nicht.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Dann ist es das für das Erste gewesen. - Schönen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur zweiten Fragerunde. Es beginnt wieder die Fraktion Die Linke. Herr Kollege Hahn fängt an.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Da ich kein Jurist bin, darf ich mal etwas simpler anfangen. Wenn jemand jemanden umbringen will, töten will und das auch umsetzt, dann ist das Mord. Ist das richtig?

(Zuruf: Kann Mord sein!)

Zeuge Stefan Sohm: Auch da müsste ich juristisch wieder drauf antworten: Das kommt sehr darauf an.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Gut, ich habe es ja sehr simpel gesagt. Und wenn er jetzt auf dem Zwischenweg jemand findet, der ihm hilft, die Adresse von dem zu finden, vielleicht den Schlüssel für die Wohnung noch zu besorgen, dann ist das aber in jedem Fall Beihilfe.

Zeuge Stefan Sohm: Dann kann das Beihilfe sein, wenn die Haupttat selber eine Straftat darstellt und nicht ihrerseits gerechtfertigt ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Notwehr!

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, Notwehr. - Ich bin ja - - Ich komme ja gleich zu der Problematik. Sie wissen ja ganz genau, worauf ich hinaus will; denn wir untersuchen ja hier auch, ob durch die Weitergabe von Daten durch den Bundesnachrichtendienst an amerikanische Dienste Beihilfe zur gezielten Tötung, Beihilfe möglicherweise zum Mord geleistet worden ist. Das ist natürlich ein Punkt, der sehr gravierend ist.

Ich frage mich: Je mehr ich Ihnen zuhöre - - Wir waren ja ohnehin nicht sicher, zu welchen Themen Sie überhaupt etwas sagen können, aber je mehr ich Ihnen zuhöre: Wann sehen Sie denn überhaupt mal die Notwendigkeit, irgendetwas zu prüfen? Sind Sie - - Gehen Sie davon aus, alle Drohnenangriffe sind immer gerechtfertigt? Wenn Sie sagen, selber haben Sie nie irgendeine Veranlassung gesehen, dort mal zu prüfen, ob möglicherweise dort was schiefgelaufen ist, ob vielleicht der Falsche getroffen worden ist, ob die Daten, die verfälschten Daten - die Kollegin Renner hat Sie gefragt -, dazu geführt haben, dass

8) Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

völlig falsche Leute getötet worden sind: Hat Sie das nie interessiert, die Bundesregierung? Weggucken, nichts hören, nichts sehen?

Zeuge Stefan Sohm: Das hat ja nichts mit Weggucken zu tun. Es geht ja einzig um die Frage – wir prüfen ja nicht abstrakt jeden beliebigen Drohnenangriff, von dem wir auch unter Umständen auch gar nichts wissen. Da müssten Sie schon - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie haben ja gar keinen geprüft offenbar.

Zeuge Stefan Sohm: Da müsste ja ein konkreter Fall da sein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, es sind Tausende!

(Martina Renner (DIE LINKE): Tausende!)

- Tausende! Und Sie haben nicht einen einzigen geprüft? Und Sie geben weiter Daten dorthin als Bundesregierung oder als Dienste.

Zeuge Stefan Sohm: Ich bin kein Dienst und arbeite auch nicht für einen Dienst.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie sind aber hier als Vertreter des Bundesministeriums der Verteidigung. Und Sie kooperieren in dieser Eigenschaft auch mit amerikanischen Behörden.

Ich will noch mal auf die Relaisstation kommen. Sie haben vorhin gesagt: Es gab noch keine Veranlassung, das mal zu klären oder zu prüfen, ob das überhaupt eine Relaisstation ist. - Was ist denn, wenn da auch abgedrückt wird, wenn da auch von den Amerikanern die Schüsse ausgelöst werden in Ramstein? Interessiert Sie das dann auch nicht?

Zeuge Stefan Sohm: Auch dann würde sich ja immer noch die Frage stellen: Wäre es im konkreten Fall überhaupt ein Völkerrechtsverstoß? Wie gesagt, ich kann mir durchaus vorstellen, dass auch gewisse Drohnenangriffe auch von amerikanischer Seite durchaus rechtmäßig sein können.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, bestimmte vielleicht.

Zeuge Stefan Sohm: Dann müssten Sie einen konkreten - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und die anderen?

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da müssen Sie doch mal nachfragen, ob da ein Grund bestand!)

Zeuge Stefan Sohm: Also, wir haben zumindest - das kann ich, glaube ich, sagen - aus anderen Dokumenten die klare Zusage, dass die Angriffe, die die USA - zu denen sie sich selber bekennen - - sie selber als rechtmäßig bewerten. Da ich keinen konkreten Anhaltspunkt habe - - Zumal jetzt die Ermittlungen bei möglichen Rechtsverstößen natürlich in der Tat dann auch eine Zuständigkeit anderer Behörden wären, nicht unbedingt des Verteidigungsministeriums.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber wenn noch nie Sie nachgeguckt haben, was da passiert, sich das haben zeigen lassen oder die Bundesregierung: Woher wollen Sie denn wissen, was dort läuft?

Zeuge Stefan Sohm: Ich weiß es ja nicht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie sagen ja: Alles in Ordnung, kein Problem, haben keinen Anlass, zu prüfen. Dann hören Sie was, dann lesen was, dann gibt es Tote, dann gibt es noch mehr Tote. Aber Sie interessiert das alles gar nicht, was die da in Ramstein machen?

Zeuge Stefan Sohm: Was soll ich jetzt darauf antworten?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie sollten vielleicht mal sagen, warum Sie von sich auch keine Notwendigkeit sehen.

Zeuge Stefan Sohm: Also, wir haben zum einen in der Bundesregierung und auch in der Bundes-



Nur zur dienstlichen Verwendung

verwaltung, in der Justiz ganz klar geregelte Zuständigkeiten. Es mag vielleicht jetzt für einen Außenstehenden etwas bürokratisch erscheinen: Aber natürlich gibt es konkrete dienstliche Obliegenheiten, die mir obliegen, die zum Teil anderen obliegen, und ich erfülle die, die mir obliegen als Völkerrechtler im Bundesministerium der Verteidigung. Und, ich glaube, die erfülle ich auch, wenn ich das so sagen darf.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Hat es denn irgendetwas anderes bisher gegeben als freundliche Nachfragen: „Ihr macht doch da schon alles richtig?“? Und wenn die sagen: „Ja“, dann ist gut?

Zeuge Stefan Sohm: Ich war in diese Anfragen und in diese Gespräche nicht mit einbezogen. Deswegen: Tut mir leid, da kann ich Ihnen auch keine näheren Auskünfte geben, wie intensiv die waren.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Na, Sie haben vorhin etwas gesagt zum Status. Sie sind ja gefragt worden zum rechtlichen Status, zum Beispiel von Ramstein oder auch Stuttgart, oder man könnte auch Wiesbaden nehmen. Das ist jetzt nicht Ihr Bereich, was NSA angeht. Wie muss man sich denn das vorstellen? Sie müssen das doch eigentlich kennen, wenn Sie da auch Kontakte haben und als Völkerrechtler, was da für Verträge existieren. Ist das extraterritoriales Gebiet? Also, man hört so, dass da zum Beispiel gar kein Staatsanwalt rein darf, der dort irgendwie ermitteln will, kein LKA, kein BKA. Wissen Sie was darüber?

Zeuge Stefan Sohm: Weiß ich nicht, weil die Bundeswehr und auch das Bundesministerium der Verteidigung nicht der primäre Ansprechpartner für die Stationierung ausländischer Truppen in Deutschland ist. Ich bin es jedenfalls nicht. Ich kann Ihnen dazu im Detail nichts sagen. Völkerrechtlich ist es sicher kein extraterritoriales Gebiet, das kann ich beantworten. Es ist natürlich deutsches Staatsgebiet.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Kennen Sie denn Verträge, wo so was geregelt ist?

Zeuge Stefan Sohm: Na, ich kenne das NATO-Truppenstatut. Ich kenne das Zusatzabkommen, und ich kenne den Aufenthaltsvertrag. Das sind die drei zentralen völkerrechtlichen Grundlagen für die Stationierung amerikanischer Streitkräfte in Deutschland.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Darüber hinaus haben Sie keine Kenntnis?

Zeuge Stefan Sohm: Nein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das war es erstmal.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich hatte Sie ja am Anfang schon mal gefragt mit Blick auf die Zusammenarbeit des Bundesministeriums der Verteidigung mit Geheimdiensten der Five Eyes, ob es dort Regelungen des Datenaustausches gibt. Da sagten Sie: „Kann sein“, Sie wissen es nicht.

Wie sieht es denn aus mit sozusagen dem Pendant auf US-amerikanischer Seite? Gibt es Regelungen des Datenaustausches mit dem Verteidigungsministerium in den USA, so eine Art Memoranden, wie wir Sie zum Beispiel für die - -

Zeuge Stefan Sohm: Sind mir im Moment nicht bekannt, weil jedenfalls auf der Schiene der Völkerrechtsreferate kenne ich einen Datenaustausch in dem Sinne nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Informationsaustausch.

Zeuge Stefan Sohm: Ich gehe - -

Martina Renner (DIE LINKE): Also, gibt es Memoranden zwischen den Ministerien?

Zeuge Stefan Sohm: Ich denke, dass die Verteidigungsministerien der USA und Deutschlands gelegentlich miteinander sprechen und sich dabei auch über Themen unterhalten.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das meine ich.

Zeuge Stefan Sohm: In allen Bereichen wird das der Fall sein, weil - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Das meinte ich jetzt weniger. Ich meinte, ob es Memoranden gibt.

Zeuge Stefan Sohm: Was verstehen Sie unter Memoranden? Die Frage kann ich nicht beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Absprachen auf untergesetzlicher Ebene, die zum Beispiel durch die Minister oder Abteilungsleiter, Bevollmächtigte getroffen werden, die die bestimmte Art der Zusammenarbeit regeln in Fällen, zum Beispiel des Daten- und Informationsaustausches?

Zeuge Stefan Sohm: Ob es die in Bezug auf den Daten- und Informationsaustausch gibt, kann ich Ihnen nicht sagen. Was ich abstrakt weiß: Natürlich gibt es zum Teil Memoranden - oder wie Sie das nennen - oder Absprachen über gewisse Formen der Zusammenarbeit. Die USA sind ein relativ enger Verbündeter auch gerade in militärpolitischer Hinsicht. Da wird es was geben. Ich kenne jetzt im Moment konkret keines.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber Sie gehen davon aus?

Zeuge Stefan Sohm: Ich gehe davon aus, dass es keines [sic!]⁹ gibt.

Martina Renner (DIE LINKE): Gehen Sie auch davon aus, dass der Datenaustausch geregelt ist?

Zeuge Stefan Sohm: Kann ich Ihnen nicht sagen, weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn der Datenaustausch nicht durch ein Memorandum geregelt ist: Durch was wäre er gegebenenfalls trotzdem legalisiert?

Zeuge Stefan Sohm: Ich kann auch über einen Datenaustausch im Moment nichts sagen. Das wäre jetzt eine reine Spekulation, eine reine Hypothese, was für einen Datenaustausch Sie da ansprechen.

Martina Renner (DIE LINKE): Daten.

Zeuge Stefan Sohm: Was für Daten?

Martina Renner (DIE LINKE): Zu Personen.

Zeuge Stefan Sohm: Ist mir nicht bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Gibt es nicht?

Zeuge Stefan Sohm: Ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Stefan Sohm: Ich arbeite nicht in diesem Bereich.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sind schon gefragt worden, ob es zur Vorbereitung der Verhandlungen vor dem VG Köln Austausch mit US-amerikanischen Dienststellen gab. Da sagten Sie - -

Zeuge Stefan Sohm: Gab es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Bitte?

Zeuge Stefan Sohm: Die gab es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Die gab es nicht.

Zeuge Stefan Sohm: Von uns jedenfalls nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es unabhängig von diesem Fall zu dem Thema Drohneneinsätze - also militärische Drohnen, keine Überwachungsdrohnen - einen Austausch mit den USA zu rechtlichen, diplomatischen, politischen Fragen, an denen Sie beteiligt waren?

Zeuge Stefan Sohm: Nein, mit Schwerpunkt natürlich auf dem Nachsatz, den Sie in der Frage hatten: an denen ich beteiligt war. - Ich war daran nicht beteiligt. Es mag so was gegeben haben, auch von anderen Ressorts. Ich war aber an keinem direkten Austausch über Rechtsfragen mit den USA zu dem Thema beteiligt.

9) Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe dann erst mal keine weiteren Fragen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich dachte, ich hätte noch die Chance zu gucken, wie viel Redner noch sind.

(Marian Wendt (CDU/CSU):
17.29 Uhr fängt der Letzte
an!)

Weil die Union hat keine weiteren Fragen mehr. Wir könnten noch die acht Minuten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nutzen - das müssten wir schaffen -, sodass es auch jeder vom Weg her hinkriegt. Deswegen würde ich der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen jetzt das Wort geben. Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr Zeuge, zunächst einmal: Sie haben gesagt, die USA-Drohneinsätze, die seien - - würden alle als rechtmäßig bewertet. Da empfehle ich Ihnen, die Filmfestspiele zu besuchen und dort einen Dokumentarfilm - der heißt *National Bird*, den spielen sie am Sonntag zum Beispiel - sich anzusehen. Da sehen Sie einen Drohneinsatz, wo eine Familie von 32 Personen ausgelöscht wird. Aber - deshalb erwähne ich das hier - anschließend sehen Sie auch einen US-General, der in die Kamera sich rein entschuldigt bei der afghanischen Bevölkerung und auch mitteilt, dann wird mitgeteilt, dass jeder Opferangehörige 5 000 Dollar bekommt. Also, so ganz scheint das mit der Rechtmäßigkeit selbst von den US-Behörden auch nicht immer gesehen zu werden. Also, ich empfehle Ihnen den Film. Gehen Sie da mal rein, da können Sie sich über Drohneinsätze informieren.

Aber das war erst mal eine Empfehlung. Jetzt komme ich zu der Frage. Sie haben vorhin auf meine intensiven Befragungen - gerade nach so konkreten Fällen und nach konkreten Nachfragen von Abgeordneten, unter anderem auch von mir - gesagt, hätten Sie nie was mit zu tun gehabt, könnten Sie überhaupt nichts zu sagen.

Jetzt ist Ihnen dann vom Kollegen eine Frage von mir oder eine Antwortvorbereitung Ihrer Dienststelle vorgehalten worden, und da kommen die Worte vor, dass das „hinterfragbar“ sei. Und wenn ich das richtig in Erinnerung habe, wurde da sogar angeregt, dass man vielleicht einen Aufschub für die Beantwortung der Frage beantragen kann. Ich hätte diesen Aufschub gewährt; da werden wir ja dann immer angefragt. Das ist aber nicht geschehen.

Aber da waren Sie doch offenbar mit einem Fall, also Ihre Abteilung - ich weiß jetzt nicht, ob Sie persönlich damit beteiligt waren -, beteiligt. Warum haben Sie denn nicht in diesem Falle das gemacht? Wer hat Sie davon abgehalten? Sie selber sich? Oder jemand anders? Warum haben Sie da nicht zum Beispiel bei den US-Kontaktstellen nachgefragt: „Wie verhält sich das? Stimmt das?“ oder Ähnliches? Warum haben Sie diese, genau diese Linie, die Sie selber oder Ihre Abteilung da angeregt hat, nicht umgesetzt?

Zeuge Stefan Sohm: Jetzt müssen wir zwei Dinge unterscheiden, Herr Abgeordneter. Auch diese Frage, die Sie gestellt hatten, die damals auch zu diesem Vermerk von meinem Referat oder von mir auch geführt hat, bezog sich nicht auf einen konkreten Drohneinsatz - soweit ich das richtig in Erinnerung habe; sonst müsste ich noch mal in diesen Vorgang einsehen. Aber das war meines Erachtens nicht der Fall, sondern es war auch eine relativ abstrakte Frage, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Stefan Sohm: - über die Einbindung von Ramstein. Da ging es in keiner Weise um einen konkreten Drohnenangriff, den ich isoliert hätte zu bewerten haben. Also, konkret einbezogen in einen konkreten Drohneinsatz war ich auch bei der Bearbeitung dieser Frage nicht. Und, wie gesagt, ich hatte diesen Text damals formuliert, ich habe es ja vorher erklärt: Das war das erste Mal, dass wir mit einem solchen Thema konfrontiert wurden. Da kam die Überlegung auf, ob man da näher nachfragt. Wie dann damit von den Zuständigen, die das hätten umsetzen müssen - da



Nur zur dienstlichen Verwendung

muss ich noch mal auf die entsprechende ministerielle und bürokratische Zuständigkeitsverteilung hinweisen - - Was damit gemacht wurde konkret, weiß ich nicht. Mir war damals aber auch nicht bekannt, dass bereits solche Gespräche ja laufen oder zumindest danach stattgefunden haben. Es gab ja diese Kontakte ... (akustisch unverständlich).

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben sich auch nicht erkundigt: Warum ist jetzt eine Fristverlängerung beantragt worden, und sollen wir mal nachfragen? Ich gehe da los. - Auch nicht?

Zeuge Stefan Sohm: Habe ich nicht getan, zumal die Beantwortung der Frage in der Federführung des Auswärtigen Amtes lag, zumal - - Ich wäre auch nie derjenige gewesen. Deswegen hatte ich bei dem Vermerk auch deutlich reingeschrieben: Das liegt außerhalb der fachlichen Zuständigkeit meines Referates, und es war als Anregung gedacht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, klar. So habe ich das auch verstanden. Leider ist der Anregung nicht gefolgt worden, sondern mir ist da -

Zeuge Stefan Sohm: Das weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - so eine nichtssagende Antwort gegeben worden.

Zeuge Stefan Sohm: Das weiß ich nicht, ob der nicht gefolgt wurde. Das kann ich da nicht bestätigen, weil es gab ja durchaus Gespräche von den zuständigen Stellen mit der amerikanischen Seite, worüber Sie ja dann auch informiert wurden, glaube ich, in späteren Anfragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe jetzt noch eine abschließende Frage. Sie haben gesagt: Auskunft, die andere bekommen haben von den USA, dass man sich immer hier an Gesetz und Recht hält. Sind Ihnen da nicht mal Zweifel gekommen, als Sie vielleicht auch den Medien entnommen haben, dass zum Beispiel die Versicherung von US-Generalen, wie

zum Beispiel Herrn Alexander, Hayden, und Herrn Hayden oder aber auch Herrn Alexander, die sie sogar vor dem Kongress gemacht haben, vor dem US-Kongress, dass es keine Massenüberwachung durch die NSA gebe, sich nachher als falsch und als Lüge rausgestellt haben? Hat Sie das nicht mal darauf gebracht, dass in diesem Gebiet vielleicht doch immer nicht ganz die Wahrheit gesagt wird, um das mal milde auszurücken?

Zeuge Stefan Sohm: Ich kann jetzt diese konkreten Äußerungen von amerikanischen Generälen, die Sie zitieren, nicht ganz in den Zusammenhang mit dem bringen, was wir hier debattieren in Bezug auf Drohneneinsätze.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht um die Verlässlichkeit solcher Auskünfte in diesem etwas sensiblen Bereich.

Zeuge Stefan Sohm: Wir hatten jedenfalls - - Sind mir keine Dinge bekannt, und mir ist auch nicht bekannt, dass es bei den zuständigen Stellen in Deutschland der Fall war, dass es da ernsthafte Zweifel an amerikanischen Aussagen gab oder dass es Anhaltspunkte gab, daran zu zweifeln.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man kann auch die Augen zumachen.

Zeuge Stefan Sohm: Mehr habe ich da nicht zu bewerten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eine Frage würde noch gehen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, hallo. Schön, dass ich auch noch eine Frage kurz los werden kann. Ich hätte dann vielleicht nachher noch eine zweite.

Es gibt aus dem Mai 2013 eine Anfrage von ARD, *Panorama*, und *SZ* und anderen zu Ramstein und AFRICOM. erinnern Sie sich an diese Anfrage, sich da zu äußern?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stefan Sohm: Kann sein, dass wir mal an einer Anfrage als Referat daran beteiligt waren mit Teilelementen. Das kann ich - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, waren Sie. Und Sie haben das kommentiert. Aber wenn Sie sich an die Anfrage nicht erinnern, werden Sie sich an Ihren Kommentar auch nicht erinnern.

Zeuge Stefan Sohm: Sie können mir den sicher - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben geschrieben: MAT A BMVg-3-5c_6.pdf, Blatt 17:

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das ist nur die Quelle! Also, das haben Sie nicht geschrieben!)

Zeuge Stefan Sohm: Ja, ja, schon klar.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich wollte es nur sagen!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

... bitte um Rücksprache am Montag; war klar, dass dies früher oder später kommt.

Jetzt überlege ich, wie diese Aussage zu interpretieren ist, dass Ihnen klar war, dass dies früher oder später kommt, also eine An- -

Zeuge Stefan Sohm: Da müsste ich jetzt natürlich noch mal in das Dokument Einsicht nehmen, wenn das von 2013 war. Dann kann ich dazu sicher was sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. -Was sagt die Uhr?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wird ein bisschen eng, nicht von der Uhr - da hättest du noch zwei Minuten -, aber die Uhr mit der namentlichen Abstimmung. Wir können das fortsetzen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, dann halten wir es gleich vor, und dann setzen wir es fort.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ganz herzlichen Dank. - Dann müssen wir jetzt leider die Sitzung unterbrechen für die namentliche Abstimmung, die ansteht. Wir setzen die Sitzung direkt nach der namentlichen Abstimmung fort. Das wird wahrscheinlich der Erfahrung gemäß so 10 bis 15 Minuten jetzt gut dauern.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von
17.27 Uhr bis 17.58 Uhr)

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: So, dann steigen wir wieder ein in die Sitzung. Wir waren zuletzt bei Bündnis 90/Die Grünen. Noch einige Minuten sind zur Verfügung. Wer möchte anfangen? - Herr von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich mache gern da weiter, wo ich aufgehört habe.

Herr Sohm, die Frage, um sich das in Erinnerung zu rufen: Wir reden über den Mai, ich glaube, zweite Hälfte Mai 2013, die Anfrage von ARD, *Panorama*, und *SZ* zu Ramstein und AFRICOM und Ihren Kommentar auf Blatt 17:

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

... klar, dass dies früher oder später kommt.

So. Ich frage jetzt nach einer Interpretation dieses Kommentars.

Zeuge Stefan Sohm: Gestatten Sie mir einen Moment, kurz da einen Blick reinzuwerfen?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Selbstverständlich.

(Der Zeuge liest in den vorgelegten Unterlagen)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stefan Sohm: Ja, habe ich; erinnere mich auch an den Vorgang; sagt mir was.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wollen Sie ihn für mich interpretieren?

Zeuge Stefan Sohm: Ja, da gibt es eigentlich nicht allzu viel zu interpretieren. Bei uns ging dieser Vorgang ein, weil wir da in der Mitzeichnung mit beteiligt waren als Verteidigungsministerium und als Rechtsabteilung. Ich habe das dann, wenn ich diese Mail hier richtig sehe, die von mir stammt und die Sie zitiert haben, an meine beiden damals zuständigen Referentinnen weitergegeben.

Der Kommentar war im Grunde nichts anderes als ein Hinweis, dass wir das natürlich schon intern mal diskutiert haben, dass nach den ersten Anfragen, die schon im März 2013 zu der Thematik kamen, auch zum Teil aus dem parlamentarischen Bereich - - immer gedacht haben: „Das kann uns noch mal weiter beschäftigen“, weil wir davon ausgingen, dass das weiterhin juristische und politische Fragestellungen hervorruft. Und dann war das eigentlich nichts anderes als: klar, dass - - Da kommt noch mal was.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, so - -

Zeuge Stefan Sohm: Vielleicht im dienstlichen Ablauf, wenn ich es erklären darf, vielleicht auch so zu interpretieren, wenn ich es mal vorsichtig formuliere: Es ist natürlich auch immer nicht ganz einfach für Referenten, so was zu bearbeiten. Und dann habe ich gesagt: Gut, ihr habt es gewusst, es kommt mal wieder.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar. Nur vor dem Hintergrund - -

Zeuge Stefan Sohm: Eine inhaltliche Überlegung zur Sache war damit, mit dieser Aussage, natürlich nicht verbunden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar. Nur, es ist so ein bisschen so, als wüsste man, dass man da irgendwie - es ist vielleicht geschmacklos, in diesem Fall von einer Leiche im Keller zu sprechen; aber ich sage mal -

ein Problem hat, das noch mal auftauchen kann. So interpretiere ich Ihren Kommentar.

Im Hinblick auf Ihre Antworten auf die Fragestellung des Kollegen Ströbele verstehe ich dann nicht genau, warum man das eigentlich nicht rechtlich intensiver aufgearbeitet hat, was da eigentlich passiert.

Zeuge Stefan Sohm: Wir haben es ja rechtlich aufgearbeitet auf der Basis, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von Einzelfällen.

Zeuge Stefan Sohm: - die uns zur Verfügung stand.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Praktisch keine oder Zeitungswissen.

Zeuge Stefan Sohm: Wir hatten ja auch keine Einzelfälle. Auch das waren ja keine Anfragen - - Wenn ich diese Anfrage, diese Presseanfrage zu AFRICOM, richtig in Erinnerung habe: Da ging es ja auch nicht um konkrete Einzelfälle, sondern mehr um Strukturen und Allgemeinbewertungen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe. Na gut. - Dann will ich Ihnen eine weitere Akte vorhalten. Das ist die gleiche Akte, jetzt Blatt 239 [sic!]. Da geht es um Antworten auf Fragen des MdB Mützenich von der SPD, eine E-Mail vom 31.05.2013 zu den Fragen 85 und 86. - Vielleicht kann die Kollegin das kurz herausuchen und Ihnen vorlegen.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Das ist aus Ihrem Referat, also Sie sind in „Cc“. Das Thema ist: „US-Kampfdrohneinsätze in Somalia, Steuerung durch Afrika-Kommando in Stuttgart und Ramstein, Konsequenzen“; Zulieferung für AA. In der Mail heißt es, R I 3:

Außerhalb hiesiger Zuständigkeit wird eine Befassung der Leitung mit diesem Vorgang und der Gesamthematik angeregt; hiesigen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Erachtens sollte zeitnah eine möglichst ressortübergreifend abgestimmte Linie der Bundesregierung festgelegt werden.

Und jetzt kommt es:

Es ist zweifelhaft, ob eine bloße Berufung auf Nichtwissen politisch durchhaltefähig ist.

Der Gedanke ist knapp drei Jahre alt, aber aktueller denn je, würde ich sagen.

Deswegen: Wenn Ihnen damals oder wenn damals schon im Haus irgendwie klar war, dass es zweifelhaft ist, ob eine bloße Berufung auf Nichtwissen, wie Sie sie heute zumindest teilweise auch hier vorgeführt haben, politisch nicht durchhaltefähig ist: Warum hat man nicht entschiedener nachgesetzt? Warum hat man nicht gesagt: „Wir müssen was ändern, prüfen“? - Ist das idealistisch, oder?

Zeuge Stefan Sohm: Na, ich muss vielleicht zum historischen Kontext oder zum Ablauf, wie diese Fragen bei uns eingegangen sind, etwas sagen. Wir hatten schon eine vergleichbare E-Mail heute in der ersten Fragerunde mal diskutiert, wo ein ähnlicher Satz von uns drin stand. Das begann, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, so im Laufe des März/April 2013, dass diese Fragen aufkamen. Da gewann das Thema so eine gewisse politische oder mediale Konjunktur.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar.

Zeuge Stefan Sohm: Damit waren wir zum ersten Mal damit befasst. Als dann die ersten Erkenntnisse oder bzw. Nichterkenntnisse da waren, kamen diese Fragestellungen natürlich bei uns auf. Das waren keine juristischen Bewertungen. Wir haben immer gesagt: Außerhalb unserer fachlichen Zuständigkeit regen wir so was an.

Zu diesem Zeitpunkt, als diese Bemerkungen von unserer Seite geschrieben wurden, wussten wir noch nicht, dass es bereits seitens des Auswärtigen Amtes oder anderer Stellen durchaus Kontakte mit US-amerikanischen Stellen gab, wo

man sich über dieses Thema unterhalten hat, wo es auch entsprechende Versicherungen vonseiten amerikanischer Stellen an Deutschland gab. Sonst wären natürlich solche Kommentare gar nicht mehr geschrieben worden. Damit wurden die ja dann auch irgendwann mal erledigt, weil zu dem Zeitpunkt war es mir überhaupt nicht bekannt. Und die Aussage, dass wir gar nichts wissen, ohne irgendetwas getan zu haben, die kann man natürlich in der Tat infrage stellen. Aber es gab ja dann Kontakte auf höchster Ebene - seien es Gespräche der Außenminister bis hin zu Zusagen des US-Präsidenten. Es gaben Fragenkataloge seitens des AA, die mir zwar im Detail nicht bekannt sind, aber mir war dann zu einem späteren Zeitpunkt durchaus klar, dass es hier Gespräche gibt mit der amerikanischen Seite, und damit hat sich das auch in einer gewissen Weise dann erledigt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut. Aber von Ihrer Seite aus ist nichts geschehen. Ich meine, Sie sitzen ja hier sozusagen für ein anderes Ministerium und sind involviert und berufen sich jetzt auf das AA - okay; mit dem werden wir uns auch noch auseinandersetzen. Ich finde das auch alles dünn und eher unbefriedigend. Aber sozusagen von Ihrer Seite aus ist auch im Hinblick auf diese Erkenntnis, die hier zumindest kurz dokumentiert ist, dann nichts Konkretes geschehen.

Zeuge Stefan Sohm: Nein, ich hatte ja keine Erkenntnis dokumentiert, sondern nur eine Bewertung, eine erste.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber auf diese Bewertung hin ist - -

Zeuge Stefan Sohm: Wir haben das natürlich nicht nachher weiterbetrieben, zumal das dann auch nicht - muss ich leider sagen, auch wenn es sehr bürokratisch klingt - in der entsprechenden Zuständigkeitsverteilung innerhalb des BMVg bei meinem Referat gelegen wäre, da in dieser Richtung was zu tun.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Mein - - Ich verstehe, finde es trotzdem latent unbefriedigend, aber okay.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Letzte Frage von meiner Seite, ein Vorhalt: MAT A BMVg-3-1k.pdf, Beantwortung der Fragen der MdB Agnieszka Brugger vom 6. Juni 2013; Blatt 15 ff. ist das. Da geht es um eine E-Mail vom 19.10.2009, bei der Sie im Verteiler waren, Blatt 29 ff., und bei der ich gern eine Interpretation von Ihnen haben möchte. Dort steht:

Aussprache mit dem "Deputy to the Commander of Civil-Military Activities U.S. Africa Command"

Darin geht es um die vermeintlichen Gründe der USA, AFRICOM in Deutschland zu installieren:

Geschichtlich habe man AFRICOM in DEU aufgestellt, weil es nach dem Abzug von ca. 80% der US Truppen aus DEU große Leerstände gegeben habe und zudem viele EUR Staaten ehemalige Kolonialmächte waren ...

Das steht da so. - Können Sie mir das erläutern? Ich verstehe das gar nicht richtig.

Zeuge Stefan Sohm: Also, ich kann mich jetzt an diesen Vorgang nicht erinnern. Da müsste ich ihn einsehen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Stefan Sohm: Könnte ich aber auch wahrscheinlich thematisch nichts dazu sagen, da ich mit Stationierungsfragen und dem Hintergrund, wie AFRICOM nach Deutschland kam oder warum das in Stuttgart eingerichtet wurde, eigentlich nichts zu tun hatte. - Das müsste ich mir angucken.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind im Verteiler dieser E-Mail.

Zeuge Stefan Sohm: Das kann durchaus sein, aber ich habe die erstens nicht in Erinnerung,

und ich kann dazu auch eigentlich keine Interpretation abgeben. Ich kann das nur so zur Kenntnis nehmen.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Das wäre jetzt aber wirklich die letzte Frage.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut. - Also, meine letzte Frage: Die zwei Argumente, die hier angeführt sind, warum AFRICOM in Deutschland sein muss, nämlich weil es einen gewissen Gebäudeleerstand gibt und weil es in Europa Kolonialmächte gibt, das kommt Ihnen so merkwürdig vor wie mir.

Zeuge Stefan Sohm: Ich kenne es auch nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das frage ich nicht. Es kommt Ihnen so merkwürdig vor wie mir, oder begegnen Ihnen diese Argumente ab und zu?

Zeuge Stefan Sohm: Nein, ist mir noch nie begegnet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Dann kämen wir zur SPD-Fraktion.

Christian Flisek (SPD): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Sohm, das DOCPER-Verfahren kennen Sie?

Zeuge Stefan Sohm: Bitte?

Christian Flisek (SPD): DOCPER. Ist Ihnen das bekannt?

Zeuge Stefan Sohm: Sagt mir nichts, nein. Muss ich passen.

Christian Flisek (SPD): Also, es geht bei dem Verfahren darum, dass US-Streitkräfte private Dienstleister mit Aufgaben in ihrem Bereich betrauen und da für diese Dienstleister eben auch entsprechende Privilegien erhalten - - und dass das sozusagen ein Verfahren ist, wie das Ganze



Nur zur dienstlichen Verwendung

dann durch eine Zustimmung durch die Bundesregierung auch erfolgt. Ist Ihnen nie untergekommen?

Zeuge Stefan Sohm: Mir nie untergekommen, nein. Kann sein, dass das mal bei mir vorbeilief. Aber mir sagt das nichts, kann ich auch keine näheren Auskünfte zu geben, weil das nicht in meinem Aufgabenbereich liegt.

Christian Flisek (SPD): Sind Sie jemals mit diesem Umstand, dass US-Streitkräfte private Dienstleister im Rahmen eines Outsourcings betraut haben, befasst gewesen, juristisch?

Zeuge Stefan Sohm: Nein.

Christian Flisek (SPD): Dann frage ich Sie nur noch eine Sache, nämlich: Wenn Datenübermittlungen stattfinden an andere Dienste, dann gibt es bei diesen Datenübermittlungen so eine Art Disclaimer. Ist Ihnen der schon mal untergekommen?

Zeuge Stefan Sohm: Das kenne ich aus Einsätzen. Das hatte ich vorher schon mal erwähnt in einer Fragestellung. Wenn wir beispielsweise Datenaustausch im Rahmen von multinationalen Einsätzen durchführen, gibt es unter anderem oder unter Umständen allgemeine Regelungen, dass diese Daten dann nur genutzt werden dürfen für den jeweils multinational vereinbarten Einsatzzweck. Das sagt mir was, generell; das findet regelmäßig statt.

Christian Flisek (SPD): Oder es ist so eine Art Zweckbindungserklärung.

Zeuge Stefan Sohm: Ja, so könnte man das formulieren.

Christian Flisek (SPD): Wie bewerten Sie denn so eine Erklärung juristisch? Hat die - - Ist die verbindlich? Oder ist das mehr aus der Rubrik „großes Indianerehrenwort“?

Zeuge Stefan Sohm: Ich würde sagen: dazwischen. Ich meine, wir hatten noch nie das Problem, dass wir uns in einem gerichtsförmlichen Verfahren oder in einer Art Rechtsstreit auf so

was berufen mussten; jedenfalls wäre mir es nicht bekannt. Aber es sind ja doch Einsätze, die zwischen Partnern in einem Bündnis stattfinden, wo natürlich doch eine gewisse, zumindest politische Verbindlichkeit von solchen Erklärungen angenommen werden kann, weil sonst wäre eine Zusammenarbeit mit Bündnispartnern kaum möglich.

Christian Flisek (SPD): Na ja, und genau da stellt sich ja eben mir die Frage, warum man das dann sozusagen macht; weil entweder habe ich dieses kooperative Verhältnis schon auf der Grundlage der Vereinbarungen allgemeiner Art und das Vertrauen, dass man das tut, oder man hat es eben nicht. Man hat vielleicht schon Vertrauen, aber man hat eben auch vielleicht manchmal Zweifel.

Zeuge Stefan Sohm: Nein, ich glaube, diese Erklärung - -

Christian Flisek (SPD): Lassen Sie mich gerade ausreden!

Zeuge Stefan Sohm: Entschuldigung.

Christian Flisek (SPD): Weil man wählt ja hier einen Weg, wo man sozusagen noch mal eine Rechtsbelehrung an jede Art der Datenübermittlung noch mal hintendran kriegt.

Zeuge Stefan Sohm: Nein, das würde ich anders interpretieren. Diese Disclaimer haben ja nicht ein bereits bestehendes Misstrauen als Hintergrund, sondern sie haben zum Teil aus deutscher Seite überhaupt erst die Begründung, dass es eine eingeschränkte Verwendbarkeit gibt. Es wäre ja theoretisch möglich, dass wir auch Daten weitergeben, die frei verwendbar sind für Bündnispartner im Rahmen eines Einsatzes. Sehr häufig hat das sogar den Hintergrund, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland Einsätze ja mandatiert haben und Informationen und Daten, die wir dann im Rahmen eines militärischen Einsatzes gewinnen, auch nur im Rahmen des vom Bundestag beschlossenen Bundestagsmandats weitergeben müssen. Das muss natürlich dann schon in so eine Vereinbarung rein, damit unsere deutsche Beteiligung an einem Bundeswehr- - einem internationalen Einsatz auch mandatskonform erfolgt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Das hat nichts mit einem vorher bestehenden Misstrauen zu tun. Je nachdem, wie weit so ein Mandat ist, dementsprechend weit könnte dann auch die Befugnis sein, diese Daten dann durch andere nutzen zu lassen.

Christian Flisek (SPD): Also, das ist quasi ein Annex, um wirklich die Zweckbindung zu bestimmen.

Zeuge Stefan Sohm: Richtig.

Christian Flisek (SPD): Es ist was Konstitutives sozusagen, -

Zeuge Stefan Sohm: Ja.

Christian Flisek (SPD): - nicht jetzt irgendwie nur eine reine Appellfunktion.

Zeuge Stefan Sohm: So würde ich das deuten. Hängt natürlich immer vom Einzelfall ab, wie das formuliert ist. Aber grundsätzlich könnte man das so bezeichnen, ja.

Christian Flisek (SPD): Gut. Jetzt denken wir uns mal einen Einzelfall, wo dagegen verstoßen werden würde, gegen die Zweckbindung. Was würde denn dann passieren?

Zeuge Stefan Sohm: Da muss ich ganz offen sagen: Das ist eine sehr hypothetische Geschichte. Ich kenne keinen. Auch das lässt sich vermutlich dann nicht allgemein bewerten, wie man dann in einer konkreten Situation damit umgehen würde. Habe ich kein Schema, das ich anbieten kann.

Christian Flisek (SPD): Wieso nicht?

Zeuge Stefan Sohm: Das hängt dann sicher auch davon ab, in welchem Umfang dagegen verstoßen wurde, unter welchen Bedingungen, wie das uns zur Kenntnis gelangt. Ich kenne keinen praktischen Fall. Damit bewegt sich das jetzt sehr im Bereich der Spekulation.

Christian Flisek (SPD): Nein, ich sagte ja: Es ist eine hypothetische Frage.

Zeuge Stefan Sohm: Na, das bewegt sich jetzt sehr im Bereich der Spekulation, -

Christian Flisek (SPD): Na ja.

Zeuge Stefan Sohm: - von Diskussionen, von - -

Christian Flisek (SPD): Das ist eine Fallgestaltung. Es wundert mich nur, dass Sie dazu sagen, weil das eben eine Fallgestaltung - - Also, ich meine, seit ich meinen kleinen BGB-Schein gemacht habe, bin ich mit hypothetischen Fallgestaltungen betraut gewesen. Und meine ganze juristische Schulung besteht darin, dass ich so was löse.

Zeuge Stefan Sohm: Mhm.

Christian Flisek (SPD): Also, insofern wundert mich jetzt, dass Sie sagen, zu so was nehmen Sie überhaupt gar keine Stellung.

Zeuge Stefan Sohm: Nun, ich bin ja hier Zeuge und nicht hypothetischer Falllöser; Entschuldigung. Das muss ich dazusagen. Aber ich habe jetzt kein Verfahren, das ich hier anbieten könnte, wie wir in der Bundesregierung oder in der Bundeswehr, im Verteidigungsministerium mit so einer Situation umgehen würden, zumindest wenn sie so abstrakt beschrieben ist.

Da wir einen solchen Fall auch noch nicht hatten, mir jedenfalls keiner bekannt ist, kann ich auch nicht sagen, wie wir es in der Vergangenheit gemacht hätten oder haben.

Christian Flisek (SPD): Es wäre für uns hilfreich, wenn wir dazu was hören würden, also, ich sage es mal, wenn es zumindest irgendwo Ansätze gäbe, dass man sagt: Na ja, also bei genauerem Nachdenken gibt es da einen Mechanismus. Weil ansonsten, wenn das so völlig hypothetisch ist, dann ist das eigentlich auch, ja, Schall und Rauch und zwecklos, ja. Das ist so: lesen, lachen, lochen.

Zeuge Stefan Sohm: Das kann ich so -

Christian Flisek (SPD): Ja, ich sage, das ist mein Eindruck.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stefan Sohm: - nicht bewerten.

Christian Flisek (SPD): Ich will ja nur wissen, wenn man - - Ich meine, man macht das ja nicht aus Jux und Tollerei bei jeder Datenübermittlung.

Zeuge Stefan Sohm: Mit Sicherheit nicht.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, es muss ja irgendeine Konsequenz haben, wenn es eben mal nicht eingehalten werden würde.

Zeuge Stefan Sohm: Ja, aber wir haben dafür, soweit ich jedenfalls weiß, keine formalisiert festgelegten Verfahren im Voraus, was passiert, wenn die das nicht einhalten.

Christian Flisek (SPD): Na gut.

Zeuge Stefan Sohm: Die kenne ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Danke. - Keine weiteren Fragen, Frau Vorsitzende.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Dann geht es weiter bei der Fraktion Die Linke.
Frau Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe noch eine Frage. Ich bleibe mal beim Drohneneinsatz. Neben dem Verfahren vor dem VG Köln: Haben Sie weitere Fälle von Drohneneinsätzen geprüft - Einzelfälle? Sie sprachen ja davon, man müsste sich die Einzelfälle angucken, weil die alle unterschiedlich seien.

Zeuge Stefan Sohm: Also, auch das Verfahren von Köln war nicht der Einzelfall eines Drohneneinsatzes, sondern es war, wie dargestellt, die Klage von jemenitischen Bürgern auf ein Handeln der Bundesrepublik Deutschland, das sich nicht auf einen konkreten Drohneneinsatz bezog. Die Kläger haben zwar einen konkreten Drohneneinsatz angeführt, quasi als Beleg für ihre potenzielle Betroffenheit; es ging aber nicht um diesen konkreten Drohneneinsatz, sondern es ging allgemein um Drohneneinsätze bei dieser Klage des VG Köln. Da spielte ein konkreter Drohneneinsatz bei der eigentlichen juristischen Bewertung keine Rolle.

Und so war es auch in anderen hier anstehenden - - Es gab auch sonst noch ein paar gerichtliche Verfahren, zum Teil auch welche, die weit nach Einsetzung des Untersuchungsausschusses entstanden sind, zum Teil auch parallel, wo allgemein über die Einbindung von Ramstein juristisch debattiert wurde. Aber es ging dabei nie um konkrete Einzelfalleinsätze.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Wie Sie es jetzt auch nennen mögen: Zu welchen weiteren Einsätzen gab es denn dann diese Untersuchungen?

Zeuge Stefan Sohm: Es gab keine juristischen Bewertungen eines einzelnen konkreten Drohneneinsatzes.

Martina Renner (DIE LINKE): Keines einzigen, auch nicht, wenn ein deutscher Staatsbürger zu Tode kam?

Zeuge Stefan Sohm: Jedenfalls nicht in der Zuständigkeit meines Referats. Ich hatte vorher schon erwähnt, weil Sie „deutscher Staatsbürger“ ansprachen: Es gab einmal ein Ermittlungsverfahren - das ist mir allgemein bekannt aus Pressemitteilungen und nicht aus meiner praktischen Arbeit -, wo der Generalbundesanwalt sogar ein Ermittlungsverfahren eingeleitet hat und dieses dann später eingestellt hat. Das war sicher ein konkreter Drohneneinsatz.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber was ich nicht verstehe: Sie haben ja eingangs relativ bestimmt ausgeführt, dass nicht jeder Drohneneinsatz völkerrechtswidrig ist - ganz im Gegenteil. Wie kommt man zu so einem Ergebnis, wenn man sich die einzelnen Einsätze, die ja sehr unterschiedlich sind, teilweise auf Grundlage eines Mandates, teilweise nicht, teilweise in einer Kriegsregion, teilweise in einer Krisenregion, teilweise auf Zivilisten, teilweise auf Kombattanten usw., nicht anguckt?

Zeuge Stefan Sohm: Ich muss ja nicht einen einzelnen konkreten Einsatz bewerten, sondern ich kann Kategorien erstellen, unter denen Drohneneinsätze völkerrechtskonform sind. Ich kann auch - da wären wir dann bei hypothetischen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fallkonstellationen - sicher Kriterien aufstellen, unter denen ein Drohneneinsatz völkerrechtswidrig wäre. Dazu brauche ich mir nicht einen konkret tatsächlich erfolgten Drohneneinsatz zu vergegenwärtigen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber vorhin sagten Sie: Man muss sich jeden konkreten Fall angucken, um das beurteilen zu können.

Zeuge Stefan Sohm: Um einen konkreten Fall bewerten zu können, brauche ich einen konkreten Fall. Aber ich kann natürlich abstrakt Rechtsausführungen dazu machen oder rechtliche Bewertungen anstellen, was Kriterien wären, die dann natürlich, wenn wir einen konkreten Fall hätten, darauf anzuwenden wären.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sind in der Rechtsabteilung. Ist das richtig?

Zeuge Stefan Sohm: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Für das Referat Völkerrecht?

Zeuge Stefan Sohm: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Muss man sich da nicht die konkreten Fälle angucken, um zu einer völkerrechtlichen Bewertung zu kommen, -

Zeuge Stefan Sohm: Nicht zwingend.

Martina Renner (DIE LINKE): - und nicht irgendwie am Reißbrett philosophieren, was sein könnte? Es sterben Menschen ganz konkret. Diese Fälle muss man sich angucken, um zu entscheiden, ob man teilhaben will an diesem System, ja oder nein. An extralegalen Hinrichtungen will die Bundesregierung, das BMVg da mitmachen, ja oder nein? Das muss man sich doch am konkreten Fall angucken.

Zeuge Stefan Sohm: Wenn wir einen konkreten Fall haben, können wir das tun. Wobei: Auch das wiederum wird ja in den Fällen gemacht, wenn konkrete Fälle Anlass geben für eine juristische Ermittlung. Noch mal: Es gab Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts. Da muss man

auch die Frage stellen, was ist - - Tut mir leid; ich weiß, das klingt sehr bürokratisch oder so ein bisschen in Richtung Verantwortungsabschiebung.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Stefan Sohm: Wir haben in der Bundesregierung natürlich und auch in den Ministerien klare Zuständigkeitsverteilungen. Wir im Völkerrechtsreferat des Verteidigungsministeriums sind in erster Linie dazu verpflichtet, die völkerrechtliche Beratung von Bundeswehreinsetzungen und dessen zu machen, was im Bereich des Geschäftsbereiches des Bundesministeriums der Verteidigung abläuft. Ich habe keine Verpflichtung und auch keinen Anlass, auch gar nicht die faktische Möglichkeit, irgendwelche Drohneneinsätze, bewaffnete Drohneneinsätze, die es von deutscher Seite aus nie gab - - weil die Bundeswehr hat keine bewaffneten Drohnen im Moment.

Martina Renner (DIE LINKE): Noch nicht!

Zeuge Stefan Sohm: Man kann - - Aber bisher jedenfalls nicht. Deswegen hatten wir da auch nichts zu bewerten.

Martina Renner (DIE LINKE): Das macht einen so ein bisschen sprachlos. Aber okay. - Letzte Frage: Wenn es Baumaßnahmen der US-Streitkräfte auf deutschem Boden gibt, die möglicherweise auch neue militärische Komponenten umfassen, werden die gegenüber dem BMVg angezeigt, oder?

Zeuge Stefan Sohm: Da gibt es bestimmte Verfahren, wie das abläuft. Da dürfen Sie mich bitte nicht im Detail fragen. Es ist kein Bereich, mit dem ich mich beruflich auseinandersetze. Aber da gibt es bestimmte Verfahrensrichtlinien, wie solche Baumaßnahmen dann funktionieren oder durchgeführt werden.

Martina Renner (DIE LINKE): Da ist zuständig IUD I oder so?

Zeuge Stefan Sohm: Das kann sein. IUD ist unsere Abteilung für Infrastruktur, Unterbringung [sic!] und Dienstleistungen. Die sind für derartige Maßnahmen zuständig. Ich nehme - - Das kann



Nur zur dienstlichen Verwendung

durchaus sein. Ich habe jetzt die Zuständigkeitsverteilung, was dieses Referat macht, nicht genau im Kopf, aber das klingt einleuchtend.

Martina Renner (DIE LINKE): Und damit haben Sie nichts zu tun.

Zeuge Stefan Sohm: Damit habe ich eigentlich nichts zu tun.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Danke schön.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Dann keine Fragen mehr. - Dann kommt die CDU/CSU.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir haben auch keine Fragen.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Dann Bündnis 90/Die Grünen. - Haben keine Fragen mehr. Dann sehe ich, dass alle keine Fragen haben.

Dann erst mal herzlichen Dank. Dann beende ich die Zeugenvernehmung. Nach der Fertigstellung bekommen Sie das Stenografische Protokoll. Zwei Wochen haben Sie Zeit, Korrekturen in der Übertragung oder Richtigstellungen oder Ergänzungen mitzuteilen.

Dann darf ich mich für Ihre Ausführungen trotzdem ganz herzlich bedanken.

Zeuge Stefan Sohm: Ich danke auch. Wiedersehen!

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Dann machen wir einen kleinen Moment Pause, und dann kommt Herr Luther.

(Unterbrechung von
18.22 bis 18.29 Uhr)



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vernehmung des Zeugen
Hans-Christian Luther**

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Dann wollen wir starten in die öffentliche Vernehmung des Herrn Luther. Erst mal möchte ich Sie ganz herzlich begrüßen, Herr Luther. Sie sind offensichtlich ordnungsgemäß geladen worden - es hat also geklappt - am 12. Februar.

Dann kommen wir erst mal auf einige Hinweise, und zwar: Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme dieser Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht. Das Protokoll in dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - So weit klar, oder haben Sie dazu Fragen?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Ist so weit klar.

Sie haben keinen Rechtsbeistand. Da brauchen wir den auch nicht vorzustellen. Jetzt muss ich Sie noch mal belehren.

Sie sind als Zeuge geladen, und als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. - Das ist jetzt nicht wirklich überraschend. - Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 StGB mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Zum Zeugnis- und Auskunftsverweigerungsrecht: Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 Untersuchungsausschussgesetz fassen kann. - Gibt es hierzu Fragen?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Auch alles klar; wunderbar.

Jetzt noch ein bisschen zum Ablauf der Anhörung. Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz vorstellen; eingangs habe ich noch Fragen zur Person. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, und danach werden Sie befragt, und zwar von den Ausschussmitgliedern. - Das ist auch alles deutlich?

(Der Zeuge nickt)

Erst mal darf ich Sie bitten, zu Beginn Ihrer Ausführungen sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und ladungsfähiger Anschrift kurz vorzustellen.

Zeuge Hans-Christian Luther: Schönen guten Abend, meine Damen und Herren, Frau Vorsitzende! Mein Name ist Hans-Christian Luther. Ich bin am [REDACTED] 1955 geboren. Ich bin im BMVg in Berlin, Stauffenbergstraße 18, 10785 Berlin; das ist die ladungsfähige Anschrift. - Was haben wir noch vergessen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Nein, das ist schon komplett. Ihre Berufsbezeichnung ist?

Zeuge Hans-Christian Luther: Konteradmiral ist mein Dienstgrad, und meine Berufsbezeichnung ist Soldat.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Danke. - Jetzt möchte ich Ihnen noch, wenn Sie dies wünschen, entsprechend § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit geben, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Möchten Sie sich da vorher noch äußern?

Zeuge Hans-Christian Luther: Nein.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Gut. - Dann fangen wir an mit den Befragungen. Die CDU/CSU-Fraktion fängt an. Bitte schön.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Schönen Dank. - Herr Admiral Luther, ich möchte Sie bitten, zu Anfang einmal überblicksartig Ihren bisherigen Werdegang in der Bundeswehr darzustellen. Vor allem die Verwendung im BMVg sowie bei der NATO sind dabei für uns von Interesse.

Zeuge Hans-Christian Luther: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter. - Ich bin am 01.10.1974 in die Bundeswehr eingetreten, war zunächst im Mannschaftsdienstgrad und bin dann in die Offizierslaufbahn Crew - in der Marine ist der Jahrgang, der neu beginnende Jahrgang mit „Crew“ bezeichnet - - in die Crew VII/76, also Juli 76, übernommen worden, eingetreten, habe dann auf Ziellaufbahn gemacht. Ich darf das so titulieren, ganz normal, also, sprich: mit allen Werdegangspunkten, bin Kommandant geworden eines deutschen Minenjagdbootes 86 bis 88, war Stellvertreter Kommandeur, Kommandeur, Flottillenkommandeur, bin 1988 das erste Mal im BMVg gewesen als Sachbearbeiter, als Kapitänleutnant, bin dann Referent gewesen im Führungsstab der Streitkräfte III 1 - das ist das Referat Sicherheitsmilitärpolitik, damals ansässig in Bonn - von 1996 bis 1998, bin dann als Adjutant zum Generalinspekteur der Bundeswehr gekommen, war

zweieinviertel Jahre Adjutant beim Generalinspekteur, bin dann Referats- - Also, die nächste Station war dann NATO, drei Jahre, IMS, Plans & Policy, Militärstab. Danach bin ich Flottillenkommandeur geworden.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Entschuldigung, Herr Admiral. IMS?

Zeuge Hans-Christian Luther: International Military Staff.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Okay. Wir sind hier mit den Abkürzungen nicht so vertraut.

Zeuge Hans-Christian Luther: Das ist der - - Wir haben in der NATO einen militärischen Strang und einen zivilen Strang. Der militärische Strang ist der, der dann mündet in das MC, in das sogenannte Military Committee, und der politische Strang ist der Strang, der dann in das NAC, also in den North Atlantic Council - - wo dann die Botschafter vertreten sind. Also, das eine gesteuert vom Auswärtigen Amt, das andere gesteuert vom BMVg, also national.

Dann bin ich Flottillenkommandeur geworden, nach Flottillenkommandeur bin ich dann - das hieß damals „StAL“, Stabsabteilungsleiter - nach einer kurzen Zwischenverwendung im Flottenkommando Stabsabteilungsleiter im Führungsstab der Marine in Bonn FüM III geworden und bin danach UAL SE II hier in der Stauffenbergstraße, im BMVg - - also habe von Bonn nach Berlin gewechselt, und bin dann als letztes - - war zu einer Zwischenverwendung noch in Rostock in der Marine und habe dann die letzte Verwendung, die ich jetzt inne habe: der stellvertretende Abteilungsleiter der Abteilung Strategie und Einsatz.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Von wann bis wann waren Sie genau Unterabteilungsleiter SE II?

Zeuge Hans-Christian Luther: Vom 6. Dezember 2011 bis zum 18. Mai 2014.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Das ist ja die Unterabteilung Militärpolitik und Einsatz, wenn ich das richtig gesehen habe.

Zeuge Hans-Christian Luther: Ja, das ist richtig.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Was gehörte da genau zu Ihren Aufgaben?

Zeuge Hans-Christian Luther: Einmal, wie der Name schon sagt, also die - - Ich war zuständig für das Gebiet Militärpolitik, habe entsprechend also alle militärpolitischen Beziehungen, die wir gehabt haben oder haben, gesteuert bzw. beratend gesteuert für den Abteilungsleiter und habe zum Zweiten die Einsätze begleitet auch für den Abteilungsleiter. Also in meinem Portfolio lagen alle Einsätze und auch die Militärpolitik.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Waren Sie in diesem Aufgabenbereich auch befasst mit der Kontaktpflege zu den NATO-Partnern, zum Beispiel zu den USA und Großbritannien?

Zeuge Hans-Christian Luther: Auf militärpolitischer Ebene ja, wenn Sie - ich sage das nur vorher, weil das - - Man muss das erklären: Wir haben getrennt - das ist eine Bewertung, die ich jetzt mache - zwischen Militär- und Sicherheitspolitik. Sicherheitspolitik ist in den Händen der Abteilung Pol, Politik, die es extra gibt. Und Militärpolitik ist also das, was wir über die militärischen Stränge mit unseren Partnern machen. Soweit Sie das meinen, ist es richtig. Wenn es um Sicherheitspolitik geht, um sicherheitspolitische Befassthheiten, ist das - - obliegt das dem Corps der Abteilung Politik.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Mich interessiert in dem Zusammenhang besonders, ob Sie in Ihren verschiedenen Verwendungen auch zu tun hatten mit US-Militärstandorten, zum Beispiel Ramstein, oder mit den Kommandobehörden AFRICOM und EUCOM in Stuttgart.

Zeuge Hans-Christian Luther: Wir wollten oder wir waren dabei, diese Kontakte zu etablieren. Zu tun gehabt habe ich damit nicht, nein.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Sie waren dabei, die Kontakte zu etablieren.

Zeuge Hans-Christian Luther: Ja.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Aber Sie selbst hatten jetzt nichts damit zu tun - so habe ich Sie verstanden -; das hat die Abteilung gemacht, ohne dass Sie selbst damit befasst waren.

Zeuge Hans-Christian Luther: Nein, nein, nein. Wir sind - - Das ist einfach eine zeitliche Begründung. Ich - - Da steigen wir hier ein. Die Neuausrichtung hat der Minister de Maizière angewiesen, und die Neuausrichtung der Bundeswehr sah auch - damit haben wir auch angefangen - eine überarbeitende oder Neuorganisation des Ministeriums vor. Und dazu gehörte die Etablierung eben der Abteilung SE, Strategie und Einsatz, und der Abteilung Pol, Politik.

Das ist hervorgegangen aus der alten Abteilung FÜS III - das ist eben Militärpolitik, Sicherheitspolitik - und dem Einsatzführungsstab der Bundeswehr. Und dieses mussten wir erst mal auftrennen, haben wir also - - Das ist die Künstlichkeit, auf die ich gerade schon - - Oder was heißt „Künstlichkeit“? Das ist eben die Tatsache, auf die ich eingegangen bin; das ist der Unterschied zwischen Militär- und Sicherheitspolitik.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ja, die Trennung.

Zeuge Hans-Christian Luther: Genau. - Und wir haben jetzt in unserem Portefeuille der Militärpolitik uns natürlich nach Kontakten umgesehen: Was sind unsere Kontakte? Mit wem wollen wir gemeinsam in Kontakt treten, in Kooperation? Und da haben wir uns natürlich umgeschaut; denn das war 2011. Die Abteilung ist durch Staatssekretärerlass angewiesen oder - was heißt „angewiesen“? - ins Leben gerufen zum 01.04.2012, sodass wir also die allerersten - es waren ja auch noch nicht alle Dienstposten besetzt - Aufbauarbeiten gemacht haben zwischen praktisch 2011 und 2012.

Und dazu gehörte natürlich auch ein Umschauen: Wer ist uns denn da als Partner, wer ist



Nur zur dienstlichen Verwendung

denn da - - Wer würde denn bei uns entsprechend auf der Ebene als Partner angemessen sein? Und insofern hatten wir vor und wollten diese Kontakte natürlich auch analysieren, bewerten und dann auch etablieren.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Mhm. Jetzt sind Sie seit 1. Mai 2015 Stellvertreter des Abteilungsleiters Strategie und Einsatz im BMVg. Wie sieht dort Ihr Aufgabenbereich aus?

Zeuge Hans-Christian Luther: Ich bin in allen Punkten der verantwortliche Abteilungsleiter in Abwesenheit meines Abteilungsleiters, also ich bin der Stellvertreter, habe Stellvertreterfunktion.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Es gibt also keine Zuständigkeitsabgrenzung zwischen dem Leiter, Generalleutnant Kneip - wenn ich richtig informiert bin -, und Ihnen, sondern Sie sind Abwesenheitsvertreter.

Zeuge Hans-Christian Luther: Generalleutnant Kneip ist seit sieben Monaten der Stellvertreter Generalinspekteur der Bundeswehr. Mein Abteilungsleiter heißt Warnecke, Generalleutnant Warnecke. Der ist am 01.09. gekommen und hat die Abteilung übernommen und hat dann - - und teilt sich mit mir die Abteilung. Wobei: Er ist der Abteilungsleiter, ich bin sein Stellvertreter, in Abwesenheit Abteilungsleiter.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Zu der Abteilung gehören auch die Bereiche SE I, Militärisches Nachrichtenwesen, oder gehört dieser Bereich, und der Bereich ist aufgeteilt nach Regionen.

Zeuge Hans-Christian Luther: Ich nehme es Ihnen ab, ich nehme es Ihnen ab, Herr Abgeordneter, ich nehme es Ihnen ab. Die Abteilung hat drei Unterabteilungen. Sie haben recht, die Abteilung SE I ist die Abteilung Militärisches Nachrichtenwesen. Sie hat zu tun mit allen nachrichtendienstlichen und Nachrichtenwesen - - Belangen in unserer Abteilung, also einsatzbezogen, einsatzrelevant und militärisch relevant. Die Abteilung SE II ist die, über die wir gerade schon gesprochen haben, so wie dargestellt. Und dann

gibt es eine Abteilung SE III. Das ist die Abteilung Unterstützung. Da geht es um Logistik im Einsatz, Sicherstellung von Transport, von allem, was Führungsunterstützung ist, und von allem, was entsprechend sozusagen, ich sage mal - - sind die Rahmenbedingungen eines Einsatzes für deutsche Kontingente.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Mich interessiert besonders der Bereich SE I, das Nachrichtenwesen. Da wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie den Bereich etwas näher beschreiben würden. Was gehört zu den Aufgaben? Gibt es da diese Untergliederung nach Regionen? Wie ist das aufgebaut?

Zeuge Hans-Christian Luther: Die Abteilung hat fünf Referate, und die fünf Referate beschäftigen sich oder sind geordnet nach verschiedenen Aufgaben, wie zum Beispiel strategische Aufklärung, wie zum Beispiel Aufklärung im Einsatz, wie zum Beispiel strategische Kommunikation, dann das gesamte Attachéwesen in der - - Ein Referat ist zuständig für das gesamte Attachéwesen, sowohl national als auch international, also einmal unsere eigenen als auch die hier in Deutschland akkreditierten. Und dann gibt es noch das SE I 5. Das sind Spezialoperationen, also alles, was Spezialkräfte angeht.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ich möchte zunächst auf Ramstein zu sprechen kommen. Der frühere US-Drohnenpilot Brandon Bryant war ja hier im Ausschuss schon als Zeuge und hat uns am 15. Oktober 2015 gesagt, dass Darstellungen der Presse zutreffen würden, wonach die Relaisstation der US-Streitkräfte in Ramstein für Drohneneinsätze der US-Streitkräfte in aller Welt unverzichtbar sei. Über Ramstein würden Steuerungssignale aus den USA an die Drohnen in den jeweiligen Einsatzgebieten übertragen. Die der Bundesregierung von den USA gegebene Zusage, Drohneneinsätze würden nicht von Deutschland aus gesteuert, sei, so Darstellung des Rechercheverbands aus *Süddeutscher Zeitung*, NDR und WDR, unglaubwürdig. Zum einen stünden in Ramstein Satellitenanlagen, die für den Drohnenkrieg unerlässlich sind, zum anderen steuerten im Air and Space Operations Center des Haupt-



Nur zur dienstlichen Verwendung

stützpunkts Hunderte Soldaten die Drohneneinsätze in Afrika. Können Sie uns etwas zu dieser Berichterstattung sagen, wie Sie diese Berichterstattung bewerten, ob Sie da eigene Erkenntnisse haben?

Zeuge Hans-Christian Luther: Ich habe dazu keine eigenen Erkenntnisse.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ihre Abteilung, verfügt die über Erkenntnisse zu Ramstein und zu diesem Vorwurf?

Zeuge Hans-Christian Luther: Es hat dazu Anfragen aus dem parlamentarischen Bereich gegeben über diese Antenne oder was Sie da gerade sagten.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Die Relaisstation.

Zeuge Hans-Christian Luther: Die Relaisstation. - Und es hat auch Anfragen gegeben über den, ich nenne es mal, Issue Ramstein. Die haben wir beantwortet, die sind bei Ihnen in den Akten zugänglich und auch entsprechend in line mit dem, was wir dazu geäußert haben.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Haben Sie da bzw. sind aus Ihrer Abteilung heraus Gespräche geführt worden mit Amerikanern, um die Aufklärung zu betreiben, was dran ist an den Vorwürfen, oder wie sind Sie zu Ihren Erkenntnissen gelangt, die Sie benötigten, um zuzuarbeiten, um diese Anfragen zu beantworten?

Zeuge Hans-Christian Luther: Ich möchte noch einmal deutlich machen: Ich war der Unterabteilungsleiter SE II vom 6. Dezember 2011 bis zum 18. Mai 2014. In dieser Zeit ist mir davon nichts bekannt.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Okay. - Waren Sie denn schon mal zu Besuch in Ramstein auf dem US-Stützpunkt?

Zeuge Hans-Christian Luther: Nein.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Die Bundesregierung hat stets betont, dass sie über die Medienberichte hinausgehend keine Kenntnisse habe über eine Beteiligung der US-Streitkräfte in Ramstein an bewaffneten Einsätzen mit Drohnen. Haben Sie Kenntnis dazu, welche Schritte insbesondere im BMVg unternommen worden sind, um dort Aufklärung zu bekommen? Also, Sie haben ja gesagt, Sie selbst waren in Ihrer damaligen Rolle nicht beteiligt daran. Haben Sie darüber hinaus Kenntnisse dazu, was unternommen worden ist vonseiten des BMVg?

Zeuge Hans-Christian Luther: Nein, habe ich nicht. Ich möchte - - Das Einzige, wenn es denn zur Aufklärung beiträgt - - Ich mache das allerdings deutlich als halbpersönliche Bewertung; dieses ist eine halbpersönliche Bewertung; Und zwar gibt es ein Statement von Präsident Obama - das ist auch aktenkundig, finden Sie auch in den Akten; ich meine, aus dem Sommer 13 -, der gesagt hat, dass es keine Launching Points oder Launching Sites von deutscher Seite aus gibt.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Aber Ihnen ist nicht bekannt, dass das BMVg Schritte unternommen hat, um, als diese Vorwürfe laut wurden, Aufklärung zu betreiben, um da mal bei den Amerikanern nachzufragen: „Was ist dran?“? Dazu ist Ihnen nichts bekannt?

Zeuge Hans-Christian Luther: Mir ist es nicht bekannt.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Okay. - Ihnen wird gleich ein Dokument vorgelegt. Es handelt sich um eine E-Mail aus dem Referat FüSK I 1 vom 26. März 2013. Das wird Ihnen jetzt gebracht. Es dauert ein bisschen, es muss erst geblättert werden.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Der Verfasser dieser E-Mail zitiert eine Stellungnahme aus dem Rechtsreferat R I 3 des BMVg und schließt sich dieser Auffassung ausdrücklich an. R I 3 hatte darauf hingewiesen - ich zitiere -:



Nur zur dienstlichen Verwendung

„ ... dass ein Nichtvorliegen von Erkenntnissen bei der BReg über mögliche militärische Operationen von US-Streitkräften oder NATO-Stellen, die von deutschem Boden ausgehen, zumindest hinterfragbar erscheint und auch die Frage aufwerfen könnte, ob die BReg sich nicht veranlasst sehen müsste, entsprechende Erkenntnisse zu haben. Dies gilt insbesondere für NATO-Einrichtungen, an denen DEU selbst mit militärischem Führungspersonal beteiligt ist (z. B. CAOC, Kalkar usw.); es wird empfohlen, ggf. Kdo Lw einzubinden.

Das ist das Zitat aus der Stellungnahme aus dem Rechtsreferat. Und dann heißt es weiter:

FüSK I 1 empfiehlt daher AA zu prüfen, ob eine Terminverlängerung zielführend erscheint, und bietet an, ggf. die erforderliche Abfrage hinsichtlich der in DEU stationierten NATO-Einrichtungen durchführen zu lassen.

Ist Ihnen dieser Vorgang bekannt?

Zeuge Hans-Christian Luther: Nein. Das sehen Sie ja schon am Adressteil. Dieser Vorgang ging an das Referat ParlKab, war in Kopie Pol I 3, SE II 5 - das ist das NATO- und EU-Referat, das heißt also auf Referentenebene - und SE I 3. Das erklärt sich eigentlich, wenn ich das sagen darf - -

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Das ist nicht über Ihren Schreibtisch gelaufen -

Zeuge Hans-Christian Luther: Nein.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): - und auch aus sonstigen Zusammenhängen Ihnen nicht bekannt geworden, -

Zeuge Hans-Christian Luther: Nein.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): - dass es diese Auffassung im BMVg gab, dass man das Nichtvorliegen von Erkenntnissen hinterfragen müsse?

Zeuge Hans-Christian Luther: Ja, dazu kann ich nichts sagen.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Okay. - Ich nehme mal an, dass Sie dann auch nichts dazu wissen, ob noch weitere Abfragen vorgenommen wurden, ob das Kommando Luftwaffe befragt worden ist, wie es empfohlen worden ist, ob bei den NATO-Kommandobehörden eingesetzte deutsche Soldaten befragt worden sind. Auch dazu haben Sie kein Wissen.

Zeuge Hans-Christian Luther: Nein.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Okay. - Sie haben ja eben schon erwähnt, dass Präsident Obama im Sommer 2013 - es war am 19. Juni des Jahres - versichert hat, dass Deutschland kein Ausgangspunkt für Drohnenangriffe sei. Ähnliche Aussagen gibt es von Außenminister Kerry, und auch die Bundesregierung hat stets betont, dass sie auch nach der Medienberichterstattung keinen Grund sehe, an diesen Zusicherungen der US-Seite zu zweifeln. Ich frage einmal ein bisschen provokant: Wäre es aus Ihrer Sicht blauäugig, ohne weitere Nachforschungen auf diese Zusicherung der US-Seite zu vertrauen?

Zeuge Hans-Christian Luther: Wir kommen jetzt in den Bereich der Bewertung. Also, wenn Sie möchten, dass ich bewerte, -

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Hans-Christian Luther: - dann müsste ich das aus staatsbürgerlicher, persönlicher Situation heraus tun. Sie befragen mich hier in dem Zeitraum - der Untersuchungsausschuss hat den Zeitraum, wenn ich es richtig weiß, von Januar 2001 bis zum 20. März 2014 - als Unterabteilungsleiter SE II, der eine Unterabteilung mit Personal, mit der Ressource Material - also, damit will ich sagen: Büromaterial, Computer, Desktops, Büroeinrichtungen - erst aufgebaut hat in dieser Zeit. Sie können sich vorstellen, dass wir erst mal die Ressourcenprobleme zu lösen hatten und uns damit auch beschäftigt haben. Ich habe ja gerade dargestellt, dass wir auch an einen Punkt gekommen sind, an dem wir dann uns Gedanken gemacht haben: „Wer sind unsere Partner, also wo ist auf



Nur zur dienstlichen Verwendung

unserer Ebene Kooperationsbedarf, Austauschbedarf?“, so wie ich es gerade dargestellt habe. Wenn Sie mich jetzt zu einer Bewertung - - dann mache ich das aber auch sehr deutlich, dass das außerhalb des eigentlichen Befragungshorizonts UAL SE II ist. Wenn Sie möchten - -

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Nein, dazu möchte ich Sie jetzt nicht veranlassen.

Zeuge Hans-Christian Luther: Okay. Danke schön.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Dieses Spezialwissen möchte ich vielmehr für die nächste Frage in Anspruch nehmen. Da geht es um die Verbindungsoffiziere, die die Bundeswehr entsendet, in das NATO-Hauptquartier in Brüssel wie auch in andere NATO-Stäbe. Aber auch in Ramstein ist ja die Bundeswehr mit Verbindungsoffizieren vertreten, auch bei AFRICOM und EUCOM in Stuttgart. Wie würden Sie die Rolle bzw. die Aufgabenbereiche der Verbindungsoffiziere beschreiben?

Zeuge Hans-Christian Luther: Der Verbindungsoffizier, um den es geht in US EUCOM, US AFRICOM, ist, glaube ich, 2008 oder 2009 etabliert worden -

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): 2007 genau.

Zeuge Hans-Christian Luther: 2007 - und hat die Aufgabe, sozusagen Kommunikationsverbindungen herzustellen, dass wir Ansprechpartner haben. Die amerikanische Seite hat keine - das ist auch die Regel so, das ist ganz normal - Organigramme verschickt oder uns gesagt, wer sind wo die Ansprechpartner, wie sind die organisiert und was machen die im Sinne einer Etablierung einer ebenengerechten Zusammenarbeit. Dazu ist eben der Mann vor Ort, der LNO, das Liaison-Element, zuständig, der uns entsprechend die Möglichkeit gibt, Ansprechpartner zu finden. Er hat, um das gleich deutlich zu sagen, faktisch - - Der Verbindungsoffizier, zumindest der deutsche Verbindungsoffizier, hat keinen Zugang in Operationszentralen in US AFRICOM oder US EUCOM, falls die Frage - - Dann habe ich sie gleich - -

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Das wäre jetzt die nächste gewesen, zu der wollte ich gerade ansetzen, -

Zeuge Hans-Christian Luther: Das ist mir schon klar.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): - ob es Bereiche gibt, in die der Vermittlungsoffizier keinen Einblick erhält. Also, rein nationale Bereiche, die gibt es.

Zeuge Hans-Christian Luther: Das ist genau richtig.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Insofern. Okay. - Ich möchte zu sprechen kommen auf einen Artikel im *Spiegel* vom 13. Juni 2015. Da geht es um die Klage von Angehörigen eines Somaliers, der im Jahr 2012 bei einem US-Luftangriff in Somalia getötet worden ist, und da wird eine Verbindung hergestellt zwischen dem Luftangriff und den US-Standorten Ramstein und Stuttgart,-

Zeuge Hans-Christian Luther: Und?

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): - und Stuttgart, also AFRICOM - dergestalt, dass in Stuttgart die Definition und Ermittlung der Drohnenziele durch AFRICOM erfolge und Datentransfer und Luftraumüberwachung für den Drohnenangriff über Ramstein laufe. Und in dem Artikel heißt es weiter - ich zitiere -:

Noch ein weiterer Aspekt könnte der Bundesregierung Schwierigkeiten bereiten: Die Bundeswehr beschäftigt auf den US-Militärbasen Verbindungsoffiziere. Zu ihren Aufgaben gehört das „Weiterleiten von Informationen zur Planung, Taktik, zu Einsätzen“ an den militärischen Partner. In einer internen E-Mail aus dem Verteidigungsministerium heißt es: Es bestehe „die Gefahr“, dass diese Verbindungsoffiziere bei den US-Stützpunkten möglicherweise „doch Kenntnis von irgendwelchen Vorgängen hätten“.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ist Ihnen diese Berichterstattung aus dem *Spiegel* bekannt?

Zeuge Hans-Christian Luther: Nein, ist mir nicht bekannt.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ist auch nicht wichtig!)

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Wie bewerten Sie denn diese Aussage, dass die Verbindungsoffiziere doch Kenntnis gegebenenfalls von Vorgängen dieser Art hatten?

Zeuge Hans-Christian Luther: Ich habe zu der Aufgabe der Verbindungsoffiziere gerade - und so, wie wir sie nicht nur sehen, auch eingesetzt haben wollen; es ist also mehr als so, wie wir sie sehen - deutlich Stellung genommen; und das entspricht ja nicht dem Aufgabenspektrum eines Verbindungsoffiziers, so wie er eingesetzt worden ist.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Wie würden Sie das bewerten? Schließen Sie das aus, oder sagen Sie, das ist einfach nur unwahrscheinlich, dass in diese Bereiche Einblick genommen werden konnte?

Zeuge Hans-Christian Luther: Jetzt kommen wir in den Bereich der Bewertungen. Ich würde gerne nur mit Fakten sprechen, und Fakten bedeuten, dass der Verbindungsoffizier so eingesetzt worden ist - und übrigens auch heute noch wird -, wie gerade von mir dargestellt.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ist Ihnen bekannt, ob im BMVg damals diesen Vorwürfen nachgegangen worden ist, dass die Verbindungsoffiziere etwas davon gewusst haben könnten und gegebenenfalls Einblick hatten?

Zeuge Hans-Christian Luther: Ich kann mich an keinen Vorgang erinnern, dass wir über die Position von Verbindungsoffizieren - jedenfalls nicht bei uns, also nicht in SE II - analysiert, bewertet oder nachgeprüft haben. Das ist mir nicht bekannt.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Dann möchte ich zu sprechen kommen, Herr Admiral Luther, auf AFRICOM - wir haben es ja eben schon mal am Rande erwähnt -, also die Dienststelle, die seit 2007 in Stuttgart angesiedelt ist. Sind Sie im Rahmen Ihrer dienstlichen Tätigkeit mit AFRICOM in Berührung gekommen, und wenn ja, in welchen Zusammenhängen?

Zeuge Hans-Christian Luther: Ja, ich bin mit Angehörigen von AFRICOM in Berührung gekommen, das ist richtig. Dann fange ich jetzt wieder an bei der Stelle, wo ich sagte, wo wir uns umgeschaut haben, Kontakte aufzubauen. Mein Abteilungsleiter hat einen Besuch abgestattet bei US-AFRICOM, auf seiner Ebene, um eine entsprechende - wie soll ich sagen? - erste Kontaktbasis - - um sich vorzustellen, um zu sagen: Hier bin ich. Ich bin der Abteilungsleiter der neuen Abteilung SE. - Dieser Kontakt ist - das weiß ich nicht genau -, ich meine, drei- oder viermal verschoben worden. Er ist erstmalig - - Wie gesagt, wir hatten das in 2012 vor. Es ist über das Jahr 12 nicht zustande gekommen, und ich glaube, der erste Kontakt, wenn ich mich erinnere, war in 13, relativ früh, also Februar 13. Dort ist ein erster Kontakt zustande gekommen in einem Besuch des Abteilungsleiters bei US AFRICOM, und danach haben wir dann die Freigabe bekommen auch auf unserer Ebene. Wie gesagt, ich bitte noch mal, im Hinterkopf zu haben: Abteilungsleitung, Unterabteilungsleitung, Herr Abgeordneter. Und da haben wir dann die Freigabe bekommen, auch auf der Arbeitsebene entsprechend in Kontakt zu treten.

Das haben wir gemacht. Mich hat besucht in Berlin - müsste man nachprüfen; ich meine, es war Juni 13; das müsste aus den Akten hervorgehen - der Operationsleiter von US AFRICOM, zu der Zeit ein Generalmajor Hooper - mit zwei o -, und dort haben wir besprochen, dass wir diese Kontakte intensivieren möchten und auch diese Kontakte dann etablieren wollen. Mit „etablieren“ meine ich: Wir haben so eine Art - - Es war ein erstes Treffen. Er war da. Das müsste auch in Ihren Akten vorliegen.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Da komme ich später noch drauf zu sprechen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hans-Christian Luther: Alles klar, okay.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Für diese Runde ist aber leider meine Zeit abgelaufen. Aber Sie dürfen Ihre Antwort natürlich noch zu Ende führen.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das „leider“ hätten Sie weglassen können!)

Zeuge Hans-Christian Luther: Nein, wahrscheinlich muss ich dazu ja noch mal detaillierter Stellung nehmen. Das tue ich gerne. Vielen Dank, Herr Abgeordneter, dann lassen wir es so.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Danke für diese Runde.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann geht es weiter bei der Fraktion Die Linke.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir untersuchen ja als Ausschuss, Herr Zeuge, die Zusammenarbeit bundesdeutscher Stellen, insbesondere der Geheimdienste, mit den Geheimdiensten der sogenannten Five-Eyes-Staaten, und in dem Zusammenhang könnte eben auch die Datenweitergabe seitens des Verteidigungsministeriums eine Rolle spielen. Wissen Sie zu Informations- und Datenweitergabe aus Ihrem Zuständigkeitsbereich an Geheimdienste der Five Eyes etwas für diesen Untersuchungsausschuss zu berichten?

Zeuge Hans-Christian Luther: Zur Datenweitergabe an Geheimdienste ist mir nichts bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatten Sie jemals Kontakt mit Geheimdiensten der Five Eyes?

Zeuge Hans-Christian Luther: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Das hat lange gedauert.

Zeuge Hans-Christian Luther: Ja, weil Sie nicht gefragt haben: „Hatten Sie Kontakt im Bereich des Zeitintervalls des Untersuchungsausschusses?“, sondern Sie haben gefragt: „Hatten Sie Kontakt?“, und ich habe überlegt - das ist der

Hintergrund, das will ich Ihnen auch offen sagen -: Meinen Sie die Zeit 1. Januar 2001 bis 20. März 14? Da kann ich Ihnen schnell antworten: Ich hatte keinen Kontakt. Und deswegen hatte ich überlegt, damit ich Ihnen eine wahrheitsgemäße Antwort gebe. In der Zeit, die diesen Untersuchungsausschuss betrifft, hatte ich keinen Kontakt.

Martina Renner (DIE LINKE): Gibt es Datenaustausch zwischen dem Verteidigungsministerium der Bundesregierung und dem US-amerikanischen Verteidigungsministerium?

Zeuge Hans-Christian Luther: Ja, selbstverständlich gibt es Datenaustausch, wie zum Beispiel, dass wir uns ausgetauscht haben darüber, wie oft wir fliegen. Wir nutzen in Afghanistan - nur als Beispiel - amerikanische Transportflugzeuge, mit denen wir unsere Soldatinnen und Soldaten ein- und ausfliegen. Einen Datenaustausch - ich weiß nicht, was Sie mit Daten - -

Martina Renner (DIE LINKE): Personenbezogene Daten?

Zeuge Hans-Christian Luther: Entschuldigung?

Martina Renner (DIE LINKE): Personenbezogene Daten, Daten potenzieller Ziele?

Zeuge Hans-Christian Luther: Wenn eine amerikanische C 17 von Masar-i-Scharif nach Köln fliegt und sie nimmt 70 deutsche Soldatinnen und Soldaten in den Weihnachtsurlaub mit, dann sind diese 70 Soldatinnen und Soldaten namentlich bekannt der Besatzung dieses C-17-Transportflugzeuges, und dann fliegen die mit der amerikanischen C 17 - so geschehen, gehört nur nicht hier in diesen Zeitraum, aber so geschehen - auch nach Hause, und dann gehe ich davon aus - das ist eine Annahme -, dass diese Daten dann auch der amerikanischen Seite bekannt sind.

(Heiterkeit des Abg.
Christian Flisek (SPD))



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Ich gehe davon aus, dass Sie sich, bevor Sie zu unserem Untersuchungsausschuss gekommen sind, zu unserem Untersuchungsgegenstand auch informiert haben, und dass wir uns nicht über die Passagierdaten von Militärflugzeugen hier unterhalten, dürfte hinlänglich nach zweieinhalb Jahren bekannt sein. Deswegen habe ich mich vielleicht unpräzise ausgedrückt, aber ich bin tatsächlich davon ausgegangen, dass Sie sich im Vorfeld belesen haben, möglicherweise mit Akten oder Berichterstattung zum Untersuchungsausschuss, was uns hier umtreibt. Das ist richtig?

(Der Zeuge nickt)

- Gut. Haben Sie daraus vielleicht auch eine Idee gewonnen, warum Sie hier sind?

Zeuge Hans-Christian Luther: Würden Sie Ihre Frage bitte noch mal wiederholen?

Martina Renner (DIE LINKE): Ob Sie aus dem Studium der Akten und aus der Berichterstattung zu unserem Untersuchungsausschuss eine Idee gewonnen haben, warum Sie heute hier Zeuge sind.

Zeuge Hans-Christian Luther: Ja, natürlich habe ich eine Idee bekommen.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Zu welchen Gegenständen können Sie denn aussagen?

Zeuge Hans-Christian Luther: Ich denke, Sie fragen mich - der Abgeordnete Dr. Ostermann hat es ja getan - zu dem Kontaktaufbau, den ich als UAL SE II - ich habe es ja gerade dargestellt - begonnen habe mit dem US AFRICOM. Ich denke, dass es darum geht.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau, und deswegen frage ich nach Datenaustausch. Wir reden hier um Zielerfassung und nicht um Passagierdaten von Militärflugzeugen. Vielleicht wird es dann etwas deutlicher.

Zeuge Hans-Christian Luther: Genau. Dann antworte ich Ihnen ganz deutlich: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Daten zur Zielerfassung sind nicht weitergegeben worden?

Zeuge Hans-Christian Luther: Frau Abgeordnete, wenn Sie mir erlauben - einfach nur der Klarheit und der Wahrheit wegen -: Ich skizziere das noch mal, damit diese Fragen klar sind: Wir schreiben 2011. Wir haben die Neuorganisation des Ministeriums aus der Taufe gehoben. Dann haben wir in dem gesamten Jahr 12 versucht - ich habe es vorhin dargestellt -, Kontakt zu bekommen und Kontakt zu etablieren. 2013 - soweit ich mich erinnere - hat der Abteilungsleiter den ersten Kontakt hergestellt aus meiner Erinnerung. Vielleicht liege ich zeitlich nicht ganz richtig; ich meine, es war 2013.

Danach erst, nach 13, ist uns - ich nenne es mal hier „gestattet“, wir nennen im Ministerium das „gewiesen“ - gestattet worden, auf der Arbeitsebene auch in Kontakt zu unseren sozusagen Counterparts zu treten. Sie können sich sicherlich vorstellen, wenn dann in 2013 der Generalmajor Hooper, also mein Counterpart, mich besucht hat, dass wir uns erst mal darüber unterhalten haben: Wie machen wir den Kontakt? Wollen wir - - Wir nennen das Terms of References, also sprich: Wie oft sehen wir uns? Auf welcher Ebene sehen wir uns? Sehen wir uns in Berlin? Sehen wir uns in Stuttgart? Wie tauschen wir uns aus, wie oft, also in welchen Intervallen? - Usw. Und Sie fragen mich jetzt nach Zieldaten.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Hans-Christian Luther: Antwort: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Um Zieldaten ging es nicht? Bekommt das Bundesverteidigungsministerium vom BND Daten?

Zeuge Hans-Christian Luther: Das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Das wissen Sie nicht? Hatten Sie nie was mit dem BND zu tun? Da sitzen doch so viele Soldaten?

Zeuge Hans-Christian Luther: Ich habe mit dem BND nichts zu tun.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn Sie das so sicher ausschließen mit den Zieldaten: Was sind denn für Sie alles geeignete Zieldaten? Geodaten, Mobilfunknummern? Was könnte ein Zieldatum sein?

Zeuge Hans-Christian Luther: Da müsste ich jetzt bewerten und annehmen. Ich denke - - Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Da müsste ich jetzt spekulieren.

Martina Renner (DIE LINKE): Was macht denn AFRICOM?

Zeuge Hans-Christian Luther: AFRICOM ist eines der sogenannten Combattant Commands der amerikanischen Streitkräfte, und die sind eingeteilt - - Es gibt fünf verschiedene, oder sechs sogar; ich weiß es gar nicht genau. Die haben die Welt aufgeteilt, ich nenne das mal so, nach bestimmten Regionen und bestimmten geografischen Koordinaten - Phi und Lambda, keine Zieldaten, Phi und Lambda - und haben die Zuständigkeit in diesen entsprechenden Bereichen; und ein Bereich ist eben der Bereich, für den US AFRICOM zuständig ist. Da müssten wir jetzt eine Karte hochbringen; ich weiß jetzt die genauen geografischen Abtrennlinien nicht auswendig, aber das kann man ja nachsehen. Das kann man sicherlich sogar im Internet nachschauen; und diesen Bereich hat dann auch entsprechend US AFRICOM.

Martina Renner (DIE LINKE): Da gehört zum Beispiel auch das Land Somalia dazu.

Zeuge Hans-Christian Luther: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und in Somalia werden militärische Drohnen eingesetzt.

Zeuge Hans-Christian Luther: Entschuldigung?

Martina Renner (DIE LINKE): In Somalia setzen die USA militärische Drohnen ein.

Zeuge Hans-Christian Luther: Wenn Sie das sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Das habe ich mir nicht ausgedacht.

Zeuge Hans-Christian Luther: Das glaube ich Ihnen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich denke, Sie sitzen im Verteidigungsministerium.

Zeuge Hans-Christian Luther: Entschuldigung?

Martina Renner (DIE LINKE): Also, da wird man doch wissen, in welchen Regionen der Welt verbündete Streitkräfte welche militärischen Mittel einsetzen. Also, Sie fragen jetzt so eine Rückfrage, die nahelegt, dass Sie davon noch nie gehört haben.

Zeuge Hans-Christian Luther: Ich bin - - Ich sitze hier - - Es gibt einen Beweisbeschluss, dass ich als Zeuge gehört werde in dem NSA-Untersuchungsausschuss für den Zeitraum, den ich schon dreimal genannt habe. Ich bin selbstverständlich - und ich bin ja auch belehrt worden gerade - dazu da, Ihnen wahrheitsgemäß und ordentlich zu antworten und vor allen Dingen nach bestem Wissen und Gewissen. Das tue ich auch, aber ich möchte mich nicht mit Ihnen gemeinsam, Frau Abgeordnete, in Spekulationen begeben, ob die Amerikaner mit Drohnen zwischen Stuttgart und Somalia oder Puntland oder sonst wo fliegen. Das ist mir nicht zugänglich, das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe nicht gefragt - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssen wir an der Stelle - -

Martina Renner (DIE LINKE): Aber ich will das noch mal kurz - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, klar.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe nicht danach gefragt, ob von Stuttgart nach Somalia Drohnen fliegen oder nach Puntland oder nach Atlantis oder sonst etwas, sondern ob von AFRICOM aus auch Militäreinsätze in Somalia befehligt



Nur zur dienstlichen Verwendung

werden und ob Ihnen bekannt ist, dass dort auch die US-Streitkräfte bewaffnete Drohnen einsetzen.

Zeuge Hans-Christian Luther: Darauf habe ich geantwortet, dass mir das nicht bekannt ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Wir müssten jetzt wechseln. - Von meiner Seite, Herr Konteradmiral, erst mal schönen guten Abend! Wir haben uns ja noch nicht getroffen.

Zeuge Hans-Christian Luther: Guten Abend!

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich gebe jetzt der Fraktion der SPD und damit dem Kollegen Flisek das Wort.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Konteradmiral Luther, wir haben jetzt vielleicht auch mit ein paar Begriffen, Zieldaten usw. - - Da kann man ja immer vortrefflich streiten, was das dann auch ist, und Sie haben auch jetzt gerade zu Recht noch mal darauf hingewiesen: Sie wollen wahrheitsgemäß Auskunft geben über die Informationen, die Ihnen zugänglich sind. Deswegen versuche ich jetzt, ich sage einmal, in der Intention auch der Fragestellung der Kollegin Renner noch mal die Frage so umzuformulieren, ob Sie irgendeine Kenntnis oder Anhaltspunkte haben, dass vonseiten des BND oder der Bundeswehr Daten bzw. Meldungen an andere Dienste oder auch an US-Militärkommandos weitergeleitet worden sind, die zur Steuerung von gezielten Tötungen durch Drohnen geeignet wären. Haben Sie davon Kenntnis, oder haben Sie dafür Anhaltspunkte?

Zeuge Hans-Christian Luther: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter, für die Klarheit der Frage. Nein, das habe ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Gut. Das ist auch eine klare Antwort. Wie wirkt denn, oder in der Vergangenheit: Wie wirkte denn nach Ihrer Kenntnis der BND bzw. die Bundeswehr - - Oder ich frage es mal andersrum: Kennen Sie die sogenannte Joint Priorized Effects List der ISAF-Streitkräfte? Ich konkretisiere das auch noch mal.

Zeuge Hans-Christian Luther: Ja, hm, nein. Also, ich weiß, was das ist. Sie sprechen völlig richtig - - Sie haben es ausgesprochen. Sie meinen die JPEL-List. Den Begriff kenne ich, jawohl. Den Inhalt kenne ich nicht, nein.

Christian Flisek (SPD): Können Sie uns erklären, was das für eine Liste ist, also ohne jetzt konkret den Inhalt, aber was hat die für einen Zweck?

Zeuge Hans-Christian Luther: Eine Liste, wo genau das, was Sie gerade völlig richtig, wenn ich das bewerten darf, dargestellt haben, wo - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich Sie ganz kurz unterbrechen, weil die Bundesregierung sich meldet.

Zeuge Hans-Christian Luther: Entschuldigung.

RD Björn Theis (BMVg): Herr Abgeordneter Flisek, auch hier wiederum: Die sogenannte JPEL-Liste im Bereich des NATO-ISAF-Targetings ist nach unserer Auffassung nicht untersuchungsgegenständlich.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Die ist aber falsch, die ist einfach falsch! Die Frage ist zulässig, und dann ist es gut!)

In Ziffer I.14. geht es um:

Haben US-amerikanische Stellen auf deutschem Staatsgebiet oder von diesem ausgehend ... gezielte Tötungen durch Kampfdrohneinsätze durchgeführt ...

Christian Flisek (SPD): Herr Theis, ich verstehe Sie ganz schlecht.

RD Björn Theis (BMVg): Dies ist im Rahmen des ISAF-NATO-Targetings nicht der Fall und nach unserer Auffassung, die ich auch schon vorhin in einer anderen Zeugenvernehmung eingeworfen habe, auch nach der Exegese des Untersuchungsauftrages, nicht einschlägig. Aus diesem Grunde bitte ich den Admiral, dort keine weiteren Angaben zu machen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er will nur Gutes tun!)

Christian Flisek (SPD): Herr Theis, ich verstehe Sie ganz schlecht.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Der Ausschuss entscheidet, welche Fragen zulässig sind, nicht die Bundesregierung!)

Stoppen Sie noch mal die Zeit, weil ich habe gerade rein akustisch den Anfang von Ihrem Einwand, Herr Theis, nicht verstanden. Wenn Sie den gerade noch mal so ins Mikrofon sprechen, dass der hier ankommt.

RD Björn Theis (BMVg): Herr Abgeordneter Flisek, Sie hatten gefragt nach der sogenannten JPEL-Liste, -

Christian Flisek (SPD): Ja.

RD Björn Theis (BMVg): - wie auch der Admiral gesagt hat. Es geht hierbei um die sogenannte Targeting-Liste umgangssprachlich, NATO-ISAF-Targeting, und dies ist nach unserer Auffassung nicht untersuchungsgegenständlich. Die Ziffer I.14. geht deutlich davon aus, dass hier die Frage gestellt wurde, ob US-amerikanische Stellen auf deutschem Staatsgebiet oder von diesem ausgehend - ich kürze das jetzt ab - gezielte Tötungen durch Kampfdrohneinsätze durchgeführt oder veranlasst haben und auch, wenn man es weiterliest, ob Stellen des Punktes¹⁰ hierüber Kenntnis hatten oder daran auch beteiligt waren.

Das ISAF-NATO-Targeting fällt nach unserer Auffassung hier nicht unter den Untersuchungsgegenstand; das ergibt sich aus der Exegese des Untersuchungsauftrages. Weder bei den Entwürfen der Koalition noch der Opposition, bevor es zu einem gemeinsamen Antrag kam, ist jemals in der parlamentarischen Debatte hierauf Bezug genommen worden. Das Verteidigungsministerium

hat aufgrund Berichterstattung, Presseberichterstattung, parlamentarischer Anfragen im Laufe des letzten Jahres, wo dieses Themengebiet auch behandelt wurde, ausführlich Stellung genommen vor dem Verteidigungsausschuss als auch vor anderen parlamentarischen Kontrollgremien. Dort sind Fragen auch umfassend beantwortet worden, und dort sind auch keine Äußerungen von den Abgeordneten insgesamt und des Verteidigungsausschusses, denen allein eigentlich das Untersuchungsrecht bezüglich unseres Geschäftsbereiches und der Bundeswehr obliegt, Fragen weiter gestellt worden oder eine Zuständigkeit in diesem Untersuchungsausschuss gesehen.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Ich habe es jetzt zumindest akustisch verstanden und versuche, das jetzt gerade mal irgendwie für mich zu strukturieren, was Sie mir jetzt gerade gesagt haben. Das bedeutet: Sie sagen also, aufgrund einer Exegese, die Sie da betrieben haben, ist so eine Liste nicht untersuchungsgegenständlich, wenn sie sozusagen ein NATO-Label drauf hat. Habe ich das jetzt richtig verstanden?

RD Björn Theis (BMVg): Wenn es um die JPEL-Liste im Bereich des NATO- oder ISAF-Einsatzes geht, ist das korrekt.

Christian Flisek (SPD): So. Jetzt interessieren wir uns vermutlich - - Also, ich zumindest interessiere mich allerdings natürlich, ob es zum Beispiel Beiträge von deutscher Seite da gegeben hat, wie diese Liste zustande gekommen ist, beispielsweise weil Daten übermittelt worden sind, die dazu beigetragen haben, dass die Liste in die eine oder andere Weise angereichert worden ist. Und da sage ich Ihnen ganz offen: Da kann dann nicht die Frage, ob da am Ende ein NATO-Aufkleber drüber klebt oder nicht, entscheidend dafür sein, ob das untersuchungsgegenständlich ist oder nicht. Also, da mache ich spontan hier eine andere Exegese.

Zeuge Hans-Christian Luther: Vielleicht kann ich da heraushelfen: Das können wir uns nämlich, zumindest was meine - und darum geht es ja - Befragung hier angeht, sehr leicht machen. Mein

10) Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 2.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dienstposten, meine Dienststellung - und da bin ich jetzt einmal außerhalb des Untersuchungsausschusses und mache das auch deutlich kenntlich -, auch jetzt als stellvertretender Abteilungsleiter, hat damit nichts zu tun, und in der Zeit meiner Dienststellung als UAL SE II - ich sage es zum dritten Mal - waren wir sehr bemüht - bemüht! -, diese Unterabteilung effektiv für den Minister Dr. de Maizière aufzubauen und auch wirken zu lassen. Wir hatten mit dieser von Ihnen bezeichneten Liste nichts zu tun.

Christian Flisek (SPD): Gut. Also, in Ihrer Funktion - das kann ich nachvollziehen - haben Sie damit nichts zu tun gehabt; aber Sie haben auch darüber hinaus keine Wahrnehmungen oder Erkenntnisse, ob es einen Beitrag vom BND oder der Bundeswehr zum Zustandekommen dieser Liste gegeben hat.

Zeuge Hans-Christian Luther: Das ist richtig. Ich hatte keine.

Christian Flisek (SPD): Na ja. - Ich frage jetzt mal einfach so, wie vielleicht auch jetzt ein an diesem Thema interessierter Bürger fragen würde, der zum Beispiel den *Spiegel* gelesen hat in der ersten Ausgabe von 2015 oder auch die *Bild*-Zeitung am 30.12.2014. Da wurde nämlich berichtet eben über eine angebliche Bundeswehr- bzw. BND-Unterstützung gezielter Tötungen durch den Einsatz von US-Drohnen in Afghanistan, und man hat verwiesen eben auf die Snowden-Dokumente. Diese wiesen auf eine enge Kooperation der anderen US-Dienste und Militärs bei AFRI-COM in Deutschland hin sowie darauf, dass bei US-Militäreinsätzen in Afrika auch Informationen aus deutschen Quellen zum Einsatz kämen. Das heißt, wenn ich jetzt Sie da fragen würde, dann würden Sie sagen: Das ist eigentlich Quatsch.

Zeuge Hans-Christian Luther: Ich würde Ihnen sagen - da Sie den *Spiegel* zitieren -: Ich bin nach dem 18. Mai 2014 bis zum 1. Juni 2015 der Abteilungsleiter Einsatz der deutschen Marine gewesen, Marinekommando Rostock.

Christian Flisek (SPD): Das würde wahrscheinlich die Frage des Bürgers wenig befriedigen und die des Abgeordneten auch nicht.

Zeuge Hans-Christian Luther: Das glaube ich Ihnen.

(Heiterkeit)

Christian Flisek (SPD): Wenigstens da sind wir beieinander. - Beschreiben Sie mir doch mal - fangen wir einmal so an - Ihren aktuellen Zuständigkeitsbereich - was machen Sie da? -, sodass ich das jetzt mal als Laie nachvollziehen kann. Wofür sind Sie zuständig? Wofür sind Sie genau verantwortlich?

Zeuge Hans-Christian Luther: Meinen aktuellen?

Christian Flisek (SPD): Ihren aktuellen, ja. Sie sind ja jetzt Stellvertreter des Abteilungsleiters Strategie und Einsatz.

Zeuge Hans-Christian Luther: Ja.

Christian Flisek (SPD): So.

Zeuge Hans-Christian Luther: Die Abteilung Strategie und Einsatz - habe ich vorhin schon dargestellt gegenüber dem Abgeordneten Dr. Ostermann - macht genau das, was ich dargestellt habe, und ich habe es auch schon gesagt: Ich bin der Stellvertreter des Abteilungsleiters und vertrete ihn in aller seiner Abwesenheit mit den Zuständigkeiten, die ich dem Abgeordneten Dr. Ostermann gegenüber dargestellt habe.

Christian Flisek (SPD): Gut. So. - Und vorher waren Sie Leiter der Unterabteilung Militärpolitik und Einsatz.

Zeuge Hans-Christian Luther: Nein, vorher war ich -

Christian Flisek (SPD): Waren Sie in Rostock, ja.

Zeuge Hans-Christian Luther: - der Abteilungsleiter Einsatz des Marinekommandos in Rostock.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Genau. Aber von 2012 bis 2014 waren Sie Leiter der Unterabteilung Militärpolitik und Einsatz.

Zeuge Hans-Christian Luther: Nein. Ich war, wie dargestellt, vom 6. Dezember 2011 bis zum 18. Mai 2014 Unterabteilungsleiter der Unterabteilung SE II, Militärpolitik und Einsatz, Herr Abgeordneter.

Christian Flisek (SPD): Also, ich habe die falschen Daten jetzt verwendet. Aber für mich relevant ist, dass Sie sozusagen in dieser Funktion und jetzt aktuell eben auch im Ministerium in einer erheblichen Leitungsfunktion natürlich einen Überblick haben darüber, wie im Ministerium selber, ich sage mal, die Snowden-Veröffentlichungen, ausgehend vom Sommer 2013, aufgenommen worden sind. Ich formuliere das jetzt mal so, und ich frage auch ganz allgemein jetzt einmal so: Was können Sie uns denn dazu erzählen? War das für das Ministerium relevant, oder hat man das - - In welcher Weise ist das denn aufgenommen worden? Hat es zu Konsequenzen geführt? Sind Projekte eingestellt worden? Hat man bestimmte Änderungen bei Datenübermittlungen vorgenommen? Hat man überhaupt irgendwie darauf reagiert im operativen Geschäft?

Zeuge Hans-Christian Luther: Ich beginne sehr generell und komme dann in die mehr detaillierteren Ebenen. Generell: Natürlich hat man über die Snowden-Veröffentlichungen - so nenne ich das mal - gesprochen, und - Sie sitzen ja vor mir - das ist ja ein Ergebnis dessen, weil Sie vor mir sitzen, also hat ja die Bundesregierung und damit auch das BMVg reagiert. Wir haben Ihnen auf Weisung ja Akten - oder alle Ressorts, aber natürlich auch das BMVg - zur Verfügung gestellt, zur Verfügung stellen gewiesen müssen,

(Heiterkeit)

- ja, genau, das ist ministerielle Sprache -, und wir haben diese Akten natürlich zusammenstellen müssen. Also, insofern haben Sie völlig recht, Herr Abgeordneter, wir haben natürlich Recherchen, Nachforschungen usw. betrieben, um Ihnen diese Akten, die Sie ja jetzt auch vor sich liegen

haben, zur Verfügung zu stellen. Das ist die generelle Ebene, und die mehr detailliertere Ebene auf meine Tätigkeit als UAL SE II entsprechend: Dort finden Sie in den Akten einen Hinweis des damaligen Abteilungsleiters, dass die Kontakte dann verzögert worden sind, damit wir eben nicht - wie soll ich sagen? - in den Strudel dieser Snowden-Veröffentlichungen mit reinkamen; denn - noch mal - wir wollten ja gar nicht in die Richtung, in die diese öffentliche Meinungszeit jetzt da ging - - wollten wir ja - -

Wir hatten damit ja überhaupt keine Zielsetzung, sondern unsere Zielsetzung war das, was ich am Anfang gesagt habe: auf der Arbeitsebene und auf allen Ebenen einen Kooperations- und Informationsaustausch über die Dinge, die unsere Abteilung betroffen haben; und die Abteilung SE ist, so wie dargestellt, eine Abteilung, die sich vor allen Dingen - neben dem militärpolitischen Teil - mit der Operationalisierung von Einsätzen unserer Soldatinnen und Soldaten beschäftigt, und wir haben zurzeit heute - Sie wissen es wahrscheinlich so gut wie ich - 17 oder 16 Einsätze, wenn wir jetzt, was in der Ägäis jetzt gerade beginnt, vielleicht als Activity noch bezeichnen. Aber dann könnte das vielleicht ein 17. Einsatzszenario werden. Jetzt sind wir aber apart von dem, was wir eigentlich besprechen sollten. Also, das ist das Einzige - ich müsste es jetzt nachschauen, aber ich meine, Sie finden es auch in den Akten -, das dort eine - ich nenne es mal ein retardierendes Momentum - - das es dann zum Detail sich ergeben hat.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Jetzt lassen wir mal die Begleitmusik für den Untersuchungsausschuss, wenn ich das einmal so formulieren kann, weg und unterstellen mal, es hätte keinen Untersuchungsausschuss gegeben. Dann sagen Sie: Das Einzige, was es sozusagen im Bundesverteidigungsministerium jetzt an Reaktionen auf Snowden gab, war dieses retardierende Moment.

Zeuge Hans-Christian Luther: Das habe ich so nicht dargestellt.

Christian Flisek (SPD): Okay, in Ihrer Wahrnehmung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hans-Christian Luther: Ich habe sehr deutlich heruntergebrochen von der generalisierenden Ebene auf die Detailebene, und Sie machen daraus: „Das Einzige, was dem BMVg eingefallen ist, ist ...“, Punkt, Punkt, Punkt. Ich habe dargestellt, Herr Abgeordneter, dass wir in unserem Kreise, auf unserer Ebene - nur das kann ich hier wiedergeben - natürlich darüber gesprochen haben und - darauf wollen Sie ja sicherlich hinaus, und das gehört ja auch dazu, um das möglichst transparent zu machen hier - auf unserer Zuständigkeitsebene als Unterabteilung dann die Kontaktaufnahme - übrigens gab es da auch noch andere Hinderungsgründe; über die kann ich, wenn Sie mich danach fragen, gerne noch berichten - aufgrund dieser Tatsache oder zu diesen Anteilen betreffend retardiert haben. Das ist so.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Ich frage Sie jetzt aber dann auch noch mal, weil wir natürlich hier sehr genau auf die Worte achten und über Reichweiten von Fragen ja sehr scharf diskutieren teilweise, ganz allgemein in Bezug auf Ihre Wahrnehmung, nicht nur in Ihrer konkreten Funktion, die Sie hatten, sondern eventuell auch aufgrund von Funktionen nachher, wo Sie natürlich auch Sachverhalte, die dann zeitlich vorher waren, überblicken, weil Sie natürlich dort Aufgaben übernehmen, die laufend sind, oder weil Sie auch Dinge erfahren im Austausch mit Ihren Kolleginnen und Kollegen: Was über dieses retardierende Moment hinaus hat es nach Ihrer Wahrnehmung an Konsequenzen aus diesen Snowden-Veröffentlichungen im Bundesverteidigungsministerium gegeben?

Zeuge Hans-Christian Luther: Da wir so reagiert haben, wie dargestellt - - Also, über unsere Abteilung hinaus meinen Sie? Da müsste ich jetzt - -

Christian Flisek (SPD): Ihre Wahrnehmungen in Bezug auf das gesamte Ministerium. Das heißt nicht, dass Sie alles überblicken müssen, sondern das, was Sie entweder an eigenen Wahrnehmungen machen konnten oder was Sie sogar vielleicht von zuverlässigen Leuten auch vom Hörensagen kennen. Auch das ist Thema einer Zeugenvernehmung. Genau das würde ich gerne wissen. Denn Sie haben ja gerade zu Recht darauf hingewiesen: Ich mache daraus „das Einzige“, und

wenn es eben nicht das Einzige ist, dann ist jetzt die Gelegenheit, das hier darzulegen. Was gab es an Konsequenzen im operativen und im strategischen Bereich innerhalb des Bundesverteidigungsministeriums in Bezug auf die Snowden-Veröffentlichungen, was Ihre Wahrnehmung betrifft?

Zeuge Hans-Christian Luther: Also, über unsere Abteilung hinaus kann ich mich jetzt nicht erinnern, dass darüber - - Das weiß ich nicht. Das kann ich nicht beantworten, möchte ich Ihnen auch nicht, weil wir da in den Bereich jetzt der Spekulationen kommen. Das kann ich Ihnen jetzt nicht beantworten, was wir über den Bereich hinaus an Wahrnehmungen hatten. Das kann ich - -

Christian Flisek (SPD): Nein, was Sie - -

Zeuge Hans-Christian Luther: Wir haben darüber gesprochen, das habe ich Ihnen dargestellt. Das ist tatsächlich so, aber ich will jetzt auch nichts Ihnen - - Nein, da kann ich mich nicht entsinnen, weiß ich nicht. Es mag sein, dass wir aufgrund von Presse, Medien, Talkshows - - Natürlich wird man da - das ist ja menschlich - befasst damit, und dann sprechen Sie ja auch darüber. Aber Sie fragen ja nach Konsequenzen des Ministeriums. Das kann ich Ihnen nicht beantworten, Herr Abgeordneter.

Christian Flisek (SPD): Ist Ihnen im Kontext der ISAF-Operation ein gemeinsamer Informationspool der sogenannten Afghanistan SIGINT Coalition, kurz AFSC, bekannt?

Zeuge Hans-Christian Luther: Nein.

Christian Flisek (SPD): Wenn ich Sie jetzt frage, was Ihnen über den Austausch nachrichtendienstlicher Informationen mit Verbündeten im Zuge gemeinsamer Auslandseinsätze der NATO bekannt ist, dann meldet sich Herr Theis, oder was? Er ist sich nicht sicher. Ich habe ihn überzeugt. Das ist doch Untersuchungsgegenstand.

RD Björn Theis (BMVg): Wenn Sie mir erklären, wo Sie dort den Untersuchungsauftrag sehen. Ich sehe ihn momentan nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Na ja, wenn man Ihrer Argumentationslinie aufgrund der Exegese folgt.

Zeuge Hans-Christian Luther: Vielleicht kann ich eine Brücke bauen, Herr Abgeordneter. Ich versuche es. Ich habe das vorhin dem Abgeordneten Dr. Ostermann schon dargestellt. Ich war der Unterabteilungsleiter SE II. Sie fragen mich nach nachrichtendienstlichen Verbindungen, Kommunikation zu NATO-Partnern. Damit hatte oder hat die Unterabteilung SE II nichts zu tun.

Christian Flisek (SPD): Wer hätte denn damit was zu tun?

Zeuge Hans-Christian Luther: Das ist im Ministerium sicherlich anders verortet; ich habe das dargestellt eben. Das können Sie im Organigramm nachsehen. Der Abgeordnete Dr. Ostermann hat ja selbst die Unterteilung der Abteilung eben vorgenommen, und dieses ist im SE II nicht verortet.

Christian Flisek (SPD): Kennen Sie das DOCPER-Verfahren?

Zeuge Hans-Christian Luther: Wie bitte?

Christian Flisek (SPD): Das DOCPER-Verfahren.

Zeuge Hans-Christian Luther: Nein.

Christian Flisek (SPD): Ja. Also, aufgrund der Biografie, muss ich sagen, hätten wir uns hier einiges mehr erwartet. Das ist nicht persönlich gemeint, sondern aufgrund der Funktionszuschnitte, für die Sie zeichnen, und auch aufgrund der Zeiträume. Das ist jetzt kein persönlicher Vorwurf; bitte es nicht falsch verstehen.

Zeuge Hans-Christian Luther: Ich könnte da auch persönlich drauf antworten, möchte das aber jetzt, weil das ja protokolliert wird, nicht tun. Aber ich bin mit Ihnen, ehrlich gesagt - nur so viel - voll einer Meinung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut.- Herr Kollege Flisek, jetzt müssten wir wechseln.

Christian Flisek (SPD): Gerne, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir kommen jetzt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, und ich vermute, dass der Kollege von Notz anfängt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben keine Fragen an den Zeugen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann wären wir bei der Fraktion der CDU/CSU. Herr Kollege Dr. Ostermann.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ein paar wenige haben wir noch. - Herr Admiral Luther, Sie haben ja zuletzt auf meine Fragen hin Auskunft gegeben zu Gesprächen, die damals begonnen haben zwischen dem BMVg und AFRICOM, also Ihrer damaligen Abteilung, haben berichtet, dass Ihr Abteilungsleiter dort einen Besuch abgestattet hat Anfang des Jahres 2013 und dass Sie General Hooper im Juni 2013 zu Gast bei sich hatten. Sind bei diesen Gesprächen die US-Drohneinsätze und die Bezüge zu Deutschland, zu Deutschlandstandorten thematisiert worden?

Zeuge Hans-Christian Luther: Ich danke Ihnen für die Frage, Herr Abgeordneter. Nein, sie sind nicht thematisiert worden. Es ging darum, wie schon häufig eben gesagt, den Kontakt herzustellen. Sie müssen sich vorstellen: Der Generalmajor Hooper kommt erstmalig zu mir als seinem Counterpart, ich zu dieser Zeit seit einem Jahr oder eineinhalb Jahren im Amt. Wir haben es endlich geschafft - - Dazu gibt es übrigens auch noch eine Staatssekretärsvorlage - die liegt Ihnen vor, die kennen Sie auch -, dass wir den Kontakt herstellen dürfen; Staatssekretär Wolf hat persönlich gezeichnet. Ich glaube, es war im November 12; genau weiß ich es nicht, es ist ja nachlesbar.

Dann haben wir den ersten Kontakt etabliert, und dann trifft man sich und sagt: Klasse, dass du da bist; schön, dass wir uns treffen. Wollen wir uns nicht öfter treffen? Es gibt doch viele Kooperationsfelder. - Sie erinnern sich sicher, meine Damen und Herren, dass 2013 im Januar - ich versuche, das jetzt möglichst plastisch darzustellen - hat der Mali-Einsatz begonnen, hat die Bundesregierung beschlossen das Mandat. Seit dem 18. Februar 2013 sind wir nach Mali gegan-



Nur zur dienstlichen Verwendung

gen, da hat Mali begonnen, sodass man sagt - wesentlich -, dass der Amerikaner zum Beispiel eine ganz andere logistische Leistung zur Verfügung hat, als wir das haben. Der A400M flog 2013 noch nicht - Ihnen sicherlich bekannt.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Selbstverständlich!)

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ihnen auch, Herr Kollege von Notz?

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Selbstverständlich!)

Zeuge Hans-Christian Luther: Dann haben wir gesagt: Können wir euren Transportraum mit nutzen? Wie ist es, können wir darüber sprechen, dass wir logistische Unterstützung bekommen oder kooperieren, dass wir einen Lufttransportstützpunkt mit euch vielleicht herstellen, um unsere Soldatinnen und Soldaten mit dem zu versorgen, was sie im Einsatz brauchen? Usw. Das wären - wären - die ersten Themen gewesen. So weit waren wir aber nicht. Es war das erste Treffen. Wir sind zusammen essen gegangen im Hotel „Maritim“ gegenüber, und wir haben -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut!)

- ja, stimmt, war sehr gut - uns unterhalten: Wie treffen wir uns, auf welcher Ebene? Machen wir das Referatsleiter, Referenten, oder machen wir Working Groups, Logistics zum Beispiel? Machen wir das in Stuttgart oder in Berlin? - Darum ging es in diesen eineinhalb Stunden. Der war eineinhalb Stunden bei mir, und wir haben uns sehr gut verstanden und haben natürlich - ich kann es ja nur von meiner Seite sagen, um Ihnen das auch möglichst transparent darzustellen - auch eine Erwartungshaltung gehabt, dass es eine engere Kooperation wird und dass sie auch ganz gut etabliert wird, aber natürlich nicht zu diesem Zeitpunkt.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ich kenne solche Kennenlernbesuche und Antrittsbesuche

auch. Ich weiß aber auch, dass man da schon mal konkrete Themen auch ansprechen kann.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo frühstücken?)

Zeuge Hans-Christian Luther: Ja, haben wir ja auch.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Aber Ihre Antwort habe ich verstanden, dass Sie dieses Thema bei diesem Kennenlernetreffen jedenfalls nicht auf der Tagesordnung stehen hatten. Gab es denn dann eine engere Zusammenarbeit nach diesem ersten Gespräch, eine institutionalisierte Zusammenarbeit, die dann etabliert worden ist, und wie sah diese aus?

Zeuge Hans-Christian Luther: Das habe ich nicht mehr - - Das klingt ein bisschen - - Das habe ich nicht mehr erlebt, also diese engere Zusammenarbeit. Ich bin ja dann - - Wir haben weitere Treffen vereinbart. Ich meine, es wäre in den Akten, wenn Sie das recherchieren; sonst müsste ich es noch mal nachschauen mit Ihnen gemeinsam. Ich meine, es sind weitere Treffen vereinbart worden. Das hat zwei ganz einfache Gründe gehabt. Das eine war - Sie erinnern sich sicherlich alle selbst, das wissen Sie wahrscheinlich besser als ich; das ist eine Unterstellung -, dass in dem letzten Quartal 13 war es ja so, da waren die Bundestagswahlen gewesen.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

- Deswegen sagte ich: Sie wissen es besser als ich. - Und in dem letzten Quartal gab es ja die Koalitionsverhandlungen, und es gab, ich sage mal, die Regierungsbildung. Das war die Zeit der Regierungsbildung.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Natürlich hatten wir in der Zeit ja auch keinen, dem wir das hätten vorlegen können. Also, wir



Nur zur dienstlichen Verwendung

sind in der Zeit nicht weitergekommen. Dazu haben die Amerikaner - das muss man auch dazu sagen - in dieser Zeit diesen Kontakt auch nicht weiter gesucht, sondern haben gesagt: Wir warten erst mal ab, bis es eine etablierte Bundesregierung gibt. - Und dann haben wir in 14 - ich meine, es sei in den Akten, wenn Sie das mal nachschauen wollen; ich helfe gern dabei - verschiedene Terminläufe gemacht. Die sind aber auch alle nicht zustande gekommen, und ich bin dann nach Rostock gegangen, wurde dann versetzt; deswegen kann ich nur bis dahin Ihnen das schildern. Aber natürlich hatten wir die Intention, diese Kontakte, um Ihnen das ordentlich zu beantworten, auch zu intensivieren. Das ist richtig.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ja. Wir haben recherchiert, und wir haben auch etwas gefunden. So gibt es zum Beispiel eine von Ihnen mitgezeichnete Entscheidungsvorlage für den Abteilungsleiter Strategie und Einsatz vom 27. September 2013, also fünf Tage nach der Bundestagswahl. Sie trägt den Titel "Informationsaustausch und Kooperation zwischen BMVg und United States Africa Command". Darin wird eine vertiefte Zusammenarbeit und ein regelmäßiger Informationsaustausch zwischen dem BMVg und AFRICOM skizziert, die ja zuvor bei Ihrem Treffen mit General Hooper vereinbart worden war.

Jetzt gibt es allerdings auch Aussagen der Bundesregierung, zum Beispiel auf eine Kleine Anfrage, und die Antwort ist vom Dezember 2013. Da wurde betont, dass die Bundeswehr über die Verbindungskommandos bei EUCOM und AFRICOM und die gelegentliche Teilnahme an von AFRICOM geleiteten Übungen hinaus mit AFRICOM nicht zusammenarbeiten würde. Passt das zusammen, zum einen Ihre Entscheidungsvorlage, zum anderen die Aussage der Bundesregierung?

Zeuge Hans-Christian Luther: Ja, Herr Abgeordneter, das können Sie sich selbst beantworten.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ich frage ja Sie.

Zeuge Hans-Christian Luther: Gerne. Wann war - -

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre das finale Stadium dieser Befragung, wenn Sie einfach die Antworten selbst geben, Herr Dr. Ostermann!)

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Das möchte ich Ihnen nicht zumuten, Herr von Notz.

(Heiterkeit)

Zeuge Hans-Christian Luther: Wann war die Anfrage?

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Die Anfrage, also die Antwort jedenfalls war vom Dezember 2013; 23.12.2013, einen Tag vor Heiligabend.

Zeuge Hans-Christian Luther: Ja, und die - -

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Und die Entscheidungsvorlage war vom 27. September 2013?

Zeuge Hans-Christian Luther: Genau, und wir haben ja von dem Treffen Hooper im Juni -

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Hans-Christian Luther: - bis zu den nicht zustande gekommenen weiteren Treffen 14 überhaupt noch keine etablierte Zusammenarbeit gehabt, sondern es ist ein Treffen gewesen. Ich habe das ja - - Das haben wir ja gemeinsam dargestellt. Und wir hatten die Intention - - Das unterlegt auch die Vorlage. Ich glaube, ich habe die Vorlage belegt mit „Gute Idee!“, oder „Ich halte das - -

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): „...sounds like a plan“.

Zeuge Hans-Christian Luther: Genau: „... sounds like a plan“. Danke schön.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Bitte sehr.

Zeuge Hans-Christian Luther: Und haben diese - - sozusagen hatten die Intention, auch dieses Treffen - - oder: zu etablieren - - so, wie



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich es gerade dargestellt habe - - und es auch entsprechend nach vorne zu bringen. Dann kam - - Wenn im Dezember dann gefragt wird, ob es eine etablierte Zusammenarbeit gibt, kann ich das ja nicht mit Ja beantworten; denn es gab ja noch keine etablierte Zusammenarbeit. Das ist die Erklärung zu dem vielleicht von außen vermeintlichen „distant“ oder Diskrepanz zur Frage.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ja. Ich konnte mir die Frage nicht selbst beantworten, weil ja die Entscheidungsvorlage von September ist, die Anfrage von Dezember. Ein paar Wochen liegen ja dazwischen. Da hätte ja schon was passieren können in der Zwischenzeit.

Zeuge Hans-Christian Luther: Da haben Sie völlig recht.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Wie ist der Stand dieser Kooperation jetzt? Sind diese Treffen etabliert? Finden die weiterhin statt, wie angedacht?

Zeuge Hans-Christian Luther: Natürlich weiß ich das. Ich überlege nur gerade: Gehört jetzt eigentlich nicht zu der - - Der Untersuchungsausschuss, wenn ich es richtig weiß, endet mit dem 20. März 14.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das fragt die Koalition! Da kann man dann antworten!)

- Danke für Ihre Hilfe, Herr Abgeordneter.

Also, ich bin gern bereit, das zu beantworten, mache aber deutlich, dass das eine Beantwortung außerhalb -

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Hans-Christian Luther: - der Frage des Untersuchungsausschusses ist.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Hans-Christian Luther: Ja, wir haben sehr gute Kontakte.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Mhm. - Jetzt haben Sie ja eben dargestellt, dass bei Ihrem Kennlertreffen denknotwendigerweise das Thema Drohneneinsätze noch nicht zur Sprache kommen konnte, weil es ja erst mal um das Kennlernen und um - - und wenn es überhaupt Themen gegeben hätte, andere Themen vordringlich gewesen wären. Wurde denn anlässlich der weiteren Treffen, die dann stattgefunden haben, das Thema Drohneneinsätze thematisiert?

Zeuge Hans-Christian Luther: Das ist nicht die Ebene der Zusammenarbeit mit US AFRICOM. Die Zusammenarbeitsebene bezieht sich - ich habe das noch mal dargestellt - auf die Operationalisierung, also auf das Umsetzen der durch die Bundesregierung angewiesenen Einsätze der deutschen Bundeswehr. Wir wissen ja gemeinsam, dass die Bundeswehr keine Drohnen, die in - ich vermeide den Begriff „Kampfdrohnen“, aber darum geht es ja - - dass die Bundeswehr keine Kampfdrohnen hat. Und deswegen gibt es auch keinen Grund, sich mit den Amerikanern über Procedures, SOPs oder Einsätze von Kampfdrohnen zu besprechen.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Und auch nicht über den Zusammenhang deutscher Standorte, wie sie eventuell eingebunden sein könnten?

Zeuge Hans-Christian Luther: Das sowieso nicht.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Okay. - Vorerst letzter Aspekt, den ich ansprechen möchte: Sie haben ja eben darauf hingewiesen, dass es dann ja eine Zeit lang gedauert hat, bis das Anliegen, diese Kontakte auszubauen - - dass das eine Zeit lang gedauert hat. Die Entscheidungsvorlage - habe ich ja eben schon genannt - ist vom 27. September 2013. Es gibt dann einen Kommentar von Generalleutnant Kneip, damals ja noch Abteilungsleiter SE, vom 1. Oktober 2013. Da schreibt er in dem entsprechenden Aktenstück - und ich zitiere ihn -:

Ich habe, wie bekannt, den Vorgang so lange ruhen lassen, da wir



Nur zur dienstlichen Verwendung

genau in die Phase PRISM/NSA und UAV

- also Drohne auf gut Deutsch -

gerieten, in der AFRICOM zumindest medial eine Rolle spielte ...

Ich möchte vor einem weiteren Handeln von uns zunächst eine kurze Vorlage an Sts Wolf, über GI,

- ich nehme an, das heißt „Generalinspekteur“ -

zum Planungsstand, basierend auf dieser Vorlage hier, nur etwas weniger detailliert ... Nach Billigung setzen wir dann mit AFRICOM an.

Zitat Ende. - Ich weiß nicht, ob Sie das noch vor Augen haben oder ob wir es Ihnen vorlegen sollen.

Zeuge Hans-Christian Luther: Ich habe es, glaube ich, vor Augen. Es ist in Blau geschrieben.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ich habe eine Schwarzweißkopie; ich kann es leider nicht erkennen.

Zeuge Hans-Christian Luther: Und er hat, glaube ich, noch geschrieben: „Gute Arbeit, SE II“. Das haben Sie jetzt unterlassen.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Das habe ich bei mir auch nicht mehr drauf. Das hat offenbar das BMVg geschwärzt.

(Heiterkeit)

Zeuge Hans-Christian Luther: Herr Abgeordneter, das ist - - Ich habe das vorhin versucht zu erklären. Ich nenne das mal - - Der mediale Tsunami, die mediale Kampagne war in dieser Zeit, und der Abteilungsleiter hatte die Intention, diese guten Kontakte und dieses kleine Pflänzchen, was jetzt gerade überhaupt im Entstehen war - wir hatten uns ja einmal getroffen - - dass das nicht im Wirrwarr der Fehlinterpretationen, der Missbilligungen und der - wie soll ich sa-

gen? - Missverständnisse unterging. Und deswegen hat er das so draufgeschrieben, und das ist das - - Das habe ich dem Abgeordneten Flisek gegenüber vorhin mit retardierendem Moment bezeichnet. Das ist genau das, was Sie gerade angesprochen haben.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Jetzt hatte ich Sie aber eben so verstanden, Herr Admiral, dass Sie das Ruhen der Gespräche vor allem darauf geschoben haben, dass es ja die Bundestagswahl gab, dass es Koalitionsgespräche gab, dass nicht klar war: Wie geht es weiter im Ministerium? Aber das scheint ja dann nicht der entscheidende Grund gewesen zu sein.

Zeuge Hans-Christian Luther: Es war dreierlei. Ich habe das auch - - Ich weiß nicht, ob ich es - - Sonst sage ich es jetzt noch mal. Es gab drei Gründe. Der eine ist ganz einfach - ich fange von unten nach oben an -; der eine war: Ferienzeit. Es war noch Ferienzeit im September. Das begann erst wieder. Die Amerikaner kamen aus dem Urlaub zurück, waren noch gar nicht alle da. Das ist der einfachste Grund. Der zweite war die Situation in der Bundesregierung in Berlin zwischen Wahl und Konstituierung. Und der dritte Grund war dieser, nennen wir das mal, Arbeitsbegriff: diese mediale Kampagne.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Vorerst keine weiteren Fragen. - Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann habe ich noch nur eine kurze Nachfrage. Das hat mich jetzt doch noch mal zum Nachdenken angeregt. Also Ferienzeit. Jetzt kann man auch inzwischen noch die Gleitzeit dazuschreiben seit kurzem. Das sind ja alles Gründe, warum dann Bundeswehr nicht arbeitsfähig ist. Das erschreckt mich ein bisschen: Ferienzeit. Aber ich möchte noch mal auf diesen Punkt zur Entscheidung kommen. Also, ich habe auch den gleichen Gedanken wie der Kollege gehabt. Ich sehe da nämlich nichts von Ferienzeit und von Koalitionsgesprächen. General Kneip spricht ausschließlich davon: Prism, NSA, UAV. Wie hat man das denn wahrgenommen, dieses zarte Pflänzchen des einmali-



Nur zur dienstlichen Verwendung

gen Treffens und jetzt diese dicke mediale Darstellung? Wie verknüpft war das denn? Insbesondere Prism interessiert mich da.

Zeuge Hans-Christian Luther: Herr Abgeordneter, wahrgenommen hat man es - - Erst mal zur Wahrnehmung: Wir hatten die Intention - ich habe es schon gesagt -, eine tragfähige, für uns effektive, gemeinsame Kooperation zu etablieren. Wir hatten die Intention, zu sagen, dass - - Wir sind in Einsätzen. Es sind überlappende Einsatz-, Interessensgebiete, und wir sind gut beraten, uns mit unseren amerikanischen Freunden entsprechend auszutauschen und abzusprechen. Das ist die Wahrnehmung, und das ist das, was uns getrieben hat. Das ist der Grund, warum wir es überhaupt gemacht haben und warum wir Kooperationen haben.

Das Zweite ist: Sie erwähnten Prism. Prism ist ja nicht von uns und ist ja auch nicht von uns überhaupt - - kann ja auch gar nicht, weil hat ja mit der Bundeswehr auch nichts zu tun. Prism ist ja medial reingekommen, von der Seite. Das hat ja nichts - - Das ist die Koinzidenz, dass zu dieser Zeit, wo wir diesen Kontakt aufbauen wollten oder begonnen haben aufzubauen - er ist ja heute da -, dass diese Probleme - ich nenne das jetzt Probleme oder - wie soll ich sagen? - dass die Medien Snowden, Prism, NSA - - Das ist ja zu der Zeit alles gewesen. Das ist die zeitliche, die temporäre Koinzidenz der Vorfälle. Da hat der General Kneip eben unsere Intention, dass wir auf der Einsatzseite, auf der Seite, dass wir eine Kooperation finden könnten, um es in unseren Einsätzen vielleicht leichter - ich nenne das mal „leichter“ - zu machen - - vorgezogen, zu sagen: Dann warten wir lieber etwas, bis diese Zeit vorbei ist.

Dazu kamen noch die beiden anderen Elemente oder Kategorien oder Konditionen, nämlich die Zeit einmal als solche und der Wechsel der Bundesregierung. Und dann ist es ja auch hinterher so weitergegangen. So ist das zu erklären. Es ist also eigentlich eine ganz einfache Erklärung und auch eine ganz offene Erklärung. Deswegen kann man da auch jedem drüber erzählen. Ich weiß, dass dieser Kommentar auch anders gewertet werden kann; aber er ist völlig, wenn man die - -

Wenn man selbst dabei war, wenn man die Rahmenbedingungen kennt und wenn man die Umgebungs-, Zeitfaktoren kennt, ist es völlig einfach durchleuchtbar, nachvollziehbar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn ich das jetzt so nehme und auch, dass Prism in der Bundeswehr nicht genutzt wird, keine Rolle spielt, dann frage ich mich: So ein zartes Pflänzchen einer wichtigen Kooperation, warum wird das unterbrochen für etwas, was in der Bundeswehr gar nicht stattfindet? Es war doch wichtig. Da hätte ich, sage ich mal, mit mehr Schneid die Sache, wenn ich General Kneip gewesen wäre, angegangen, hätte gesagt: „Da haben wir ein breites Kreuz“, und stampfe nicht alles ein, weil irgendeine Zeitung irgendwas schreibt. Also, da haben wir von anderen, BND, genau andere Sachen erlebt. Da wurde so richtig vielleicht erst mal überlegt.

Zeuge Hans-Christian Luther: Ja. Herr Vorsitzender, Sie können sich vielleicht vorstellen - - Erst mal: Das teile ich mit Ihnen voll und ganz. Aber Sie können sich vielleicht vorstellen, dass es in dieser Zeit auch eine Menge andere Dinge gab, die wir - - Das ist ja nicht unsere erste Priorität gewesen, diese Kooperation entsprechend leben zu lassen. Wir haben zu der Zeit 14 Einsätze gehabt, haben einen neu etabliert, nämlich Mali, der unsere Aufmerksamkeit in der EU oder mit der EU voll und ganz kostete.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Lief der über AFRICOM?

Zeuge Hans-Christian Luther: Wie bitte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Lief der über AFRICOM?

Zeuge Hans-Christian Luther: Nein, über die EU. Das ist ein EU-Einsatz, EUTM Mali.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Klar.

Zeuge Hans-Christian Luther: European Union Training Mission Mali.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich war da.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hans-Christian Luther: Super.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Zeuge Hans-Christian Luther: Dann brauchen wir darüber ja nicht zu reden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Zeuge Hans-Christian Luther: Ich übrigens auch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Schön. Aber zu Besuch, nehme ich an.

Zeuge Hans-Christian Luther: Wie?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zu Besuch, als Besucher - Sie, oder?

Zeuge Hans-Christian Luther: Ja, ja, ich bin als Besucher - - Natürlich, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch im „Maritim“,
oder?)

Zeuge Hans-Christian Luther: Und es ist so, dass man dann gesagt hat: Wir warten das jetzt ab und machen das dann weiter. - Also, es ist ja nicht so, dass wir nur als einziges Arbeitspaket in unser Lastenheft reingeschrieben bekommen haben, die Kooperation mit US AFRICOM oder US EUCOM zu suchen - so war es ja auch nicht -, sondern es ist ja eines der ganz vielen Dinge, die in diesem neu aufgebauten - - in der sogenannten Neuausrichtung der Bundeswehr und damit in der Neuorganisation Bundesministerium der Verteidigung ihren Platz oder ihr Plätzchen gesucht hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie oft haben Sie denn das Thema Prism eigentlich in Ihrer Tätigkeit gehört? Oder war das das erste Mal, wo Sie mit dem Begriff Prism Kontakt hatten?

Zeuge Hans-Christian Luther: Nur aus der *Bild*-Zeitung und dann in den - - Es gab dann mehrere Medienanfragen, die wir auch - - Müsste auch in

den Akten drin sein. Es gab Anfragen - - Beziehungsweise: Wir haben reagiert, reaktiv auf die - - Es gab einen *Bild*-Bericht über Prism, und den haben wir dann auch entsprechend klargestellt und beantwortet. Der liegt Ihnen vor, müsste da auch irgendwo verortet sein in der Nähe dieser Vorlage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine Frage war ja jetzt aber ein bisschen anders gerichtet. Deswegen frage ich jetzt noch mal. Also, der Begriff Prism - -

Zeuge Hans-Christian Luther: Sie haben mich - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Den Begriff Prism oder was Prism ist, haben Sie erst durch die *Bild*-Zeitung und durch diesen Vorgang erfahren?

Zeuge Hans-Christian Luther: Ja, richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie ausschließen, dass Prism in der Bundeswehr genutzt wird?

Zeuge Hans-Christian Luther: Ich wollte mich jetzt an Spekulationen nicht beteiligen. Ich kann Ihnen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, nein, Sie sollen einfach sagen, ob Sie es ausschließen können.

Zeuge Hans-Christian Luther: Sie sagen: „Können Sie ausschließen, dass ...?“ Das ist eine Annahme.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ja.

Zeuge Hans-Christian Luther: Damit zwingen Sie mich, eine Annahme zu treffen. Ich möchte keine Annahmen treffen. Ich möchte Ihnen ordentlich und ehrlich sagen: Ich habe - - Meine Kenntnis über Prism hat begonnen aus den Medien in dieser Zeit, und der Sachverhalt ist so, wie wir ihn auch beantwortet haben. Wenn ich mich - - Da muss ich mich jetzt erinnern, weil ich den Wortlaut nicht drauf habe. Prism ist ein Datenverteilungstool, was uns nicht zur Verfügung steht und



Nur zur dienstlichen Verwendung

was auch deutsche Soldaten - - oder wozu deutsche Soldaten keinen Zugang haben. Deswegen ist diese Frage, wenn ich das sagen darf - - steht in dem Zusammenhang - - kann ich in dem Zusammenhang nicht sehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weder unmittelbar noch mittelbar?

Zeuge Hans-Christian Luther: Ich verstehe - - Mittelbar, unmittelbar? Es ist nicht mein Fachgebiet. Ich kann Ihnen das nicht beantworten. Ich kann Ihnen nur sagen, was ich weiß. Das habe ich Ihnen gesagt. Was ich weiß, ist: a) Prism ist ein amerikanisches Datenverteilungstool. b) Deutsche Soldaten haben zu Prism keinen Zugang. Das ist das, was ich weiß.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. Dann wäre ich erst mal mit den Fragen durch. - Dann kommen wir zur Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben keine Fragen mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Fraktion der SPD?

Susanne Mittag (SPD): Wir haben auch keine Fragen mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auch keine Fragen mehr. - Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat schon lange keine Fragen mehr.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Noch nie eine gehabt!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Ich hoffe, das bleibt heute so. Dann kriegen wir eine zügige Sitzung.

Ich sehe, dass es im öffentlichen Teil keine weiteren Fragen mehr gibt. Ich frage mal in die

Runde. Ich hatte den Eindruck, dass nicht, aber ich frage trotzdem, ob es noch Fragen in nicht-öffentlicher oder eingestufte - -

(Zurufe: Nein!)

Ich überlege, ob ich noch eine in eingestufte Sitzung habe. Aber ich glaube, die könnte ich auch im Zweifel noch mal nachschieben an anderer Gelegenheit.

Wenn es also keine Fragen mehr gibt, die in öffentlicher Sitzung gestellt werden können, dann sind wir insoweit am Ende der Zeugenvernehmung.

Ich hatte es zu Anfang gesagt bzw. die Kollegin Mittag hat es gesagt, dass Ihnen vom Sekretariat das Stenografische Protokoll der Zeugenvernehmung übersandt wird. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, etwaige Korrekturen oder Richtigstellungen vorzunehmen. Falls das der Fall ist, die Bitte, uns dann das korrigierte Protokoll zurückzusenden.

Ich darf mich ganz herzlich bei Ihnen bedanken, dass Sie so lange und tiefgründig für Fragen zur Verfügung standen und uns klare Antworten gegeben haben, auch teilweise mehrmals. Danke für Ihre Mühe. Sie haben uns dadurch geholfen. Danke schön.

Zeuge Hans-Christian Luther: Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir sind jetzt am Ende des öffentlichen Teils der Beweisaufnahme.

Es folgt jetzt die nichtöffentliche Vernehmung der Zeugen Delmdahl und T. B. Wir haben die Beschlüsse bezüglich Delmdahl und T. B. bereits gefällt. Dazu wechseln wir in den anderen Sitzungsraum, der allen schon bekannt ist.

Ganz herzlichen Dank an die Öffentlichkeit, dass Sie dieser Sitzung beigewohnt haben, und an die Presse, dass Sie immer klug und weise berichten.

Die nächste Ausschusssitzung wird voraussichtlich am 25. Februar 2016 stattfinden. - Danke



Nur zur dienstlichen Verwendung

schön. Einen schönen Abend an diejenigen, die
jetzt schon gehen können.

(Schluss des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Öffentlich: 20.02 Uhr -
Folgt Sitzungsteil Zeugen-
vernehmung, Geheim)

ANLAGE 1

Von: [REDACTED]@BMVg.BUND.DE
Gesendet: Dienstag, 8. März 2016 10:57
An: PA25 1.Untersuchungsausschuss 18.WP Postfachaccount PA25
Cc: [REDACTED]@BMVg.BUND.DE
Betreff: Untersuchungsausschuss NSA; hier: Korrektur - Stenografisches Protokoll der 86. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses am 18. Februar 2016 - Zeuge Sohm
Anlagen: scanStenoProtAussage2016-02-18korr.pdf

Bea BMVg UA NSA
Az 01-02-03

Betr.: Untersuchungsausschuss NSA;
hier: Korrektur - Stenografisches Protokoll der 86. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses am 18. Februar 2016 - Zeuge Sohm

Bez.: 1. Leiter Sekretariat PA 25 1. Untersuchungsausschuss der 18. Wahlperiode vom 23. Februar 2016 - GZ: PA 25-5503
2. Bea BMVg UA NSA vom 1. März 2016
3. Zeuge MinR Sohm vom 4. März 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Georgii,

anliegend übersende ich Ihnen die vom Zeugen MinR Sohm in elektronischer Form vorgenommene Korrektur des o. g. Protokolls.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
Theis
Bea BMVg UA NSA
Stauffenbergstraße 18
10785 Berlin
Telefon 030-1824-[REDACTED]
[REDACTED]@bmvg.bund.de

----- Weitergeleitet von BMVg Bea UA NSA/BMVg/BUND/DE am 08.03.2016 10:12 -----

Bundesministerium der Verteidigung
OrgElement: BMVg Recht I 3 Telefon: 3400 23830 Datum: 04.03.2016
Absender: MinR Stefan Sohm Telefax: 3400 3353830 Uhrzeit: 17:38:19

An:
Björn Theis/BMVg/BUND/DE@BMVg

Kopie:

Blindkopie:

Thema:

Korrektur Vernehmungsprotokoll

=> Diese E-Mail wurde serverbasiert entschlüsselt!

VS-Grad:

Offen

Lieber Herr Theis,

anbei übersende ich Ihnen die Korrekturen meines Vernehmungsprotokolls.
Ich habe ausschließlich diejenigen Seiten eingescannt, auf denen ich Korrekturen
vorgenommen habe.

Gruß

Stefan Sohm

Stefan Sohm

Referatsleiter R I 3

Völkerrecht, Rechtsgrundlagen der

Auslandseinsätze der Bundeswehr

International and Operational Law

+49 (0) 30 - 2004 - [REDACTED]

[REDACTED]@bmvg.bund.de

60105311

Notiz

streiche "dann", setze "am"



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorläufiges Stenografisches Protokoll 86 I

1. Untersuchungsausschuss

Zeuge Stefan Sohm: Vielen Dank. - Mein Name ist Stefan Sohm, bin 52 Jahre alt, bin Ministerialrat im Bundesministerium der Verteidigung und dort Referatsleiter des Referates für Völkerrecht und Rechtsgrundlagen der Auslandseinsätze. Meine ladungsfähige Anschrift wäre dementsprechend auch das Bundesministerium der Verteidigung, Stauffenbergstraße 18 in Berlin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wenn Sie es möchten, würde ich Ihnen jetzt die Gelegenheit für ein sogenanntes Eingangsstatement geben, also nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes im Zusammenhang zu Ihrer Vernehmung vorzutragen. Wünschen Sie dies?

Zeuge Stefan Sohm: Nein. Ich kann darauf verzichten, weil ich denke, ich kann Ihrem Auskunftsinteresse am besten dadurch entsprechen, dass ich auf Ihre konkreten Fragen eingehe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das freut mich sehr. - Dann würde ich mit einigen Fragen beginnen. Können Sie ganz kurz etwas zu Ihrer Ausbildung sagen? Ich gehe davon aus, Sie sind Volljurist, haben Jura studiert. Wann haben Sie Examen, zweites Staatsexamen gemacht?

Zeuge Stefan Sohm: Mein zweites Staatsexamen habe ich 1989 gemacht, war dann anschließend noch zwei Jahre wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Konstanz im Bereich Staats- und Verwaltungsrecht und bin seit 1991 im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung tätig, zunächst als Rechtsberater einer Panzerdivision, war dann anschließend drei Jahre Rechtsdozent für Völkerrecht, dann Zentrum Innere Führung in Koblenz und Strausberg und bin seit 1995 in verschiedenen Verwendungen im Bundesministerium der Verteidigung tätig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wann war 19217en Sie in Koblenz?

Zeuge Stefan Sohm: Von 1993 bis 94.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und dann in der letzten Verwendung seit wann?

Zeuge Stefan Sohm: In der jetzigen Verwendung seit Januar 2013 als Referatsleiter Völkerrecht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was haben Sie für Aufgaben als Referatsleiter Völkerrecht?

Zeuge Stefan Sohm: Ich betreue das gesamte Völkerrecht, soweit es für die Bundeswehr und das Bundesministerium der Verteidigung von Relevanz ist, mit Ausnahme bestimmter völkerrechtlicher und stationierungsrechtlicher Verträge, und bin auch zuständig in meinem Referat mit zusammen fünf Referentinnen und Referenten für den Bereich Rechtsgrundlagen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Das heißt dann auf der einen Seite Grundlagenarbeit in völkerrechtlichen Fragen, Erstellung von Dienstvorschriften, von grundlegenden Papieren, Abstimmungen mit anderen Ressorts, Kontakt halten zu wissenschaftlichen Einrichtungen bei aktuellen völkerrechtlichen Diskussionen und als eher operatives Geschäft schwerpunktmäßig die Mitarbeit an einsetzungsvorbereitenden Entscheidungen, an Bundestagsmandaten für Auslandseinsätze, aber auch an entsprechenden militärischen Dokumenten, Mitwirkung an Rules of Engagement, Taschenkarten für Einsätze, Fragen militärischer Gewaltanwendung, militärischer Befugnisse in Auslandseinsätzen. - Eine relativ große Bandbreite.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie viele Mitarbeiter haben Sie in Ihrem Referat?

Zeuge Stefan Sohm: Ich habe fünf Referenten neben mir - im Moment nicht alle besetzt - und einen Stabsfeldwebel, der sich um das Geschäftszimmer kümmert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Referenten sind wahrscheinlich alle Volljuristen?

Zeuge Stefan Sohm: Ja, durchgehend.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann kommen wir mal zum Kern - - Oder noch eine andere Frage: Wenn Sie Völkerrecht machen, sagt Ihnen die Wehrtraumtheorie etwas?

Zeuge Stefan Sohm: Nicht unmittelbar.

60105311

Notiz

streiche "bestritten", setze
"behauptet"



Vorläufiges Stenografisches Protokoll 86 I

1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

ziehen, dass man sagt: Gibt es dafür eine bestimmte rechtliche Ermächtigung? Und das trifft natürlich auch auf den Fall eines Drohneneinsatzes zu.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Würden Sie sagen: Da spielt auch nationales Recht eine Rolle? Oder sind wir dann ganz im Völkerrecht, im Kriegsvölkerrecht?

Zeuge Stefan Sohm: Also, ich gehe grundsätzlich davon aus, dass die Bundesrepublik Deutschland das bestehende Humanitäre Völkerrecht ratifiziert hat; steht ja bei uns jedenfalls in den entscheidenden Abkommen im Bundesgesetzblatt. Bisher hat nie jemand behauptet, dass die Ratifikation dieser völkerrechtlichen Abkommen verfassungswidrig gewesen wäre. Dann hätten wir unter Umständen eine nationalrechtliche Problematik, weil dann diese Abkommen gegen höher-rangiges Recht verstoßen würden. Ist mir aber bislang nicht bekannt, dass das jemals vertreten wurde; wird auch von uns nicht so vertreten. Damit sind wir natürlich im Bereich Humanitäres Völkerrecht schon relativ deckungsgleich mit nationalem Recht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Richtig. Ich meinte jetzt - -

Zeuge Stefan Sohm: Das hängt natürlich wieder im konkreten Fall davon ab: Sind wir selber Beteiligte, oder wie kann man so was abdecken?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Könnte sich zum Beispiel ein Afghane auf deutsche Grundrechte oder auf Menschenrechte berufen?

Zeuge Stefan Sohm: In welchem Zusammenhang? Gegenüber deutschen Staats- -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Drohnenangriff.

Zeuge Stefan Sohm: Die Frage ist ja: Drohnen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist eine deutsche Drohne in meinem fiktiven Beispiel.

Zeuge Stefan Sohm: Also, wenn deutsche Staatsgewalt tätig wird, ist diese natürlich grundsätzlich grundrechtsgebunden, wobei man natürlich davon ausgehen kann, dass diese Grundrechtsbindung auch wieder Einschränkungen unterliegt, unter anderem auch denen, die aus dem Rahmen des Völkerrechts kommen. Weil sonst könnte sich auch in einem klassischen Verteidigungseinsatz der Bundeswehr jeder gegnerische Soldat auf Grundrechte berufen, was sicher vielleicht auch in gewissem Maße möglich ist, aber auch auf der anderen Seite sicher nicht legitime Verteidigungshandlungen deutscher Streitkräfte infrage stellt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auch das Völkerrecht stellt in dem Falle eine Einschränkungsmöglichkeit der Grundrechte dar.

Zeuge Stefan Sohm: Wenn man es so formulieren möchte. Da ist die Frage, wenn man das rechtsdogmatisch im Detail ausdekliniert, aber man wird das im Ergebnis so sagen können.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Würde das auch gelten, wenn zum Beispiel der Bundesnachrichtendienst - ZNBw haben wir ja nicht mehr - als der Dienst, der Force Protection macht, im Einsatzland tätig wird? Ist das dann quasi eine Art Annex, werden die dann - - Als Kombattanten werden die ja nicht tätig. Also, wie muss ich mir das vorstellen? Wenn jetzt der Bundesnachrichtendienst in Afghanistan Force Protection macht und da - -

Zeuge Stefan Sohm: Ich muss zugeben, dass mir nicht bekannt wäre, dass der Bundesnachrichtendienst in Afghanistan Force Protection macht. Force Protection als militärfachlicher Begriff ist eine ureigenste Aufgabe der Streitkräfte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Und die Erkenntnisse, die der Bundesnachrichtendienst vielleicht aus Afghanistan gewinnt, wenn ein Konvoi von A nach B fährt - das, dachte ich, macht bisher der Bundesnachrichtendienst -

Zeuge Stefan Sohm: Das könnte sein.

Streiche "Durch", setze " Da stellt sich"



Nur zum dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - und dann diese Erkenntnis an die Bundeswehr weiterleitet und sagt, hohe Gefährdungsstufe - -

Zeuge Stefan Sohm: Da stellt sich schon die Frage: Liegt darin überhaupt ein Grundrechtseingriff, und wenn ja, in welches Grundrecht?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Man könnte zum Beispiel an das Recht auf informationelle Selbstbestimmung denken, wenn so Handyverkehre abgehört werden.

Zeuge Stefan Sohm: Gut, da stellt sich natürlich die Frage, inwieweit dieses Grundrecht nicht ohnehin schon, wenn es im Ausland in Bezug auf ausländische Staatsangehörige überhaupt betroffen ist - - oder inwieweit es verfassungsimmanente Einschränkungen unterliegt. Das wäre jetzt aber auch eine Fragestellung, die jetzt in meinen Bereich bisher so nicht reinfällt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Hätte ja sein können, dass Sie das in Ihrem Bereich mal stärker beleuchtet haben als andere Institutionen. - Gut, ich wäre damit schon mit meinen Fragen fertig. - Frau Kollegin Renner von der Fraktion Die Linke kommt jetzt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich bin jetzt ganz überrascht, dass es bei dem Zeugen der Koalition so fix geht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist ein guter Zeuge.

Martina Renner (DIE LINKE): Willkommen, Herr Sohm! Ich will etwas grundsätzlicher beginnen und nicht gleich bei Drohne und Ramstein enden. Wir untersuchen hier ja die Zusammenarbeit deutscher Stellen mit Geheimdiensten der Five Eyes. Wie sieht das denn für Ihren Bereich aus? Gibt es dort auch Abkommen, die die Zusammenarbeit des Verteidigungsministeriums mit zum Beispiel der NSA regeln?

Zeuge Stefan Sohm: Ist mir persönlich nicht bekannt, weil ich in dem Bereich mit geheimdienstlicher Kooperation nicht arbeite. Ich kann das auch wieder nicht absolut ausschließen; aber mir

sind sie nicht bekannt oder wäre das nicht bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist Ihnen denn bekannt, dass Daten weitergegeben werden?

Zeuge Stefan Sohm: Das kommt natürlich darauf an, in welchem Zusammenhang. Wir sind zum Teil in internationalen Einsätzen auch unter Beteiligung der USA, da gibt es natürlich Datenaustausch im Rahmen von spezifischen mandatierten Einsätzen.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sind ja Jurist; deswegen habe ich schon bewusst die Frage an Sie gerichtet. Wissen Sie etwas, wie dieser Datenaustausch geregelt ist?

Zeuge Stefan Sohm: Nicht im Detail. Da gibt es gewisse Abkommen, die mir jetzt aber im Moment nicht so geläufig sind, dass ich sie im Detail hier beschreiben könnte. In der Regel gibt es einen Grundsatz dabei, dass wir sagen: Diese Daten, die weitergegeben werden - das gilt für fast alle Einsätze -, werden immer unter der Bedingung weitergegeben, dass sie dem Einsatzzweck, der ja gemeinsam im Rahmen einer internationalen militärischen Operation festgelegt ist, entsprechen - das ist immer so die Vorgabe für Datenweitergaben im internationalen militärischen Bereich - und auch in der Regel dafür verwendet werden.

Martina Renner (DIE LINKE): Für den Bereich des Targeting, wie sieht es da mit der Datenweitergabe aus? Was wissen Sie darüber?

Zeuge Stefan Sohm: Die Frage, was Sie unter Targeting verstehen - Der Begriff ist natürlich immer ein bisschen ein Reizbegriff, weil er sehr schnell verknüpft wird mit dem Begriff des Targeting Killing. Damit hat er eigentlich gar nicht so viel zu tun. Der Begriff Targeting ist eigentlich ein militärfachlicher Begriff, der ein Verfahren beschreibt, in dem bei militärischen Operationen bestimmte Ziele, Objekte - das müssen nicht Menschen sein, ganz und gar nicht - identifiziert werden, um dann daraus abzuleiten, wie gegebenenfalls militärisch auf sie eingewirkt

60105311

Notiz

Streiche "ausgeht", setze
"ausgehen"



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorläufiges Stenografisches Protokoll 86 I

1. Untersuchungsausschuss

darf, obwohl ich auch für den MAD rein formal nicht zuständig bin - -

Martina Renner (DIE LINKE): Da ich auch nicht genau weiß, warum Sie hier sind, versuche ich es jetzt mal.

Zeuge Stefan Sohm: Man kann das relativ einfach sagen: Der MAD ist eigentlich nichts anderes als der Verfassungsschutz der Bundeswehr. Der hat eine klare gesetzliche Grundlage, ist eingestuft als geheimer Nachrichtendienst. Deswegen unterliegt er auch der speziellen Kontrolle durch das PKGr und hat eigentlich den Auftrag, sicherheitsgefährdende Bestrebungen gegen die Bundeswehr abzuwehren, insbesondere dann - und das macht seine beschränkte Zuständigkeit aus -, wenn sie von Angehörigen der Bundeswehr ausgeht. Dann gibt es noch ein paar engere, gesetzlich klar definierte Befugnisse des MAD bei Auslandseinsätzen. Das ist die Aufgabe des MAD.

Das Militärische Nachrichtenwesen ist ja eine klassisch militärische Aufgabe. Es stellt auch keinen eigenen geheimen Nachrichtendienst dar, sondern da geht es einfach um Informationssammlungen weitgehend ohne oder im Grunde ohne nachrichtendienstliche Methoden.

Martina Renner (DIE LINKE): Wo wäre jetzt zum Beispiel eine Schnittstelle zur NSA, wenn es eine gäbe?

Zeuge Stefan Sohm: Kann ich nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie nicht?

Zeuge Stefan Sohm: Weiß ich nichts von.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch nicht zur DIA?

Zeuge Stefan Sohm: Dazu kenne ich auch die Strukturen und die Aufgaben der NSA insgesamt zu wenig. Ich weiß nicht, wie breit deren Aufgabenfeld ist, wo die möglicherweise Schnittstellen haben könnten.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie hatten auch nie in Ihrer dienstlichen Laufbahn Kontakt zu Geheimdiensten der Five Eyes?

Zeuge Stefan Sohm: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Zum Bundesnachrichtendienst?

Zeuge Stefan Sohm: Bedingt. Ich war mal eine Zeit lang während meiner Referentenzeit von 1997 bis 2000 im Büro des Staatssekretärs Dr. Wichert. Dort war ich als Referent eingesetzt unter anderem für militärische Sicherheit, für Militärisches Nachrichtenwesen und auch als Referent zuständig für MAD-Fragen. Damit hatte ich da gewisse Beziehungen. Ich war eine Zeit lang persönlicher Referent des Leiters der Personalabteilung im Verteidigungsministerium. Da hatte ich insoweit Beziehungen zum BND, da wir ja Personal beim BND haben. Da ging es aber um Personalangelegenheiten deutscher Soldaten.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Ich würde dann noch an Herrn Dr. Hahn weitergeben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Für eine Nachfrage passt das zeitlich noch.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Eine Nachfrage ist schwierig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die acht Minuten wären rum. Da müssen Sie das wohl in der nächsten Runde machen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann warte ich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, alles klar. Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur nächsten Fraktion, der Fraktion der SPD.

Christian Flisek (SPD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Sohm, wir reden ja einerseits über Ramstein, wir beschäftigen uns aber auch mit der Rolle, die zum Beispiel die Einrichtung AFRICOM in Stuttgart hatte. AFRICOM ist Ihnen bekannt?

Streiche "in", setze "auf"



Nur zur dienstlichen Verwendung

freie Hand dort? Wie muss man sich das vorstellen?

Zeuge Stefan Sohm: Da kann ich nur so antworten wie auf die Frage nach dem MAD. Für den speziellen Bereich des Stationierungsrechts, um den es hier dann gehen würde, bin ich gar nicht zuständig. Aber natürlich haben die Amerikaner mit uns einen Aufenthaltsvertrag, aufgrund dessen sie in Deutschland Truppen stationieren können. Es gibt dann die Art und Weise der Stationierung, also die bestehenden Rechte und Pflichten, wie das abläuft; die sind im NATO-Truppenstatut und in einem speziellen Zusatzabkommen geregelt. In dem Rahmen können sie natürlich eigenständige Dienststellen und Strukturen errichten, die dann nicht, soweit ich weiß, durch gesonderte völkerrechtliche Verträge nochmals gesondert rechtlich verankert werden.

Christian Flisek (SPD): So, und wie ist das jetzt: Wenn ich beispielsweise in so einer Einrichtung dann als US-Administration oder Zuständiger in der US-Administration entscheide, die sollen dort völlig neue Aufgaben übernehmen - das nehmen wir jetzt mal an -, die sollen beispielsweise irgendeine Funktion wahrnehmen im Bereich der Steuerung beispielsweise von Drohnen, müsste ich das der Bundesregierung mitteilen, dass so eine neue Aufgabe dort wahrgenommen wird, oder kann ich das einfach machen?

Zeuge Stefan Sohm: Wie weit das genau mitzuteilen ist, kann ich nicht sagen. Also, es gibt sicher Absprachen, wenn so was eingerichtet wird. Die werden dann in erster Linie zwischen der amerikanischen Seite und dem Auswärtigen Amt ablaufen, die ja auch in der Bundesregierung federführend sind für die Stationierung ausländischer Truppen. Wie weit die dort in Details eingehen, kann ich Ihnen im Moment aus der Praxis nicht schildern, weil ich da keine Kenntnisse habe.

Was rechtlich klar ist und was natürlich dann für Sie auch eine gewisse Bedeutung hat: Sämtliche Stationierungstreitkräfte sind natürlich nach den entsprechenden von mir genannten Abkommen an deutsches Recht gebunden und auch da-

ran gebunden, dass sie sich an rechtliche Grundlagen der Bundesrepublik Deutschland halten. Das kann man abstrakt so sicher sagen.

Christian Flisek (SPD): In ihren gesamten Tätigkeiten, also als Privatleute, wenn sie hier stationiert sind, als auch in ihrer militärischen Ausübung?

Zeuge Stefan Sohm: Auch. Stationierungskräfte sind grundsätzlich - das ist im NATO-Truppenstatut in einer gewissen Weise formuliert; ich habe die Formulierung nicht wortgetreu im Kopf - - aber sie sind zumindest an das Recht des Aufenthaltsstaates und auch an den Geist des Vertrages gebunden, der natürlich von einer kooperativen Art und Weise ausgeht.

Christian Flisek (SPD): Umgekehrt gefragt: Was hätte denn der Aufenthaltsstaat, sprich Deutschland, für Möglichkeiten, wenn man Mutmaßungen hätte, dass vielleicht bestimmte Dinge nicht so kooperativ eingehalten werden, wie man sich das vorgestellt hat? Kann man da reingehen? Kann man Untersuchungen machen?

Zeuge Stefan Sohm: Das wäre dann weniger eine rechtliche Frage, sondern eher eine diplomatisch-politische, wenn man dann auf der Ebene mit den Vereinigten Staaten darüber kommuniziert.

Christian Flisek (SPD): Das ist eine politische Frage, also rechtlich gibt es da - -

Zeuge Stefan Sohm: Zumindest nichts konkret Geregelteres.

Christian Flisek (SPD): Ist so was schon mal vorgekommen?

Zeuge Stefan Sohm: Ist mir jedenfalls nicht bekannt. Was mir bekannt ist, ist, dass es natürlich Absprachen gibt oder Gespräche und Kontakte mit der amerikanischen Stelle. Das wurde auch, glaube ich, in mehreren parlamentarischen Anfragen so dargestellt.

Christian Flisek (SPD): Ich sage mal, zum Beispiel eine parlamentarische Anfrage kann ja ein Grund sein, dass man das sozusagen zum Anlass

60105311

Notiz

Streiche
"Verwahrunterstellung", setze
"Für-wahr-Unterstellung"



Vorläufiges Stenografisches Protokoll 86 I

1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

missbraucht wird für irgendwelche Völkerrechtsverstöße.

(Dr. André Hahn (DIE
LINKE): Auf Treu und
Glauben!)

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ich möchte noch mal zurückkommen auf das Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Köln, die Klage der jemenitischen Staatsangehörigen. Das haben wir ja eben schon miteinander erörtert.

Mich würde interessieren, auf welche Erkenntnisquellen, insbesondere hinsichtlich der Art und Weise der Nutzung von US-Militärliegenschaften in Deutschland, Sie sich bei der Erstellung der Schriftsätze, die aus dem BMVg kamen, stützen konnten.

Zeuge Stefan Sohm: Da braucht man eigentlich keine - - Noch mal; ich muss noch mal das Verfahren erläutern: Es ging ja in diesem Verfahren ausschließlich um die Frage, ob diese jemenitischen Staatsbürger einen Anspruch gegen die Bundesrepublik Deutschland haben.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Stefan Sohm: Und die juristische Bewertung nach unserer Auffassung, dass dieser Anspruch nicht besteht, die konnten wir aufgrund der Erkenntnisse begründen, die wir haben; jedenfalls mussten wir keine weiteren Sachverhaltsausforschungen machen, weil wir selbst - so ähnlich wie ja auch die zitierte Antwort von Staatssekretär Brauksiepe - - Selbst wenn Ramstein wirklich eine Relaisstation gewesen wäre oder wäre, würde daraus kein Anspruch jemenitischer Staatsbürger gegen die Bundesrepublik Deutschland erfolgen. Und das war eigentlich dann für uns ausreichend für eine juristische Bewertung. Ähnlich hat ja dann auch das Verwaltungsgericht Köln das mit einer solchen juristischen Verwahr^unterstellung dieser Behauptungen entschieden.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ja. - Das heißt, Sie haben ja gerade gesagt, keine weiteren Ausforschungen haben Sie angestellt. Sie haben auch

keine Anfragen gestartet, zum Beispiel bei den Verbindungsoffizieren im BMVg, die es ja gibt vonseiten der US-Streitkräfte, -

Zeuge Stefan Sohm: Nein.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): - oder bei deutschen Verbindungsoffizieren in Ramstein oder bei AFRICOM?

Zeuge Stefan Sohm: Nein.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Weder noch?

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Warum eigentlich nicht?
Trauten Sie sich nicht?)

- Sie sind ja gleich noch mal dran, Herr Ströbele. - Zu der völkerrechtlichen Beurteilung von Drohneneinsätzen möchte ich noch mal zu sprechen oder möchte ich noch mal darauf zurückkommen. Brandon Bryant ist eben schon erwähnt worden. Er hat ja gesagt, dass die Relaisstation der US-Armee in Ramstein für Drohneneinsätze der Amerikaner in aller Welt unverzichtbar sei, eben weil die Steuerungssignale für die jeweiligen Einsätze aus den USA über Ramstein an die Drohnen in den jeweiligen Einsatzgebieten übertragen werden.

Sie haben sich eben schon dazu geäußert, wie Sie den weltweiten Einsatz von US-Drohnen in Kriegsgebieten aus völkerrechtlicher Sicht bewerten, dass es immer auf den Einzelfall ankommt. So habe ich Sie verstanden.

Gab es, was die behauptete Einbindung der US-Airbase Ramstein angeht oder der dortigen Relaisstation in Ihrem Hause jemals eine Überprüfung, was die Vereinbarkeit mit Völkerrecht oder dem NATO-Truppenstatut angeht? Sie haben ja gesagt, Sie wissen es nicht, was es mit der Relaisstation auf sich hat. Aber gab es eine Überprüfung, bei der man unterstellt hat, dass es die Relaisstation gibt und dass ihr diese Bedeutung zukommt, wie Bryant es behauptet hat?

Streiche "hier", setze "nicht"



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stefan Sohm: Das eine beantwortet sich ja gerade aus der von Ihnen zitierten Frage von Parlamentarischem Staatssekretär Brauksiepe, wo er selber sagt: Selbst wenn man unterstellt, sie wäre eine solche Relaisstation, wäre damit nicht automatisch ein Völkerrechtsverstoß verbunden. - Und derartige Bewertungen gab es natürlich unter dem Gesichtspunkt, gerade auch bei der Vorbereitung dieser Antwort, die Sie zitiert hatten.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Das ist ja recht allgemein gehalten: wäre nicht automatisch oder - es ist, glaube ich, so formuliert -, „nicht zwingend“ ein Völkerrechtsverstoß verbunden, ein Rechtsverstoß verbunden oder eine Straftat. Ist das denn auch konkret geprüft worden?

Zeuge Stefan Sohm: Nein, das wäre ja nur konkret prüfbar gewesen oder wäre nur konkret prüfbar, wenn man den konkreten einzelnen Drohnenangriff für sich bewerten würde.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann prüfen Sie doch mal!)

Und darüber haben wir natürlich keine Erkenntnisse, wann wo welche Drohne in welchem Zusammenhang eingesetzt wird. Nur so etwas ließe sich juristisch im Einzelfall abklären. Das hat nicht stattgefunden nach meiner Kenntnis.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Eine weitere Frage zu den Verpflichtungen, die vielleicht die Bundesregierung oder die deutsche Justiz treffen würden. Was meinen Sie denn, ob es in dem Fall eine Verpflichtung gebe, aus dem Völkerrecht zum Beispiel oder aus dem Völkerstrafgesetzbuch, den in der Presse erhobenen Vorwürfen, dass es völkerrechtswidrige Einsätze gegeben hat, nachzugehen. Gibt es da eine Verpflichtung für die Bundesregierung oder aber für die Justiz, diesen Vorwürfen nachzugehen?

Zeuge Stefan Sohm: Ich bin kein Vertreter des Generalbundesanwalts und auch nicht des Justizministeriums. Aber abstrakt gibt es natürlich - -

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Aber Völkerrechtler.

Zeuge Stefan Sohm: Wenn schwere Völkerrechtsverstöße oder Verstöße gegen das Völkerstrafgesetzbuch im Raum stehen, hat natürlich die Generalbundesanwaltschaft eine Ermittlungspflicht. Der kommt sie, soweit ich weiß, auch nach. Es gab ja auch Fälle, wo sie Ermittlungsverfahren eingeleitet hat. Es gab auch, soweit mir bekannt ist, die Einstellung eines Ermittlungsverfahrens wegen der rechtlichen Bewertung, dass das kein Völkerrechtsverstoß gewesen sei, in einem konkreten Fall. Und soweit mir bekannt ist, gibt es auch vonseiten des Generalbundesanwaltes ein allgemeines Beobachtungsverfahren, wo aber im Moment keine konkreten Ermittlungen laufen.

Aber da bin ich natürlich nur - mehr oder weniger - Zeuge vom Hörensagen oder durch mir bekannt gewordene Unterlagen  aus unmittelbarer Zuständigkeit.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Treffen denn auch die Bundesregierung aus Ihrer Sicht völkerrechtliche Pflichten, hier tätig zu werden, falls es solche Vorwürfe gibt, die einigermaßen konkret sind?

Zeuge Stefan Sohm: Wenn es konkrete Vorwürfe gäbe, könnte natürlich das für die Bundesrepublik Deutschland eine völkerrechtliche Verantwortlichkeit begründen. Aber dafür muss es natürlich Anhaltspunkte geben.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): „Völkerrechtliche Verantwortlichkeit“ bedeutet was?

Zeuge Stefan Sohm: Also, so spricht man im Völkerrecht, wenn ein Staat möglicherweise einen Völkerrechtsverstoß begeht. Dann hat er dafür eine gewisse völkerrechtliche Verantwortlichkeit - so nennt man das -, weil Strafbarkeit von Staaten im Sinne des Strafrechts gibt es ja nicht. Deswegen spricht man da von völkerrechtlicher Verantwortlichkeit. Aber dafür müssen natürlich Anhaltspunkte vorhanden sein, die ich im Moment nicht sehe.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Es muss hinreichend konkret sein. - Eine Frage zu dem Verbindungskommando, das die Bundeswehr unterhält

60105311

Notiz

Streiche "keines", setze "welche"



Nur zur dienstlichen Verwendung

Staatsanwalt rein darf, der dort irgendwie ermitteln will, kein LKA, kein BKA. Wissen Sie was darüber?

Zeuge Stefan Sohm: Weiß ich nicht, weil die Bundeswehr und auch das Bundesministerium der Verteidigung nicht der primäre Ansprechpartner für die Stationierung ausländischer Truppen in Deutschland ist. Ich bin es jedenfalls nicht. Ich kann Ihnen dazu im Detail nichts sagen. Völkerrechtlich ist es sicher kein extraterritoriales Gebiet, das kann ich beantworten. Es ist natürlich deutsches Staatsgebiet.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Kennen Sie denn Verträge, wo so was geregelt ist?

Zeuge Stefan Sohm: Na, ich kenne das NATO-Truppenstatut. Ich kenne das Zusatzabkommen, und ich kenne den Aufenthaltsvertrag. Das sind die drei zentralen völkerrechtlichen Grundlagen für die Stationierung amerikanischer Streitkräfte in Deutschland.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Darüber hinaus haben Sie keine Kenntnis?

Zeuge Stefan Sohm: Nein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das war es erst mal.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich hatte Sie ja am Anfang schon mal gefragt mit Blick auf die Zusammenarbeit des Bundesministeriums der Verteidigung mit Geheimdiensten der Five Eyes, ob es dort Regelungen des Datenaustausches gibt. Da sagten Sie: „Kann sein“, Sie wissen es nicht.

Wie sieht es denn aus mit sozusagen dem Pendant auf US-amerikanischer Seite? Gibt es Regelungen des Datenaustausches mit dem Verteidigungsministerium in den USA, so eine Art Memoranden, wie wir Sie zum Beispiel für die - -

Zeuge Stefan Sohm: Sind mir im Moment nicht bekannt, weil jedenfalls auf der Schiene der Völkerrechtsreferate kenne ich einen Datenaustausch in dem Sinne nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Informationsaustausch.

Zeuge Stefan Sohm: Ich gehe - -

Martina Renner (DIE LINKE): Also, gibt es Memoranden zwischen den Ministerien?

Zeuge Stefan Sohm: Ich denke, dass die Verteidigungsministerien der USA und Deutschlands gelegentlich miteinander sprechen und sich dabei auch über Themen unterhalten.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das meine ich.

Zeuge Stefan Sohm: In allen Bereichen wird das der Fall sein, weil - -

Martina Renner (DIE LINKE): Das meinte ich jetzt weniger. Ich meinte, ob es Memoranden gibt.

Zeuge Stefan Sohm: Was verstehen Sie unter Memoranden? Die Frage kann ich nicht beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Absprachen auf untergesetzlicher Ebene, die zum Beispiel durch die Minister oder Abteilungsleiter, Bevollmächtigte getroffen werden, die die bestimmte Art der Zusammenarbeit regeln in Fällen, zum Beispiel des Daten- und Informationsaustausches?

Zeuge Stefan Sohm: Ob es die in Bezug auf den Daten- und Informationsaustausch gibt, kann ich Ihnen nicht sagen. Was ich abstrakt weiß: Natürlich gibt es zum Teil Memoranden - oder wie Sie das nennen - oder Absprachen über gewisse Formen der Zusammenarbeit. Die USA sind ein relativ enger Verbündeter auch gerade in militärpolitischer Hinsicht. Da wird es was geben. Ich kenne jetzt im Moment konkret keines.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber Sie gehen davon aus?

Zeuge Stefan Sohm: Ich gehe davon aus, dass es keines [sic!] gibt.



ANLAGE 2



Nur zur dienstlichen Verwendung

entweder „Killing“ oder „Capture or Killing“ versehen sind und die dann abgearbeitet werden nach den Personen, die dann da draufstehen?

Zeuge Stefan Sohm: Dazu würde ich zwei Vorbemerkungen gern machen. Es ist mir nicht ganz ersichtlich, wie weit diese Fragestellung noch vom Untersuchungsauftrag gedeckt ist. - Das wäre der erste Punkt.

Wenn man hierauf näher eingeht - also damit wäre es vielleicht schon weg -, dann müsste man natürlich auch mal die Frage stellen. Darüber kann in öffentlicher Sitzung mit Sicherheit nichts gesagt werden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Stefan Sohm: Darüber könnte ich auch in öffentlicher Sitzung nur sehr, sehr eingeschränkt etwas sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe jetzt erst mal gefragt, ob Ihnen solche Listen bekannt sind, dass solche Listen geführt werden.

Zeuge Stefan Sohm: Das scheint mir im Moment nicht mehr vom Ausschussauftrag gedeckt zu sein. Das erfasst auch nicht meine Aussagegenehmigung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch. Die werden dann abgearbeitet - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eine Wortmeldung.

RD Björn Theis (BMVg): Danke, Herr Vorsitzender. - Das Themengebiet Targeting, ~~Eyes of Targeting~~, NATO-Targeting, worauf Sie ansprechen, ist nach unserer Auffassung nicht Teil des Untersuchungsauftrages, ist auch aus der Exegese des Untersuchungsauftrages nicht ersichtlich. Zu dem Themengebiet ist vom BMVg hinlänglich, auch im Laufe des letzten Jahres, vor dem Verteidigungsausschuss und anderen parlamentarischen Kontrollgremien Stellung genommen wor-

den. Auch dort, auch aufseiten des Verteidigungsausschusses, dem als einzigen Ausschuss eigentlich auch das Untersuchungsausschussrecht gegenüber uns und unserem Geschäftsbereich zusteht, sind dort keine weiteren Fragen gestellt worden oder Ansichten geäußert worden, dass es in diesem Untersuchungsauftrag ist. Der Zeuge hat vorhin auf die Frage von Frau Renner, weil Targeting teilweise ja auch als Schnittmenge manohmal in den Akten auftaucht, Sachen gesagt und auch geäußert; aber selber ist dieses Themengebiet nicht drin. Daher hat der Zeuge das Recht, keine Aussage zu geben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, diese Auffassung trifft nicht zu. Wir haben hier einen Zeugen gehört, wenn ich mich erinnere, den ganzen Tag, Herrn Brandon Bryant, der uns hier minutiös geschildert hat, wie er seine Aufgaben als US-Soldat, Mitglied der dortigen Luftwaffe, abarbeitet. Wenn ich mich jetzt erinnere: 1 600 Fälle oder so was. Dann wird man doch fragen dürfen, ob der Bundeswehr das bekannt ist oder der Bundeswehr und ihrem juristischen Mitarbeiter.

Vorhin hat der Vorsitzende, glaube ich, danach gefragt, welche Legitimationen für Einsätze da sind. Das waren sogar ganz juristische Fragen. Ich verstehe nicht, wieso - - Es geht ja hier erst mal darum, ob Drohneneinsätze - ich komme gleich drauf -, ob welche stattfinden, ob das bekannt ist, zweitens, dass da Menschen getötet werden, und drittens, dass da Deutschland insofern, dass es mindestens den Stützpunkt Ramstein unterhält, beteiligt ist in irgendeiner Form. Auf die Frage komme ich dann gleich noch. Aber wieso die Frage nicht zulässig sein soll, das erschließt sich mir nicht. Ich meine, wir können auch dazu ja einen Erweiterungsantrag stellen.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das ist einfach albern!)

RD Björn Theis (BMVg): Herr Abgeordneter Ströbele, ich verweise noch mal darauf: Das ISAF/NATO-Targeting ist mit Blick auf den Untersuchungsauftrag, die Entstehungsgeschichte



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Er will nur Gutes
tun!)

Christian Flisek (SPD): Herr Theis, ich verstehe Sie ganz schlecht.

(Dr. André Hahn (DIE
LINKE): Der Ausschuss
entscheidet, welche Fragen
zulässig sind, nicht die
Bundesregierung!)

Stoppen Sie noch mal die Zeit, weil ich habe gerade rein akustisch den Anfang von Ihrem Einwand, Herr Theis, nicht verstanden. Wenn Sie den gerade noch mal so ins Mikrofon sprechen, dass der hier ankommt.

RD Björn Theis (BMVg): Herr Abgeordneter Flisek, Sie hatten gefragt nach der sogenannten JPEL-Liste, -

Christian Flisek (SPD): Ja.

RD Björn Theis (BMVg): - wie auch der Admiral gesagt hat. Es geht hierbei um die sogenannte Targeting-Liste umgangssprachlich, NATO-ISAF-Targeting, und dies ist nach unserer Auffassung nicht untersuchungsgegenständlich. Die Ziffer I.14. geht deutlich davon aus, dass hier die Frage gestellt wurde, ob US-amerikanische Stellen auf deutschem Staatsgebiet oder von diesem ausgehend - ich kürze das jetzt ab - gezielte Tötungen durch Kampfdrohneinsätze durchgeführt oder veranlasst haben und auch, wenn man es weiterliest, ob Stellen des Punktes hierüber Kenntnis hatten oder daran auch beteiligt waren.

Das ISAF-NATO-Targeting fällt nach unserer Auffassung hier nicht unter den Untersuchungsgegenstand; das ergibt sich aus der Exegese des Untersuchungsauftrages. Weder bei den Entwürfen der Koalition noch der Opposition, bevor es zu einem gemeinsamen Antrag kam, ist jemals in der parlamentarischen Debatte hierauf Bezug genommen worden. Das Verteidigungsministerium hat aufgrund Berichterstattung, Presseberichterstattung, parlamentarischer Anfragen im Laufe des letzten Jahres, wo dieses Themengebiet auch

behandelt wurde, ausführlich Stellung genommen vor dem Verteidigungsausschuss als auch vor anderen parlamentarischen Kontrollgremien. Dort sind Fragen auch umfassend beantwortet worden, und dort sind auch keine Äußerungen von den Abgeordneten insgesamt und des Verteidigungsausschusses, denen allein eigentlich das Untersuchungsrecht bezüglich unseres Geschäftsbereiches und der Bundeswehr obliegt, Fragen weiter gestellt worden oder eine Zuständigkeit in diesem Untersuchungsausschuss gesehen.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Ich habe es jetzt zumindest akustisch verstanden und versuche, das jetzt gerade mal irgendwie für mich zu strukturieren, was Sie mir jetzt gerade gesagt haben. Das bedeutet: Sie sagen also, aufgrund einer Exegese, die Sie da betrieben haben, ist so eine Liste nicht untersuchungsgegenständlich, wenn sie sozusagen ein NATO-Label drauf hat. Habe ich das jetzt richtig verstanden?

RD Björn Theis (BMVg): Wenn es um die JPEL-Liste im Bereich des NATO- oder ISAF-Einsatzes geht, ist das korrekt.

Christian Flisek (SPD): So. Jetzt interessieren wir uns vermutlich - - Also, ich zumindest interessiere mich allerdings natürlich, ob es zum Beispiel Beiträge von deutscher Seite da gegeben hat, wie diese Liste zustande gekommen ist, beispielsweise weil Daten übermittelt worden sind, die dazu beigetragen haben, dass die Liste in die eine oder andere Weise angereichert worden ist. Und da sage ich Ihnen ganz offen: Da kann dann nicht die Frage, ob da am Ende ein NATO-Aufkleber drüber klebt oder nicht, entscheidend dafür sein, ob das untersuchungsgegenständlich ist oder nicht. Also, da mache ich spontan hier eine andere Exegese.

Zeuge Hans-Christian Luther: Vielleicht kann ich da heraushelfen: Das können wir uns nämlich, zumindest was meine - und darum geht es ja - Befragung hier angeht, sehr leicht machen. Mein Dienstposten, meine Dienststellung - und da bin ich jetzt einmal außerhalb des Untersuchungsausschusses und mache das auch deutlich kenntlich -, auch jetzt als stellvertretender Abteilungsleiter, hat damit nichts zu tun, und in der Zeit